

FINANZWIRTSCHAFTLICHE ANALYSE
AUSGEWÄHLTER GEMEINDEN
DER LANDKREISE EICHSTÄTT
UND BEILNGRIES

von

SIMPERT SCHMIDMEIER

aus Walting/Landkreis Eichstätt



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548813_0012

Finanzwirtschaftliche Analyse
ausgewählter Gemeinden der Landkreise
Eichstätt und Beilngries

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von
Simpert Schmidmeier
Walting/Landkreis Eichstätt

Tag der mündlichen Prüfung: 3.2.1961



Dekan: Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Lettenbauer

Referent: Universitätsprofessor Dr. Georg Weippert

Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Rudolf Stucken

MEINEN ELTERN

V o r w o r t

=====

Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden ist nach wie vor eines der schwierigsten und umstrittensten Gebiete der öffentlichen Finanzpolitik und alljährlich Gegenstand eingehender Auseinandersetzungen in den parlamentarischen Organen des Landes und der Kommunen. In jüngster Zeit gewinnt der Fragenkreis besondere Aktualität durch die Forderung des Bundes, die Finanzverfassung zu seinen Gunsten und zugunsten der kommunalen Körperschaften zu ändern.

Die vorliegende Arbeit möchte ein kleiner Beitrag sein speziell zu den finanzwirtschaftlichen Problemen der kleinen und kleinsten Gemeinden und nach Aufgliederung und Typisierung unter verschiedenen Gesichtspunkten Hinweise geben, wie der Finanzausgleich in diesem Bereich aktiviert und besser den örtlichen Gegebenheiten, den strukturellen Erfordernissen und Entwicklungsmöglichkeiten angepaßt werden kann. Möge der Brückenschlag zur gemeindefinanzpolitischen Realität gelungen sein!

Besonderer Dank gilt meinem hochverehrten Doktorvater Prof. Dr. Georg Weippert, unter dessen kundiger Leitung die Arbeit entstand. Danken darf ich auch für wertvolle Hinweise und liebenswürdige Überlassung von Zahlenmaterial den Vorständen, Beamten und Angestellten der Landratsämter Eichstätt und Beilngries und den Bürgermeistern und Kassenverwaltern der Gemeinden im Untersuchungsgebiet sowie nicht zuletzt den Mitgliedern der Gemeindefinanzstatistischen Abteilung des Bayerischen Statistischen Landesamts, die mir umfangreiches Material zur Verfügung gestellt haben.

A b k ü r z u n g e n

Besch.	Beschäftigte
Betr.	Betriebe
BV	Verfassung des Freistaates Bayern v. 2.12.1946 (GVBl. S. 333)
BayBS	Bereinigte Sammlung des Bayerischen Landesrechts
Ep	Erwerbspersonen
Et	Erwerbstätige
FAG	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
FAGDV	Verordnung zur Durchführung des Finanzaus- gleichsgesetzes
GAG	Gemeindeabgabengesetz
Gem.	Gemeinde
GemSt	Gemeindesteuern
Gem.-T.	Gemeindetyp
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.5.1949 (BGBl. S. 1)
GO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern
Gr.-Typ	Grundtyp
GrSt	Grundsteuer
GrStDV	Grundsteuerdurchführungsverordnung
GrStG	Grundsteuergesetz
GrStErlV	Grundsteuererlaßverordnung
GewSt	Gewerbsteuer
GewStG	Gewerbsteuergesetz
Hdb. d. Komm.	Handbuch der Kommunalen Wissenschaft und
Wiss. u. Pr.	Praxis
l.	landwirtschaftlich
Mfr.	Mittelfranken
nl.	nichtlandwirtschaftlich
Opf.	Oberpfalz
RAO	Reichsabgabenordnung v. 22.5.1931 (RGBl. I S. 161)
Rj.	Rechnungsjahr

Z e i c h e n e r k l ä r u n g

Ø	Durchschnitt
-	Nichts
0,0	Mehr als nichts, aber weniger als die kleinste dargestellte Einheit
.	Angabe nicht möglich, da kein Nachweis vorhan- den, eine Vergleichbarkeit der Zahlen nicht ge- geben oder die Fragestellung sinnlos ist
*	Bedeutet Vorhandensein außerordentlicher Ausgaben

Die Klassenintervalle rechnen - sofern nichts anderes angegeben - einschließlich der unteren, ausschließlich der oberen Grenze (z.B. 5 - 10 bedeutet "von 5 bis unter 10")

Kleine Differenzen in den Additionen und Bezugswerten ergeben sich durch Abrundungen, da den Rechnungen immer die ungekürzten Zahlen zugrunde liegen.

I n h a l t s v e r z e i c h n i s =====

	Seite
A. Einleitung	1
I. Idee, Aufgabe und Grenzen des kommunalen Finanzausgleichs	1
II. Problem- und Aufgabenstellung	2
III. Auswahl der Untersuchungsgebiete	4
B. Monographie der beiden Untersuchungsgebiete	5
I. Natürliche Grundlagen	5
II. Entwicklung, Struktur und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung	7
III. Wirtschaftliche Struktur	11
1) Landwirtschaft	11
2) Gewerbliche Wirtschaft	12
C. Bildung von Gemeindetypen	15
I. Begriff des Gemeindetyps und Zweck der Typisierung	15
II. Überblick über die bisherigen Typisierungs- versuche	17
1) Wirtschaftliche Gemeindetypen	17
2) Soziale Gemeindetypen	29
3) "Soziologische" Gemeindetypen	30
III. Die Lindeschen Typen als Grundlage einer finanzwirtschaftlichen Analyse	32
1) Notwendigkeit der Abwandlung und Ergänzung	32
2) Notwendigkeit der Anpassung an die verän- derten Verhältnisse	35
IV. Die Auswahl der Gemeinden für die Untersuchung	36
D. Finanzwirtschaftliche Analyse	38
I. Vorbemerkungen	38
1) Die Stellung der Gemeinden in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben	38
2) Das Haushaltswesen der Gemeinden	40
3) Beurteilung des Ausgabebedarfs, der Ein- nahmen und der Steuerkraft der Gemeinden	42
a) Beurteilung des gemeindlichen Aus- gabebedarfs auf der Grundlage der Soll- bzw. Istausgaben	43

b) Beurteilung der gemeindlichen Einnahmen auf der Grundlage der Soll- bzw. Ist-einnahmen	45
c) Beurteilung der gemeindlichen Steuerkraft auf der Basis Ist-/Sollaufkommen, Steuermeßbeträge	46
4) Kopfquotenmethode	51
5) Größenklasseneinteilung und Auswahl der Rechnungsjahre	54
a) Größenklasseneinteilung	54
b) Auswahl der Rechnungsjahre	54
II. Die Ausgaben der ausgewählten Gemeinden	55
1) Allgemeine Verwaltung (Einzelplan 0)	55
2) Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Einzelplan 1)	58
3) Schulwesen (Einzelplan 2)	59
4) Kultur- und Gemeinschaftspflege (Einzelplan 3)	64
5) Fürsorge und Jugendhilfe (Einzelplan 4)	66
6) Gesundheits- und Jugendpflege (Einzelplan 5)	69
7) Bau- und Wohnungswesen (Einzelplan 6)	70
8) Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (Einzelplan 7)	73
9) Wirtschaftliche Unternehmen (Einzelplan 8)	75
10) Finanzen und Steuern (Einzelplan 9)	78
a) Finanz- und Steuerverwaltung	79
b) Rücklagen für den Gesamthaushalt, Allgemeines Kapital- und Grundvermögen	80
III. Die Einnahmen der ausgewählten Gemeinden	81
1) Steuern	81
a) Realsteuern	81
aa) Grundsteuer A	82
bb) Grundsteuer B	85
cc) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	88
b) Übrige Gemeindesteuern	95
c) Steuerähnliche Einnahmen	96
2) Allgemeine Finanzzuweisungen	97
a) Schlüsselzuweisungen	98
b) Bedarfszuweisungen	101
c) Sonstige allgemeine Finanzzuweisungen	102

	Seite
3) Erwerbseinkünfte	102
4) Entgelteinnahmen und spezielle Zuweisungen der ordentlichen Rechnung	106
5) Spezielle Zuweisungen der außerordentlichen Rechnung	107
6) Einnahmen aus Darlehensaufnahme	108
IV. Das Vermögen der ausgewählten Gemeinden	110
1) Gliederung des Gemeindevermögens	110
2) Bewertung des Gemeindevermögens	111
3) Das Vermögen der Untersuchungsgemeinden	113
V. Die Verschuldung der ausgewählten Gemeinden	115
1) Allgemeine Bemerkungen	115
2) Verschuldung der Untersuchungsgemeinden	
E. Zusammenfassung der Ergebnisse der finanzwirtschaftlichen Analyse und Schlußfolgerungen	117
I. Zusammenfassung der Ergebnisse der finanzwirtschaftlichen Analyse	117
1) Ausgaben	117
2) Einnahmen	127
3) Vermögen und Schulden	134
II. Erkenntnisse aus den Ergebnissen der finanzwirtschaftlichen Analyse	135
1) Für den engeren kommunalen Finanzausgleich	135
2) Für das Gemeindesteuersystem	137
3) Für eine Neuverteilung der Verwaltungsaufgaben	141
4) Für die Industrieförderungspolitik der Gemeinden	142
F. Schlußbetrachtung	145
Literaturverzeichnis	181
1) Bücher und Aufsätze	181
2) Handbücher, Nachschlagewerke und Zeitungen	185
3) Statistische Quellen	185
a) Veröffentlichungen	185
b) Unveröffentlichtes statistisches Material	187
4) Gesetze und Verordnungen	187
Verzeichnis der Übersichten	189
Verzeichnis der Tabellen	191
Verzeichnis der Abbildungen	193

A. Einleitung

=====

I. Idee, Aufgabe und Grenzen des kommunalen Finanzausgleichs

Ein System der vollen kommunalen Finanzautonomie bedeutet die Hinnahme örtlich ungleicher Belastungen und Leistungen für die Gemeindebürger.¹ Lange wurde diese Konsequenz als "natürliche gebietsständische Ungleichheit"² empfunden und als Schicksal in Kauf genommen. Erst mit der zunehmenden Nivellierung der Lebensansprüche, nicht zuletzt im Gefolge der fortschreitenden Kommunikation, werden krasse Ungleichheiten in den Belastungen der Gemeindebürger und den Leistungen der Gemeinden als ökonomisch bedenklich und politisch unhaltbar erkannt. Es wird "als untragbar empfunden, wenn dasjenige, was gleichartige öffentliche Finanzwirtschaften namentlich für den einzelnen leisten, sowie das, was sie von ihren Steuerzahlern verlangen, von Ort zu Ort und von Provinz zu Provinz starke Unterschiede aufweist. Es gilt dann nicht minder als untragbar, wenn ein Teil, namentlich eine ganze Gruppe von Gebietskörperschaften, längere Zeit im Gelde schwimmt, während ein anderer darben muß."³

Dieser Wandel in der politischen Auffassung findet seinen Ausdruck in dem Verlangen nach einer Finanzausgleichsregelung, die alle Gemeinden in die Lage versetzt, "Aufgaben gleicher Dringlichkeit"⁴ zu befriedigen. Ist nun Finanzausgleich⁵ aber

¹ D r e s b a c h, August, Abstieg der Gemeinden, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 26.7.1958, Nr. 59, S. 27: "Vor dem ersten Weltkriege hatten wir in meiner oberbergischen Heimatgemeinde einen Einkommensteuerzuschlag von 340 Prozent. In Godesberg betrug er 90 Prozent. Am Rhein liefen elektrische Bahnen, brannte das elektrische Licht, gab es Straßen, Badeanstalten und auch schon Sportplätze. Daheim waren die Wege nur für Ochsenfuhrwerk und Fußgänger. Der 'Pütz' neben dem Hause war der Wasserspender für Mensch und Vieh. Die Petroleumlampe brannte noch bis in den ersten Weltkrieg hinein..."

² D r e s b a c h, August, a.a.O., S. 27.

³ T e r h a l l e, Fritz, Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948, S. 283.

⁴ S t u c k e n, Rudolf, Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 127, III. Folge, Bd. 72, 1927, S. 723.

⁵ Vgl. zum Begriff des Finanzausgleichs auch B i c k e l, Wilhelm, Der Finanzausgleich, in: Hdb. d. Fin. Wiss., 2. Aufl., 1956, S. 732.

allgemein "die Verteilung der Rechte und Pflichten, Einnahmen bestimmter Art zu erheben und Ausgaben für bestimmte Zwecke zu bestreiten, auf die verschiedenen im Staate sich betätigenden Finanzwirtschaften"¹, so verlangt eine kommunale Finanzausgleichsregelung die Ausstattung jeder Gemeinde mit Einnahmen, die ohne ungleich hohe steuerliche Beanspruchung der Bürger den Gemeinden reichen, nach Art und Umfang ihre Aufgaben interlokal in gleichem Maße zu erfüllen.

Das bestehende System der gemeindlichen Steuern ist - bedingt durch die unterschiedliche Höhe des Aufkommens aus den einzelnen kommunalen Steuern auf Grund verschiedener Wirtschaftsstruktur - für sich a l l e i n nicht geeignet, Aufgabenerfüllung in diesem Sinne bei relativ gleicher steuerlicher Beanspruchung der Gemeindebürger zu sichern. Es bedarf vielmehr der Unterstützung durch ein System von Finanzzuweisungen, das einen horizontalen Ausgleich schafft. Dabei stoßen wir sehr bald auf die Grenzen, die jeder Finanzausgleichsregelung gesteckt sind: 1. Die Hilfe für die finanzschwachen Kommunen darf nicht so weit führen, daß der Wille, aus eigener Kraft die gemeindlichen Aufgaben zu erfüllen, erlahmt; 2. Die Hilfe muß jedoch so wirksam sein, daß den finanzschwachen Gemeinden ohne unverhältnismäßig starke Ausschöpfung ihrer eigenen Finanzquellen die Möglichkeit gleicher Aufgabenerfüllung gegeben ist.

II. Problem- und Aufgabenstellung

Die g e g e n w ä r t i g e P r o b l e m a t i k der kommunalen Finanzwirtschaft liegt in dem Unvermögen vieler, insbesondere steuerschwacher Gemeinden, ihre Aufgaben aus eigener Kraft zu bewältigen, die ihnen - bedingt durch Kriegsereignisse und Nachkriegsentwicklung, nicht zuletzt auch als Folge gestiegener Lebensansprüche der Bevölkerung - erwachsen sind und die je nach der Wirtschafts- und Sozialstruktur mehr oder weniger große Ausgaben der Gemeinden erfordern. Der Grund liegt in der Diskrepanz im örtlichen Aufkommen, die bedingt ist durch die

¹ S t u c k e n, Rudolf, Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, a.a.O., S. 721

Konstruktion des bestehenden Gemeindesteuersystems, das gewerblich orientierte Gemeinden begünstigt: Infolge der im Zuge der konjunkturellen Entwicklung rasch sich ändernden Grundlagen der Gewerbesteuer fließend ~~diesen~~ erhebliche Gewerbesteuermehrnahmen zu, während landwirtschaftlich strukturierte Gemeinden bei der geringeren Ertragskraft der Landwirtschaft und den längst überholten Einheitswerten keine nennenswerten Aufkommenssteigerungen zu verzeichnen haben. So steigt die Diskrepanz der Steuerkraft, die zwar ein System von Finanzzuweisungen mildert, das aber zu einer Abhängigkeit von der alimentierenden Gebietskörperschaft führt, die um so größer ist, je stärker die Kluft zwischen steuerstarken und steuerschwachen Gemeinden eingegeben wird.

Neben diesem allgemeinen Problem der kommunalen Finanzwirtschaft, das Stadt- und Landgemeinden in gleicher Weise betrifft, ist für die kleinen Gemeinden ein s p e z i e l l e s P r o b l e m der Schlüssel für die Finanzzuweisungen (engerer Finanzausgleich). Die gegenwärtige bayerische Finanzausgleichsregelung geht aus von der durchschnittlichen Ausgabebelastung¹ als Funktion der Gemeindegröße, wobei alle Gemeinden zusammengefaßt werden. Diese durchschnittliche Ausgabebelastung ist zwar mit der Wohnbevölkerung gewogen, weist aber z.B. für alle Gemeinden bis 1000 Einwohner denselben Hundertsatz² auf, obwohl gerade Gemeinden dieser Größenklasse stark unterschiedliche Ausgabenstruktur zeigen, ganz abgesehen davon, daß sie niemals Ausdruck des tatsächlichen Ausgabebedarfs einer Gemeinde sein kann.

Ebenso problematisch wie die "durchschnittliche Ausgabebelastung" ist die bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen zu berücksichtigende Realsteuerkraft.³ In den Haushalten vieler Landgemeinden nehmen die Erwerbseinkünfte, insbesondere aus Waldbesitz, breiten Raum ein, so daß die alleinige Heranziehung der Realsteuerkraft die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde gar nicht zum Ausdruck bringen kann.

¹ Siehe Art. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAG) v. 15.7.1957 (GVBl. S. 156).

² Er beträgt 65 v.H. der Einwohnerzahl. Siehe auch S. 98.

³ Siehe S. 50.

Aus der kurz umrissenen allgemeinen und speziellen Problematik der kommunalen Finanzwirtschaft stellt sich als **A u f - g a b e** unserer Untersuchung: Analyse der Finanzwirtschaften von - noch auszuwählenden - Gemeinden im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und soziale Struktur, die räumlichen Gegebenheiten und die daraus resultierenden Bedürfnisse der örtlichen Gemeinschaft. Über eine detaillierte Darstellung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur hinaus bedarf es dabei namentlich einer Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Ausgabehöhe und Gemeindegröße einerseits und Entwicklung der gemeindlichen Ausgaben und Einnahmen während einiger Rechnungsjahre andererseits. Durch eine vergleichende Gegenüberstellung von Struktur- und Entwicklungsdaten der einzelnen Typen zweier Landkreise sollen dann die Unterschiede in der Finanzstruktur dargestellt und im Anschluß an die in Anknüpfung an die örtlichen Verhältnisse gewonnenen Ergebnisse soll ein Repräsentativschluß auf die finanzielle Situation der jeweiligen Typen gezogen werden.

Unsere **f i n a n z w i r t s c h a f t l i c h e A n a l y s e** will demnach unter Berücksichtigung möglicher Unterschiede zwischen den Gemeinden der beiden Landkreise Eichstätt und Beilngries näher beleuchten:

- 1) die Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialverhältnisse von Gemeinden auf ihre Ausgaben- und Einnahmegestaltung;
- 2) die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen während einiger Rechnungsjahre;
- 3) den Einfluß der Gemeindegröße auf die Höhe der Ausgaben.

III. Auswahl der Untersuchungsgebiete

Die finanzwirtschaftliche Analyse soll am Beispiel einiger Gemeinden der Landkreise **E i c h s t ä t t** (Mittelfranken) und **B e i l n g r i e s** (Oberpfalz) durchgeführt werden. Obwohl beide Landkreise starke Ähnlichkeit im Hinblick auf natürliche Grundlagen, Struktur, Entwicklung und Erwerbstätigkeit ihrer Bevölkerung aufweisen, zeigt der Landkreis Beilngries

weitaus nicht die Mannigfaltigkeit an Gemeindetypen wie der Landkreis Eichstätt.¹ Maßgebend für die Auswahl der Untersuchungsgebiete war auch die verschiedene Richtung des Pendlerstroms in beiden Landkreisen. In Ermangelung ausreichender und geeigneter Arbeitsplätze pendeln viele Arbeitnehmer täglich aus dem Landkreis Eichstätt in den Wirtschaftsraum Ingolstadt bzw. München, aus dem Landkreis Beilngries in den Industrieraum Nürnberg/Fürth. Die Höhe der Gewerbesteuer- ausgleichsbeträge gibt ein anschauliches Bild von dem Umfang und der Bedeutung des Problems.

Entscheidend für die Auswahl war auch, daß die beiden Landkreise jeweils verschiedenen Rechtsaufsichtsbehörden unterstehen: Eichstätt der Regierung von Mittelfranken, Beilngries der Regierung der Oberpfalz - ein Umstand, der in der Finanzgebarung der Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden hinsichtlich möglicher Abweichungen bei der Festlegung von Höchsthebesätzen oder bei der Genehmigung von Schuldaufnahmen zum Ausdruck kommen dürfte.

Der Auswahl der zu analysierenden Gemeinden für unsere finanzwirtschaftliche Betrachtung soll eine kurze Kennzeichnung der beiden Untersuchungsgebiete vorausgehen.

B. Monographie der beiden
=====

U n t e r s u c h u n g s g e b i e t e
=====

I. Natürliche Grundlagen

Der Landkreis Eichstätt liegt im südlichsten Teil des Regierungsbezirks Mittelfranken und gehört landschaftsgeographisch dem fränkischen Schichtenstufenland an. Er wird in seiner ganzen Länge (etwa 60 km) in westöstlicher Richtung durch das von der Ur-Donau tief in den Jura eingeschnittene Altmühltal in zwei Hälften getrennt, deren nördliche eine typische Juraland-

¹ Siehe Übersicht 15.

schaft der südlichen Frankenalb aufweist, während die südliche¹ zum Randgebiet der fränkischen Alb gehört und flach in die Donauniederungen abfällt. Durch das Ur-Donautal fließt träge die Altmühl², in die kleinere, aus den Seitentälern kommende Flüsse und Bäche münden (Anlauter, Schwarzach, Schambach).

Klima und Bodenverhältnisse³ erlauben in den Tälern und auf den Jurahöhen eine landwirtschaftliche Nutzung des Bodens. Die meist sandigen oder (und) steinigen Böden auf den Jurahöhen eignen sich eher für Getreidebau als die schweren tonigen bis reinen Sandböden in den Tälern, insbesondere im Altmühltal, die überwiegend als Grünland Verwendung finden.

Das Kreisgebiet bedecken zu 37 v.H. (Landesdurchschnitt 33 v.H.) ausgedehnte Fichten-, Laub-, Misch- und Föhrenwälder. An sonstigen Naturvorkommen finden sich, vor allem im westlichen Teil des Landkreises, die weltbekannten Jurasteinlager (Solnhofen Lithographiesteine, Treuchtlinger Marmor).

Der Landkreis Beilngries⁴, im Osten unmittelbar an den Landkreis Eichstätt anschließend, liegt im Südwesten des Regierungsbezirks Oberpfalz und gehört naturräumlich wie der Landkreis Eichstätt dem fränkischen Schichtenstufenland an. Drei tief in den Jura eingeschnittene Täler trennen das Kreisgebiet in ebensoviele blockartige Hochflächen, von denen die südliche der südlichen, die nordwestliche der mittleren und die nordöstliche dem Vorland der mittleren Frankenalb angehört. Auf mehr oder weniger langen Strecken durchfließen Schwarzach, Laber und Sulz, die in die Altmühl münden, das Kreisgebiet.

Klima und Bodenverhältnisse weisen gegenüber dem Landkreis Eichstätt keine großen Unterschiede auf, wenn auch die Ertragsfähigkeit der Böden des Landkreises Beilngries im Durchschnitt etwas niedriger liegt.

¹ In diesem Teil des Landkreises liegen neun der zwölf A2-Gemeinden (siehe Übersicht 15).

² Die Altmühl war im Mittelalter ein wichtiger Fernverkehrsweg.

³ Die Bodenverhältnisse weisen im Kreisgebiet starke Unterschiede auf.

⁴ Der Landkreis Beilngries gehörte bis 1880 zum Regierungsbereich Mittelfranken.

Das Kreisgebiet ist ziemlich gleichmäßig mit ausgedehnten Wäldern (29 v.H.), insbesondere Föhrenwäldern, bedeckt. Abgesehen von einem Eisenerzlager, das in der Nähe von Berching entdeckt worden ist und dessen Größe und Abbauwürdigkeit noch nicht bekannt sind, finden sich keine weiteren größeren Naturvorkommen.

II. Entwicklung, Struktur und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung

Die Bevölkerungsentwicklung der Landkreise Eichstätt und Beilngries zeigt von 1939 bis 1950 (s. Übersicht 1) eine Zuwachsrate, die über dem Durchschnitt der jeweiligen Regierungsbezirke liegt.¹ Vom Jahre 1950 an nimmt die Wohnbevölkerung ständig ab, und zwar im Landkreis Beilngries relativ stärker als im Landkreis Eichstätt, während im Regierungsbezirk Mittelfranken in der Berichtszeit die Bevölkerung zunimmt, im Regierungsbezirk Oberpfalz dagegen zunächst sinkt, von 1956 an aber ebenfalls wieder steigt.

Übersicht 1: Bevölkerungsentwicklung von 1939 - 1959²

Einwohner am	absolut		in v.H.				
	Eichst.	Beilngr.	Eichst.	Beilngr.	Mfr.	Opf.	Bayern
17.5.1939	25 388	14 033					
13.9.1950	32 496	19 534	+28,0	+39,2	+19,2	+30,7	+29,6
30.9.1953	31 432	17 860	- 3,3	- 8,6	+ 1,6	- 9,9	+ 0,6
25.9.1956	29 632	16 845	- 5,7	- 5,7	+ 0,9	- 2,1	- 0,7
30.9.1959	28 911	16 089	- 2,4	- 4,5	+ 2,4	+ 0,5	+ 2,6

¹ Das starke Überwiegen der Bevölkerungszuwachsraten von 1939 bis 1950 bei den Landkreisen gegenüber den Zuwachsraten der jeweiligen Regierungsbezirke ist darauf zurückzuführen, daß die Heimatvertriebenen auf Grund der starken Zerstörung der Städte überwiegend in den vom Krieg weniger betroffenen Landgemeinden untergebracht wurden.

² Quelle: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 177, Bayer.Gemeinde- u.Kreisstatistik 1949/50, 1952, Bd. 3 u. 5, passim. Bayern in Zahlen, Monatshefte des Bayer. Stat. Landesamts, Beilage: Wichtige Zahlen der kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern, Vierteljahresübersicht, 3. Quartal, Jg. 1954, 1957, 1958, 1959, passim.
(Die absoluten Zahlen wurden obigen Quellen entnommen, die Relativzahlen an Hand der absoluten Werte errechnet).

Die B e v ö l k e r u n g s s t r u k t u r der beiden Landkreise zeigt hinsichtlich Vertriebenenanteil, Altersaufbau und Geschlechterverhältnis eine unterschiedliche Entwicklung. Während im Landkreis Eichstätt der Anteil der Vertriebenen an der gesamten Bevölkerung 1950 noch um 3,1 v. H. über dem Durchschnitt im Regierungsbezirk Mittelfranken lag, ging er in den folgenden Jahren stark zurück und lag 1959 weit unter dem Anteil der Vertriebenen in Mittelfranken (s. Übersicht 2).

Die oben festgestellte Bevölkerungsabnahme geht also überwiegend auf Kosten der Heimatvertriebenen, die auf dem flachen Lande keine ausreichende und entsprechende Beschäftigung gefunden haben und deshalb bei Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt in zentrale Orte abgewandert sind. Dagegen liegt der Vertriebenenanteil des Landkreises Beilngries auch heute noch über dem Anteil im Regierungsbezirk Oberpfalz. Der Grund liegt darin, daß die Oberpfalz im Verhältnis zu Mittelfranken relativ wenig Industrie aufweist, die den Heimatvertriebenen Beschäftigungsmöglichkeiten bieten könnte.

Übersicht 2: Vertriebenenstand¹ in v.H. der Gesamtbevölkerung

Vertriebenenstand am	Eichstätt	Beilngries	Mfr.	Opf.	Bayern
13.9.1950	21,1	26,0	18,0	22,1	21,1
25.9.1956	15,0	20,1	17,8	18,3	19,2
30.9.1959	14,3	18,6	18,1	18,0	19,0

¹ Q u e l l e : Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 177, Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1949/50, 1952, Bd. 3 u. 5, passim.
Bayern in Zahlen, Monatshefte des Bayer. Stat. Landesamts, Beilage: Wichtige Zahlen der kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern, Vierteljahresübersicht, 3. Quartal, Jg. 1957, 1958, 1959, passim.
(Die Relativzahlen wurden aus den in obigen Quellen angegebenen absoluten Werten errechnet).

Ein Vergleich des Altersaufbaus in den beiden Landkreisen mit dem Altersaufbau im Lande Bayern zeigt einen relativ hohen Anteil der Personen bis 20 Jahre (Übersicht 3). Inwieweit sich dieses Bild durch die stetige Abwanderung vom Lande, die besonders die jüngeren Jahrgänge erfaßt, verschoben hat, konnte mangels neuerer statistischer Werte nicht festgestellt werden.¹

Übersicht 3: Altersgliederung 1950 in v.H. der Gesamtbevölkerung²

Altersgruppen	Eichstätt	Beilngries	Bayern
unter 6	9,2	8,6	8,5
6 - 15	18,4	17,8	15,7
15 - 20	8,8	8,4	7,4
20 - 65	54,6	55,5	59,3
65 und mehr	9,0	9,7	9,1

Das Geschlechterverhältnis (siehe Übersicht 4) läßt einen weit über dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil der Frauen an der Bevölkerung des Landkreises Beilngries erkennen, der wohl ebenfalls auf die überdurchschnittliche Abwanderung jüngerer männlicher Kräfte zurückzuführen ist.

Übersicht 4: Geschlechterproportion (Frauen auf 100 Männer)³

Am	Eichstätt	Beilngries	Bayern
17.5.1939	100,7	107,9	104,4
13.9.1950	112,3	117,3	115,6
25.9.1956	109,1	117,1	115,6

¹ Es ist anzunehmen, daß der Anteil der jüngeren Personen infolge der starken Abwanderung abgenommen hat.

² Quelle: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 177, Bayer. Gemeinde- u. Kreisstatistik 1949/50, 1952, Bd. 3 u. 5, passim. (Die relativen Werte wurden aus den in obiger Quelle angegebenen absoluten Zahlen errechnet).

³ Quelle: Kreismappe Eichstätt-Land und Beilngries, hrsg. v. Institut f. Raumforschung, Bonn, Bl. 6.

Die Erwerbstätigkeit der Wohnbevölkerung beider Landkreise ist überwiegend landwirtschaftlich orientiert. Der Anteil der Wohnbevölkerung bzw. der Erwerbspersonen an der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft liegt in beiden Landkreisen wesentlich über dem entsprechenden Anteil auf Regierungsbezirks- und Landesebene (s. Übersicht 5). Ein Vergleich der Anteile in den beiden Landkreisen läßt die stärkere landwirtschaftliche Orientierung des Landkreises Beilngries erkennen.

Übersicht 5: Berufsstruktur 1950¹

Von der Wohnbevölkerung entfallen auf (in v.H.)	Eichstätt	Beilng.	Mfr.	Opf.	Bayern	Bund
Land- und Forstwirtschaft	39,9	40,6	16,1	25,7	20,7	14,7
Industrie und Handwerk	30,7	26,9	39,3	34,5	36,8	39,6
Handel und Verkehr	6,8	6,3	14,1	11,4	12,4	14,2
Dienstleistungen	5,9	7,5	12,7	10,6	12,6	13,5
Selbständige Berufslose	16,7	18,7	17,8	17,8	17,5	18,0

Von den Erwerbspersonen entfallen auf
(in v.H.)

Land- und Forstwirtschaft	56,4	58,0	24,4	38,2	30,6	23,2
Industrie und Handwerk	31,2	27,7	45,2	37,5	40,9	44,5
Handel und Verkehr	5,9	5,8	15,3	11,5	13,1	15,6
Dienstleistungen	6,5	8,5	15,1	12,8	15,4	16,7

¹ Quelle: Kreismappe Eichstätt-Land und Beilngries, hrsg. v. Institut f. Raumforschung, Bonn, Bl. 6.

Der Anteil der auf nichtlandwirtschaftliche Wirtschaftsgruppen entfallenden Erwerbspersonen tritt weit hinter den Anteil der Land- und Forstwirtschaft zurück. Er erscheint noch geringer, berücksichtigt man, daß viele Erwerbstätige an ihren Arbeitsort über die Kreisgrenze pendeln.

III. Wirtschaftliche Struktur

1) Landwirtschaft

In beiden Landkreisen nimmt die Landwirtschaft noch eine beherrschende Stellung ein. 1950 waren im Landkreis Eichstätt 56,4 v.H., im Landkreis Beilngries 58,0 v.H. aller Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Inzwischen dürften diese Anteile infolge der starken Abwanderung vom Lande gesunken sein.

Der Schwerpunkt der B o d e n n u t z u n g liegt in beiden Untersuchungslandkreisen im Ackerbau, wobei der Anteil des Getreidebaus auf Grund der günstigen Standortbedingungen (Plateaulagen) über dem Landesdurchschnitt liegt (s. Übersicht 6). Auf den relativ niedrigen Gründlandanteil in beiden Landkreisen ist die wenig ausgeprägte Viehwirtschaft zurückzuführen.

Übersicht 6: Bodennutzung in v.H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche 1956¹

Bodennutzung	Eichstätt	Beilngries	Bayern
Wiesen und Weiden	25,7	29,2	41,0
Getreide	44,6	42,9	34,7
Hackfrüchte	13,3	14,0	11,8
Futterpflanzen	14,0	11,9	8,7
Sonst. Flächen	2,4	2,0	3,8

Die landwirtschaftliche B e t r i e b s s t r u k t u r beider Landkreise trägt überwiegend kleinbäuerlichen Charakter.

¹ Q u e l l e : Kreismappe Eichstätt-Land und Beilngries, hrsg. v. Institut f. Raumforschung, Bonn, Fortschreibungsblatt 1.

1958 hatten nur 9,3 v.H. (Eichstätt) bzw. 10,1 v.H. (Beilngries) der landwirtschaftlichen Betriebe eine Nutzfläche von über 20 ha (s. Übersicht 7). Ein Vergleich der Betriebszahlen zwischen 1949 und 1958 zeigt eine Verschiebung der Werte zugunsten mittlerer Betriebsgrößen (5 bis 10 ha, 10 bis 20 ha) und zugunsten der Betriebsgröße 0,01 bis 2 ha.

Übersicht 7: Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur 1949 und 1958¹

Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ha	Eichstätt				Beilngries			
	absolut		in v.H.		absolut		in v.H.	
	1949	1958	1949	1958	1949	1958	1949	1958
0,01 - 2	606	622	19,0	19,8	221	242	11,8	13,0
2 - 5	862	770	27,1	24,5	501	409	26,8	22,0
5 - 10	808	805	25,4	25,6	544	588	29,0	31,4
10 - 20	606	656	19,0	20,8	422	440	22,5	23,4
20 - 50	272	261	8,5	8,3	177	171	9,4	9,6
50 und mehr	31	33	1,0	1,0	9	9	0,5	0,5
insgesamt	3185	3147	100,0	100,0	1874	1859	100,0	100,0

2) Gewerbliche Wirtschaft

Neben der Landwirtschaft sind Handwerk und Industrie die wichtigste Erwerbsquelle. 1950 entfielen 31,2 bzw. 27,7 v.H. der Erwerbspersonen im Landkreis Eichstätt bzw. Beilngries auf diese Wirtschaftsgruppe. Im Landkreis Beilngries nimmt das Handwerk noch eine dominierende Stellung ein, während es im Landkreis Eichstätt gegenüber der Industrie zurücktritt (s. Übersicht 8).

¹ Q u e l l e : 1949: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 177, Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1949/50, 1952, Bd. 3, S. 18, Bd. 5, S. 28.
1958: Auswertung des unveröffentlichten Materials der Bodennutzungserhebung 1958 beim Bayer. Stat. Landesamt.
(Die Relativzahlen wurden aus den in obigen Quellen angegebenen absoluten Werten errechnet).

Übersicht 8: Zahl der Handwerksbetriebe und ihrer Beschäftigten 1949 und 1956¹

Zahl der Handwerksbetriebe	Eichstätt		Beilngries		durchschnittliche Betriebsgröße		
	Jahr	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Eichst.	Beilngr.
1949	696	1115	434	1139	2,2	2,6	3,2
1956	574	1527	381	1249	2,7	3,3	4,3

In beiden Landkreisen hat sich im Handwerk ein Auslese- und Sanierungsprozeß vollzogen, der zu einer Verminderung der Zahl der Betriebe bei gleichzeitiger Zunahme der Betriebsgröße geführt hat. Trotz dieser Entwicklung liegt die durchschnittliche Betriebsgröße in beiden Landkreisen unter dem Landesdurchschnitt.

Industrie ist im Landkreis Eichstätt nur wenig, im Landkreis Beilngries kaum vertreten; die Industriedichte² beider Landkreise liegt weit unter den entsprechenden Werten des Landes und der jeweiligen Regierungsbezirke.³ In der Betriebsgrößenstruktur fällt ein starkes Überwiegen der industriellen Klein- und Kleinstbetriebe auf (s. Übersicht 9).

¹Quelle: 1949: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 161, Das Handwerk in Bayern, Ergebnisse der Handwerkszählung in Bayern 1949, 1951, S. 53 u. 68.

1956: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 207, Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1958, Bd. 2, S. 6 u. 144.
(Die Relativzahlen wurden aus den in obigen Quellen angegebenen absoluten Werten errechnet).

²Zahl der Beschäftigten in der Industrie auf 1000 der Bevölkerung.

³Sie betrug am 30.9.1959 im Landkreis Eichstätt 75,8, im Regierungsbezirk Mittelfranken 164,8; im Landkreis Beilngries 26,3, im Regierungsbezirk Oberpfalz 93,5; im Land Bayern 119,2.

Übersicht 9 : Industriebetriebsgrößenklassen 1955¹

Beschäftigte in Industrie- betrieben	Eichstätt		Beilngries	
	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
1 - 10	58	64,6	14	70,0
10 - 20	13	14,4	-	-
20 - 50	11	12,2	5	25,0
50 - 100	1	1,1	1	5,0
100 - 500	6	6,6	-	-
500 - 1000	1	1,1	-	-
insgesamt	90	100,0	20	100,0

Die durchschnittliche Betriebsgröße lag 1959 (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) im Landkreis Eichstätt bei 64,5 (Mittelfranken 144,3), im Landkreis Beilngries bei 42,4 (Oberpfalz 108,3) Beschäftigten je Betrieb bei einem Landesdurchschnitt von 117,8. Von 1955 bis 1959 blieb die Zahl der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten im Landkreis Eichstätt bei nur geringfügiger Zunahme der Zahl der Beschäftigten relativ konstant, während sie im Landkreis Beilngries durch einige Neuansiedlungen bei fast Verdoppelung der Beschäftigtenzahl stark stieg (s. Übersicht 10).

Übersicht 10: Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten²

Industrie- betriebe am 30. 9.	Eichstätt		Beilngries	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1955	31	2189	7	239
1956	35	2184	6	349
1957	35	2103	8	387
1958	32	1987	8	369
1959	34	2193	10	424

¹ Quelle : Kreismappe Eichstätt-Land und Beilngries, hrsg. v. Institut f. Raumforschung, Bonn, Bl. 6.

² Quelle : Bayern in Zahlen, Monatshefte des Bayer. Stat. Landesamts, Beilage: Wichtige Zahlen der kreisfreien Städte u. Landkreise in Bayern, Vierteljahresübersicht, 3. Quartal, Jg. 1955 - 1959, passim.

Die Aufgliederung nach Industriegruppen in Übersicht 11 zeigt die dominierende Stellung der Steinindustrie im Landkreis Eichstätt.

Übersicht 11: Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten am 30.9.1959 nach Industriegruppen¹

Industriegruppe	Eichstätt		Beilngries	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Steine und Erden	26	1180	1	.
Metallindustrie	-	-	2	.
Holzindustrie	4	.	2	.
Lederindustrie	-	-	1	.
Textilindustrie	1	.	-	-
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	-	-	2	.
Sonstige	3	891	2	.
Insgesamt	34	2193	10	424

Die übrigen Wirtschaftsabteilungen Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen nehmen in beiden Landkreisen nur eine untergeordnete Stellung ein und liegen hinsichtlich ihres Anteils an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen weit unter dem Durchschnitt des Landes und der jeweiligen Regierungsbezirke (s. Übersicht 5).

C. Bildung von Gemeindetypen =====

I. Begriff des Gemeindetyps und Zweck der Typisierung

Der Ausdruck Typ oder Typus findet in Wissenschaft und Praxis so oft und vieldeutig Verwendung, daß seine Bedeutung im Einzelfall nicht auf den ersten Blick hervortritt.

¹ Ergebnisse der Industrierichterstattung zum 30.9.1959 (unveröffentlichtes Material).

Es ist ihm aber immer ein Sinn beizulegen, der "auf die Feststellung einer Ähnlichkeit, nicht einer vagen Ähnlichkeit, sondern einer wesensmäßigen Verwandtschaft, d.h. in einer engen Übereinstimmung in den bestimmenden Grundzügen"¹ abstellt. Der Begriff bezeichnet so eine Mehrheit von Einheiten, die durch bewußt ausgewählte, das Wesen jeder Einheit bestimmende Merkmale abgegrenzt sind. Für die Typisierung von Gemeinden müssen aus der großen Vielfalt von Kriterien, die jeder Gemeinde zukommen und die "in ihrer Gesamtheit letzten Endes jede einzelne Gemeinde zu einer unwiederholbaren Individualität stempeln, einige wesentliche herausgehoben werden, die einerseits einen genügenden Einblick in das Wesen jeder Gemeinde gestatten, andererseits aber doch auch ihre Zusammenfassung zu verhältnismäßig wenigen und überschaubaren Gruppen ähnlichen Charakters ('Typen') ermöglichen".²

Unter Vernachlässigung aller individuellen Eigentümlichkeiten gilt es also, die Wesenszüge einer Gemeinde sichtbar zu machen. Welche Merkmale dabei zur Abgrenzung der verschiedenen Typen herangezogen werden, hängt in erster Linie von der Zielsetzung ab. Viele Versuche stellen ab auf die Kennzeichnung des wirtschaftlichen Charakters der Gemeinden³, andere auf die Charakterisierung der Sozialverhältnisse, wieder andere stellen soziologische Gesichtspunkte⁴ in den Vordergrund. Immer aber müssen die unter verschiedenen Gesichtspunkten ausgewählten Typen die sie bestimmenden Merkmale aufweisen, um als Grundlage für einen Vergleich dienen zu können.

¹ L i n d e , Hans, Grundfragen der Gemeindetypisierung, in: Raum u. Wirtschaft, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. III, Hannover 1953, S. 77.

² B o b e k , Hans, Bemerkungen zur Ermittlung von Gemeindetypen in Österreich, in: Beiträge zur Ermittlung von Gemeindetypen, Schriftenreihe der Österr. Gesellschaft zur Förderung von Landesforschung und Landesplanung, Bd. 1, Klagenfurt 1955, S.19.

³ Vgl. H e t t n e r , Alfred, Die wirtschaftlichen Typen der Ansiedlungen, in: Geographische Zeitschrift, Jg. 8, 1902, S. 93.

⁴ Vgl. W e i p p e r t , Georg, Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, in: Berichte über Landwirtschaft, 160. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1954, S. 24: Unter familiensoziologischen Gesichtspunkten unterscheidet G. Weippert 1. Dörfer des traditional-patriarchalischen Typs, d.h. Dörfer mit hochkonservativer Haltung; 2. Dörfer, in denen sich die patriarchalische Familie in Auflösung befindet; 3. Dörfer, in denen die im Vordringen befindliche Partnerschaftsfamilie anzutreffen ist.

II. Überblick über die bisherigen Typisierungsversuche

In einer kurzen Darstellung der wichtigsten bisherigen Typisierungsversuche soll das Charakteristische jedes Typisierungssystems herausgestellt werden. Für die Einteilung bietet sich eine Gliederung in wirtschaftliche, soziale und "soziologische" Gemeindetypen an. Dabei ist zu beachten, daß die einzelnen Systeme sich gegenseitig nicht ausschließen, da eine Kennzeichnung der Gemeinden nach der einen Seite (z.B. nach der wirtschaftlichen) zugleich eine Berücksichtigung anderer Merkmale (sozialer und soziologischer) verlangt und umgekehrt. Die Dreiteilung läßt sich jedoch rechtfertigen im Hinblick auf die ungleich stärkere Betonung der Wirtschaftsstruktur durch die wirtschaftlichen Typisierungssysteme, der Sozialstruktur durch die sozialen Typisierungssysteme und der soziologischen Struktur durch die soziologischen Typisierungssysteme.

1) Wirtschaftliche Gemeindetypen

Der Geograph R. G r a d m a n n¹ setzte als erster im Rahmen seiner siedlungsgeographischen Studien in Württemberg die Hettnersche Anregung² der Bildung von wirtschaftlichen Gemeindetypen in die Tat um. Da das damalige Württemberg bereits über eine umfassende Gemeindestatistik verfügte, konnte er die "aus der Fülle seiner Anschauungen"³ in idealtypischer Weise gewonnenen Gemeindetypen nachträglich mittels statistischer Schwellenwerte abgrenzen. Gradmann unterscheidet zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Gemeindetypen.⁴ Die landwirtschaftlichen Typen - großbäuerliche, mittelbäuerliche, kleinstbäuerliche und Weinbaugemeinden - gliedert er danach, in welcher Hektarklasse (über 10 ha, 5 - 10 ha, unter 5 ha) der Scheitelwert der Betriebe liegt; Weinbaugemeinden nimmt er an, wenn mehr als 1/20

¹G r a d m a n n , R., Das ländliche Siedlungswesen des Königreichs Württemberg, in: Forschungen zur Deutschen Landes- und Volkskunde, Stuttgart 1913.

²H e t t n e r , Alfred, a.a.O., S. 92 f.

³B o b e k , Hans, a.a.O., S. 20.

⁴Vgl. G r a d m a n n , R., a.a.O., S. 52.

der Kulturfläche von Reben bestanden ist. Die gewerblichen Gemeindetypen - großgewerbliche, kleingewerbliche und Arbeitergemeinden - grenzt er nach dem Durchschnitt der Beschäftigten je Betrieb ab: Liegt der Durchschnitt der Beschäftigten über 6, nimmt er eine großgewerbliche Gemeinde an, bei einem Durchschnitt unter 6 eine kleingewerbliche Gemeinde; Arbeitergemeinden liegen vor, wenn die am Ort wohnhafte Arbeiterschaft die Zahl der am Ort Beschäftigten erheblich übersteigt.

Es ist Gradmanns Verdienst, daß er als erster von der schematischen Einteilung der Gemeinden nach Größenklassen abging und eine Gliederung nach Typen vornahm, wenn bei ihm auch weniger der wirtschaftliche Charakter als der siedlungsgeographische Aspekt im Vordergrund steht.

Neuere Untersuchungen folgten erst wieder in den Dreißiger Jahren, als die "Nachweisung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung"¹ im Rahmen der Berufszählung des Jahres 1933 eine Handhabe dazu bot. Zu erwähnen sind die Untersuchungen von F. H u t t e n l o c h e r², der wie Gradmann die Gemeindetypisierung³ als geographische Aufgabe betrachtet. Huttenlocher hat die Gradmannschen Typen weiter ausgebaut und unter Verwendung neueren statistischen Materials auf eine bessere Grundlage gestellt.

Ähnliche Grundtypen wie Gradmann hat P. H e s s e⁴ entwickelt, der zu ihrer Kennzeichnung aber andere und wesentlich verfeinere Merkmale verwendet. Er geht davon aus, daß jeder Gemeinde eine gewisse Grundform (Grundtyp) entspricht, die sie entweder als gewerbliche oder als bäuerliche Gemeinde kennzeichnet. Jede Gemeinde weist "markante, 'typische' soziale und wirtschaftliche, meßbare Merkmale"⁵ auf, von denen er folgenden grö-

¹H o r s t m a n n, K., Die Gliederung nach Stadt und Land in der Statistik, in: Allg. Stat. Arch., 1939, S. 32.

²H u t t e n l o c h e r, F., Funktionale Siedlungstypen, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 7, 1949, S. 76 f.

³G r a d m a n n und H u t t e n l o c h e r sprechen nicht von Gemeinde-, sondern von Siedlungstypen. Da für die einzelnen Siedlungen aber ausreichende statistische Angaben fehlen, greifen sie auf die Gemeindestatistik zurück.

⁴H e s s e, Paul, Grundprobleme der Agrarverfassung, Stuttgart 1949.

⁵H e s s e, Paul, Grundprobleme der Agrarverfassung, a.a.O., S. 10.

Bere Bedeutung beimißt¹:

- 1) die Bodenverbundenheit der Haushaltungen, ausgedrückt durch die Zahl der Haushaltungen ohne Boden oder höchstens solche bis zu einer Fläche von 0,5 ha in v.H. der gesamten Haushaltungen;
- 2) die hauptberuflichen Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft in v.H. der Erwerbspersonen überhaupt;
- 3) die nichtlandwirtschaftliche Durchsetzung, vornehmlich der Grad der Industrialisierung, ausgedrückt durch die Zahl aller in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten beschäftigten Erwerbspersonen in v.H. der örtlichen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen;
- 4) der Umfang der Pendelwanderung, ausgedrückt durch die Zahl der Auspendler, gemessen an der Gesamtzahl der örtlichen Erwerbspersonen, und durch die Anzahl der Einpendler, gemessen an den Erwerbspersonen in den örtlichen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten;
- 5) das Gewicht der Wirtschaftsheimstätten und Kleinstellen² in v.H. der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha;
- 6) der Anteil der "Hufen"³ und größeren Betriebe aller Grade an der Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Diese 6 Merkmale lassen in bestimmter Zusammensetzung und Größenordnung die Sozial- und Wirtschaftsstruktur einer Gemeinde in ihren Grundzügen erkennen. Unter ihrer Anwendung⁴ kommt H e s s e zu folgenden 5 Grundtypen von Gemeinden:

- Gewerbliche Gemeinden- und Verwaltungszentren (A)
- Arbeiterwohngemeinden und Wohnsiedlungen (B)
- Arbeiterbauerngemeinden (C)
- Kleinbäuerliche Gemeinden (D)
- Bäuerliche Gemeinden (E)

¹H e s s e , Paul, Grundprobleme der Agrarverfassung, a.a.O., S.10.

²Unter W i r t s c h a f t s h e i m s t ä t t e n versteht Hesse nebenberuflich bewirtschaftete landwirtschaftliche Kleinstbetriebe, unter K l e i n s t e l l e n haupt- oder nebenberuflich bewirtschaftete Kleinbetriebe mit 1 bis 2 ständigen Arbeitskräften, die je nach den äußeren und inneren Bedingungen 1 - 25 ha umfassen können.

³Unter "Hufen" sollen mittelbäuerliche Betriebe verstanden werden, deren Ackernahrung ausreicht, einer kinderreichen bäuerlichen Familie gesicherte Existenz zu geben und die zugleich Möglichkeiten für einen sozialen Aufstieg bieten. Sie weisen 4 - 5 Vollarbeitskräfte auf und können je nach den äußeren und inneren Verhältnissen 4 - 44 ha umfassen.

⁴Die Schwellenwerte der Grund- und Gemeindetypen siehe bei H e s s e ,

Die Einteilung des C-Typs und die Abstufung des D- zum E-Typ erfordert eine klare Abgrenzung des Begriffs der Wirtschaftsbefestungen und Kleinstellen gegenüber den "Hufen" und "Großhufen". Das ist besonders schwierig, weil Hesse nicht wie Gradmann "betriebsliche" Betriebsgrößenklassen verwendet, sondern eine "sozialistische" Gliederung der Betriebe nach "Betriebsarten" (= eine Funktion der Arbeit) vornimmt. Ausgehend von der "Normalgröße der wirtschaftlichen Familienwirtschaft"³ stuft er die einzelnen Betriebsgrößen unter Berücksichtigung der natürlichen Produktionsbedingungen, der Ertragslage, der Organisationsform und der Intensitätsstufen in Betriebsarten ein.⁴ Dieses etwas komplizierte Verfahren erlaubt dann eine Abgrenzung der C-, D- und E-Grundtypen.

Jeder Grundtyp trifft in drei Ausprägungen auf. Den Gemeindetypen I, II und III, in denen Hesse entsprechend seiner Auffassung von Gemeinden als "organischen Wesen" Stufen einer weitgehend eigenständigen Entwicklung der Grundtypen erblickt. Sie verlaufen (von III nach I) von fester Bodenverwurzelung und starker Wassertraktat zu deren Gegenteil, wobei Realteilung, verkehrsmässige Frechtedung und Nähe von Industriezentren diese Entwicklung fördern, geschlossene Vererbung, Angelegenheit vom Verkehr und Industrielieferne sie hemmen.⁵

Paul, Berichte zur Grundlagenforschung, Die Gemeindetypenkarte, zur Raumforschung und Raumordnung, Jg. 10, 1960, S. 64.

³ H e s s e, Paul, Die Betriebsgrößenklassen und Betriebsarten der Landwirtschaft im Lichte der Raumforschung und Landesplanung, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 10, 1960, S. 200.

⁴ Siehe Fußnote 1.

⁵ Siehe H e s s e u. H e i n s, Zur Entwicklung der Gemeindetypisierung 1960 bis 1963, in: Raum und Wirtschaft, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. III, Hannover, 1963, S. 127.

⁶ Siehe H e s s e, Paul, Die Betriebsgrößenklassen und Betriebsarten der Landwirtschaft im Lichte der Raumforschung und Landesplanung, a.a.O., S. 200 u. 201.

⁷ H e s s e, Paul, Über die Typologie des Raumes, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 4, 1960, S. 41.

⁸ Siehe H e s s e, Paul, Grundprobleme der Agrarverfassung, a.a.O., S. 3. 4.

Auf der Grundlage des Materials der Volks- und Berufszählung von 1939 hat Hesse die Gemeinden Südwestdeutschlands¹ und - mit einigen Änderungen der Schwellenwerte infolge abweichender Agrarstruktur - die Gemeinden Niedersachsens² typisiert und kartographisch dargestellt.

Der Versuch, die Hesseschen Gliederungsgrundsätze auch zur Typisierung der bayerischen und hessischen Gemeinden auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsstätten- bzw. Volks- und Berufszählung von 1949/50 heranzuziehen, brachte kein befriedigendes Ergebnis.³ Es stellte sich heraus, daß die reinen Gemeindetypen, wie sie für Südwestdeutschland und Niedersachsen 1939 ermittelt worden waren, 1949/50 kaum noch festgestellt werden konnten. Meist traten Doppeltypen auf (vor allem B-/D- und B-/E-Typen). Der Grund liegt in den starken Bevölkerungsbewegungen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Durch den Zustrom von Heimatvertriebenen in die Gemeinden "hat sich häufig nur die Einwohnerzahl erhöht, sonst änderte sich aber kaum etwas, weder im Gebäude- und Wohnungsbestand noch an der Wirtschaft und ihrer Ausrüstung".⁴ Der Zuwachs erhöhte lediglich den Anteil der "Haushaltungen ohne Boden an der Gesamtzahl der Haushaltungen", so daß häufig die Schwellenwerte überschritten wurden, die Hesse 1939 für den D- bzw. E-Typ ermittelt hatte. Die Verwendung dieser Typen erwies sich so für die Nachkriegszeit nicht mehr als zweckmäßig; sie hätte nur dazu geführt, die "Überlagerung ursprünglich rein agrarwirtschaftlich orientierter Gemeinden durch den hohen Anteil an Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und sonstigen Zugezogenen zum Ausdruck zu bringen".⁵ Es hätte auch irre-

¹ H e s s e, Paul, Die Gemeindetypenkarte, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 10, 1950, S. 63 f.

² Z i l l, C., Gemeindetypen in Niedersachsen, in: Archiv f. Landes- und Volkskunde von Niedersachsen, Heft 20, 1944, S. 44-148.

³ Vgl. im folgenden L e h m a n n, Heinz, a.a.O., S. 122 f.

⁴ H ü f n e r, Willi, Wirtschaftliche Gemeindetypen, in: Raum und Wirtschaft, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. III, Hannover 1953, S. 47.

⁵ L e h m a n n, Heinz, a.a.O., S. 126.

führende Ergebnisse gezeitigt, alle Gemeinden als Doppeltypen darzustellen, weil durch die Überlagerung häufig weder im äußeren Erscheinungsbild der Gemeinde noch in der Wirtschaftsstruktur eine entscheidende Änderung eingetreten ist. Eine lineare Heraussetzung der Schwellenwerte bringt auch keine echte Lösung, weil die ungleichmäßige Verteilung der Heimatvertriebenen auf die einzelnen Gemeinden die Vergleichbarkeit der entsprechenden Typen beeinträchtigen würde.

Eine Unzulänglichkeit der Hesseschen Konzeption liegt auch in dem Begriff der "Normalgröße der mittelbäuerlichen Familienwirtschaft"¹, die sich, auf die Verhältnisse Bayerns angewandt, "als nicht präzise genug in der Aussage, um sie als Merkmal verwenden zu können"² erwies. Für Bayern wären auch nicht in wünschenswertem Umfang die erforderlichen Bodenklimazahlen und Ertragswertklassen sowie Angaben über Ackerzahlen, Einheitswerte und Höhenlage der Gemeinden zur Verfügung gestanden.

"Im ganzen zeigt sich also, daß Hesses Typengliederung nicht nur in den Schwellenwerten, sondern auch in der Wahl der Merkmale raum- und zeitgebunden ist und in anderen Gebieten bzw. zu anderen Zeitpunkten durchgreifender Umgestaltung bedarf."³ Trotz der angeführten Mängel sind die Arbeiten Hesses aber ein großer Fortschritt in der Typisierung der Gemeinden.

Einen weiteren Versuch zur Charakterisierung der Gemeinden nach ihrer wirtschaftlichen Struktur hat W. H ü f n e r⁴ unternommen. Er typisierte an Hand der Zählungsergebnisse von 1949/50 die Gemeinden Hessens⁵ und stellte die Ergebnisse in einer Ge-

¹Der Begriff drückt aus, wie groß unter den jeweils gegebenen äußeren und inneren Bedingungen ein landwirtschaftlicher Betrieb sein muß, um - als bäuerliche Familienwirtschaft geführt - eine sichere Existenzgrundlage abzugeben.

²L e h m a n n, Heinz, a.a.O., S. 127.

³B o b e k, Hans, a.a.O., S. 23.

⁴H ü f n e r, Willi, a.a.O.

⁵Von früheren Versuchen in Hessen sind zu nennen L i n d, E., Bildung von Gemeindetypen auf Grund der Berufszählungsergebnisse, in: Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes, Jg. 1942, Bd. 72, Darmstadt 1943, S. 4 f.

meindetypenkarte¹ dar. Seine Typen stellen ab auf Art und Umfang der Erwerbstätigkeit am Ort, berücksichtigen jedoch nicht, ob die Erwerbstätigen am Ort wohnhaft sind oder von anderen Gemeinden einpendeln (s. Übersicht 12).²

Übersicht 12: Schwellenwerte zur Bestimmung der Gemeindetypen nach Hüfner³

Gemeindetyp	Anteil der in der Gem. Et. in v. H. der in der Gem. wohnhaften Ep.	Anteil der in der Gem. nl. Et. in v.H. der in der Gem. beschäftigten Ep.	Anteil der in der Gem. l. Et. in v.H. der in der Gem. beschäftigten Ep.
Arbeiterwohn- gemeinden	unter 60	-	-
Gewerbliche Gemeinden	über 60	über 55	unter 55
Gewerblich- landw. Misch- gemeinden	über 60	45 - 55	45 - 55
Landwirtsch. Gemeinden	über 60	unter 45	über 45

Die Zahl der am Ort wohnhaften Erwerbspersonen bestimmt den Typ im Hinblick auf Wohn- und Betriebsgemeinde: Liegt der prozentuale Anteil der in der Gemeinde Erwerbstätigen unter 60 v.H. der in der Gemeinde wohnhaften Erwerbspersonen, so handelt es sich um eine Wohngemeinde; übersteigt er 60 v.H., um eine Betriebs-
gemeinde. Nach der Art der überwiegenden Erwerbstätigkeit (landwirtschaftlich oder gewerblich) werden die Betriebsgemeinden in landwirtschaftliche und gewerbliche Gemeinden untergliedert. Um einen krassen Übergang zu vermeiden, wird der Typ der sogenannten landwirtschaftlich-gewerblichen Mischgemeinde als Zwischen-

¹ Wirtschaftliche Gemeindetypen, hrsg. v. Hess. Ministerpräsidenten - Landesplanung - bearbeitet im Hess. Stat. Landesamt, 1952, Maßstab 1 : 600 000.

² Vgl. Hüfner, Willi, a.a.O. S. 48.

³ Entnommen aus "Wirtschaftliche Gemeindetypen", a.a.O.

form eingeschoben. In dieser Form haben Landwirtschaft und Gewerbe etwa die gleiche Bedeutung, so daß keine eindeutige Aussage nach der einen oder anderen Seite gemacht werden kann.¹

Unter Zugrundelegung der Hufnerschen Merkmale und Schwellenwerte sind die Gemeinden der Landkreise Eichstätt und Beilngries typisiert (s. Übersicht 13). Die Verteilung der Typen läßt die überwiegend agrarwirtschaftliche Orientierung (im Landkreis Beilngries noch stärker als im Landkreis Eichstätt) der beiden Untersuchungsgebiete erkennen.

Übersicht 13: Streuung der Gemeindetypen (nach Hufner) in den Untersuchungsgebieten²

Gemeindetyp	Eichstätt		Beilngries	
	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
A Arbeiterwohn- gemeinden	-	-	-	-
B Gewerbliche Gemeinden	11	14,5	2	4,4
C Gewerbl.-land- wirtschaftl. Mischgemeinden	5	6,6	2	4,4
D Landwirtsch. Gemeinden	60	78,9	41	91,2
Insgesamt	76	100,0	45	100,0

Der Vorteil der Hufnerschen Gliederung liegt in der Einfachheit und Klarheit der verwendeten Merkmale und in der Überschaubarkeit der gewonnenen Typen, die einen groben Überblick über die Wirtschaftsstruktur eines Gebietes geben. Sie sagen jedoch nichts darüber aus, "ob es sich dabei z.B. um eine gute

¹Vgl. H u f n e r, Willi, a.a.O., S. 50.

²Berechnung an Hand der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung, Q u e l l e: Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1949/50, 1952, Bd. 3 u. 5, passim, Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 177.

oder schlechte, intensive oder extensive Landwirtschaft handelt oder um Großgewerbe oder Kleingewerbe, um Schwerindustrie oder Leichtindustrie".¹ Auch charakterisiert Hüfner mit dem Merkmal Erwerbstätige zwar die Gemeinden nach dem Arbeitsortprinzip, gibt aber nur "den 8-Stunden-Tag der Gemeinden wieder, nicht dagegen den im Grunde angestrebten 24-Stunden-Tag der Gemeinden als wirtschaftsstrukturelle Einheit".² Darüber hinaus erscheint die bloße Unterscheidung in Wohn- und Arbeitsgemeinden als zu grob und eine weitere Gliederung notwendig.

Aus den vielen Typisierungsversuchen haben sich allmählich Grundsätze herausgeschält, die eine ausreichende wirtschaftliche Charakterisierung von Gemeinden erlauben. Als die "derzeit beste Lösung"³ kann wohl der Typisierungsversuch von H. L i n d e ⁴ angesehen werden. Nach Linde muß eine ausreichende wirtschaftliche Kennzeichnung der Gemeinde aus zwei getrennten Aussagen bestehen, wobei "deren erste sich auf die auf dem Areal der Gemeinde lokalisierten Wertschöpfungseinrichtungen (Betrieb , nach der Zahl der am Ort Beschäftigten) bezieht, deren zweite die auf dem Areal der Gemeinde lebende Wohnbevölkerung (repräsentiert durch die Erwerbspersonen der Wohnbevölkerung) zum Gegenstand hat".⁵ Er geht dabei von der Erkenntnis aus, daß in einer arbeitsteiligen industriellen Gesellschaft allgemein keine Identität (z.T. mit Ausnahme der Landwirtschaft) mehr angenommen werden kann. Darüber hinaus kennzeichnet er durch eine dritte Aussage jene Gemeinden, denen typische übergemeindliche Funktionen ein besonderes Gepräge verleihen.⁶ Die Lindeschen Typen machen demnach eine Aussage über eine Gemeinde

- 1) als wirtschaftlicher Standort durch entsprechende Gliederung der in der Gemeinde Beschäftigten;
- 2) als Wohnort durch Angaben über Zahl und wirtschaftliche Gliederung der Wohnbevölkerung;

¹H ü f n e r , Willi, a.a.O., S. 56.

²L e h m a n n , Heinz, a.a.O., S. 139.

³B o b e k , Hans, a.a.O., S. 27.

⁴L i n d e , Hans, Grundfragen der Gemeindetypisierung, a.a.O.

⁵L i n d e , Hans, Grundfragen der Gemeindetypisierung, a.a.O., S. 71.

⁶Vgl. L i n d e , Hans, Gemeindetypen in Niedersachsen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Jg. 1953, S. 117.

3) nach Art und Bedeutung übergemeindlicher Funktionen.

Davon ausgehend sollen durch fortschreitende verengernde Typisierung mit Hilfe der in Übersicht 14 zusammengestellten Merkmale und Schwellenwerte die Grund- und Gemeindetypen unter Berücksichtigung übergemeindlicher Funktionen gewonnen werden. Die Typisierung selbst vollzieht sich in vier Stufen:

Auf der e r s t e n Stufe wird nach der wirtschaftlichen Struktur der Arbeitsbevölkerung gegliedert, wodurch die drei großen Gruppen der Agrargemeinden, der ländlichen Gewerbe- und der ausgesprochenen Gewerbe- und Industrie- Gemeinden gewonnen werden.

Durch zusätzliche Aussage über die betriebliche Struktur, die weder durch Heranziehung "mechanischer" noch "organischer" Betriebsgrößenklassen, sondern indirekt durch Berücksichtigung der Arbeitsverfassung gewonnen wird, erhalten wir im z w e i t e n Schritt den Grundtyp.

Auf der d r i t t e n Stufe wird durch ergänzende Heranziehung der Wohnbevölkerung der sogenannte Gemeindetyp entwickelt.

Auf der l e t z t e n Stufe werden übergemeindliche Funktionen berücksichtigt, wodurch wir den "gestuften Gemeindetyp"¹ erhalten.

Übersicht 14: Merkmale und Schwellenwerte zur Bestimmung der Grund- und Gemeindetypen nach Linde²

1) Die Gemeinden nach der wirtschaftlichen Struktur ihrer Arbeitsbevölkerung

Grundtyp	Berechnungsmaßstab
A <u>Agrargemeinden</u>	Mehr als 50 v.H. der am Ort Beschäftigten sind hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig
A ₁ mit hervortreten-der Lohnarbeit	mehr als 40 v.H.)
A ₂ mit zurücktreten-der Lohnarbeit	20 - 40 v.H. .)
A ₃ mit bedeutungslo-ser Lohnarbeit	weniger als 20 v.H.)
	der in der Land-wirtschaft stän-dig Beschäftigten sind familienfrem-de Arbeitskräfte

¹ Linde, Hans, Gemeindetypen in Niedersachsen, a.a.O., S.121.

² Übersicht 14 ist unter Weglassung einiger detaillierter Angaben entnommen aus: Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950, Gemeindetypenkarte, hrsg. v. d. Bayer. Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung i. Verb. m. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Maßstab 1 : 800 000.

A ₄	mit überwiegend nebenberuflich bewirtschafteten Kleinbetrieben	mehr als 60 v.H. der familieneigenen Arbeitskräfte sind Frauen
B	<u>Ländliche Gewerbe- gemeinden</u>	20 - 50 v.H. der am Ort Beschäftigten sind hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig
B ₁	Ländliche Gewerbe- und Dienstleistungs- gemeinschaft	weniger als 40 v.H.) der nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten
B ₂	Ländliche Industrie- gemeinden	mehr als 40 v.H.) sind in der Industrie tätig
C	<u>Ausgesprochene Gewerbe- gemeinden</u>	weniger als 20 v.H. der am Ort Beschäftigten sind hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig
C ₁	Gewerbe- und Dienstleistungs- gemeinden	weniger als 40 v.H.) der nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten
C ₂	Industriegemeinden	mehr als 40 v.H.) sind in der Industrie tätig

2) Die Gemeinden nach der wirtschaftlichen Struktur ihrer Wohnbevölkerung

Gemeindetyp	Berechnungsmaßstab
A <u>Überwiegend landwirtschaftliche Wohnbevölkerung</u>	mehr als 50 v.H. der Erwerbspersonen der Wohnbevölkerung sind landwirtschaftliche Erwerbspersonen
B <u>Überwiegend nichtlandwirtschaftliche Wohnbevölkerung</u>	50 - 80 v.H.) der Erwerbspersonen der Wohnbevölkerung sind nichtlandwirtschaftliche Erwerbspersonen
C <u>ausgesprochen nichtlandwirtschaftliche Wohnbevölkerung</u>	mehr als 80 v.H.)

3) Übergemeindliche Funktionen

Gestufteter Gemeindetyp	Merkmale
w hervortretender Wohn- gemeindecharakter	Auspendlerüberschuß (mehr als 30 v.H. der Erwerbspersonen sind Auspendler)
s hervortretender Betriebsgemeindecharakter	Einpendlerüberschuß (1. - 7. Grades)
m hervortretender Marktcharakter	Überbesatz an Einzelhandels- und Handwerksbeschäftigten (1. - 7. Grades)

v hervortretende Verwaltungsfunktion	Kreis-, Bezirks-, Landesregierung
k Kurortcharakter	Heilbäder, heilklimatische Kurorte, Luftkurorte, Seebäder

"Die Methode von H. Linde ist die bisher vollkommenste und befriedigendste, die ihrem Wesen nach (wenn auch nicht unbedingt in den gewählten Schwellenwerten) allgemein anwendbar ist".¹ Sie vermeidet Einseitigkeit früherer Typisierungsversuche und kombiniert "die wesentlichsten sozialen und wirtschaftlichen Merkmale in geschickter und logisch einwandfreier Weise".²

Ermutigt durch die befriedigenden mit dem Lindeschen Typisierungssystem in Niedersachsen³ erzielten Ergebnisse wurden die bayerischen Gemeinden nach der gleichen Methode typisiert und die Grundtypen in einer Karte⁴ dargestellt. Die Streuung der Grundtypen in den beiden Landkreisen zeigt die überwiegend landwirtschaftliche, vor allem kleinbäuerliche Struktur der Untersuchungsgebiete (s. Übersicht 15).

Übersicht 15: Streuung der Grund- und Gemeindetypen nach Linde in den Untersuchungsgebieten⁵

Gr.- Typ	Eichstätt					Beilngries				
	zusammen		Gem.-Typ			zusammen		Gem.-Typ		
	absolut	in v.H.	A	B	C	absolut	in v.H.	A	B	C
A ₁	2	2,6	1	1	-	-	-	-	-	-
A ₂	12	15,7	12	-	-	-	-	-	-	-
A ₃	23	30,3	23	-	-	35	77,9	33	2	-
A ₄	28	37,0	26	2	-	7	15,5	7	-	-
B ₁	3	3,9	-	3	-	1	2,2	-	1	-
B ₂	5	6,6	1	2	2	-	-	-	-	-
C ₁	1	1,3	-	-	1	2	4,4	-	-	2
C ₂	2	2,6	-	-	2	-	-	-	-	-
Insges.	76	100,0	63	8	5	45	100,0	40	3	2

¹B o b e k , Hans, a.a.O., S. 31.

²B o b e k , Hans, a.a.O., S. 30.

³L i n d e , Hans, Gemeindetypen in Niedersachsen, a.a.O., S.115 ff.

⁴"Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950", a.a.O.

⁵Die Grundtypen wurden der Gemeindetypenkarte "Wirtschaftliche

2) Soziale Gemeindetypen

Bewußt auf die Darstellung der Sozialstruktur beschränkt sich M. S c h w i n d¹ bei seinem Versuch, die Gemeinden des Landkreises Uelzen in Niedersachsen überwiegend mit Hilfe der Angaben über die "Soziale Stellung" der Erwerbspersonen unter Verwendung der Ergebnisse der Berufsstatistik und der Gliederung der Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen sowie der Statistik der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen in Typen zu gliedern. Er unterscheidet:

- 1) im Bereich der reinen oder überwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden: a) Bauerngemeinden, b) Bauernarbeitergemeinden, c) Agrararbeiter- bzw. Großbauerngemeinden;
- 2) im Bereich der landwirtschaftlich-gewerblich gemischten Gemeinden: d) Arbeiter-Bauern-Gemeinden, e) Handwerker-Arbeiter-Gemeinden;
- 3) im Bereich der überwiegend nichtlandwirtschaftlichen Gemeinden: f) Industrie-Arbeiter-Gemeinden, g) Arbeiter-Beamten-Gemeinden, h) Beamtengemeinden.

Schwind stützt sich bei der Anwendung seines Gliederungsschemas stark auf die persönliche Kenntnis der Gemeinden und wendet die Schwellenwerte elastisch an.

H. F i n k e² hat sich um ein allgemein anwendbares System zur Kennzeichnung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur bemüht. Er grenzt seine Typen ab³:

Gemeindetypen 1950" entnommen. Die Ermittlung der Gemeindetypen (nach der wirtschaftlichen Struktur der Wohnbevölkerung) erfolgte für die beiden Untersuchungsgebiete mit Hilfe der für Niedersachsen verwendeten Schwellenwerte an Hand der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950 (eigene Berechnung).

¹S c h w i n d, M., Typisierung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur als geographische Aufgabe, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde Bd. 8, 1950, S. 53-63.

²F i n k e, Heinz, Soziale Gemeindetypen, in: Geographisches Taschenbuch, Jahrbuch zur Deutschen Landeskunde, Stuttgart 1953, S. 509 f.

³vgl. F i n k e, Heinz, a.a.O., S. 509.

- 1) horizontal nach der sozialen Struktur der Bevölkerung, wie sie sich aus der Gliederung der Statistik in "Selbstständige" und "mithelfende Familienangehörige" (Arbeit im eigenen Betrieb) bzw. "Arbeiter", "Beamte" und "Angestellte" (Arbeit in fremdem Auftrag) ergibt;
- 2) vertikal nach der wirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung, die er der statistischen Gliederung nach Wirtschaftsabteilungen entnimmt, wobei er den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung heranzieht.¹

Für jede soziale Relation ergeben sich so je drei Typen: agrarische, gemischtwirtschaftliche und gewerblich-industrielle Typen, insgesamt 21 "soziale Gemeindetypen".

Hauptanliegen der Arbeiten zur Entwicklung sozialer Gemeindetypen ist es, die Grundlagen für einen Vergleich der Sozialstruktur der Gemeinden von 1939 mit der Struktur der Gemeinden zu liefern, wie sie sich nach den tiefgreifenden Veränderungen, die Kriegs- und Nachkriegszeit mit sich gebracht haben, herausgebildet hat, und ihre Auswirkungen sichtbar zu machen. Beide Typisierungssysteme haben den Nachteil, daß sie nur die Wohnbevölkerung berücksichtigen, die wirtschaftliche Gliederung nur indirekt zum Ausdruck bringen und so keine klare Aussage über das Verhältnis der Wohnbevölkerung zur Arbeitsbevölkerung erlauben.

3) "Soziologische" Gemeindetypen

R. K ö n i g² meint unter soziologischer Schau, daß alle diese Versuche, trotz interessanter Durchführung und Herausstellung wichtiger Gesichtspunkte "in gewisser Weise alle in der Luft hängen, solange ihnen nicht viel mehr konkrete soziologische Gemeindeuntersuchungen als Grundlage dienen".³

Einen solchen Versuch hat H. K ö t t e r⁴ unternommen und einige Gemeinden aus dem Hinterland von Darmstadt unter Betonung soziologischer Gesichtspunkte charakterisiert.

¹Über die Schwellenwerte siehe F i n k e, Heinz, a.a.O., S.510.

²K ö n i g, René, Die Gemeinde im Blickfeld der Soziologie, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 1, 1956, S. 39.

³K ö n i g, René, a.a.O., S. 39.

⁴K ö t t e r, Herbert, Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952 (Bd. 1 der Darmstadt-Studie).

G. W e i p p e r t¹ entwickelt ausgehend vom Dorf als der kleinsten Siedlungseinheit folgende "Dorftypen" unter sozio-logischem Aspekt:

- 1) reine "Bauerndörfer", die sich im Laufe der letzten 100 Jahre durch eine merkliche Zunahme der landwirtschaftlichen Nahrungen vom Bauerndorfalten Typs entfernt haben;
- 2) "Arbeiter-Bauern-Dörfer", "bei denen zuerst einmal der Anteil derjenigen, die nicht zur Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft gehören, relativ hoch ist. Im Unterschied zu dem Typ, den wir hier als reines Bauerndorf bezeichnen, weisen die Arbeiter-Bauern-Dörfer eine Vielzahl von Modifizierungen auf."²

Ebenfalls ausgehend vom Dorf unterscheidet H. R ö h m³ in einer Untersuchung über die "soziale Klassifikation der deutschen Landwirtschaftsbetriebe" neben der Weinbaugemeinde folgende 4 Dorftypen: Bauerngemeinden (Anerbengebiet), Bauerngemeinden (Realteilungsgebiet), Arbeiter-Bauern-Gemeinden und ländliche Industriegemeinden.

Die kurze Darstellung der umfangreichen Versuche, Gemeinden zu typisieren, wollte das Charakteristische jedes Systems herausarbeiten und die Möglichkeiten und Grenzen aufzeigen. Sie zeigt, daß kein Verfahren Anspruch auf Vollkommenheit erheben kann. Für jedes gilt in besonderem Maße, was Gradmann in anderem Zusammenhang so formuliert: "Daß jedes schematische Verfahren einzelne, besonders geartete Fälle nicht immer richtig zu erfassen vermag, ist ganz selbstverständlich. Daran ist aber auch wenig gelegen; das allgemeine Verbreitungsbild kann durch solche Einzelfälle nicht getrübt werden. Wer über die einzelne Gemeinde ganz genauen und zuverlässigen Aufschluß wünscht, findet diesen unmittelbar in der Gemeindestatistik."⁴

¹W e i p p e r t, Georg, Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, a.a.O.

²W e i p p e r t, Georg, Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, a.a.O., S. 26.

³R ö h m, Helmut, Die soziale Klassifikation der deutschen Landwirtschaftsbetriebe, in: Zeitschrift für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Heft 1, 1953.

⁴G r a d m a n n, R., a.a.O., S. 56.

III. Die Lindeschen Typen als Grundlage einer finanzwirtschaftlichen Analyse

Eine finanzwirtschaftliche Untersuchung von Landgemeinden muß davon ausgehen, die zu untersuchenden Gemeinden in Typen einzuordnen, auf die sich eine Aussage gründen läßt, ob, inwiefern und in welchem Umfang unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialstruktur auf die kommunale Finanzwirtschaft wirkt. Bei dieser Zielsetzung erscheint die Lindesche Typengliederung methodisch als geeigneter Weg, zu Aussagen zu kommen: Sie berücksichtigt die wesentlichsten Gesichtspunkte, ist aber doch nicht so differenziert, daß die Übersicht verloren gehen könnte; insbesondere erscheint sie durch die Abstufung der Agrargemeinden nach dem Merkmal Arbeitsbevölkerung im Hinblick auf den in der Landwirtschaft sich vollziehenden Strukturwandel besonders geeignet, die Wandlung in der damit in Zusammenhang stehenden Ausgaben- und Einnahmestruktur der jeweiligen Gemeinden aufzuzeigen. Auch die Auswahl der Merkmale zur Gewinnung der B- und C-Grundtypen und die klare Abgrenzung der Typen gegeneinander sprechen für die Lindesche Gliederung.

1) Notwendigkeit der Abwandlung und Ergänzung

Eine zusätzliche Charakterisierung der Gemeinden nach ihrer Wohnbevölkerung im Hinblick auf die finanzwirtschaftliche Untersuchung erübrigt sich. Die vom Grundtyp abweichende wirtschaftliche Gliederung der Wohnbevölkerung mag unter soziologischem oder politischem Blickwinkel von Interesse sein, kann aber unter finanzanalytischem Aspekt zur Klärung unterschiedlicher Finanzstrukturen wenig beitragen. Auch würde die auf Grund der Merkmale von Linde vorgenommene Kennzeichnung der Gemeinden nach dem Wohnort in den beiden Untersuchungsgebieten nichts aussagen (s. Übersicht 15). Eine vom Grundtyp abweichende Gliederung der Wohnbevölkerung ist im Landkreis Eichstätt nur bei 6 (7,9 v.H.), im Landkreis Beilngries nur bei 2 (4,4 v.H.) der Gemeinden anzutreffen; sonst häufig auftretende Gemeindetypen A_2B , B_1C , C_1B und C_2B kommen überhaupt nicht vor. Es liegt deshalb nahe, statt der Gemeinde- die Grundtypen heranzuziehen.

Die auf der Grundlage der Lindeschen Schwellenwerte vorgenommene Kennzeichnung der Gemeinden der Untersuchungsgebiete nach ihrem Wohngemeindecharakter ergab bei allen 121 Gemeinden der beiden Landkreise nur einen einzigen B₂C-Typ (im Landkreis Eichstätt). So mußten Schwellenwerte herangezogen werden, die den Verhältnissen beider Untersuchungsgebiete besser entsprechen. Auch eine stärkere Betonung des Einpendlergemeindecharakters (als es bei Linde geschieht) erwies sich als sinnvoll. Unter Berücksichtigung aller Gemeinden des Untersuchungsgebiets wurde so mit Hilfe eines Häufigkeitsdiagramms von den in Übersicht 16 dargestellten Schwellenwerten zur Kennzeichnung des Einpendler-, Arbeitswohn- oder Auspendlergemeindecharakters einer Gemeinde ausgegangen.

Übersicht 16: Schwellenwerte zur Bestimmung des Gemeindetyps in den beiden Landkreisen

Gemeindetyp		Anteil der am Ort beschäftigten Erwerbspersonen zu den am Ort wohnhaften Erwerbspersonen
I	Einpendlergemeinde	über 115 v.H.
II	Arbeitswohngemeinde	115 - 85 v.H.
III	Auspendlergemeinde mit noch erkennbarer Bedeutung als Arbeits- ort	85 - 60 v.H.

Für jeden der 8 Grundtypen wären demnach je 3 Gemeindetypen möglich, insgesamt also 24 Typen. Da eine Agrargemeinde in der Regel aber nicht als Einpendlergemeinde in Erscheinung tritt, vermindert sich die Zahl der Gemeindetypen auf 20.

Unter Zugrundelegung der in Übersicht 16 dargestellten Schwellenwerte wurden die Gemeinden der beiden Untersuchungsgebiete typisiert (s. Übersicht 17). Die Aufstellung zeigt im Landkreis Eichstätt, wo von 20 grundsätzlich möglichen Gemeindetypen nur 15 vorkommen, größere Strukturunterschiede als im Landkreis Beilngries, wo nur 5 von 20 möglichen Typen auftreten.

Auch hinsichtlich der Gemeindegröße sind starke Unterschiede vorhanden. Im Landkreis Eichstätt fallen 75 v.H. der Gemeinden in die Größenklasse 1 - 500 Einwohner, im Landkreis Beilngries 91 v.H.

Übersicht 17: Streuung der Gemeinden der Untersuchungsgebiete nach Typen und Größenklassen¹

Gr.- Typ	Gem.- Typ	Eichstätt				Beilngries			
		insg.	1 ²	2 ²	3 ²	insg.	1	2	3
A ₁	II	2	2	-	-	-	-	-	-
A ₂	II	10	6	4	-	-	-	-	-
	III	2	2	-	-	-	-	-	-
A ₃	II	22	21	1	-	30	30	-	-
	III	1	-	1	-	5	4	1	-
A ₄	II	25	20	5	-	7	7	-	-
	III	3	3	-	-	-	-	-	-
B ₁	II	1	-	-	1	1	-	1	-
	III	2	-	2	-	-	-	-	-
B ₂	I	2	2	-	-	-	-	-	-
	II	1	1	-	-	-	-	-	-
	III	2	-	2	-	-	-	-	-
C ₁	II	1	-	-	1	2	-	-	2
C ₂	I	1	-	1	-	-	-	-	-
	II	1	-	-	1	-	-	-	-
insgesamt		76	57	16	3	45	41	2	2
in v.H.		100	75	21	4	100	91	4,5	4,5

¹ Die Einteilung nach Größenklassen erfolgte auf der Grundlage der Zählungsergebnisse vom 25.9.1956.

² 1 = 1 - 500 Einwohner; 2 = 501 - 1000 Einwohner;
3 = 1001 und mehr Einwohner.

2) Notwendigkeit der Anpassung an die veränderten Verhältnisse

Da seit den Zählungen von 1949/50 keine neueren, für eine Typisierung unerlässlichen Zählerergebnisse vorliegen, mußte sich die finanzwirtschaftliche Analyse auf die Untersuchung der Jahre 1949/50/51 erstrecken. Deren Ergebnisse würden aber heute, abgesehen von der Problematik des finanzstatistischen Materials dieser Jahre, nur noch wenig Interesse finden. Die Abstellung der Untersuchung auf die Jahre 1952 - 1955/56/57¹ erfordert deshalb eine Berücksichtigung der Strukturänderungen, die in der Zwischenzeit offensichtlich eingetreten sind.

Eindeutig aus dem Rahmen fallen die beiden im Landkreis Eichstätt auftretenden Gemeinden des Typs A₁.² Die Gemeinde A_{1A} (Übersicht 13) lag 1950, gemessen am Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten zu allen am Ort Beschäftigten an der Grenze³ der Gruppen Agrar- und ländliche Gewerbegebiete. Seitdem ist aber eine tiefgreifende Wandlung eingetreten. Verursacht durch die Erschließung, den Abbau und die Verarbeitung von Jurasteinlagern pendeln täglich die erforderlichen Arbeitskräfte überwiegend aus den Nachbargemeinden ein. So stieg bei nahezu gleichbleibender Zahl von Auspendlern die Zahl der Einpendler weit stärker als die Bevölkerung absolut abnahm⁴; das Verhältnis der in Landwirtschaft und Industrie Beschäftigten verschob sich zugunsten der Beschäftigten in der Industrie. Bei dieser Sachlage dürfte die Gemeinde als ländliche Industriegemeinde mit Einpendlergemeindegcharakter (B₂Ia/B⁵) gekennzeichnet werden.

¹ 1952 wurde als Bezugsjahr gewählt, die Jahre 1955, 1956 und 1957 sind die Vergleichsjahre (Näheres S. 54).

² Nach dem Hufnerschen Typisierungssystem wären sie als "landwirtschaftlich-gewerbliche Mischgemeinden" zu kennzeichnen.

³ Unter Zugrundelegung der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1949 und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung von 1950 betrug der Anteil 50,6 v.H., bei Heranziehung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von 1950 49,5 v.H.

⁴ Die Wohnbevölkerung hat vom 13.9.1950 bis zum 25.9.1956 absolut um 49 Personen, relativ um 9 v.H. der Wohnbevölkerung von 1950 abgenommen.

⁵ Der erste Großbuchstabe mit dem Index bezeichnet den Grundtyp, die römische Zahl den Gemeindetyp, der Kleinbuchstabe die jeweilige Gemeinde. Der Großbuchstabe nach dem Schrägstrich gibt an, welchem Landkreis (Eichstätt oder Balingries) die Gemeinde angehört (z.B. A₂IIB/E oder C₁IIa/B).

Die zweite im Landkreis Eichstätt auftretende A_1 -Gemeinde (A_1B der Übersicht 15), ebenfalls an der Grenze von Agrargemeinde und ländlicher Gewerbe¹gemeinde, zeigt eine etwas eigenartige Struktur. Die als Agrargemeinde mit hervortretender Lohnarbeit typisierte Gemeinde hat durchaus keinen großbäuerlichen Charakter, sondern läßt vielmehr bei Betrachtung der Betriebsgrößen² ein starkes Überwiegen kleinbäuerlicher Betriebe erkennen. Die Kennzeichnung als A_1 -Gemeinde ist auf die Berechnungsgrundlagen zurückzuführen, die nicht ausschließen, daß eine Gemeinde mit einem stark ins Gewicht fallenden Großbetrieb - wie in unserem Falle - oder wenigen ausgesprochen großbäuerlichen Höfen als Gemeinde mit hervortretender oder zurücktretender Lohnarbeit erscheint, auch wenn dem Großbetrieb oder den großbäuerlichen Betrieben zahlreiche Klein- und Kleinstbetriebe gegenüberstehen³. Es empfahl sich daher, diese Gemeinde aus der finanzwirtschaftlichen Analyse auszuschließen, da sie nicht als repräsentativ für eine großbäuerliche Gemeinde gelten kann.

Bei allen anderen Gemeinden konnten keine in der Zwischenzeit eingetretene wesentliche Strukturänderungen oder infolge des Berechnungsmaßstabes auftretende und daher nicht als repräsentativ anzusehende Mischtypen festgestellt werden. Es darf angenommen werden, daß bis zu den Jahren 1955/56/57 keine tiefgreifenden Strukturänderungen stattgefunden haben, so daß die Typen von 1950 für die genannten Jahre als Bezugspunkt herangezogen werden können.

IV. Die Auswahl der Gemeinden für die Untersuchung

Für die folgende Untersuchung wird die Auswahl aus den in beiden Landkreisen auftretenden Gemeindetypen in der Weise vorgenommen, daß unter Berücksichtigung der Gemeindegröße mindestens

¹ 51,7 v.H. bzw. 49,8 v.H. (s. Fußnote 3 auf S. 35).

² Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1949:

0,01 - 2 ha	2 Betriebe	10 - 20 ha	- Betriebe
2 - 5 ha	7 Betriebe	20 - 50 ha	1 Betrieb
5 - 10 ha	2 Betriebe	50 und mehr ha	1 Betrieb

³ Vgl. L i n d e, Hans, Gemeindetypen in Niedersachsen, a.a.O. S. 118.

eine Gemeinde von jedem Typ, und zwar jeweils der beiden Landkreise, zum Zuge kommt (s. Übersicht 18). Eine weitere Auswahl unter den Agrargemeinden, insbesondere hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Betätigung, etwa des Betriebs von land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen, Steinbrüchen, Kiesgruben usw., mußte wegen fehlender Unterlagen unterbleiben.

Aus dem Landkreis Eichstätt wurden von 75 Gemeinden 20 (= 26,7 v.H.), aus dem Landkreis Beilngries von 45 Gemeinden 7 (= 15,6 v.H.) ausgewählt. Der niedrigere Anteil des Landkreises Beilngries an der Auswahl ergibt sich aus der geringeren Anzahl auftretender Typen.

Übersicht 18: Auswahl der Gemeinden für die Untersuchung

a) Landkreis E i c h s t ä t t

Gr.-Typ	Gem.-Typ	1	2	3
A ₂	II	Wolkertshofen (a)	Ochsenfeld (b)	-
	III	Oberzell	-	-
A ₃	II	Seuversholz (a)	Egweil (b)	-
	III	-	Pietenfeld	-
A ₄	II	Irlahüll (a)	Böhmfeld (b)	-
	III	Böhming	-	-
B ₁	II	-	-	Dollnstein
	III	-	Wasserzell (a) Wellheim (b)	
B ₂	I	Wintershof (a)	-	-
		Schernfeld (b)	-	-
	II	Altendorf	-	-
	III	-	Marienstein (a) Obereich- stätt (b)	-
C ₁	II	-	-	Kipfenberg
C ₂	I	-	Konstein	-
	II	-	-	Mörnsheim
insgesamt		8	9	3

b) Landkreis Beilngries

Gr.-Typ	Gem.-Typ	1	2	3
A ₃	II	Staufersbuch	-	-
	III	Hirschberg (a)	Erastach (b)	-
A ₄	II	Holnstein	-	-
B ₁	II	-	Plankstetten	-
C ₁	II	-	-	Berching (a) Beilngries (b)
insgesamt		3	2	2

D. Finanzwirtschaftliche Analyse

Unter Zugrundelegung der ausgewählten Gemeinden (s. Übersicht 18) soll die Struktur und Entwicklung ihrer Finanzwirtschaften in vertikaler und horizontaler¹ Hinsicht beleuchtet werden. Zuvor bedarf es noch einiger Vorbemerkungen.

I. Vorbemerkungen

1) Die Stellung der Gemeinden in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben

Der Aufgabenbereich einer Gebietskörperschaft ist finanz- ausgleichspolitisch von größter Bedeutung. Die Übertragung und Zuweisung von Aufgaben an eine Gebietskörperschaft beinhaltet einerseits eine Entscheidung über die "Eignung der öffentlichen Körperschaften für die Erfüllung gewisser Aufgaben andererseits aber auch eine Beantwortung der Frage, ob das Interesse an der Leistung ein örtliches oder ein allgemeines ist."²

¹ Im folgenden verstehen wir unter Betrachtung der Finanzwirtschaften in vertikaler Hinsicht den Vergleich zwischen den Grund- bzw. Gemeindetypen desselben Landkreises im Hinblick auf Struktur und Entwicklung, in horizontaler Hinsicht den Vergleich der denselben Grund- und Gemeindetypen angehörenden Gemeinden, jeweils aus beiden Landkreisen, und zwar ebenfalls hinsichtlich Struktur und Entwicklung.

² Gerloff, Wilhelm, Die öffentliche Finanzwirtschaft, Frankfurt a.M., 1942, S. 483.

Es muß daher stets geprüft werden, "welcher Verband die Aufgabe am besten und am billigsten zu lösen und die zweckmäßigste Auslese der zu bewirkenden Leistungen zu treffen vermag; so z.B. wenn an der Bewirkung der Leistung ein besonders großes örtliches Interesse besteht".¹

Das Bonner Grundgesetz garantiert in Art. 28 Abs. 2 den Gemeinden das Recht, in ihrem Verwaltungsbereich "alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln". Diese vom Grundgesetz garantierte "Allseitigkeit des gemeindlichen Wirkungskreises"² ist bereits in der Verfassung des Freistaates Bayern verankert (Art. 11 Abs. 2 und 3) und in Art. 6 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25.1.1952 (GVBl. S. 19) näher erläutert. Grundsätzlich erfüllen die Gemeinden Aufgaben im eigenen oder übertragenen Wirkungskreis. Im Rahmen des "eigenen Wirkungskreises", der alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft umfaßt³, handelt die Gemeinde nach eigenem Ermessen und unterliegt nur der Rechtsaufsicht.⁴ Der "übertragene Wirkungskreis" der Gemeinden schließt alle Aufgaben ein, die ihnen durch Gesetz zur Besorgung namens des Staates oder anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts zugewiesen sind. In der Erfüllung dieser Aufgaben können die zuständigen Staatsbehörden den Gemeinden Weisungen erteilen; die Aufsicht ist Rechts- und Fachaufsicht.⁵

¹St u c k e n, Rudolf, Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, a.a.O., S. 738.

²B e c k e r, Erich, Die Selbstverwaltung als verfassungsrechtliche Grundlage der kommunalen Ordnung in Bund und Ländern, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 1, 1956, S. 142.

³Siehe Art. 83 Abs. 1 BV: In den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden fallen insbesondere die Verwaltung des Gemeindevermögens und der Gemeindebetriebe, der örtliche Verkehr nebst Straßen- und Wegebau; die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Gas; Feuerschutz; örtliche Kulturpflege; Volks- und Berufsschulwesen; örtliches Gesundheitswesen usw.

⁴Art. 7 Abs. 2 GO i.V.m. Art. 109 Abs. 1 GO.

⁵Art. 8 Abs. 2 GO i.V.m. Art. 109 Abs. 2 GO.

Die in Verfassung und Gemeindeordnung garantierte "institutionelle Garantie" der Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung hat durch den wachsenden Umfang der Pflichtaufgaben eine relative Einschränkung erfahren, "so daß die freiwillig übernommenen Selbstverwaltungsangelegenheiten an Zahl und Finanzvolumen zurücktreten".¹ Diese Schrumpfung ist nicht allein bedingt durch Notwendigkeiten der Nachkriegszeit, sondern wohl Ausdruck einer Tendenz, die erkennen läßt "daß die gemeindliche Selbstverwaltung im Begriffe ist, entgegen allen Zusicherungen der Verfassungen und Gemeindeordnungen ihr Wesen zu verändern"², sofern der Aufgabenmehrung nicht Einhalt geboten wird.

2) Das Haushaltswesen der Gemeinden

Art. 89 GO verpflichtet die Gemeinden, für jedes Rechnungsjahr eine H a u s h a l t s s a t z u n g zu erlassen, die den festgestellten Haushaltsplan, die Realsteuerhebesätze, den Höchstbetrag der Kassenkredite sowie den Gesamtbetrag der Darlehen enthält. Sie ermächtigt die Gemeinde, die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben zu leisten³ und verpflichtet sie, die ihr zustehenden Einnahmen einzuziehen.⁴ Darüber hinaus ist die Haushaltssatzung nach Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde die rechtliche Grundlage, Kassenkredite und Darlehen aufzunehmen.

Der H a u s h a l t s p l a n als Teil der Haushaltssatzung ist seinem Wesen nach ein Voranschlag der voraussichtlichen Ausgaben und der zur Deckung dieser Ausgaben erforderlichen Einnahmen. Er "stellt wirtschaftlich gesehen das Einnahmen- und Ausgabenprogramm für das kommende Rechnungsjahr dar".⁵

¹B e c k e r, Erich, a.a.O., S. 129.

²B e c k e r, Erich, a.a.O., S. 130.

³Vgl. Art. 96 Abs. 2 und 3 GO, § 32 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHV) v. 4.9.1937 (RGBl. I S. 921), § 11 Abs. 2 (I) der Haushalts-, Kassen- u. Rechnungsverordnung (HKRV) v. 28.3.1957 (GVBl. S. 53).

⁴Vgl. § 38 Abs. 1 GemHV; § 12 Abs. 1 HKRV.

⁵B a r o c k a, Egon, Kommunalkredit und kommunale Finanzwirtschaft, Frankfurt a.M., 1958, S. 232.

Nach der Herkunft der für die Bestreitung der Ausgaben erforderlichen Deckungsmittel sind ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zu unterscheiden:¹ In den ordentlichen Haushalt werden die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben eingestellt, im außerordentlichen Haushalt erscheinen die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Einem alten Haushaltsgrundsatz zufolge sollte der ordentliche Finanzbedarf durch ordentliche Einnahmen gedeckt sein; tatsächlich werden aber aus ordentlichen Einnahmen auch Ausgaben geleistet, die nicht ordentliche Ausgaben im Sinne der GemHV sind (z.B. für Erneuerungs- oder Erweiterungsinvestitionen). Umgekehrt stellt auch der außerordentliche Haushaltsplan "keine geschlossene Zusammenfassung aller Investitionen im laufenden Rechnungsjahr"² dar, da einmalige Ausgaben auch aus ordentlichen Einnahmen gedeckt werden können. Je nach ihrer Leistungsfähigkeit wird die kommunale Selbstverwaltungskörperschaft außerordentliche Maßnahmen aus Ansätzen im ordentlichen Haushalt bestreiten oder die Maßnahmen im außerordentlichen Haushalt veranschlagen. Insoweit lassen sich aus der Gliederung in ordentlichen und außerordentlichen Haushalt keine Schlüsse ziehen.³

Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt sind in je 10 mit den Grundzahlen 0 bis 9 bezeichnete Einzelpläne, diese in Abschnitte und Unterabschnitte gegliedert.⁴ Daran ist auch

¹ Nach der Herkunft der Deckungsmittel unterscheidet man zwischen ordentlichen, das heißt regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen (Verwaltungseinnahmen, allgemeine Deckungsmittel und Entnahmen aus Rücklagen, die nicht für einen außerordentlichen Bedarf angesammelt sind) und außerordentlichen, das heißt nicht regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen (Erlöse aus Darlehensaufnahmen, aus Veräußerung von Gemeindevermögen, Entnahmen aus dem Kapitalvermögen, Entnahmen aus Rücklagen, sofern sie für einen außerordentlichen Bedarf angesammelt worden sind usw.).

² B a r o c k a, Egon, a.a.O., S. 236.

³ Vgl. B a r o c k a, Egon, a.a.O., S. 234.

⁴ Vgl. § 2 Abs. 1 und 4 GemHV.

der Vollzug des Haushalts gebunden: Alle "Geschäfts"vorfälle eines Rechnungsjahres sind in der dargelegten Gliederung im Sachbuch für den Haushalt¹ zu verbuchen.

Innerhalb von 6 Monaten nach Abschluß des Rechnungsjahres ist die H a u s h a l t s r e c h n u n g² zu legen. Sie weist, ebenfalls in ordentlichen und außerordentlichen Teil gegliedert, die im abgelaufenen Rechnungsjahr aufgetretenen Einnahmen und geleisteten Ausgaben im Vergleich zu den Ansätzen des Haushaltsplans aus sowie die am Ende des Rechnungsjahres verbliebenen Restbeträge und gibt so einen Überblick über die im vorangegangenen Rechnungsjahr tatsächlich geleisteten Ausgaben (Istausgaben) und die effektiv erzielten Einnahmen (Isteinnahmen). Da die Rechnung wie der Haushaltsplan sich in einen ordentlichen und außerordentlichen Teil gliedert, kann sie wie dieser in ihrem ordentlichen Teil außerordentliche Ausgaben enthalten, so daß der Gesamtbetrag der Ausgaben der außerordentlichen Rechnung nicht die Summe aller Ausgaben für Investitionen im laufenden Rechnungsjahr wiedergibt.

3) Beurteilung des Ausgabebedarfs, der Einnahmen und der Steuerkraft der Gemeinden

Die Verwendung statistischer Werte als Grundlage einer empirischen Untersuchung setzt genaue Kenntnis des Aussagewerts des herangezogenen Materials und der Grenzen der angewandten Methoden voraus, soll die Gefahr von Fehlschlüssen vermieden werden. Es erscheint daher angebracht, auf die Problematik des finanzstatistischen Materials und das methodische Vorgehen kurz einzugehen.

¹ Das Sachbuch für den Haushalt gliedert sich im Abschluß in "Soll", "Ist" und "Reste".

² Die Haushaltsrechnung ist ein Teil der nach Art. 100 Abs. 1 GO zu erstellenden Abschlußrechnung, die außer der Haushaltsrechnung noch den Stand des Gemeindevermögens zu Beginn und am Ende des Rechnungsjahres enthält und die Änderungen darstellt, die im Verlauf des Rechnungsjahres eingetreten sind.

a) Beurteilung des gemeindlichen Ausgabebedarfs auf der Grundlage der Soll- bzw. Istaussgaben

Der Ausgabebedarf einer Gemeinde, "die Summe der Geldmittel, die sie zur Aufgabenerfüllung benötigt"¹, läßt sich objektiv nicht messen, da die Gemeinden bei ihrer Allzuständigkeit "ihre Aufgaben und die Intensität des Vollzugs in weiten Grenzen"² selbst zu bestimmen in der Lage sind. Die Soll- oder Istaussgaben einer Gemeinde ihrem Ausgabebedarf gleichzusetzen wäre ein Fehlschluß; denn was eine Gemeinde ausgibt, "hängt ja nicht so sehr davon ab, was sie aufwenden muß (Bedarf) oder gern aufwenden möchte (Bedürfnis), sondern vor allem davon, was sie aufwenden kann (Leistungsfähigkeit). Beim 'Bedarf' wird aber nicht gefragt, wie groß diese Leistungsfähigkeit ist, sondern wie groß sie sein müßte - um sie dann notfalls zu ergänzen."³

Als Anhaltspunkt für den Umfang des Ausgabebedarfs einer Gemeinde stehen für unsere Untersuchung nur Soll- und Istaussgaben zur Verfügung. Da die Sollausgaben nur Planzahlen darstellen, die auf Schätzungen der voraussichtlichen Ausgaben des kommenden Rechnungsjahres beruhen, die Istaussgaben aber die tatsächlich im abgelaufenen Rechnungsjahr geleisteten Ausgaben umfassen, liegt es nahe, für eine Beurteilung lokaler, interlokaler und intertemporärer Ausgabenunterschiede die Istwerte heranzuziehen. Dabei bedarf einer Erklärung, welche Istaussgaben zweckmäßig verwendet werden. Die in den Rechnungsergebnissen⁴ ausgewiesenen Istaussgaben stellen die sog. Brutto-Istaussgaben dar. Zieht man davon die Erstattungen⁵ zwischen den Verwaltungszweigen ab, so

¹H a c k e r, Horst, Finanzausgleich, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959, S. 400 u. 401.

²H a c k e r, Horst, Finanzausgleich, a.a.O., S. 401.

³H a c k e r, Horst, Finanzausgleich, a.a.O., S. 402.

⁴Das Bayer. Stat. Landesamt erfaßt für alle bayerischen Gemeinden in den sog. GF-Bögen (Gemeindefinanzstatistik) die Isteinnahmen und Istaussgaben. Diese werden für Gemeinden bis 1000 Einwohner nur nach Verwaltungszweigen ohne Aufgliederung nach Einnahme- bzw. Ausgabearten erfaßt.

⁵Darunter sind Zahlungen zu verstehen, bei denen ein Verwaltungszweig zur Erfüllung seiner Aufgaben einen anderen Verwaltungszweig in Anspruch nimmt (innerer Verrechnungsverkehr gemäß Art. 8 GemHV).

erhält man die Reinausgaben, die nach Abzug der Zuweisungen und Schuldaufnahmen von Gebietskörperschaftengleicher Art die bereinigten Ausgaben ergeben. Die Eigenausgaben (= reiner Finanzbedarf) erhält man durch Ausschaltung der Zuweisungen und Schuldaufnahmen von Gebietskörperschaften anderer Art. Schließlich ergibt sich nach Abzug der speziellen Deckungsmittel¹ der sog. Zuschußbedarf² (s. Übersicht 19).

Übersicht 19: Brutto-, Rein-, Bereinigte, Eigenausgaben und Zuschußbedarf³

Erstattungen	Zuweisungen und Schuldaufnahmen von Gebietskörperschaften		Spezielle Deckungsmittel	Allgemeine Deckungsmittel
	gleicher Art	anderer Art		
				Bruttoausgaben
				Reinausgaben
				Bereinigte Ausgaben
				Eigenausgaben
				Zuschußbedarf

Welche Art von Istausgaben der finanzwirtschaftlichen Analyse zweckmäßig zugrunde gelegt werden, hängt von dem gesteckten Ziel ab. Soll nur die Ausgabestruktur einzelner Gemeinden untersucht werden, empfiehlt es sich, von den Reinausgaben auszugehen. Interessiert aber die Frage, inwieweit eine Gemeinde auf speziell-

¹Die Finanzstatistik gebraucht den Begriff ausschließlich der Zuweisungen und Schuldaufnahmen von Gebietskörperschaften gleicher oder anderer Art. Im haushaltsrechtlichen Sinne schließen die speziellen Deckungsmittel die Zuweisungen und Schuldaufnahmen von Gebietskörperschaften gleicher oder anderer Art ein.

²"Bedarf" im Sinne der Finanzstatistik ist natürlich nicht identisch mit dem echten Bedarf der Gemeinde, der sich nicht objektiv messen läßt.

³Vgl. Erläuterungen zu den in der Finanzstatistik verwendeten Begriffen, hrsg. v. Stat. Bundesamt (-VII 1120/05-), Wiesbaden 1955.

le Zuweisungen von Gebietskörperschaften gleicher oder anderer Art im Hinblick auf ihre eigenen Einnahmen angewiesen ist, liegt es näher, die Eigenausgaben heranzuziehen. Für unsere Analyse, die in erster Linie die Unterschiede in den Ausgaben auf Grund verschiedener Wirtschafts- und Sozialstruktur einzelner Gemeinden herausstellen will ohne Rücksicht auf die Herkunft der erforderlichen Deckungsmittel, scheidet eine Heranziehung der Reinausgaben bei der Unzulänglichkeit des finanzstatistischen Materials aus, das für Gemeinden bis zu 3000 Einwohner nur die Brutto-Istausgaben ohne Berücksichtigung der Erstattungen erfaßt. Da Erstattungen bei kleinen Gemeinden überhaupt nicht oder nur vereinzelt vorkommen, ist es wohl gerechtfertigt, wenn die Brutto-Istausgaben zugrunde gelegt werden.

Weiter erscheint es für die Untersuchung, die einen örtlichen und zeitlichen Strukturvergleich erstrebt, zweckmäßig, einmalige und nicht gleich wiederkehrende Ausgabenbeträge aus der ordentlichen Rechnung auszuschließen. Soweit nichts anderes vermerkt, liegen deshalb jeweils, nach Verwaltungszweigen gegliedert, die von einmaligen Ausgaben bereinigten Brutto-Istausgaben zugrunde.¹

b) Beurteilung der gemeindlichen Einnahmen auf der Grundlage der Soll- bzw. Isteinnahmen

Struktur und Entwicklung der gemeindlichen Einnahmen lassen sich grundsätzlich an Hand der S o l l - oder I s t - e i n n a h m e n darstellen. Wie bei den Ausgaben sollen aber ebenfalls nicht die Sollzahlen zugrunde gelegt werden, die nur Planwerte sind, sondern die Istzahlen, das heißt die tatsächlichen Einnahmen einer Gemeinde. Bei den Isteinnahmen ist zu unterscheiden zwischen den k a s s e n m ä ß i g e n und den r e c h n u n g s m ä ß i g e n Einnahmen. Die kassenmäßigen Einnahmen berücksichtigen nicht den Eingang in der Auslaufperiode des Rechnungsjahres, erfassen jedoch den Eingang in der Auslaufperiode des vorangegangenen Rechnungsjahres. Bei steigender Tendenz der gemeindlichen Einnahmen, insbesondere des Steuer-

¹Vgl. Anmerkungen zu den jeweiligen Tabellen (S.148 - 166).

aufkommens, hinken die kassenmäßigen Einnahmen hinter den rechnungsmäßigen Einnahmen her, die die tatsächlichen Einnahmen eines Rechnungsjahres wiedergeben, unabhängig vom Zeitpunkt des kassenmäßigen Eingangs.¹ Da in den ausgewählten Rechnungsjahren nur für 1952 das kassenmäßige und rechnungsmäßige Aufkommen statistisch erfaßt ist, für die anderen Rechnungsjahre (1955, 1956, 1957) aber lediglich das kassenmäßige Aufkommen, mußte für unsere Analyse dieses herangezogen werden. Ein mögliches Nachhinken des kassenmäßigen hinter dem rechnungsmäßigen Aufkommen findet so keine Berücksichtigung.

Eine Gliederung der Einnahmen analog den Ausgaben in Brutto-, Rein-, Bereinigte und Eigeneinnahmen erübrigt sich bei der Aufgabe unserer Untersuchung, Struktur und Entwicklung der gemeindlichen Einnahmen nach Einnahmearten² zu analysieren.

c) Beurteilung der gemeindlichen Steuerkraft auf der Basis Ist-/Sollaufkommen, Steuermeßbeträge

"S t e u e r k r a f t" ist die steuerliche Leistungsfähigkeit einer Gebietskörperschaft, die letztlich aus der Wirtschaftskraft, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit resultiert.³ Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beruht aber "zutiefst und zuletzt auf subjektiven Wertungen und Empfindungen"⁴, welche die Statistik weder zu erfassen noch zum Ausdruck zu bringen vermag. Die Statistik beschränkt sich vielmehr "auf die Erfassung objektiv meßbarer Vorgänge und Erscheinungen"⁵. Eine "völlige Objektivierung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit" durch einen Steuerkraftausdruck "beraubt ihn seines Wertes als getreues Spiegelbild der Wirklichkeit, erhöht aber seinen Wert als Hilfsmittel

¹Vgl. B a r o c k a, Egon, a.a.O., S. 290.

²Die Brutto-Isteinnahmen finden lediglich, soweit ihnen Bedeutung zukommt, bei der Darstellung der Ausgaben nach Verwaltungszweigen Erwähnung.

³Vgl. P e s c h l o w, Martin, Die Steuerkraft als Ausdruck der Wirtschaftskraft, in: Neues Archiv f. Niedersachsen, Jg. 1953, Heft 10/12, S. 434 f.

⁴R o m p e, Franz, Zur Methode des interlokalen Steuerkraftvergleichs, in: Allg. Stat. Arch., Bd. 20, 1930, S. 499.

⁵R o m p e, Franz, a.a.O., S. 499.

der Wirtschafts- und Steuerpraxis".¹ Die Frage, welche objektiven Daten von der Statistik zur Kennzeichnung der Steuerkraft heranzuziehen sind, hängt von dem angestrebten Zweck der Darstellung steuerlicher Leistungsfähigkeit ab.

Wichtig für die Beurteilung der gesamten Steuerkraft² einer Gemeinde ist das Aufkommen aus sämtlichen staatlichen und kommunalen Steuern, die letztlich aus den ursprünglichen Quellen der Besteuerung, aus Einkommen und Vermögen fließen. Die gesamte Steuerkraft der Gemeinde setzt sich so zusammen aus der Steuerkraft der Gemeinde (gemeindliche Steuerkraft) im Hinblick auf die ihr kraft ihrer Ertragshoheit zufließenden Steuern, und der staatlichen Steuerkraft, die sich nach der Leistungsfähigkeit der dem Staat zustehenden Steuern bestimmt, als zweiter Komponente der gesamten Steuerkraft der Gemeinde. Dabei ist aber zu beachten, daß ein Wert, der die gemeindliche oder staatliche Steuerkraft zum Ausdruck bringt, die steuerliche Leistungsfähigkeit nie so widerspiegelt, "wie sie wirklich ist, sondern wie sie sich nach dem Werturteil des Reichsgesetzgebers im Augenblick der jeweils geltenden Gesetzgebung gestaltet hat".³

Erwähnung bedarf in diesem Zusammenhang der Begriff der Finanzkraft⁴. Ebenso wie die Steuerkraft bringt er die finanzielle Leistungsfähigkeit einer regionalen Einheit zum Ausdruck. Er geht weiter als der Begriff der Steuerkraft und berücksichtigt neben den Einnahmen aus Steuern die Einnahmen aus wirtschaftlichen Unternehmen, Gebühren, Finanzzuweisungen und sonstigen Einnahmen.

Die Darstellung der gemeindlichen Steuerkraft verlangt eine Entscheidung einmal über die Auswahl der zur Bemessung der gemeindlichen steuerlichen Leistungsfähigkeit heranzuziehenden kommunalen Steuern, zum andern darüber, wie die ausgewähl-

¹R o m p e, Franz, a.a.O., S. 499.

²Vgl. H a g m a n n, Meinrad, Bayerns Finanzen und Steuerkraft 1913 bis 1938, in: Zeitschrift des Bayer. Stat. Landesamts, Jg. 74, 1942, S. 39 f.: Begrifflich läßt sich die gesamte Steuerkraft einer Gemeinde in zwei Komponenten, die gemeindliche und die staatliche Steuerkraft aufspalten.

³R o m p e, Franz, a.a.O., S. 502.

⁴Vgl. B a r o c k a, Egon, a.a.O., S.198.

ten Steuern in der Steuerkraft zweckmäßigen Ausdruck finden. Bei ihrem geringen Anteil am gesamten kommunalen Steueraufkommen dürfen Vergnügungs-, Hunde- und Getränkesteuer außer Betracht bleiben und die Realsteuern mit ihrem ausschlaggebenden Anteil am gemeindlichen Steueraufkommen als Ausdruck steuerlicher Leistungsfähigkeit der Gemeinde herangezogen und als Grundlage für die Bemessung der kommunalen Steuerkraft verwendet werden. Es bleibt die Frage, welche Merkmale dabei zugrunde gelegt werden (Ist-/Sollaufkommen, Steuermeßbetrag, Steuergrundbetrag, Steuerkraftzahl).

Das Realsteuer-Sollaufkommen sagt wenig aus über die Steuerkraft einer Gemeinde und das Steuerkraftverhältnis von Gemeinden zueinander, da die Anspannung der einzelnen Steuern zeitlich und räumlich stark differiert und eine Erhöhung des Sollaufkommens infolge Erhöhung der Hebesätze nur "eine stärkere Ausschöpfung der Steuerquellen, die mit einer Erhöhung der Steuerkraft nichts zu tun hat"¹ bedeutet. Stärkung der Steuerkraft einer Gemeinde liegt nur dann vor, wenn das Sollaufkommen gestiegen ist, ohne daß es einer Erhöhung der Hebesätze bedürfte. Eine unterschiedliche Höhe im Sollaufkommen zweier Gemeinden² bringt daher noch nicht relative Steuerstärke oder relative Steuerschwäche zum Ausdruck; es kann vielmehr die scheinbare Steuerstärke der einen Gemeinde durch eine stärkere Ausschöpfung der Steuerquellen bedingt sein. Das Sollaufkommen läßt sich so nicht zur Beurteilung der Steuerkraft heranziehen.

Noch weniger eignet sich dazu das Istaufkommen. Zu der Möglichkeit zeitlich und räumlich unterschiedlicher Anspannung der Realsteuern, die einen Vergleich der Steuerkraft derselben Gemeinde für mehrere Rechnungsjahre oder einen Vergleich mit anderen Gemeinden für das gleiche Rechnungsjahr erschwert, kommt die Möglichkeit unterschiedlicher Stundungs- und

¹Barocka, Egon, a.a.O., S. 292.

²Dieselbe Einwohnerzahl vorausgesetzt.

Erlaßpraxis¹, die sich in den Isteinnahmen niederschlägt. Auch die z.T. erheblichen Steuernachzahlungen bzw. Abschlußzahlungen für das Vorjahr und die Vorauszahlungen² verfälschen das Bild. Es läßt sich im Einzelfalle nicht feststellen, ob ein gestiegenes Istaufkommen auf eine stärkere Anspannung der einzelnen Steuern, auf Nachzahlungen aus Vorjahren bzw. überhöhte Vorauszahlungen oder auf eine Einschränkung der Stundungs- und Erlaßpolitik im Vergleich zu früheren Rechnungsjahren zurückzuführen ist oder eine tatsächlich veränderte Steuerkraft zum Ausdruck bringt.

Die Darstellung der gemeindlichen Steuerkraft erfordert die Heranziehung vergleichbarer Größen³, d.h. eine Zugrundelegung von für alle Gemeinden gleichen Maßstäben, in denen der Einfluß unterschiedlicher Steueranspannung, die Auswirkungen von Stundung und Erlaß und die Diskrepanz zwischen Steuervorauszahlung und endgültiger Veranlagung ausgeschaltet sind. Dazu eignen sich in besonderem Maße die **S t e u e r m e ß b e t r ä g e**⁴, wie sie die Finanzämter feststellen. Auf sie lassen sich Aussagen stützen über die Veränderung der Steuerkraft einzelner Steuern einer Gemeinde im Zeitablauf und Aussagen über Unterschiede in der steuerlichen Leistungsfähigkeit von Gemeinde zu Gemeinde.⁵ Will man aber nicht nur einen Vergleich

¹Vgl. Art. 14 Abs. 1 GAG v. 20.7.1938 (BayBS I S. 553); § 3 Abs. 3 Ziff. 2 mit § 131 RAO; für die Grundsteuer vgl. insbesondere §§ 26 a und 33 Abs. 4 GrStG i.d.F. v. 10.8.1951 (RGBl. I S. 519) sowie GrStErlV v. 26.3.1952 (BGBl. I S. 209).

²Vgl. §§ 23 f. GrStG, § 20 Abs. 2 und 3 GewStG i.d.F. v. 18.11.1958 (BGBl. I S. 755).

³Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 8, Die gemeindliche Realsteuerkraft und ihre Ausschöpfung im Rechnungsjahr 1951, 1952, S. 340.

⁴In den vom Bayer. Stat. Landesamt für die Gemeinden berechneten sog. Steuergrundbeträgen, die sich durch Division des Istaufkommens einer Realsteuer durch den Hebesatz ergeben (Rückrechnung), ist zwar die unterschiedliche Steueranspannung nicht mehr wirksam, die auf das Istaufkommen sich auswirkenden Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen usw. verfälschen aber weiterhin das Bild.

⁵Beim zeitlichen Vergleich muß Konstanz der Wohnbevölkerung, beim interlokalen Vergleich gleiche Bevölkerung der jeweils zu vergleichenden Gemeinden vorausgesetzt werden.

der Steuerkraft einzelner Realsteuern, sondern ein Bild der Gesamtsteuerkraft einer Gemeinde im Vergleich zu anderen Gemeinden erhalten, muß ein Index gefunden werden, der alle Realsteuern (Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer) berücksichtigt. Die Summe der Steuermeßbeträge der Realsteuern ist dazu nicht geeignet, weil sie die unterschiedliche Anspannung¹ der einzelnen Realsteuern unberücksichtigt läßt, die aber ihren Ausdruck in den sog. Landesdurchschnitts-² bzw. Nivellierungssätzen³ findet. So liegt es nahe, die Summe aus den Produkten⁴ der einzelnen Steuermeßbeträge mit den jeweiligen Landesdurchschnitts- bzw. Nivellierungssätzen, die sog. *R e a l s t e u e r k r a f t*⁵, heranzuziehen, die wegen Zugrundelegung für alle Gemeinden gleicher Hebesätze auch als "fiktive Realsteuerkraft"⁶ bezeichnet wird

¹Die Unterschiede in den Vorstellungen von der Belastbarkeit der einzelnen Steuerobjekte sind teils kommunalpolitisch, teils durch die unterschiedliche Rentabilität der Steuerobjekte bedingt.

²Das Bayer. Stat. Landesamt berechnet jährlich für jede Realsteuerart nach Gemeindegrößenklassen sog. Landesdurchschnittshebesätze. Diese ergeben sich als Quotient aus der Summe des Istaufkommens einer Realsteuerart für alle bayerischen Gemeinden und der Summe der jeweiligen Steuergrundbeträge aller bayerischen Gemeinden.

³Die Nivellierungssätze, die zur Berechnung der nach Art. 1 FAG gewährten Schlüsselzuweisungen herangezogen werden, setzt - in Anlehnung an die Durchschnittshebesätze - jährlich das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen fest.

⁴Das Produkt aus Meßbetrag und Nivellierungssatz wird als Steuerkraftzahl bezeichnet, gelegentlich auch das Produkt aus Meßbetrag und Landesdurchschnittshebesatz. Näheres siehe Anm. 5 der Tab. 20, Anm. 4 der Tab. 21 und Anm. 6 der Tab. 22.

⁵Die Summe aus den drei Steuerkraftzahlen stellt die Realsteuerkraftzahl dar (§ 7 Abs. 1 FAGDV). Wurden die Steuerkraftzahlen mit den Durchschnittshebesätzen errechnet, spricht man gelegentlich (vor allem wenn Bundesdurchschnittshebesätze herangezogen werden) von Realsteueraufbringungskraft.

⁶Die fiktive Realsteuerkraft sagt nichts aus über die Höchstgrenze steuerlicher Leistungsfähigkeit; sie läßt nur den Schluß zu, in welchem Verhältnis die Steuerkraft von Gemeinden zueinander steht.

im Gegensatz zur sog. "ausgenutzten Realsteuerkraft"¹, die sich als Summe der Produkte aus den einzelnen Steuermeßbeträgen mit den tatsächlichen Hebesätzen darstellt.

4) Kopfquotenmethode

Ein Vergleich absoluter finanzstatistischer Zahlenwerte einzelner Gemeinden mit unterschiedlicher Wohnbevölkerung hat keinen Aussagewert. Die absoluten Werte müssen auf einen Generalnenner gebracht werden, der "eine in sich homogene Umformung der absoluten Zahlen gewährleistet."² Die finanzstatistische Praxis sieht diesen Generalnenner in der Wohnbevölkerung der Gemeinde. Kann aber diese Wohnbevölkerung als Bezugspunkt die Forderung nach vergleichbarer Gestaltung absoluter finanzstatistischer Werte erfüllen?

Eine sinnvolle Verwendung von Prokopf-Werten setzt voraus, daß der Umfang der Ausgaben allein von der Bevölkerungszahl abhängt. Solchegemeindlichen Ausgaben gibt es aber kaum. Die Schullasten werden z.B. nicht nur von der Bevölkerungszahl, sondern auch von der Bevölkerungsstruktur, insbesondere von dem Altersaufbau, der flächenmäßigen Ausdehnung der Gemeinde und anderen, von der absoluten Bevölkerungszahl unabhängigen Momenten bestimmt; die Straßenbauunterhaltungskosten sind abhängig "von der Geländestruktur, den örtlich verfügbaren Baustoffen, der Verkehrsdichte, der Art des ortsansässigen Gewerbes, dem Nachholbedarf an Reparaturen usw."³ Die Beziehung der Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung hat so nur Aussagewert, "wenn die durch die Ausgaben gedeckte Aufgabenerfüllung eine die Gesamtbevölkerung umfassende Bedarfsdeckung darstellt. Ihr Erkenntniswert wird geringer oder erstreckt sich nur auf einen Teil der Aussage, wenn die Bedarfsdeckung nur einem Teil der Bevöl-

¹ Die ausgenutzte Steuerkraft ergibt das Realsteuersollaufkommen.

² F i e d l e r, E. und M a s s a r, K., Kopfquotenmethode und interlokaler Steuervergleich, in: Allg. Stat. Arch., Bd. 19, 1929, S. 495.

³ S a c h s e, Joachim, Die kommunalen Haushaltsrechnungen, Rechnungsjahr 1951, Stat. von Schleswig-Holstein, Heft 14, Kiel 1954, S. 21.

kerung zugute kommt."¹ Eine Beziehung der jeweiligen Ausgaben auf die Benutzereinheit (z.B. Schullasten je Schüler) oder sonstige die Ausgaben bestimmende Faktoren (etwa Straßenunterhaltungskosten je km) würde zwar zu einem der Wirklichkeit besser entsprechenden Bild führen, kann aber auch nicht befriedigen, weil meist nicht nur ein, sondern mehrere Momente den Umfang einer Ausgabe bestimmen.

Auch bei einer Verwendung von Prokopf-Werten für einen zeitlichen Vergleich ist Vorsicht geboten. Sicher besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszahl und der Ausgabenhöhe einer Gemeinde, es darf aber nicht außer acht gelassen werden, "daß die Entwicklung der Ausgaben sich niemals völlig und sofort den Schwankungen in der Bevölkerungszahl anpassen kann."² Eine kurzfristige Anpassung ist schon deshalb nicht möglich, weil einige Ausgabearten "unabhängig von der Bevölkerungszahl in ihrer Höhe starr und zwangsläufig bestimmt sind."³ (z.B. Unterhaltungskosten für Straßen, Schulen, Rathäuser, öffentliche Einrichtungen usw.). Ebenso mit Einschränkung ist die Verwendbarkeit der Kopfquotenmethode für die Beurteilung der Einnahmen bzw. der Steuerkraft der Gemeinde zu beurteilen. Es gilt sinngemäß, was oben über den Zusammenhang zwischen Umfang der Ausgaben und Bevölkerungszahl ausgeführt wurde. Zum Teil stehen die Einnahmen kaum in einem Zusammenhang mit der Bevölkerungszahl (so bei Erwerbseinkünften); andere Einnahmearten, z.B. die Schlüsselzuweisungen sind in ihrem Umfang weniger durch die Einwohnerzahl als durch andere, weit stärker ins Gewicht fallende Faktoren bestimmt. Am ehesten noch besteht eine gewisse positive Korrelation zwischen Einnahmen aus speziellen Deckungsmitteln und Wohnbevölkerung. Auch ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Steueraufkommen und Bevölkerungszahl fehlt, jedenfalls bei kleinen Gemeinden. Umfang und Verhältnis des Aufkommens der einzelnen Steuerarten hängen vielmehr von der Wirtschaftsstruktur der jeweiligen Gemeinden ab.

¹ G r o l l, Margarete, Ausgabengestaltung und Gemeindegröße, Ein Beitrag zur Beurteilung des kommunalen Verwaltungsaufwands bei verschiedenen Ausgabetypen, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Bad Godesberg 1958, S. 11.

² S a c h s e, Joachim, a.a.O., S. 22.

³ S a c h s e, Joachim, a.a.O., S. 22.

Problematisch erscheint auch die Heranziehung von Prokopfbeträgen als Ausdruck steuerlicher Belastung; denn "sie stellen eine Umrechnung von statistisch erfaßten absoluten Steuergrößen je Kopf der politischen Bevölkerung dar, ohne Rücksicht darauf, ob die jeweils der Berechnung zugrunde gelegte Bevölkerung reich oder arm, sparsam oder verschwenderisch ist".¹ Das Steueraufkommen je Einwohner kann so "kein Bild über die Größe der individuellen Belastung der einzelnen Steuerzahler oder über die tatsächliche Belastung des einen Volksteils gegenüber dem anderen"² geben. Vielmehr können Prokopfbeträge nur Ausdruck steuerlicher Beanspruchung sein, da diese "keine auf das Subjekt, sondern eine auf einen objektiven Maßstab bezogene Verhältnisgröße"³ darstellt. Fiedler und Massar weisen darauf hin, daß der Zusammenhang zwischen Gewerbesteueraufkommen und Bevölkerungszahl verschieden ist je nach der Art des Gewerbes und der wirtschaftlichen Struktur der Gemeinde. Trotz ihrer Kritik kommt R o m p e⁴ zu dem Ergebnis, daß auf die Kopfquotenmethode mangels eines brauchbareren Verfahrens, absolute Aufkommensbeträge oder Steuerkraftzahlen vergleichbar darzustellen, nicht verzichtet werden kann. Durch das Fehlen einer eindeutigen Korrelation zwischen Einnahmen und Bevölkerungszahl kann bei einem zeitlichen Vergleich ein Ansteigen der Prokopf-Werte innerhalb einer Zeitspanne sowohl auf steigende absolute Einnahmenbeträge (Steuerkraftzahlen) bei stagnierender Bevölkerung oder aber auf konstante absolute Einnahmebeträge (Steuerkraftzahlen) bei sinkender Bevölkerung zurückzuführen sein. Kopfquotenwerte erlauben so für sich keine sichere Aussage über die Entwicklung gemeindlicher Einnahmen.

¹F i e d l e r, E., und M a s s a r, K., a.a.O., S. 497.

²F i e d l e r, E., und M a s s a r, K., a.a.O., S. 499.

³F i e d l e r, E., und M a s s a r, K., a.a.O., S. 499.

⁴Vgl. R o m p e, Franz, a.a.O., S. 500: "Durch die Kritik, die Fiedler und Massar in ihrem Aufsatz 'Kopfquotenmethode und interlokaler Steuervergleich' üben, wird die grundsätzliche Tragbarkeit von Kopfquotenberechnungen in keiner Weise erschüttert."

5) Größenklasseneinteilung und Auswahl der Rechnungsjahre

a) Größenklasseneinteilung

Durch die zusätzliche Gliederung der ausgewählten Gemeindetypen nach Gemeindegrößenklassen soll der Einfluß der Gemeindegröße auf die Höhe der Ausgaben¹ festgestellt werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß mit steigender Wohnbevölkerung der kommunale Aufgabenkreis wächst und der Finanzbedarf progressiv ansteigt.² Diesen Einfluß der Gemeindegröße auf die Ausgaben der kleinen Gemeinden verkennt die Finanzstatistik, die die Ausgaben der Gemeinden unter 1000 Einwohner nur global ausweist. Da die Gemeinden in den beiden Untersuchungsgebieten überwiegend eine Wohnbevölkerung von weniger als 500 Einwohnern aufweisen, war es zweckmäßig, die Ausgaben der Gemeinden unter 500 Einwohnern besonders zu durchleuchten. Die ausgewählten Gemeinden wurden deshalb in drei Größenklassen (1 - 500 Einwohner; 501 - 1000 Einwohner; 1001 und mehr) eingeteilt (s. Übersicht 17 und 18).

b) Auswahl der Rechnungsjahre

Der finanzwirtschaftlichen Analyse sollen die Rechnungsjahre 1955, 1956 und 1957 zugrunde gelegt werden. Diese drei Jahre eignen sich besonders, weil sie einer einheitlichen Konjunkturperiode angehören. Daneben muß, soll der Vergleich einen Aussagewert haben, ein weiteres Jahr als Bezugspunkt herangezogen werden, das den Zustand einer nicht vollbeschäftigten Wirtschaft widerspiegelt, um insbesondere die Auswirkungen eines konjunkturellen Aufschwungs auf die Entwicklung der gemeindlichen Finanzwirtschaft aufzuzeigen. Nun hinken aber bekanntlich die Gewerbesteuerzahlungen etwa zwei Jahre hinter der Feststellung der Gewinne im Sinne des Einkommensteuergesetzes her. Die Ergebnisse der Rechnungsjahre 1949, 1950 und 1951, die den Zustand einer nicht vollbeschäftigten Wirtschaft wiedergeben,

¹ Da Umfang und Art der Einnahmen bei kleinen Gemeinden in erster Linie von der Wirtschaftsstruktur abhängen, erübrigt sich eine zusätzliche Einteilung bei der Untersuchung der Einnahmearten nach dem Merkmal Gemeindegröße.

² Vgl. P o p i t z, Johannes, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin 1932, S. 265 f.

konnten nicht herangezogen werden, weil in diesen Jahren nach der Währungsumstellung die Auswirkungen der Übergangsvorschriften für die Gewerbesteuerzahlung besonders stark in Erscheinung treten. So bot sich als geeigneter Bezugspunkt das Rechnungsjahr 1952 an, obwohl auch das Gewerbesteuer-Istaufkommen dieses Jahres infolge hoher Gewerbesteuerabschlußzahlungen als überhöht anzusehen ist.¹

Die Analyse der Ausgaben und Einnahmen der Untersuchungsgemeinden soll in der Weise erfolgen, daß zunächst die Struktur der Ausgaben (nach Einzelplänen) und Einnahmen (nach Einnahmearten) beleuchtet und dann ihre Entwicklung während einiger Rechnungsjahre dargestellt wird. Sodann soll der Einfluß der Gemeindegröße auf Ausgaben und Einnahmen der ausgewählten Gemeinden untersucht werden.

II. Die Ausgaben der ausgewählten Gemeinden

1) Allgemeine Verwaltung (Einzelplan 0)

Im Rahmen der allgemeinen Verwaltung erwachsen den Gemeinden Ausgaben persönlicher und sächlicher Art. Die persönlichen Verwaltungsausgaben umfassen die Dienstbezüge des Bürgermeisters, Beamten- und Angestelltengehälter, Arbeiterlöhne, Versorgungsbezüge usw. Die Höhe dieser Ausgaben ist weitgehend bestimmt durch den Stellenplan des Gemeindehaushalts und die jeweiligen Bezüge der Bediensteten der Gemeinde, wie sie sich aus den beamten-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Vorschriften sowie den tariflichen Vereinbarungen der Tarifpartner des öffentlichen Dienstes zwangsläufig ergeben. Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben zählen die Ausgaben für die Unterhaltung und Instandsetzung von Verwaltungseinrichtungen, für Bürobedarf usw.

Tabelle 1 zeigt, daß im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957 von den Agrar- zu den Gewerbegemeinden (Ausnahme: B₁II/B) in beiden Landkreisen eine Steigerung des gesamten Finanzbedarfs

¹Vgl. W i r n s h o f e r, Josef, Entwicklung und Struktur der kommunalen Finanzwirtschaft in Bayern, in: Heft 190 der Beiträge zur Stat. Bayerns, 1953, S. 36.

festzustellen ist (s. Abb. 6 a). Eine Analyse der Verwaltungsausgaben nach Gemeindetypen läßt erkennen, daß fast alle Wohn- gemeinden gegenüber den Arbeitswohn- bzw. Einpendlergemeinden in beiden Landkreisen für die jeweiligen Rechnungsjahre und im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 geringeren Verwaltungsaufwand je Einwohner aufweisen (s. Abb. 7 a). Das Ausgabengefälle von Typ I über II zu III der jeweiligen Größenklasse läßt den Schluß zu, daß den Wohngemeinden Verwaltungsaufgaben erspart geblieben sind, welche bei den Arbeitswohn- und vor allem den Einpendlergemeinden belastend in Erscheinung treten.¹

Die Prokopfbeträge des gesamten Finanzbedarfs weisen im Durchschnitt der Untersuchungsgemeinden jeweils der beiden Landkreise in der Berichtszeit steigende Tendenz auf. Die wachsenden Ausgaben sind teils auf die mehrmalige Erhöhung der Gehälter der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Tariflöhne der Arbeiter zurückzuführen, teils auf Preissteigerungen von Gütern, die die Gemeinden für ihre Aufgaben benötigen. Dazu kommen neue Aufgaben, die den Gemeinden von Bund und Land übertragen worden sind und deren Erfüllung ebenfalls den Finanzbedarf erhöht.

Tabelle 1 veranschaulicht den Einfluß der Gemeindegröße auf die Höhe der Ausgaben (s. auch Abb. 8 a). Danach weisen die Untersuchungsgemeinden der beiden Landkreise im Durchschnitt jeweils in der Größenklasse 1 einen höheren Verwaltungsaufwand auf als in der Größenklasse 2. Die Diskrepanz ist darauf zurückzuführen, daß die Gemeinden der Größenklasse 1, durch Gemeindeorganisation und gesetzliche Vorschriften bedingt, einen Aufwand haben, der eine stärkere Belastung je Einwohner mit sich bringt. Anders ausgedrückt: Der Fixkostenanteil pro Kopf liegt in den Gemeinden der Größenklasse 1 höher als in den Gemeinden der Größenklasse 2. Von 2 nach 3 ist wieder eine Progression festzustellen. Diese Steigerung entspricht der allgemeinen Erfahrung. Sie ist insbesondere auf den starken Anteil der persönlichen Ausgaben an den gesamten Ausgaben des Einzelplans 0 zurückzuführen (s. Tabelle 2).

¹Vgl. K i r s c h n e k, Gebhard, Finanzwirtschaftliche Betrachtung einiger Landgemeindetypen unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Landkreis Nürtingen/Neckar, Diss. Erlangen 1956, S. 52.

Aus den in Tabelle 2 dargestellten persönlichen Ausgaben je Einwohner lassen sich keine Schlüsse auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur der untersuchten Gemeinden ziehen; denn die Höhe dieser Ausgaben ist weniger vom Typ der Gemeinde bestimmt als durch Stellenplan und gesetzliche Bestimmungen über die Mindesthöhe der Aufwandsentschädigung.¹

Die persönlichen Ausgaben haben in allen Untersuchungsgemeinden einen hohen Anteil an den gesamten Ausgaben. Sie sind in der Berichtszeit ständig gestiegen. Die Steigerung ist auf die Erhöhung der Aufwandsentschädigung, der Löhne und Gehälter und auf neue Planstellen zurückzuführen.

Nach Größenklassen zeigen die persönlichen Ausgaben wie die Gesamtausgaben des Einzelplans 0 parabelförmigen Verlauf in den Untersuchungsgemeinden der beiden Landkreise. Das durchschnittliche Überwiegen der persönlichen Ausgaben je Einwohner der Größenklasse 1 gegenüber 2 ist weitgehend durch gesetzliche Bestimmungen bedingt; denn Art. 11 Abs. 1 a und 2 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte sieht als Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister Mindestsätze je Einwohner und Jahr vor, die mit wachsender Gemeindegröße sinken. Daraus erklärt sich das Gefälle der persönlichen Ausgaben von 1 nach 2. Daß keine weitere Degression von 2 nach 3 eintritt, ist darauf zurückzuführen, daß die durch die Bestellung hauptamtlicher Gemeindebediensteter in größeren Gemeinden hervorgerufene Progression der persönlichen Ausgaben stärker in Erscheinung tritt als die Ausgaben-degression auf Grund der Vorschriften des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte. Deshalb liegt der Anteil der persönlichen Ausgaben am gesamten Verwaltungsaufwand des Einzelplans 0 in den Gemeinden der Größenklasse 3 am höchsten.

Die den Gemeinden im Rahmen der allgemeinen Verwaltung zufließenden speziellen Deckungsmittel wie Gebühren, Beiträge, Ersatzleistungen, Zuweisungen usw. fallen kaum ins Gewicht, so daß der Zuschußbedarf bei fast allen Untersuchungsgemeinden über 90 v.H. des gesamten Finanzbedarfs liegt (s. Tab. 3). Der in den Gemeinden C₁II/E, C₂II/E, C₁IIa/B, C₁IIb/B geringere An-

¹ Die vorgeschriebenen Mindestsätze für den 1. Bürgermeister (s. Gesetz über kommunale Wahlbeamte vom 10.7.1952, BayBS I S. 541) werden von finanzstarken Gemeinden (z.B. B₂Ia/E, B₂Ib/E, B₂II/E) oft überschritten.

teil des Zuschußbedarfs ist überwiegend auf höhere Verwaltungs-kostenanteile gemeindlicher Anstalten und Unternehmungen oder auf die Übernahme der Leistungen für Ruhegehälter durch den Versorgungsverband zurückzuführen. Die Abstufung des Prokopf-Betrags des Zuschußbedarfs der jeweiligen Rechnungsjahre im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 nach Grund- und Gemeindetypen tritt wie bei den gesamten Ausgaben auf, so daß aus einer weiteren Analyse des Zuschußbedarfs keine näheren Schlüsse gezogen werden könnten. Für die Entwicklung während der Berichtszeit und hinsichtlich der Struktur nach Größenklassen gilt das bereits bei der Analyse der gesamten Ausgaben des Einzelplans 0 Gesagte.

2) Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Einzelplan 1)

Diese Ausgabeposition tritt in unseren Gemeinden in den Hintergrund, weil keine eine eigene Polizei unterhält. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Organisation der Polizei (POG) am 1.12.1952 waren Gemeinden unter 5000 Einwohner überhaupt von der Verpflichtung befreit, eigene Polizeidienststellen zu unterhalten. Das Polizeiorganisationsgesetz verpflichtet zwar grundsätzlich jede Gemeinde, eine eigene Polizei aufzustellen, jedoch kann das Innenministerium auf Antrag einer kreisangehörigen Gemeinde die Wahrnehmung der der Gemeinde obliegenden polizeilichen Aufgaben durch die Landpolizei anordnen, wenn Bedenken hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Gemeinde bestehen.

Den Gemeinden ohne eigene Polizei erwachsen daher nur geringe Kosten wie persönliche Ausgaben für Feld- und Waldhut¹, Mitgliedsbeiträge und Zuweisungen an Tierschutzvereine sowie sonstige sächliche Verwaltungs- und Zweckausgaben (Kosten der Feuerbeschau, Eichkontrolle). In neuerer Zeit treten Ausgaben durch die Erfassung der Wehrpflichtigen hinzu.

Spezielle Deckungsmittel fließen im Rahmen des Einzelplans 1 den Gemeinden nur in geringem Umfang zu (Feld- und Waldhutbei-

¹ Die Gemeinden sind zur Aufstellung der für die Feld- und Waldhut notwendigen Kräfte verpflichtet (vgl. Art. 15 des Forstgesetzes v. 4.7.1896, BayBS IV S. 533).

träge¹, Erlöse aus Fundsachen, Kostenersatz für Wehrerfassung usw.). Bei dem Fehlen bzw. der Geringfügigkeit der Einnahmen aus dem Einzelplan 1 wurde auf die Darstellung des Zuschußbedarfs verzichtet. Er deckt sich im wesentlichen mit den Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Aus den Ausgabebeträgen je Kopf der Bevölkerung (s. Tab. 4) lassen sich durch die Wirtschafts- und Sozialstruktur bedingte Unterschiede weder vertikal noch horizontal feststellen. Hervorhebung verdient, daß Gemeinden mit umfangreicher Gemeindefläche² etwas höhere Prokopfbeträge aufweisen als Gemeinden mit kleinerer Fläche.³

Die Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung haben in den Untersuchungsgemeinden im Berichtszeitraum nicht nennenswert zugenommen. Einige Gemeinden (B₂Ib/E, A₃III/E) verzeichnen sogar einen Rückgang.

Eine Gliederung der Ausgaben je Einwohner nach Größenklassen zeigt für beide Landkreise den bereits bei Einzelplan 0 festgestellten parabelförmigen Verlauf. Die geringfügigen absoluten Unterschiede der Ausgabenhöhe je Einwohner lassen keine weiteren Schlüsse zu.

3) Schulwesen (Einzelplan 2)

Hier haben die Gemeinden ein weites Betätigungsfeld, obliegt ihnen doch die vermögensrechtliche Verwaltung und Vertretung der Volksschulen⁴ und die Verpflichtung, zur Errichtung und zum Betrieb von Berufsschulen⁵ beizutragen. Die Träger der

¹ Nach Art. 9 GAG können die Gemeinden für den Schutz der Felder und Wälder von den Eigentümern land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke Beiträge erheben.

² A₄III/E, B₁IIIb/E, B₂Ia/E, B₂II/E, C₁II/E, C₂II/E, C₁IIa/B.

³ Vgl. hierzu K i r s c h n e k, a.a.O., S. 57.

⁴ Vgl. § 1 Abs. 3 des Gesetzes über die Organisation der Volksschulen (SchOG) v. 8.8.1950 (GVBl. S. 159).

⁵ Vgl. § 4 Abs. 1 des Berufsschulgesetzes vom 25.3.1953 (GVBl. S. 35)

Volksschulen (Gemeinden oder Schulverbände¹) haben den sächlichen Volksschulbedarf (Unterhaltung und Instandsetzung von Schulgebäuden, Einrichtungsgegenständen, Lehrerwohnungen², Lernmittel) aufzubringen, während den persönlichen Aufwand (Dienst- und Versorgungsbezüge, Übergangsgelder und Beihilfen) das Land trägt.³ Bis zum Rechnungsjahr 1953 haben die Bezirksverbände zu den persönlichen Volksschullasten des Staates einen Beitrag in Höhe von 25 v.H. dieses Aufwands getragen.⁴ Vom Rechnungsjahr 1954 ab entfielen auf Drängen der kommunalen Spitzenverbände die Bezirksverbandsbeiträge und wurden durch eine auf den festen Betrag von 27 Millionen DM lautende Landesumlage⁵ ersetzt.⁶ Ein ersatzloser Wegfall der Bezirksverbandsbeiträge hätte den horizontalen Steuerkraftausgleichseffekt vermindert und wäre vor allem auf Kosten der steuerschwachen Gemeinden gegangen.

Da in den Untersuchungsgebieten die kleinen Gemeinden überwiegen und die Bevölkerung nur eine geringe Dichte⁷ aufweist, sind häufig mehrere Gemeinden bzw. Gemeindeteile zu Volksschulverbänden zusammengeschlossen.⁸ Selbst wenn eigene Volksschulen bestehen

¹Vgl. Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Schulverwaltung, Schulleitung und Schulaufsicht an den öffentlichen Volksschulen v. 28.3.1938 (GVBl. S. 141).

²Nach Art. 7 Abs. 1 des Schulbedarfsgesetzes v. 14.8.1919 in der Neubekanntmachung v. 11.1.1939 (GVBl. S. 12) müssen Gemeinden unter 2500 Einwohner für die Volksschullehrer Dienstwohnungen zur Verfügung stellen.

³S. Art. 4 des Schulbedarfsgesetzes.

⁴Die Bezirksverbandsbeiträge wurden seit dem Inkrafttreten des FAG v. 10.8.1948 (GVBl. S. 138) nie voll ausgeschöpft, sondern jeweils auf einen Pauschalbetrag ermäßigt; s. auch Art. 15 FAG i.d.F. v. 25.10.1951 (GVBl. S. 207).

⁵Vgl. Zweites Änderungsgesetz zum FAG v. 7.4.1954, Art. 15 (GVBl. S. 52).

⁶P o p i t z, Johannes, a.a.O. S. 224 f., lehnt eine volle Übernahme der persönlichen Ausgaben für die Lehrer auf den Staat ab, erkennt aber an, daß eine hohe Beteiligung des Staates an den persönlichen Volksschullasten zugunsten der kleineren und auch der finanzschwächeren größeren Gemeinden wirkt.

⁷Die Bevölkerungsdichte (Einwohner je Quadratkilometer) betrug am 30.9.1959 im Landkreis Eichstätt 47, im Landkreis Beilngries 58; im Regierungsbezirk Mittelfranken 177, im Regierungsbezirk Oberpfalz 91; im Lande Bayern 131.

⁸Im Landkreis Eichstätt sind 44 Gemeinden oder Gemeindeteile, z.T. sogar von anderen Landkreisen, in 18 Volksschulverbänden zusammengefaßt. Nur 38 von 76 Gemeinden haben eine eigene Volksschule. Im Landkreis Beilngries hat etwa jede zweite Gemeinde eine eigene Volksschule.

erlaubt die geringe Schülerzahl¹ meist keinen achtklassigen Betrieb; oft sind mehrere Klassen, zuweilen alle 8 Klassen, in einer Stufe zusammengefaßt.

In Gemeinden mit eigener Volksschule erscheinen die Einnahmen und Ausgaben im Gemeindehaushalt, bilden Gemeinden einen Volksschulverband, im Haushalt des Schulverbands. Da unsere Untersuchungsgemeinden sowohl als Volksschulträger als auch als Mitträger von Verbandsvolksschulen auftreten, stößt eine finanzwirtschaftliche Analyse der Ausgaben auf Schwierigkeiten; denn der Ausgabebedarf der Verbandsschule wird auf die Verbandsgemeinden nach Maßstäben umgelegt, die von Schulverband zu Schulverband wechseln. Teils erfolgt die Verteilung nach freier Vereinbarung der Verbandsgemeinden, teils gilt als Maßstab die Zahl der volksschulpflichtigen Kinder, oft auch eine Kombination aus Realsteuermessbetrag und Schülerzahl. Ein interlokaler Vergleich ist so beeinträchtigt. Werden die Volksschullasten jedoch auf den Kopf der Bevölkerung bezogen unabhängig von dem Maßstab, nach dem der Schulaufwand umgelegt wird, erhalten wir eine einheitliche Bemessungsgrundlage, und die Prokopfbeträge geben die relative Belastung der Gemeinden durch die Volksschulen wieder.

Auf die Darstellung der speziellen Deckungsmittel (Zeugnisgebühren, Zuweisungen von Land und Landkreis²) mußte mangels eines geeigneten Schlüssels für die Verteilung der Einnahmen des Schulverbands auf die Verbandsgemeinden verzichtet werden.

Neben der vermögensrechtlichen Verwaltung und Vertretung der Volksschulen obliegt den Gemeinden grundsätzlich auch die Errichtung von Berufsschulen. Da die Zahl der Berufsschulpflichtigen in kleinen Gemeinden aber niedrig ist und nur wenige Berufsgruppen (gewerbliche, kaufmännische, haus- und landwirtschaftliche) in Frage kommen, treten an die Stelle der Gemeinden ge-

¹ Nach Art. 2 Abs. 1 des Schulbedarfsgesetzes werden für eine alle Jahrgänge umfassende Volksschule mit einer Lehrstelle Mittel zur Errichtung einer neuen Lehrstelle nur dann bereitgestellt, wenn im Durchschnitt der letzten 5 Jahre die Volksschule von mehr als 50 volksschulpflichtigen Kindern besucht wurde.

² Für den Einnahmeausfall durch Einführung der Lernmittelfreiheit gewährt der Staat den Gemeinden und Gemeindeverbänden angemessene Zuschüsse (vgl. § 3 des Gesetzes über die Lernmittelfreiheit v. 5.3.1949 (GVBl. S. 59)).

meindliche Verbände, Landkreise oder Berufsschulverbände als Schulträger.¹ Während der Staat den Schulträgern nichtlandwirtschaftlicher Berufsschulen zur Bestreitung des Aufwands für die Lehrkräfte und des laufenden sächlichen Bedarfs einen Zuschuß bis zur Höhe von 50 Prozent² der Aufwendungen gewährt, übernimmt er den Besoldungsaufwand für die Lehrkräfte, die er den landwirtschaftlichen Berufsschulen zur Verfügung stellt, in voller Höhe.³ Die verbleibenden ungedeckten Kosten werden nach Maßgabe der Schülerzahl auf die Gemeinden umgelegt, die die Schüler beschäftigen, bzw. auf die Wohnsitzgemeinden, sofern die Schüler nicht in Beschäftigung stehen.⁴

In Tabelle 5 ist der gesamte Finanzbedarf je Einwohner des Einzelplans 2 dargestellt, der sich aus dem Finanzbedarf für Volksschulen, Berufsschulen und sonstigem Schulwesen⁵ zusammensetzt. Eine gesonderte Darstellung der Berufsschulverbandsbeiträge und ihres Anteils am gesamten Finanzbedarf ist notwendig.

Im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 weisen die Agrargemeinden beider Landkreise relativ hohe Ausgaben je Einwohner auf. (s. Abb. 6 a). Während diese bei den Agrargemeinden überwiegend auf den Finanzbedarf für Volksschulen zurückzuführen sind, fallen bei den Nichtagrargemeinden (Ausnahme B₁II/B) die Berufsschulverbandsbeiträge je Einwohner stärker ins Gewicht, so daß die Agrargemeinden für ihre Volksschulen relativ mehr leisten als Nichtagrargemeinden (s. Tab. 6).

Ein Vergleich der Grundtypen in horizontaler Richtung läßt keine wesentlichen Unterschiede in der Höhe der Ausgaben je Einwohner erkennen. Vor allem lassen sich Unterschiede bei den Gemeindetypen der Wohn- gegenüber den Arbeitswohngemeinden nicht

¹Vgl. § 4 Abs. 2 des Berufsschulgesetzes v. 25.3.1953 (GVBl. S.35).

²Nach dem Gesetz über Berufsschulen und Berufsaufbauschulen v. 16.7.1960 (GVBl. S. 139) übernimmt der Staat 70 v.H. der Aufwendungen.

³S. § 19 Abs. 1 u. § 21 Abs. 2 des Berufsschulgesetzes.

⁴S. § 4 Abs. 3 des Berufsschulgesetzes.

⁵Auf das sonstige Schulwesen entfällt der von einigen Gemeinden an die Kreisbildstelle zu leistende Betrag.

feststellen (s. Abb. 7 a)¹.

In der Berichtszeit stiegen die Ausgaben des Einzelplans 2 im Durchschnitt der Untersuchungsgemeinden in den beiden Landkreisen stark. An der Zunahme sind die Ausgaben für die Berufsschulen wesentlich beteiligt. Nicht zum Ausdruck kommen in den Prokopfwerten der ordentlichen Rechnung die einmaligen oder nicht laufend wiederkehrenden Ausgabeposten, z.B. größere Reparaturen, die ausgeschieden worden sind, um den Vergleich nicht zu beeinträchtigen.

Aus Abb. 8 a wird die Struktur der Ausgaben nach Größenklassen ersichtlich. Sie zeigt für beide Landkreise wieder parabelförmigen Verlauf.

Im außerordentlichen Haushalt haben die Gemeinden (Volkschulverbände) A₃IIb/E, C₁II/E und C₁IIb/B Schulhausneu-, Um- oder Erweiterungsbauten durchgeführt, zu deren Finanzierung der Staat erhebliche Beihilfen geleistet oder (und) verbilligte Darlehen gewährt hat (s. Tab. 7)².

Die Analyse der Berufsschulverbandsbeiträge je Einwohner nach Grundtypen läßt ein deutliches Ansteigen von A nach C erkennen (s. Tab. 6). Die relativ geringen Ausgaben der Agrargemeinden im Verhältnis zu den Gewerbegemeinden sind vornehmlich bedingt durch die stärkere Beteiligung des Staates an den Lasten der landwirtschaftlichen Berufsschulen. Der Anteil der Berufsschullasten beträgt bei den Nichtagrargemeinden in beiden Landkreisen nach Grundtypen über 30 v.H. des gesamten Finanzbedarfs des Einzelplans 2 (Ausnahme B₁II/B).

Nach Gemeindetypen ergibt sich für beide Landkreise ein besonders hoher Anteil bei den Einpendler- bzw. Arbeitswohnge- meinden im Verhältnis zu den Wohngemeinden. Dieses Ergebnis ist auf die Verpflichtung der Beschäftigungsgemeinden zurückzuführen, Berufsschulverbandsbeiträge zu leisten.

¹Der von R. S t u c k e n (Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, a.a.O., S. 736) herausgearbeitete Zusammenhang zwischen Schulkinderzahl, Volksschullasten und Steuerkraft kann in den Untersuchungsgemeinden wegen der geringen Unterschiede zwischen den einzelnen Typen nicht nachgewiesen werden.

²Vgl. Gesetz über die Gewährung von Beihilfen des Bayer. Staates für den kommunalen Schulhausbau v. 12.7.1956 (GVBl. S. 101).

Die Belastung der Beschäftigungsgemeinden, insbesondere kleinerer Gemeinden mit relativ hohem Anteil von Beschäftigten in Handwerksbetrieben durch die Berufsschulverbandsbeiträge erscheint besonders hart, zumal die Lehrlinge nach Ablegung der Gehilfenprüfung häufig besser bezahlte Arbeitsplätze in Gewerbetrieben anderer Gemeinden annehmen. Auch den Wohngemeinden können bei größerer Arbeitslosigkeit durch ihre Verpflichtung, die Berufsschulverbandsbeiträge zu übernehmen, fühlbare Lasten erwachsen.

4) Kultur- und Gemeinschaftspflege (Einzelplan 3)

Landgemeinden sind wie Mittel- und Kleinstädte "dank ihrer größeren Heimat- und Landschaftsverbundenheit, ihres vielfach noch gut erhaltenen mittelalterlichen Stadtbildes, ihrer lebendigen Traditionen, intensiveren Nachbarschaften, dichter menschlichen Beziehungen und überschaubaren Verhältnisse"¹ eher geeignet, kulturelle und gemeinschaftspflegerische Aufgaben wahrzunehmen als Großstädte. Die fortschreitende Industrialisierung ist aber auch auf dem Lande nicht spurlos vorübergegangen, und in ihrem Gefolge haben sich die Bindungen der Menschen innerhalb der Gemeinde gelockert. Die Unmöglichkeit, am Wohnort Arbeit zu finden, zwingt viele, in Orte zu pendeln, die Beschäftigung bieten. Die Tätigkeit in der Betriebsgemeinde bedingt häufig eine viel engere Beziehung zu dieser als zur Wohngemeinde.

So ergibt sich als Aufgabe, durch Kultur- und Gemeinschaftspflege der Dorfgemeinschaft jede nur mögliche Förderung zuteil werden zu lassen, sei es in Form ideeller Unterstützung durch wohlwollendes Verständnis für die die Dorfgemeinschaft fördernden Vereine (Musik-, Gesangs-, Trachten-, Schützen-, Sportvereine usw.) oder in Form finanzieller Zuwendungen. Die Vereine, in denen sich die Führungskräfte des Dorfes zusammenfinden, bilden oft das Rückgrat des Gemeinschaftslebens.²

Über die direkte Unterstützung der Vereine hinaus leisten die Gemeinden Zuschüsse zur Unterhaltung der Gebäude, die der

¹ G r e m m e l s, Heinrich, Die besonderen kulturellen Aufgaben der Mittel- und Kleinstädte, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 2, 1957, S. 232.

²Vgl. W e i p p e r t, Georg, Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, a.a.O., S. 38.

Gemeinschaftspflege dienen (Gemeinschaftshäuser, Denkmäler, Kirchen).

Die Intensität des Gemeinschaftslebens einer Gemeinde kommt nicht allein in den Ausgaben der einzelnen Gemeinde im Rahmen des Einzelplans 3 zum Ausdruck, die nur über das Ausmaß gemeindlicher Förderung durch finanzielle Unterstützung zugunsten der Kultur- und Gemeinschaftspflege aussagen können.

Auch die Landkreise leisten Ausgaben für Kultur- und Gemeinschaftspflege, indem sie den örtlichen Einrichtungen der Volksbildung¹, dem Büchereiwesen, der Heimat- und Denkmalpflege usw. ideelle und materielle Unterstützung angedeihen lassen.²

In den Untersuchungsgemeinden beschränken sich die Ausgaben des Einzelplans 3 überwiegend auf die finanzielle Unterstützung der Kirche, auf Ausgaben für Heimatpflege und Volksbildung. Beide Landkreise lassen weder horizontal noch vertikal in der Struktur der einzelnen Gemeinden bedingte Unterschiede erkennen (s. Tab. 8).

Der Zuschußbedarf liegt infolge der geringen Einnahmen aus speziellen Deckungsmitteln (z.B. Leihgebühren der Volkstüchereien, Eintrittsgelder für Heimatmuseen, Zuweisungen von Landkreis, Bezirk und Land) besonders hoch.

Die Ausgaben blieben im Durchschnitt aller Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt in der Berichtszeit relativ konstant, im Landkreis Beilngries ist eine geringfügige Steigerung festzustellen.

Die Gliederung der Ausgaben nach Größenklassen zeigt im Durchschnitt für die Untersuchungsgemeinden der beiden Landkreise von der Größenklasse 1 nach 2 fortschreitend eine Degression (im Landkreis Beilngries stärker als im Landkreis Eichstätt) von 2 nach 3 eine Progression der Ausgaben. Die unbedeutende Differenz läßt keine allgemeine Aussage zu.

¹ Das im Landkreis Eichstätt bestehende Volksbildungswerk und die Volkshochschule im Landkreis Beilngries haben sich mit ihrem vielseitigen Programm große Verdienste erworben.

² Näheres bei S t r u n d e n, Hans, Die besonderen kulturellen Aufgaben der Landkreise, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 2, 1957, S. 237 f.

5) Fürsorge und Jugendhilfe (Einzelplan 4)

Die Wohlfahrtspflege als Inbegriff aller planmäßigen Maßnahmen des Staates und der Gesellschaft für hilfsbedürftige Menschen äußert sich als Wohlfahrtspflege im engeren Sinne (Fürsorge¹) oder als freie Wohlfahrtspflege. Örtliche Träger der Fürsorge sind die kreisfreien Städte und Landkreise², Träger der freien Wohlfahrtspflege Verbände, Stiftungen und Vereine (Caritas, Innere Mission, Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz).

Das Ausmaß der öffentlichen Fürsorge (offene Fürsorge³) in den beiden Landkreisen kommt in Übersicht 20 zum Ausdruck. Im Landkreis Beilngries wurden mehr Personen in der offenen Fürsorge unterstützt als im Landkreis Eichstätt, bedingt durch den höheren Flüchtlingsanteil und die geringere Wirtschaftskraft des Landkreises Beilngries im Verhältnis zum Landkreis Eichstätt. Der Landkreis Beilngries liegt hinsichtlich der Zahl der in offener Fürsorge stehenden Personen und des für sie erforderlichen Aufwands auch weit über dem Durchschnitt im Regierungsbezirk Oberpfalz, während der Landkreis Eichstätt dahinter zurückbleibt.

¹ Thoma, Max, Die öffentliche Fürsorge, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 2, 1957, S. 286:

Unter Fürsorge versteht man die "individuell gezielte Hilfe von Staat und Gesellschaft zur Beseitigung oder auch bereits zur Verhütung wirtschaftlicher, gesundheitlicher oder sittlicher Not bei Personen, deren eigene Mittel und Kräfte zusammen mit denen ihrer Familien und Drittverpflichteter zur Überwindung einer Notlage nicht ausreichen."

² S. § 1 der Verordnung über die Fürsorgepflicht v. 13.2.1924 (RGBl. I S. 100) i.d.F. d. Änderungsvorschriften, zuletzt des Gesetzes über die Änderung und Ergänzung fürsorgerechtlicher Bestimmungen v. 20.8.1953 (BGBl. I S. 967).

³ Unter offener Fürsorge versteht man die normale Hilfeleistung in Form von Geld, Sachen oder persönlicher Betreuung, soweit sich der Hilfsbedürftige in seiner bisherigen Umgebung befindet. Die "geschlossene Fürsorge" umfaßt demgegenüber die gesamte Anstaltsfürsorge.

Übersicht 20: Offene Fürsorge¹ am 31.3.1958 in den Landkreisen Eichstätt und Beilngries²

Landkreis bzw. Regierungsbezirk	Laufend unterstützte Personen		Gesamtaufwand		Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung
	Insgesamt	Auf 1000 d. Bevölk.	insg. in 1000 DM	je Kopf der Bevölkerung	
Ldkr. Eichstätt	201	6,9	24	0,85	14,6
Ldkr. Beilngries	262	16,6	38	2,34	19,2
Mittelfranken	6080	9,5	1036	1,62	19,8
Oberpfalz	9838	15,5	1376	2,17	17,4

Über die Tätigkeit der freien Wohlfahrtspflege fehlen Unterlagen. Aus den Ausgaben der Gemeinden lassen sich keine Schlüsse über den Umfang der Betätigung ziehen.³

Aufgaben erwachsen den Landkreisen und Gemeinden weiter in der Jugendhilfe. Den Kreisjugendämtern⁴ obliegt die Beschaffung von Pflegestellen für Waisen, die Übernahme der Vormundschaft für uneheliche Kinder, Kinderfürsorgeerziehung und Kindererholungsfürsorge, den Gemeinden vor allem die vorschulische Erziehung (Kindergärten).

Die Ausgaben für den Einzelplan 4 (s. Tab. 9) stellen die zusammengefaßten Ausgaben für die allgemeine Fürsorge, für Einrichtungen der allgemeinen Fürsorge (Armenhaus), für Förderung

¹ Unterstützung Hilfsbedürftiger durch die Fürsorgeverbände (Wohlfahrtsämter) ohne Anstaltsfürsorge, allgemeine Fürsorge, Fürsorge für Zugewanderte, soziale Fürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz und Tbc-Fürsorge.

² Quelle : Wichtige Zahlen der kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern, Vierteljahresübersicht, 1. Quartal 1958, in: Bayern in Zahlen, Monatshefte des Bay. Stat. Landesamts, Jg. 1958.

³ Hier sind vor allem die Bereitstellung von Krankenschwestern und -helferinnen sowie die Kindergärtnerinnen für gemeindliche Einrichtungen (Krankenstationen, Kindergärten) zu erwähnen.

⁴ S. §§ 3 und 4 des Jugendwohlfahrtsgesetzes v. 9.7.1922 (RGBl. I S. 633) mit späteren Änderungen.

der freien Wohlfahrtspflege (Zuwendungen allgemeiner Art an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege), für Fürsorgeerziehungskosten im Rahmen der Jugendhilfe und für Einrichtungen der Jugendhilfe (Kindergärten) dar. Auffallend hoch ist die Position für Einrichtungen der allgemeinen Fürsorge und Jugendhilfe. Die etwas hohen Ausgaben der Gemeinde B₂Ib/E sind auf die Errichtung eines Kindergartens zurückzuführen. Auch andere Gemeinden (A₄I Ib/E, B₁IIIb/E, C₁II/E, C₂II/E, C₁IIa/B und C₁I Ib/B) zeigen relativ hohe Prokopfbeträge.¹ Durch die Struktur der Gemeinden bedingte Unterschiede in vertikaler und horizontaler Richtung lassen sich nicht erkennen.

Der Zuschußbedarf ist besonders hoch, da den Gemeinden nur wenige spezielle Deckungsmittel (Spenden, Mieten aus dem Armenhaus, Benutzungsgebühren für Kindergärten) zufließen.

Während der Berichtszeit sind keine nennenswerten Ausgabesteigerungen eingetreten. Ausnahmen bilden die Gemeinden B₁IIIb/E und B₂Ib/E, in denen während der Untersuchungsperiode ein Kindergarten errichtet wurde.

Eine Aussage über Progression oder Degression der Ausgaben des Einzelplans 4 mit wachsender Gemeindegröße läßt sich bei der Verschiedenartigkeit der zusammengefaßten Ausgaben nicht machen. Die durchschnittliche Ausgabenhöhe für die Größenklasse 1 im Landkreis Eichstätt würde überdies durch den hohen Prokopfbetrag der Gemeinde B₂Ib/E bestimmt.

Die niedrigen Ausgaben der einzelnen Gemeindetypen in den dargestellten Jahren sind eine Folge der hohen Beschäftigung. In Zeiten wirtschaftlicher Rückschläge dürfte der Ausgabebedarf fühlbar anwachsen, insbesondere in Gemeinden mit wenig Bodenverbundenheit der Bevölkerung, also vor allem in den nichtlandwirtschaftlichen Gemeinden, aber auch den Agrargemeinden des Typs III. Letztere haben gegenüber den Typen II und I im Rahmen des Einzelplans 4 größere Lasten zu tragen, weil die Auspendler bei Erreichung der Altersgrenze oder Eintreten von Invalidität ihren Wohngemeinden zur Last fallen, nicht den Betriebsgemeinden, denen

¹ In diesen Gemeinden besteht jeweils ein Kindergarten.

sie ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben.¹

6) Gesundheits- und Jugendpflege (Einzelplan 5)

Im Rahmen des Einzelplans 5 erwachsen den Gemeinden in der Ausgabengruppe des G e s u n d h e i t s d i e n s t e s Ausgaben für Vieh- und Fleischbeschau einerseits und Gemeindeschwestern andererseits, deren Deckung überwiegend mit speziellen Mitteln erfolgt.

Die Ausgaben für die Vieh- und Fleischbeschau sind persönliche Ausgaben für den Fleischbeschauer, allgemeine und Zweckausgaben, Leistungen an die Fleischbeschauausgleichskasse, Desinfektions-, Impfkosten usw. An speziellen Deckungsmitteln fließen den Gemeinden die Fleischbeschaugebühren und einige Ersatzleistungen der Gesundheitsverwaltung zu.

Der Aufwand für die Gemeindeschwestern setzt sich vor allem aus persönlichen Ausgaben und Zuschüssen an die Schwesternstationen zusammen.

Daneben umfaßt der Einzelplan 5 Krankenhauswesen², Leibesübungen und Jugendpflege. Zu nennen sind vor allem die Kosten der Unterhaltung von Sportplätzen, die Zuwendungen an Sportvereine und Jugendorganisationen.

Wesentliche Unterschiede in den Ausgaben der einzelnen Grund- und Gemeindetypen lassen sich aus Tabelle 10 weder vertikal noch horizontal feststellen. Der Zuschußbedarf ist bei allen Gemeinden gering, weil der größte Ausgabeposten (Vieh- und Fleischbeschau) durch die Fleischbeschaugebühren bzw. Ersatzleistungen der Bayerischen Fleischbeschauausgleichskasse nahezu gedeckt ist.

Im Durchschnitt zeigt sich in den Untersuchungsgemeinden der beiden Landkreise für den Berichtszeitraum eine geringfügige Erhöhung der Ausgaben.

Nach Gemeindegrößenklassen sinken die Ausgaben je Einwohner für alle Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt von 1

¹Vgl. K i r s c h n e k, Gebhard, a.a.O., S. 65.

²In keiner Untersuchungsgemeinde besteht ein eigenes Gemeindekrankenhaus.

nach 2, um von 2 nach 3 wieder zu steigen. Für die Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries verläuft die Progression von 1 über 2 nach 3.

7) Bau- und Wohnungswesen (Einzelplan 6)

Im Einzelplan 6 erscheinen neben anderen Positionen die Einnahmen und Ausgaben für Straßen-, Wege- und Brückenbau sowie Wohnungsbau und Wohnsiedlung.¹ Die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen erhebliche Ausgaben leisten, um ihr Straßennetz so auszubauen und instandzuhalten, daß es der steigenden Verkehrsbelastung gewachsen ist. Straßen, die vor Jahren gebaut worden sind, genügen heute weitgehend nicht mehr den Anforderungen des modernen Verkehrs. In den Agrargemeinden erfordert vor allem die in vollem Gang befindliche Mechanisierung der Landwirtschaft umfangreiche bauliche Maßnahmen. Darüber hinaus erwachsen den Gemeinden (besonders den Wohngemeinden) durch den regen privaten Wohnungsbau erhebliche Ausgaben.²

Träger der Straßenbaulast für die Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Bundesautobahnen)³ ist der Bund⁴, für die Staatsstraßen (früher Landstraßen I. Ordnung) das Land, für die Kreisstraßen (früher Landstraßen II. Ordnung) die Landkreise und kreisfreien Gemeinden, für die Gemeindestraßen (Gemeindeverbindungswege und Ortsstraßen) die Gemeinden.⁵

Im Rahmen des Steuerverbunds gewährt der Staat den Landkreisen als Trägern der Baulast für die Kreisstraßen und den Gemeinden als Trägern der Baulast für Gemeindeverbindungswege mit erheblicher Verkehrsbedeutung vom Rechnungsjahr 1957 ab

¹ Die Kosten für Ortsbauplanung, Wohnraumbewirtschaftung und Wohnungsaufsicht, Wasserlauf und Wasserbau, Bauhöfe usw. spielen in unseren Gemeinden keine Rolle.

²Vgl. B a r o c k a, Egon, a.a.O., S. 35.

³ Im Landkreis Eichstätt verläuft die Bundesstraße 13 und die Bundesautobahn München-Nürnberg, im Landkreis Beilngries die Bundesstraße 299.

⁴Vgl. § 5 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6.8.1953 (BGBl. I S. 905).

⁵Vgl. Art. 41 bzw. Art. 47 Abs. 1 des Bayer. Straßen- und Wegesetzes vom 11.7.1958 (GVBl. S. 147).

jährlich einen bestimmten Hundertsatz¹ des im vorangegangenen Kalenderjahr angefallenen Aufkommens aus der Kraftfahrzeugsteuer.²

Aus der Verteilungsmasse erhalten die Landkreise für jeden ersten Kilometer je 1000 Einwohner des Landkreises 500 DM, für jeden zweiten Kilometer je 1000 Einwohner des Landkreises 1000 DM (ab 1959 1200 DM), für jeden dritten Kilometer je 1000 Einwohner des Landkreises 1600 DM (ab 1959 1700 DM) und für jeden weiteren Kilometer je 1000 Einwohner des Landkreises 2000 DM. Gemeinden, die Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen oder Staatsstraßen zu unterhalten haben, erhalten je Kilometer einen Zuschuß von 1600 DM. Aus den den Landkreisen zufließenden Mitteln sind an die kreisangehörigen Gemeinden, die Ortsdurchfahrten im Zuge von Kreisstraßen zu unterhalten haben, 700 DM je Kilometer abzuführen.

In Tabelle 11 wurden den absoluten Ausgabebeträgen die Einwohnerzahlen zugrunde gelegt, um einen interlokalen und intertemporären Vergleich zu ermöglichen. Die Beziehungsgröße "Wohnbevölkerung" ist aber insofern problematisch, als die Straßenbaulast vornehmlich durch Gemeindefläche, Siedlungsweise und Bodenverhältnisse, durch Länge und Zustand des Straßennetzes und die Verkehrsdichte bestimmt wird.³ Die Prokopfbeträge lassen aber eine Aussage zu über die Bedeutung, die in den einzelnen Gemeinden dem Straßenbau zukommt.

Die ordentlichen Ausgaben des Einzelplans 6 entfallen überwiegend auf den Bau und den Unterhalt von Straßen, Wegen und Brücken und enthalten im einzelnen persönliche Ausgaben, Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie den Schuldendienst für die Darlehen des außerordentlichen Haushalts, die zu dem Zweck aufgenommen worden sind.

Die Prokopf-Werte zeigen nach Grundtypen im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 relativ hohe Ausgaben der Agrargemeinden,

¹Für die Rechnungsjahre 1957 und 1958 20 v.H., ab Rechnungsjahr 1959 25 v.H.

²Vgl. Art. 13 Abs. 1 FAG 1957 bzw. 1959.

³Vgl. K u p p i n g e r, Ernst, Ein finanzanalytischer Vergleich zwischen drei verschiedenen nordbadischen Landkreistypen, Diss. Heidelberg, 1949, S. 76.

insbesondere bei den A₃- und A₄-Gemeinden des Landkreises Beilngries (s. Tab. 11 und Abb. 6 a). Eine Beziehung zwischen Ausgabenhöhe und Wirtschafts- und Sozialstruktur kann aber nicht festgestellt werden.

Der Zuschußbedarf ist relativ hoch, da die Einnahmen aus speziellen Deckungsmitteln (Zuschüsse von Bund, Land, Landkreis und Anliegerbeiträge) nicht stark ins Gewicht fallen.

Die Unkontinuierlichkeit der Ausgaben (starke Schwankungen während einiger Rechnungsjahre) beeinträchtigt eine Aussage über die Entwicklung der Ausgaben des Einzelplans 6. Es kann aber für die Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt im Durchschnitt eine geringere Steigerung festgestellt werden als im Landkreis Beilngries. Die relative Steigerung der Ausgaben beider Landkreise ist aber wesentlich geringer, berücksichtigt man die seit 1950 eingetretene Kaufkraftminderung.¹

Im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 zeigen die ordentlichen Ausgaben je Einwohner nach Größenklassen den schon mehrfach festgestellten parabelförmigen Verlauf (s. Abb. 8 a).

Die in Tabelle 12 aufgeführten Gemeinden haben im außerordentlichen Haushalt zum Teil erhebliche Mittel (aus dem ordentlichen Haushalt, aus Zuweisungen, Schuldaufnahmen und Rücklagen) für Erweiterungen, Verbesserungen oder Neubauten von Straßen bereitgestellt. Diese Mittel der außerordentlichen Rechnung fallen, auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, stärker ins Gewicht als die Mittel der ordentlichen Rechnung.

Durch den starken Zustrom von Heimatvertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg entstand in den Landgemeinden große Wohnungsnot. Sie wurde allmählich gemildert durch die Abwanderung vor allem von Heimatvertriebenen, die in den ihnen zugewiesenen Gemeinden meist keine oder nur berufsfremde Beschäftigung finden konnten. In den Gemeinden mit stagnierender oder gar wachsender Wohnbevölkerung blieb dagegen der Bedarf an Wohnraum unverän-

¹Vgl. O e c h s l e, Bruno, Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetags, Bad Godesberg 1959, S. 23: Der Baukostenindex ist von 1950 (= 100) auf 152 im Jahre 1958 gestiegen.

dert hoch. Hier wirkte die Förderung des Wohnungsbaus in Form von Baulandbeschaffung¹ und -erschließung durch die Kommunen sowie durch Erstellung von Wohnungen aus kommunalen Mitteln günstig. Infolge der Finanzschwäche der Untersuchungsgemeinden konnten in der Berichtszeit im ordentlichen Haushalt kaum Mittel bereitgestellt werden (lediglich in den Gemeinden A₂IIa/E 1956, B₁IIIb/E 1956, C₁IIa/B 1955 und C₁IIb/B 1957), so daß nur eine Finanzierung über den außerordentlichen Haushalt blieb (s. Tab.12). So haben einige Gemeinden, die infolge relativer Finanzstärke in der Lage waren, den erforderlichen Schuldendienst zu leisten oder aus außerordentlichen Einnahmen oder Rücklagen genügend Mittel aufbringen konnten, um die Zuweisungen des Landes für den kommunalen Wohnungsbau in Anspruch nehmen zu können, umfangreiche Wohnungsbaumaßnahmen durchgeführt (A₃IIb/E, B₁IIIb/E, B₂IIIb/E und C₂I/E). Auffallend ist, daß keine der Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries infolge ungleich geringerer Finanzstärke gegenüber den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt Wohnungsbaumaßnahmen im Rahmen des außerordentlichen Haushalts durchführen konnte. Es bleibt die betrübnliche Feststellung, daß nur einige Gemeinden, und zwar auf Grund ihrer relativen Finanzstärke, die vom Staat gewährten Zuschüsse in Anspruch nehmen konnten.

8) Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (Einzelplan 7)

Der Einzelplan 7 umfaßt zwei große Aufgabengebiete: die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung. Die Haushaltsgruppe ö f f e n t l i c h e E i n r i c h t u n g e n enthält entsprechend der Gliederung des Haushaltsplans die Abschnitte Beleuchtung und Reinigung des Gemeindegebiets, Feuerlöschwesen, Einrichtung der Lebensmittelversorgung und Marktwesen, Bestattungswesen und sonstige öffentliche Einrichtungen (z.B. Gemeindewäage, Trinkbrunnen).

Der Ausgabebedarf für die öffentlichen Einrichtungen im Rahmen des Gesamthaushalts hat nach dem Kriege auch in den Land-

¹ Als Mangel erweist sich immer mehr das Fehlen von geeignetem Bauland. Inwieweit die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Auflockerung des Grundstücksmarkts, insbesondere die Baulandsteuer (Grundsteuer C), den Mangel beseitigen können, bleibt abzuwarten.

gemeinden (vielfach sogar stärker als in den Städten) zugenommen. Die Steigerung ist einmal auf den in der Kriegs- und Nachkriegszeit angestauten Nachholbedarf, zum andern aber auch und besonders in den Landgemeinden auf die gestiegenen Ansprüche der Bevölkerung zurückzuführen. Darüber hinaus erwachsen den Gemeinden durch die rege private und öffentliche Bautätigkeit erhebliche Ausgaben für Folgeeinrichtungen des Wohnungs- und Straßenbaus.

Die Haushaltsgruppe **W i r t s c h a f t s f ö r d e r u n g** umfaßt die Titel Förderung der Land- und Forstwirtschaft und sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr. In dieser Gruppe dominieren mit Abstand die Ausgaben für Förderung der Land- und Forstwirtschaft (Zuchttierhaltung, Zuweisungen und Beiträge an Vereine, Schädlingsbekämpfung usw.) über die sonstigen Ausgaben für Förderung von Wirtschaft und Verkehr (Förderung der Energie- und Wasserversorgung, von Verkehrsunternehmen und des Fremdenverkehrs). Bedauerlich ist, daß die Gemeinden beider Landkreise keine oder nur geringfügig Mittel zur Förderung des Fremdenverkehrs bereitstellen, obwohl im besonderen das Altmühltal mit seinen landschaftlichen Reizen große Anziehungskraft hat und dem Fremdenverkehr viel mehr erschlossen werden könnte. Es wäre zu begrüßen, wenn die private Initiative durch kommunale Förderung in dem Sinne angeregt und unterstützt werden könnte.

Eine tabellarische Darstellung der Ausgaben für die einzelnen Titel ist mangels statistischer Unterlagen nicht möglich.¹ Die Prokopfbeträge der Tabelle 13 sind Globalzahlen des Einzelplans 7 für die einzelnen Rechnungsjahre.

Bei den Grundtypen liegen insbesondere im Landkreis Eichstätt die Prokopfbeträge der Agrargemeinden über den Prokopfbeträgen der Gewerbegemeinden (s. Tab. 13 und Abb. 6 a). Dieses Ergebnis ist eine Folge der relativ hohen Ausgaben der Agrargemeinden für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, die in den Gewerbegemeinden zurücktritt.

¹ Ihrem Gewicht nach folgen innerhalb der Haushaltsgruppe öffentliche Einrichtungen die Titel in der Reihenfolge: Feuerlöschwesen, Bestattungswesen, Straßenbeleuchtung und -reinigung.

Weit über dem Durchschnitt liegende Ausgaben je Einwohner weisen sämtliche Gemeinden des A₄-Grundtyps im Landkreis Eichstätt auf. Es liegt nahe, diese Tatsache darauf zurückzuführen, daß die Einwohner dieser Gemeinden ein engeres Verhältnis zu den städtischen Lebensverhältnissen der nahegelegenen Industrieorte haben. Solche Gemeinden haben einen höheren Finanzbedarf als Gemeinden, die mehr entlegen und von zentralen Orten abgeschlossen sind.

Die dem Verwaltungszweig des Einzelplans 7 zuzurechnenden speziellen Deckungsmittel (Kanalisationsgebühren, Zuschüsse zur Förderung des Feuerlöschwesens, Feuerschutzabgabe, Markt-, Beerdigungs- und Wiegegebühren, Zuchttierumlagen usw.) reichen nicht aus, die gesamten Ausgaben dieses Einzelplans zu decken.¹

In der Berichtszeit sind die Ausgaben des Einzelplans 7 im Durchschnitt aller Untersuchungsgemeinden der beiden Landkreise stark gestiegen (s. Tab. 13).

Nach Gemeindegrößenklassen zeigen die Ausgaben der Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt parabelförmigen Verlauf (Abb. 8 a), während sie im Landkreis Beilngries im Durchschnitt mit wachsender Bevölkerung zunehmen.

Eine Analyse der Ausgaben des Einzelplans 7 verlangt eine Berücksichtigung auch der Ausgaben der außerordentlichen Rechnung. Die in Tabelle 14 dargestellten außerordentlichen Ausgaben wurden überwiegend für Kanalisation und Feuerlöschwesen geleistet. Infolge der Unkontinuität dieser Ausgaben lassen sich keine allgemeinen Schlüsse ziehen.

9) Wirtschaftliche Unternehmen (Einzelplan 8)

Die den Kommunen in Art. 28 GG eingeräumte Möglichkeit der Betätigung auch auf wirtschaftlichem Gebiet findet ihre natürliche Schranke in der Größe und Struktur der Gemeinde. Darüber hinaus stellt Art. 75 Abs. 1 GO ausdrücklich fest, daß

¹ Gelegentliches Überwiegen der Einnahmen über die Ausgaben des Einzelplans 7 ist darauf zurückzuführen, daß z.B. Kanalanschlußgebühren in einem Rechnungsjahr erhoben, die Kanalisation aber in einem anderen Rechnungsjahr durchgeführt wurde.

Gemeinden wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder erweitern dürfen, wenn erstens der öffentliche Zweck das Unternehmen erfordert, zweitens das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungskraft der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und drittens der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Für die Gemeinden des Untersuchungsgebiets kommen nur die Errichtung und der Betrieb von Versorgungsunternehmen, vor allem von Unternehmen der Wasserversorgung, in Betracht.

Der Wasserversorgung kommt in den Gemeinden der beiden Landkreise, vor allem für die Gemeinden auf den Jurahöhen eine entscheidende Bedeutung zu, da die Anlage von Brunnen wenig Erfolg verspricht. Diese Gemeinden haben daher schon früh der zentralen Wasserversorgung ihr Augenmerk zugewendet. Aus mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit waren aber nicht alle Gemeinden in der Lage, eigene Wasserversorgungsanlagen zu errichten. So schlossen sich die Gemeinden zu sog. Wasserwirtschaftsverbänden zusammen, an die sie zur Errichtung der Wasserversorgungsanlagen finanzielle Beiträge leisten. Da sämtliche Einnahmen und Ausgaben über den Verbandshaushalt laufen, wenn ein Wasserwirtschaftsverband besteht¹, einige Gemeinden aber eigene Wasserversorgungsanlagen haben und die Einnahmen und Ausgaben dann über den Gemeindehaushalt gehen, läßt sich ein finanzwirtschaftlicher Vergleich der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben nicht durchführen.²

Die in Tabelle 15 dargestellten Kopfbeträge stellen überwiegend Einnahmen und Ausgaben der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen dar. Lediglich bei einigen Gemeinden sind noch Einnahmen und Ausgaben aus sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen (Steinbrüche, Kies- und Sandgruben, Dreschereibetriebe) ent-

¹Die von den Mitgliedern eines Wasserwirtschaftsverbandes geleisteten außerordentlichen Ausgabenbeträge, mit denen die Errichtung oder Erweiterung von Versorgungsanlagen finanziert werden soll, laufen auch über den Gemeindehaushalt.

²Die Einnahmen der in den Gemeinden C₁II/E und C₂I/E (nur für 1952) bestehenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen wurden aus Vergleichsgründen ebenfalls nicht in die Untersuchung einbezogen.

halten, die aber gegenüber den Haushaltsposten der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen stark zurücktreten.¹ Nur die Gemeinde C₂II/E hat neben den Einnahmen aus Waldbesitz noch nennenswerte Einnahmen aus Steinbrüchen (5 DM je Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957).

Da die Einnahmen und Ausgaben während der dargestellten Rechnungsjahre recht unkontinuierlich verlaufen², mußten die Unterschiede in den Einnahmen und Ausgaben nach Typen an den Durchschnitten 1955 - 1957 gemessen werden. Wie aus Tabelle 15 zu erkennen ist, haben die Gemeinden mit Waldbesitz³ die höchsten Einnahmen und Ausgaben je Einwohner (s. Abb. 6 a). Da die Waldungen einiger Untersuchungsgemeinden mit Forstrechten belastet sind⁴, kann die Bedeutung gemeindeeigener Waldungen für den Haushalt nur in den Nettoeinnahmen zum Ausdruck kommen. Es zeigt sich, daß in einigen Gemeinden nicht einmal die Kosten im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 gedeckt worden sind. Alle anderen Gemeinden konnten aber zum Teil beträchtliche Einnahmen (an der Spitze steht A₄III/E mit Nettoeinnahmen pro Kopf im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 von 87,6 DM) aus land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen erzielen.

Vergleichen wir die durchschnittlichen Einnahmen und Ausgaben der Untersuchungsgemeinden jeweils der beiden Landkreise, so fällt auf, daß die Werte des Landkreises Beilngries weit niedriger liegen. Ein Schluß auf die anderen Gemeinden dieses Landkreises kann deshalb aber nicht gezogen werden.⁵

Inwieweit etwaige Fehlbeträge bei den sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen durch Nettoeinnahmen aus Waldbesitz ausgeglichen worden sind, konnte aus Mangel an Unterlagen nicht ange-

¹A₂II/E: Kiesgrube; B₁II/E: Steinbrüche; B₁IIIa/E: Dreschereibetrieb; B₁IIIb/E: Steinbrüche und Sandgrube; B₂IIIa/E: Sandgrube; C₁II/E: Kiesgrube, C₂II/E: Steinbrüche; C₁IIIa/B: Steinbrüche; C₁IIIb/B: Sandgrube.²

²Da gelegentlich zur Finanzierung außerordentlicher Vorhaben verstärkt Holz eingeschlagen oder in vermehrtem Umfang Steine abgebaut werden, sind die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 8 recht unregelmäßig.

³S. Übersicht 21 und 22.

⁴Näheres über Forstrechtsbelastung s. S. 102 f.

⁵Eine Aufstellung über den Waldbesitz der Gemeinden im Landkreis Beilngries steht nicht zur Verfügung.

geben werden. Es darf jedoch angenommen werden, daß die von der Gemeindeordnung geforderte Kostendeckung¹ der laufenden Ausgaben mit laufenden Einnahmen erreicht worden ist.

Die Einnahmen und Ausgaben der in Tabelle 15 dargestellten Haushaltstitel der ordentlichen Rechnung zeigen eine recht unterschiedliche Entwicklung und lassen keine Aussage über den Verlauf während der Berichtszeit zu, weil sie weitgehend durch unregelmäßigen Holzeinschlag, Abbau von Steinen, Kies und Sand und die Entwicklung der Preise und Löhne bedingt sind.

Betrachten wir die Ausgaben nach Größenklassen, so können wir wiederum für beide Landkreise parabelförmigen Verlauf feststellen. Es muß dabei beachtet werden, daß der durchschnittliche Prokopf-Wert der Größenklasse 1 im Landkreis Eichstätt durch die Gemeinde A_{4IIa}/E^2 bestimmt wird (s. Abb. 8 a).

Die in Tabelle 16 aufgeführten außerordentlichen Ausgaben stellen die Beträge dar, die an Wasserwirtschaftsverbände zur Errichtung oder Erweiterung von Wasserversorgungsanlagen geleistet worden sind, bei eigener Wasserversorgung die im außerordentlichen Haushalt dafür zur Verfügung gestellten Mittel.

10. Finanzen und Steuern (Einzelplan 9)

Einzelplan 9 umfaßt die Haushaltstitel der Finanz- und Steuerverwaltung, den nicht aufteilbaren Schuldendienst, die Rücklagen für den Gesamthaushalt, das allgemeine Kapital- und Grundvermögen, das Sondervermögen, die Steuern, steuerähnlichen Einnahmen, allgemeinen Finanzzuweisungen und allgemeinen Umlagen sowie die Reste der Vorjahre. Eine Darstellung der Einnahmen und Ausgaben in der zusammengefaßten Form des Einzelplans 9 erscheint im Rahmen unserer Untersuchung nicht zweckmäßig. Es sollen deshalb nur die Titel der allgemeinen Finanz- und Steuerverwaltung und die zusammengefaßten Einnahmen und Ausgaben der Rücklagen für den Gesamthaushalt und das allgemeine Kapital- und Grundvermögen nach

¹Art. 79 Abs. 2 GO: "Die Einnahmen jedes Unternehmens sollen mindestens alle Aufwendungen decken."

²Es handelt sich um Rechtlerwald.

Typen dargestellt werden. Die Ansätze für Steuern, steuerähnliche Einnahmen, allgemeine Finanzzuweisungen und allgemeine Umlagen werden bei der Analyse der Einnahmen nach Einnahmearten einer näheren Untersuchung unterzogen.

a) Finanz- und Steuerverwaltung

Im Rahmen der Finanz- und Steuerverwaltung entstehen den Gemeinden Ausgaben persönlicher und sächlicher Art (Vergütung an den Kassenverwalter, Beiträge zu den zentralen Buchungsstellen, Kosten für die Fertigung von Haushaltsplänen, Kosten der Beitreibung, Vordrucke, Porto usw.), die überwiegend aus allgemeinen Deckungsmitteln bestritten werden, da die speziellen Mittel (Mahngebühren, Einhebegebühren, Zinsen in laufender Rechnung) kaum ins Gewicht fallen.

Die Tabellen 17 und 18 veranschaulichen, daß der Finanz- bzw. Zuschußbedarf je Einwohner in den Gemeinden des Landkreises Eichstätt mit zunehmender Vergewerblichung steigt (s. Abb. 6 a). Dieses Ergebnis kann für die Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries aus Tabelle 17 nur in etwa abgeleitet werden. Die relativ hohen Prokopf-Werte bei den gewerblichen Gemeinden, insbesondere B₂Ia/E, B₂Ib/E, B₂II/E, C₁IIa/B und C₁IIb/B finden ihre Erklärung in dem ungleich höheren Aufwand dieser Gemeinden für Feststellung und Einzug der Gewerbesteuer, die hohe Kosten (laufende Anschreibung der Steuermeßbeträge, Berechnung der Steuerbeträge, der Vorauszahlungen und Abschlußzahlungen sowie der Gewerbesteuerausgleichsbeträge) verursachen. Dieser Aufwand tritt in den Agrargemeinden, wo die Einnahmen aus der Grundsteuer A dominieren, zurück.

Ähnlich wie bei Einzelplan 0 ist nach Gemeindetypen ein Aufwandsgefälle von Typ I über II nach III hin festzustellen (siehe Abb. 7 a). In vertikaler und horizontaler Richtung lassen sich für beide Landkreise keine wesentlichen Unterschiede feststellen.

Der Finanz- bzw. Zuschußbedarf ist während der Berichtszeit ständig gestiegen. Eine Ausnahme bildet die Gemeinde A₃IIIa/B,

deren Finanz- und Zuschußbedarf sogar abgenommen hat. Darin kommt die in der Gemeinde seit 1950 durch die starke Zunahme der Auspendler bedingte Verstärkung des Wohngemeindecharakters zum Ausdruck.

Die Analyse der Ausgaben nach Größenklassen zeigt für die Untersuchungsgemeinden beider Landkreise wieder parabelförmigen Verlauf (s. Abb. 8 a).

b) Rücklagen für den Gesamthaushalt, Allgemeines Kapital- und Grundvermögen

Durch die Verwaltung und Bewirtschaftung des Grundvermögens erwachsen den Gemeinden Ausgaben in größerem Umfang (Gebäudeunterhalt, Steuern, Versicherungen, Schuldendienst usw.), die in der Regel unter den Einnahmen (Mieten, Pachten usw.) bleiben. Ausgaben für Rücklagen und allgemeines Kapitalvermögen wie Spenden und Depotgebühren treten zurück; sie liegen wesentlich unter dem Aufkommen aus Zinsen für die allgemeine Ausgleichs- und Betriebsmittelrücklage, Wertpapiere, Sparguthaben usw.

Die Prokopf-Werte der in Tabelle 19 dargestellten Ausgaben und Einnahmen weisen insbesondere bei den Gemeinden B₂Ia/E bzw. B₂IIb/E über dem Durchschnitt liegende Beträge auf. Diese höheren Ausgaben (und Einnahmen) entstehen den Gemeinden durch die Verwaltung und Bewirtschaftung eines Cafes bzw. mehrerer Wohnhäuser. Im Durchschnitt der Jahre 1955-1957 konnten im Landkreis Eichstätt 4 Untersuchungsgemeinden ihre Kosten nicht decken, während andere Gemeinden, insbesondere A₃IIb/E, B₂Ia/E und B₂IIb/E größere Nettoeinnahmen (6,2, 6,1 und 6,0 DM je Einwohner) erzielen konnten. Im Landkreis Beilngries liegen die durchschnittlichen Nettoeinnahmen bei keiner Gemeinde über 3,0 DM je Einwohner.

Im Durchschnitt aller Untersuchungsgemeinden jeweils der beiden Landkreise ist eine geringfügige Erhöhung der Ausgaben in der Berichtszeit zu verzeichnen.

Nach Größenklassen ist für die Gemeinden des Landkreises Beilngries der bekannte parabelförmige Verlauf festzustellen, der auch für die Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt

zu erwarten wäre, wenn die überaus hohen Ausgabenbeträge der Gemeinde B₂IIIb/E nicht einbezogen würden.

Die Gemeinden A₃IIb/E, C₂I/E und C₁IIb/B stellten im außerordentlichen Haushalt Mittel zum Erwerb von Grundvermögen bereit (s.Tab. 20).

III. Die Einnahmen der ausgewählten Gemeinden

In unserer finanzwirtschaftlichen Analyse sollen die gemeindlichen Einnahmen im Hinblick auf ihre Struktur und Entwicklung während einiger Rechnungsjahre nach Einnahmearten gegliedert betrachtet werden. Wir beginnen mit der Darstellung der allgemeinen Deckungsmittel, und zwar zunächst mit den Steuern.

1) Steuern

Die Gemeinden können und müssen jene Steuern erheben, die ihnen das Gesetz zuweist oder zu deren Erhebung sie kraft Gesetzes verpflichtet sind. Darüber hinaus können sie in beschränktem Umfang weitere Steuerquellen erschließen (Steuerfindungsrecht¹). Dieses Recht findet seine Schranke in dem Verbot, bereits von Bund oder Land in Anspruch genommene Steuern an sich zu ziehen.

Die den Gemeinden zustehenden Steuern sind einmal die Realsteuern (Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital), zum andern die übrigen Steuern (Vergnügungs-, Getränke-, Hundesteuer usw.).

a) Realsteuern

Die Realsteuern sind das finanzielle Rückgrat der gemeindlichen Finanzwirtschaft. Bis zur Realsteuergarantie des Art. 106 Abs. 2 GG bestand eine gewisse Gefahr des Zugriffs der Länder; denn die Größenordnung ihres Aufkommens macht sie "in Zeiten finanzieller Krisen und eines gespannten Verhältnisses zum Bund für die Länder besonders interessant"². Eine Einschränkung findet die Realsteuergarantie in der umfassenden Gesetzgebungshoheit

¹Vgl. Sattler, Herbert, Gemeindliche Finanzverfassung, Bedeutung gemeindlicher Finanzhoheit für die Selbstverwaltung, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959, S. 25.

²Sattler, Herbert, a.a.O., S. 12.

des Bundes, die für das tatsächliche Aufkommen von großer Bedeutung ist.¹

aa) Grundsteuer A

Der Grundsteuer A² unterliegen die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und wie land- und forstwirtschaftliches Vermögen bewertete Grundstücke. Besteuerungsgrundlage ist der aus dem Ertragswert des Steuerobjektes vom Finanzamt festgestellte Einheitswert, wobei als Ertragswert das 25fache des Reinertrags, den der Betrieb seiner wirtschaftlichen Bestimmung gemäß im Durchschnitt der Jahre nachhaltig zu erbringen vermag, angesetzt wird.³ Der ermittelte Einheitswert wird mit der Steuermeßzahl multipliziert, die für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 DM 8 v.T. und für den Rest des Einheitswertes 10 v.T. beträgt. Das Produkt aus Einheitswert und Steuermeßzahl ergibt den sog. Steuermeßbetrag, das Produkt aus Steuermeßbetrag und Hebesatz, den der Gemeinderat festlegt, die Steuerschuld, die vom Eigentümer des landwirtschaftlichen Betriebes zu entrichten ist.

Die Steuermeßbeträge spiegeln in den Prokopf-Werten die unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialstruktur der ausgewählten Gemeinden wider. In beiden Landkreisen ist von den Agrargemeinden zu den Gewerbegemeinden ein Gefälle festzustellen (s.Tab. 20). Relativ hohe Werte weisen die Gemeinden B₂Ia/E und B₂Ib/E auf. In diesen Gemeinden kommt der Landwirtschaft noch große Bedeutung zu, obwohl beide Gemeinden als ländliche Industriegemeinden mit Einpendlergemeindecharakter gekennzeichnet sind. Bei A₂III/E und A₄III/E bzw. bei A₃III/B läßt sich eine Abstufung in der Höhe der Prokopf-Werte gegenüber A₂II/E und A₄II/E bzw. A₃II/B erkennen. Eine Ausnahme bildet die Gemeinde A₃III/E.

Die mit zunehmender Vergewerblichung zurücktretende Grundsteuer A wird annähernd in der Abstufung der Prokopfbeträge des Istaufkommens deutlich (s. Tab. 20, Abb. 9 a). Auch wenn das Bild

¹Durch die Heraufsetzung der Freigrenze und der Stufen für die Gewerbesteuer von 1200 auf 2400 DM sind den Gemeinden erhebliche Ausfälle entstanden.

²Rechtsgrundlage für Grundsteuer A und B ist das GrStG i.d.F. v. 10.8.1951 (BGBl. I S. 519), die GrStDV i.d.F. v. 29.1.1952 (BGBl. I S. 79) und die GrStErlV v. 26.3.1952 (BGBl. I S. 209).

³Vgl. § 31 des Bewertungsgesetzes v. 16.10.1934 (RGBl. I S. 1035).

durch unterschiedliche Hebesätze beeinträchtigt ist, bringen die Prokopf-Werte des Istaufkommens doch die Bedeutung der Grundsteuer A für den Gemeindehaushalt zum Ausdruck und können mit als Maßstab steuerlicher Beanspruchung des Gemeindebürgers gelten.

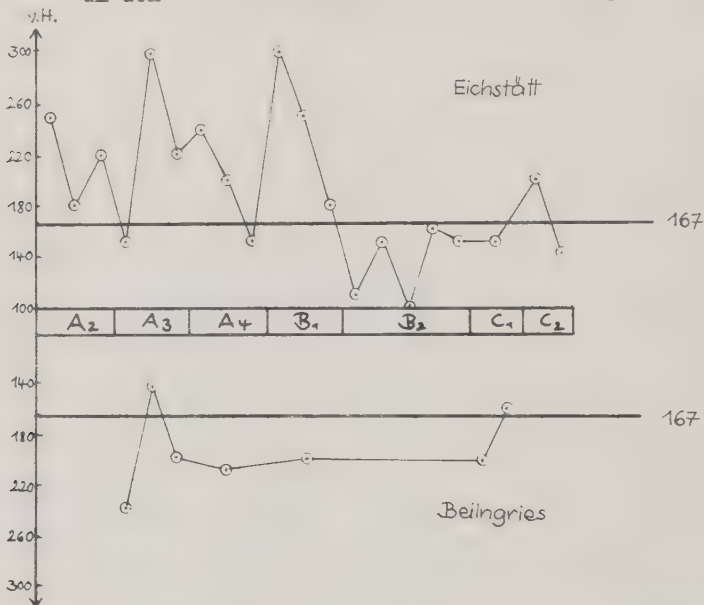
Ein horizontaler Vergleich der Meßbeträge bzw. des Istaufkommens je Einwohner der jeweiligen Grundtypen zeigt ungleich niedrigere Werte der Agrargemeinden (Ausnahme A₃II/B) des Landkreises Beilngries als im Landkreis Eichstätt (s. Abb. 9 a). Der Grund liegt vor allem in den weit schlechteren natürlichen und wirtschaftlichen Ertragsbedingungen der Landwirtschaft im Landkreis Beilngries, die sich auf die Höhe des Einheitswertes und damit auf das Aufkommen aus der Grundsteuer A auswirken. Wesentliche Unterschiede in den Meßbeträgen und dem Istaufkommen der B₁- bzw. C₁-Gemeinden lassen sich nicht feststellen.

Ein Urteil über die Anspannung der Grundsteuer A erfordert einen Vergleich der effektiven Hebesätze mit den gewogenen Durchschnittshebesätzen. Diese haben für die kreisangehörigen Gemeinden in den Rechnungsjahren 1952 145 v.H., 1955 161 v.H., 1956 167 v.H. und 1957 176 v.H. betragen.¹ Im Rechnungsjahr 1952 schwanken die Hebesätze der Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt mit Ausnahme der Gemeinden A₂III/E und B₁II/E nur geringfügig um den Durchschnittshebesatz. Im Landkreis Beilngries ist dagegen eine stärkere Anspannung festzustellen (s. Tab.20). Vom Rechnungsjahr 1955 ab wurden die Hebesätze in den Agrargemeinden (Ausnahme A₃IIa/E und A₃III/E) weit über den Durchschnitt hinaufgesetzt. Dagegen konnten die ländlichen Industriegemeinden und ausgesprochenen Industriegemeinden des Landkreises Eichstätt ihre Hebesätze weit unter dem Landesdurchschnitt halten, von der Ausnahme C₂I/E abgesehen (s. Abb. 1). In den Untersuchungsgemein-

¹ Quelle der Durchschnittshebesätze der kreisangehörigen Gemeinden für Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer: für das Rj. 1952: Informationsdienst des Bayer. Stat. Landesamts, Reihe VI/A/1/17, 1953, S. 57; für das Rj. 1955: Bayern in Zahlen, Jg. 1957, Heft 4, 1957, S.98; für das Rj. 1956: Statistische Berichte des Bay. Stat. Landesamts, Reihe L I 2, VI/A/1/41, 1957, S. 49; für das Rj. 1957: Statistische Berichte des Bay. Stat. Landesamts, Reihe L I 2, j 1957, 1958, S. 47.

den des Landkreises Beilngries war die Grundsteuer A in den Jahren 1955 - 1957 weit stärker angespannt (Ausnahme A_3 IIa/B und C_1 IIb/B) als in den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt.

Abbildung 1: Schwankungen der Hebesätze der Grundsteuer A um den Landesdurchschnittshebesatz im Rj. 1956



Die Gemeinden, in denen die Steueranspannung unter dem Durchschnitt liegt, haben fast ausnahmslos erhebliche Erwerbseinkünfte (A_3 IIa/E und A_4 III/E) oder beachtliches Aufkommen aus Grundsteuer B oder (und) Gewerbesteuer.

Die Steuerkraft der Grundsteuer A der Untersuchungsgemeinden beurteilen wir nach Meßbeträgen bzw. Steuerkraftzahlen.¹ Entsprechend den Prokopf-Werten der Steuermeßbeträge sinken die Prokopf-Werte der Steuerkraftzahlen mit zunehmender Vergewerblichung. Das gilt in den ausgewählten Rechnungsjahren sowohl für

¹ S. Anm. 5 der Tab. 20.

die Gemeinden des Landkreises Eichstätt wie für die Gemeinden des Landkreises Beilngries. Mit Ausnahme der Gemeinde A₃II/B liegt die Steuerkraft der Grundsteuer A der Agrargemeinden des Landkreises Beilngries unter der Steuerkraft der entsprechenden Typen im Landkreis Eichstätt. Die übrigen Typen zeigen horizontal keinen nennenswerten Unterschied in der Steuerkraft.

In der Berichtszeit ist das Grundsteueraufkommen zum Teil erheblich gestiegen. Die Steigerung ist aber in erster Linie nur die Folge einer stärkeren Anspannung. Zwar haben sich die Meßbeträge je Einwohner in den dargestellten Rechnungsjahren geringfügig erhöht, die Erhöhung ist aber nicht auf eine Vermehrung der Steuerobjekte zurückzuführen (die absoluten Meßbeträge blieben im Berichtsraum relativ konstant), sondern auf die starke Bevölkerungsabnahme einzelner Untersuchungsgemeinden. Es kann festgestellt werden, daß die Besteuerungsgrundlage der Grundsteuer A relativ konstant geblieben ist, so daß die Erhöhung des Aufkommens je Einwohner fast ausschließlich eine Folge stärkerer Anspannung der Steuerobjekte bzw. durch die Bevölkerungsabnahme bedingt ist. Ein anderes Ergebnis kann auch nicht erwartet werden, solange die Grundsteuer A auf der Basis der längst überholten Einheitswerte vom 1.1.1935 und unabhängig von der Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe erhoben wird.

bb) Grundsteuer B

Der Grundsteuer B¹ unterliegen bebaute und unbebaute Grundstücke. Besteuerungsgrundlage sind ebenfalls die Einheitswerte, die sich für Mietwohngrundstücke und gemischtgenutzte Grundstücke aus einem Vielfachen der Jahresrohmiete errechnen, während für alle übrigen Grundstücke der gemeine Wert veranschlagt wird. Die vom Finanzamt festgestellten Einheitswerte werden mit einer Steuermeßzahl, die nach Grundstücks- und Gemeindegruppen abgestuft ist, angesetzt. Das Produkt aus Einheitswert und Steuermeßzahl ergibt den Steuermeßbetrag der Grundsteuer B, das Produkt aus Steuermeßbetrag und Hebesatz der Gemeinde die Steuerschuld.

¹Vgl. Anm. 2, S. 82.

Im Gegensatz zur Grundsteuer A steigen die Steuermeßbeträge der Grundsteuer B je Einwohner von A₂- zum C₂- bzw. vom A₃- zum C₁-Grundtyp in den einzelnen Jahren und im Durchschnitt der Jahre 1955 - 1957 (s. Tab. 21 und Abb. 9 a). Je mehr die Landwirtschaft in einer Gemeinde zurücktritt, desto geringer wird die Bedeutung der Grundsteuer A und desto stärker fällt die Grundsteuer B ins Gewicht. Eine Abstufung der Kopfbeträge nach Gemeindetypen von III über II nach I ist nicht oder kaum festzustellen. Der Grund liegt darin, daß die rege Bautätigkeit sich nicht in höheren Steuermeßbeträgen niederschlägt, weil das Bundeswohnungsbaugesetz zur Förderung des Wohnungsbaues für 10 Jahre Grundsteuerfreiheit gewährt. Unterschiede werden daher erst in Erscheinung treten, wenn die steuerfreien Objekte etwa ab 1960 in die Besteuerung hineinwachsen.¹

Die Anspannung der Grundsteuer B in den Untersuchungsgemeinden messen wir wieder durch Vergleich der Hebesätze mit den gewogenen Landesdurchschnittshebesätzen. Diese lagen im Rechnungsjahr 1952 bei 157 v.H., 1955 169 v.H., 1956 173 v.H. und 1957 181 v.H.² Im Rechnungsjahr 1952 lag also die Anspannung der Grundsteuer B in fast allen Gemeinden zum Teil erheblich unter der Anspannung im Landesdurchschnitt. Unterschiede nach Grund- oder Gemeindetypen der jeweiligen Landkreise und merkliche Differenzen in dem Ausmaß der Anspannung der Grundsteuer B sind nicht festzustellen.

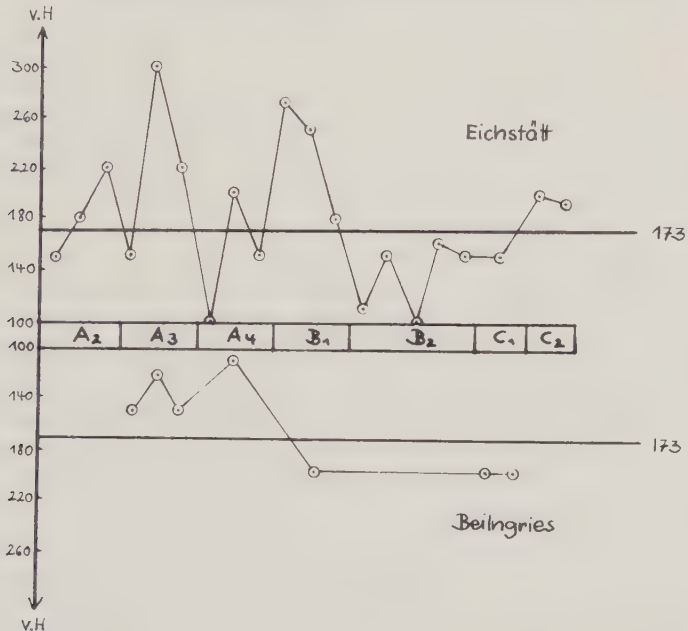
Vom Rechnungsjahr 1955 ab wurden wie bei der Grundsteuer A die Hebesätze erheblich hinaufgesetzt. In den Jahren 1955 bis 1957 wurde die Grundsteuer B bei den B₁-Gemeinden des Landkreises Eichstätt verhältnismäßig stark angespannt, während die Anspannung bei den B₂-Gemeinden weit unter dem Landesdurchschnitt liegt (s. Abb. 2). Im Landkreis Beilngries fällt die unterdurchschnittliche Anspannung bei den Agrargemeinden auf im Gegensatz zu der zum Teil weit über dem Durchschnitt liegenden Anspannung der Grundsteuer B bei den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt.. Wie bei der Grundsteuer A haben die gewerblichen Gemeinden, insbesondere die B₂-Gemeinden des Landkreises Eichstätt,

¹Vgl. B o h m a n n, Herbert, Das Gemeindefinanzsystem, Stuttgart 1956, S. 24.

²S. Anm. 1 auf S. 83.

sehr niedrige Hebesätze. Eine stärkere Anspannung war infolge reichlich fließender anderer Einnahmequellen (Grundsteuer A, Gewerbesteuer und Erwerbseinkünfte) nicht nötig.

Abbildung 2: Schwankungen der Hebesätze der Grundsteuer B um den Landesdurchschnittshebesatz im Rj. 1956



Die Steuerkraft der Grundsteuer B nimmt - beurteilt nach den Steuermeßbeträgen je Einwohner - in beiden Landkreisen vom A- über den B- zum C-Grundtyp hin zu. Horizontale Unterschiede lassen sich nicht erkennen.

Das Istaufkommen je Einwohner ist in der Berichtszeit nur gering gestiegen. Die Zunahme ist einerseits auf eine stärkere Anspannung der Steuerquellen zurückzuführen, andererseits auf eine Erhöhung der Steuermeßbeträge je Einwohner infolge Abnahme der Bevölkerung (die absoluten Steuermeßbeträge blieben relativ konstant). Die verhältnismäßige Starrheit ist weitgehend bedingt durch Steuervergünstigungen, wie sie zur Förderung des Wohnungs-

baus gewährt werden.¹ Eigenheime, die im Rahmen des sozialen oder steuerbegünstigten Wohnungsbaus errichtet worden sind, sind danach für 10 Jahre von der Grundsteuer befreit. Darauf ist die relative Konstanz des Aufkommens aus der Grundsteuer B bei gleichbleibenden Hebesätzen bis etwa 1960 zurückzuführen. Von 1960 ab dürfte das Aufkommen allmählich steigen, weil die in den letzten 10 Jahren erstellten Gebäude langsam in die Besteuerung hineinwachsen.² Auch die längst überholten Einheitswerte von 1935 hemmen eine Steigerung des Aufkommens. Eine entsprechende Heraussetzung der Hebesätze zum Ausgleich für die zum Teil erheblichen Wertsteigerungen kann wegen der Festpreise für Altbauwohnungen und Objekte, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus erstellt worden sind, nicht vorgenommen werden.

cc) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital

Der Gewerbesteuer³ unterliegen alle im Inland betriebenen Gewerbebetriebe, soweit sie nicht von der Steuerpflicht befreit sind. Besteuerungsgrundlage sind der nach den Vorschriften des Einkommen- bzw. Körperschaftsteuergesetzes zu ermittelnde Gewinn mit einigen Hinzurechnungen und Kürzungen (Gewerbeertrag) und der Einheitswert des Betriebsvermögens mit Hinzurechnungen und Kürzungen (Gewerbekapital). Daneben kann die Lohnsumme als Grundlage für die Besteuerung herangezogen werden.⁴ Das Produkt aus Steuermeßzahl⁵ und Gewerbeertrag bzw. Gewerbekapital ergibt den Steuermeßbetrag des Gewerbeertrags bzw. des Gewerbekapitals, die den einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrag ergeben. Das Produkt aus einheitlichem Gewerbesteuermeßbetrag und Hebesatz ergibt die Gewerbesteuerschuld.

¹Vgl. Erstes Wohnungsbaugesetz des Bundes v. 24.4.1950 (BGBl. I S.83) und Gesetz über die Grundsteuerfreiheit und Gebührenfreiheit für den sozialen Wohnungsbau v. 28.11.1949 (GVBl. 1950, S.30) sowie Zweites Wohnungsbaugesetz des Bundes v. 27.6.1956 (BGBl. I S. 523).

²Vgl. H o r s t e r, Robert, Die Reform des Deutschen Gemeindesteuersystems, Berlin 1958, S. 58.

³Rechtsgrundlage für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ist das Gewerbesteuergesetz i.d.F. v. 19.12.1957 (BGBl. I S.1871) und die Gewerbesteuerdurchführungsverordnung v. 24.3.1956 (BGBl. I S. 152).

⁴Die Lohnsummensteuer erheben in Bayern weniger als 10 Gemeinden.

⁵Die Steuermeßzahl des Gewerbeertrags ist nach natürlichen Personen bzw. Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften abgestuft, die Steuermeßzahl des Gewerbekapitals beträgt einheitlich 2 v.T. bei einer Freigrenze von 6000 DM.

Wie bei Grundsteuer A und Grundsteuer B lassen sich mit Hilfe der Steuermeßbeträge bzw. des Istaufkommens je Einwohner Schlüsse auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur ziehen. Die Meßbeträge bzw. das Istaufkommen pro Einwohner erlauben ohne Berücksichtigung des Gewerbesteuerausgleichs insbesondere eine Aussage über die Finanzstruktur, die die Wirtschafts- und Sozialverhältnisse einer Gemeinde als Arbeitsort in gewisser Weise widerspiegelt.

Aus Tabelle 22 zeigt sich für beide Landkreise mit fortschreitender Vergewerblichung eine Zunahme der Prokopf-Werte der Steuermeßbeträge bzw. des Istaufkommens (s. Abb. 9 a). Die niedrigsten Werte haben in beiden Landkreisen die Agrargemeinden, höhere Werte sind bei den B_1 - und B_2 - sowie den C_1 - und C_2 -Grundtypen festzustellen. Eine Abstufung in den Kopfquoten des Steuermeßbetrags von demselben Grundtyp angehörnden Gemeinden ist deutlich bei den B_2 /E-Gemeinden zu erkennen. Die Prokopf-Werte der Gemeinden B_2Ia/E und B_2Ib/E betragen ein Vielfaches der Kopfquoten der B_2II/E - bzw. B_2IIa/E - und B_2IIb/E -Gemeinden. Nicht oder wegen der geringen Unterschiede nicht deutlich genug treten diese für die B_2 /E-Gemeinden getroffenen Feststellungen bei den B_1 - bzw. C_2 -Gemeinden in Erscheinung. Eine klare Abstufung des Typs III über II nach I insbesondere bei den Agrargemeinden, läßt sich nicht erkennen.

Ein Gefälle von Typ III nach II könnte aus der Überlegung heraus angenommen werden, daß die Konsumausgaben der Auspendler den Betrieben in den Wohngemeinden, insbesondere den Konsumgüterbetrieben, höhere Gewinne bringen, die wiederum die Besteuerungsgrundlagen verbessern. Diese Überlegung setzt aber voraus, daß die Einkommen der Auspendler, soweit sie für den Konsum Verwendung finden, auch in den Wohngemeinden ausgegeben werden. Eine solche Annahme entspricht nicht der Wirklichkeit. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Auspendler ihr Einkommen restlos in der Wohngemeinde ausgeben; zum Teil fehlt es an dem entsprechenden Angebot, zum Teil sind die Beziehungen der Auspendler zur Betriebsgemeinde viel stärker. Aber selbst wenn die Einkommen der Auspendler, soweit sie dem Konsum zufließen, ganz oder zum Teil den in der Wohngemeinde ansässigen Betrieben

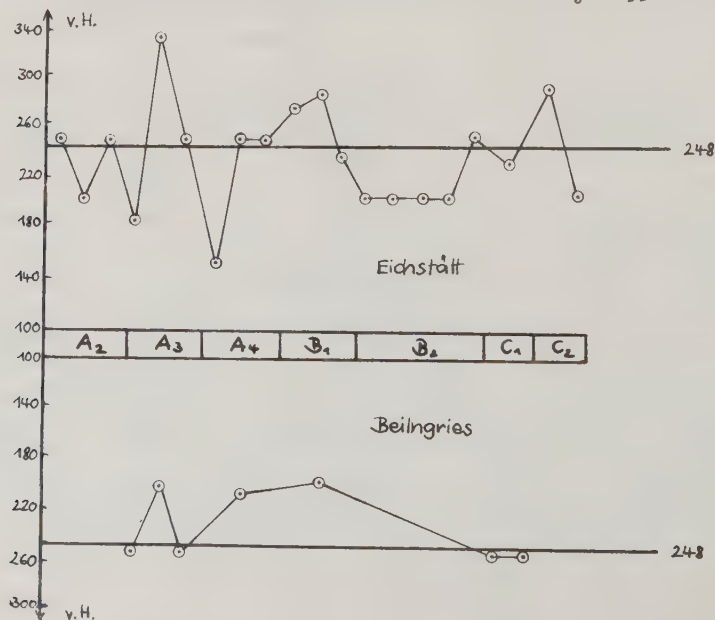
zugute kommen, müßte nicht unbedingt eine Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens die Folge sein, da viele Betriebe, insbesondere in kleinen Gemeinden, auch bei steigendem Gewerbeertrag noch innerhalb der Gewerbesteuerfreigrenze bleiben.

Zur Beurteilung der Anspannung der Gewerbesteuer ziehen wir wiederum die gewogenen Landesdurchschnittsbesätze für die kreisangehörigen Gemeinden heran. Sie betragen für 1952 240 v.H., für 1955 246 v.H., für 1956 248 v.H. und für 1957 253 v.H.¹

In den Agrargemeinden des Landkreises Eichstätt ist eine starke, wenn auch unterschiedliche Ausschöpfung der Gewerbesteuer festzustellen. Im Landkreis Beilngries dagegen liegen die Hebesätze unter bzw. knapp über den Durchschnittsbesätzen (s. Abb. 3).

Eine allgemeine Aussage über die Gewerbesteueranspannung bei den Agrargemeinden kann für beide Landkreise nicht gemacht werden. Dasselbe gilt für die B₁-Gemeinden, wobei allerdings festzustellen ist, daß im Landkreis Eichstätt der Hebesatz bei den B₁-Untersuchungsgemeinden höher liegt als in der vergleichbaren B₁II/B-Gemeinde. Deutlich dagegen läßt sich bei den B₂/E-

Abbildung 3: Schwankungen der Hebesätze der Gewerbesteuer um den Landesdurchschnittsbesatz im Rj. 1956



Gemeinden die weit unter dem Durchschnitt liegende Anspannung der Gewerbesteuer erkennen. Dieses Ergebnis deckt sich mit der bereits bei Grundsteuer A und Grundsteuer B getroffenen Feststellung. Die fraglichen Gemeinden können auf eine stärkere Anspannung der Realsteuern verzichten, weil die anderen Steuerobjekte genug Ertrag abwerfen. Die Hebesätze bei den C_1 -Gemeinden in beiden Landkreisen weisen keine starken Unterschiede auf und schwanken um den Durchschnitt, ebenso die Hebesätze der beiden C_2 -Gemeinden.

Die Entwicklung der Hebesätze der Gewerbesteuer zeigt im Gegensatz zu den Hebesätzen der Grundsteuer A und B, daß seit 1952 mit unwesentlichen Ausnahmen (A_3 IIb/E und B_1 II/B) keine merklichen Erhöhungen eingetreten sind, obwohl die Durchschnittshebesätze ständig gestiegen sind.

Das Gewerbesteueraufkommen ist in den Untersuchungsgemeinden unterschiedlich gestiegen. Während die Agrargemeinden nur eine geringe Aufkommenserhöhung während der Berichtszeit verzeichnen (in absoluten Beträgen), ist bei den Gewerbegemeinden und hier insbesondere bei den B_2 /E-Gemeinden ein erhebliches Mehraufkommen an Gewerbesteuer festzustellen, das noch höher liegen würde, wenn man die Nach- und Abschlußzahlungen berücksichtigt.

Um die tatsächliche Vermehrung der Besteuerungsgrundlagen ersichtlich zu machen, werden deshalb die Meßbeträge je Einwohner herangezogen, wobei der Einfluß abnehmender Wohnbevölkerung auf den Meßbetrag pro Kopf ausgeschaltet werden muß.

Die Steuermeßbeträge je Kopf haben in der Berichtszeit für die Agrargemeinden in beiden Landkreisen nicht stark zugenommen. Für alle anderen Gemeinden ist eine erhebliche Steigerung festzustellen. Insbesondere fällt die B_2 Ib/E-Gemeinde auf, die 1950 noch als A_1 -Gemeinde gekennzeichnet werden konnte.¹ Der in der Zwischenzeit eingetretene Strukturwandel findet seinen Ausdruck in einem kontinuierlichen überdurchschnittlichen Ansteigen des Gewerbesteuermeßbetrags je Einwohner. Auch die Gemeinde B_2 IIa/E zeigt, wie stark sich die Ansiedlung von Gewerbebetrieben² auf die

¹Auf Gemeindegebiet wurden einige Betriebe der Steinindustrie eröffnet.

2S. Fußnote 1.

Gewerbesteuergrundlagen auswirkt. In dieser Gemeinde ist der Gewerbesteuermeßbetrag je Kopf von 1,6 DM im Rechnungsjahr 1952 auf 16,4 DM im Rechnungsjahr 1957 gestiegen.

Beachtung im Rahmen der Untersuchung verdient auch der Gewerbesteuer ausgleich zwischen Betriebs- und Wohngemeinde.¹ Je nach dem Gemeindetyp machen die Gewerbesteuer ausgleichsleistungen recht ansehnliche Beträge aus. Pendeln aus einer Wohngemeinde mit weniger als 3000 Einwohnern mehr als 6 bzw. aus einer Wohngemeinde mit mehr als 3000 Einwohnern mehr als 10 Arbeitnehmer in eine Betriebsgemeinde ein, kann die Wohngemeinde von der Betriebsgemeinde Gewerbesteuer ausgleich beanspruchen. Bis zum Rechnungsjahr 1956 mußten unabhängig von der Größe der Wohngemeinde mehr als 10 Arbeitnehmer in der Betriebsgemeinde beschäftigt gewesen sein, damit die Wohngemeinde Gewerbesteuer ausgleich beanspruchen konnte. Darin lag vor allem für kleine Wohngemeinden eine besondere Härte; denn ihre Auspendler verteilten sich in der Regel auf mehrere Betriebsgemeinden, so daß sie keinen Anspruch auf Gewerbesteuer ausgleich hatten. Die Änderung der gesetzlichen Vorschriften in dem genannten Sinne bedeutet für die kleinen Gemeinden zwar einen Fortschritt, die Schwelle "mehr als 6" ist für kleine Gemeinden aber immer noch recht hoch und sollte zweckmäßig überhaupt entfallen. Dagegen wird eingewandt, eine weitere Senkung oder völlige Beseitigung der Schwelle würde zu einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand führen, der durch das zu erwartende Ergebnis nicht zu rechtfertigen wäre. Tatsächlich fallen aber Verwaltungskosten bei den kleinen Gemeinden dadurch kaum an. Bei Beseitigung der Schwelle würden die Gemeinden im Gegenteil die auch mit Verwaltungsaufwand verbundenen Versuche unterlassen, kurz vor dem Stichtag Arbeitnehmer gegen Bezahlung dazu zu bewegen, ein kurzfristiges Arbeitsverhältnis in einer bestimmten Betriebsgemeinde aufzunehmen, damit die Schwelle "mehr als 6" überschritten wird.

¹ Rechtsgrundlage ist die Verordnung über den Gewerbesteuer ausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden vom 15.6.1949 (GVBl. S. 184) in Verbindung mit den Bestimmungen über den Gewerbesteuer ausgleich im Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen unter Beachtung der 1., 2. und 3. Änderungsverordnung. Vom Rechnungsjahr 1956 ab gilt die Verordnung über den Gewerbesteuer ausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden vom 28.12.1955 (GVBl. 1956 S. 2).

Der Ausgleichsbetrag, den die Wohngemeinde erhält, ist ständig gestiegen (ab 1949 20 DM, 1951 25 DM, 1952 - 1955 35 DM je Arbeitnehmer). Für das Rechnungsjahr 1956 war für jeden einpendelnden Arbeitnehmer die Hälfte des Betrags zu zahlen, der nach dem Istaufkommen der Betriebsgemeinde im vorangegangenen Rechnungsjahr auf den Kopf der am Stichtag in der Betriebsgemeinde insgesamt beschäftigt gewesenen Arbeitnehmer entfällt, höchstens aber je Arbeitnehmer 50 DM (vom Rechnungsjahr 1957 ab 70 DM).

Die Gewerbesteuerausgleichsbeträge, die den Wohngemeinden zufließen, übersteigen vielfach die in der Wohngemeinde aufkommende Gewerbesteuer. Insofern findet ein gewisser Ausgleich zwischen industriebetonen und industriearmen Gemeinden statt (s. Tab. 23, Abb. 4 und 5).

Abb. 4: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955-1957 nach Grund- und Gemeindetypen in DM je Einwohner

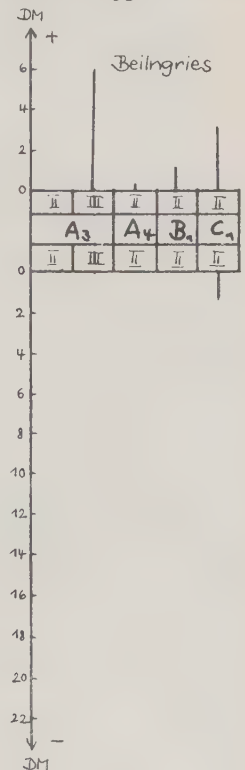
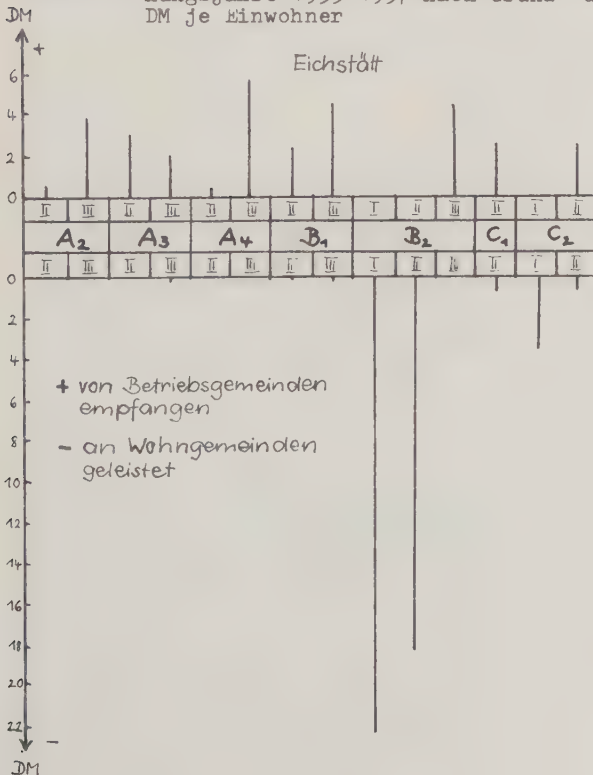
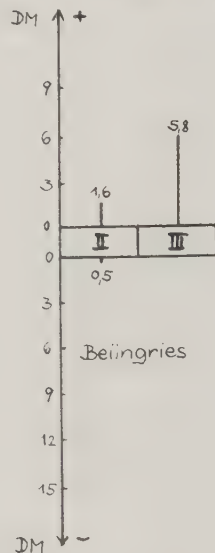
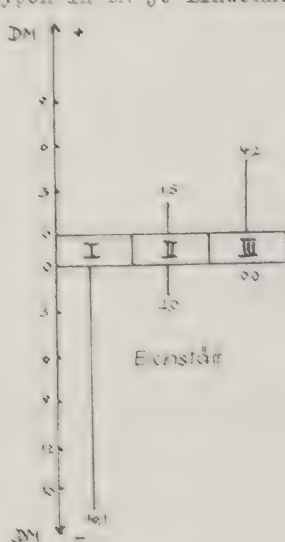


Abb. 2: Zusammengefasste Gewerbesteuerausgleichszuschüsse im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955-1957 nach Gemeindetypen in DM je Einwohner



Bei der Entwicklung der Gewerbesteuerausgleichsleistung müssen die gesetzlichen Änderungen berücksichtigt werden. Die starke Steigerung vom Rechnungsjahr 1956 ab ist auf die Senkung der Schwelle von "über 10" auf "über 6" zurückzuführen, darüber hinaus aber auch bedingt durch die Zunahme der Pendelwanderung bei gleichzeitiger Heraufsetzung der Gewerbesteuerausgleichshöchstbeträge.

Die Gewerbesteuerkraft kommt in den Steuerkraftzahlen¹ zum Ausdruck. Nach Prokopfbeträgen ist vom A- über den B- zum C-Typ eine Steigerung festzustellen. Besonders stark tritt der Betrag der B₂-Gemeinden mit 108,2 DM hervor, der aber als nicht repräsentativ für alle B₂-Gemeinden angesehen werden kann, weil er durch die Spitzenwerte der B₂Ia/E- und B₂Ib/E-Gemeinden verursacht ist.

¹ S. Anm. 6 der Tab. 22.

Die Gegenüberstellung der Steuerkraft je Einwohner in horizontaler Richtung zeigt bei den Agrargemeinden und E₁-Gemeinden keine allzugroßen Unterschiede. Größere Differenzen zeigen sich bei der C₁II/E-Gemeinde gegenüber den Gemeinden C₁IIa/B und C₁IIb/B, deren Durchschnittskopfbetrag gegenüber dem der C₁II/E-Gemeinde weniger als die Hälfte beträgt.

b) Übrige Gemeindesteuern

Neben den Realsteuern fließen den Gemeinden steuerliche Einnahmen aus den sog. kleinen Gemeindesteuern zu (Vergnügungssteuer, Gemeindegetränksteuer, Hundeabgabe). Es handelt sich dabei um Verbrauchs- und Aufwandssteuern des "örtlich bedingten Wirkungskreises"¹. Der Vergnügungssteuer², zu deren Erhebung die Gemeinden verpflichtet sind, unterliegen die auf Gemeindegebiet veranstalteten Vergnügungen (z.B. Tanzveranstaltungen, Filmvorführungen), der Gemeindegetränksteuer³, zu deren Erhebung die Gemeinden berechtigt sind, unterliegt der Konsum aufwendiger Getränke in Gaststätten, der Hundeabgabe⁴, zu deren Erhebung die Gemeinden ebenfalls verpflichtet sind, unterliegt das Halten von Hunden. Weitere gemeindliche Verbrauchs- und Aufwandssteuern sind die Speiseeisteuer⁵, die in den Gemeinden der beiden Landkreise nicht erhoben wird, die Jagdsteuer⁶ und die Schankerlaubnissteuer⁷, die aber nur kreisfreie Städte und die Landkreise erheben können.

Die Einnahmen aus den in Tabelle 24 dargestellten "kleinen Gemeindesteuern" weisen in ihren Prokopfbeträgen bei den Grund- und Gemeindetypen vertikal und horizontal keine merklichen, in

¹Art. 125 Abs. 2 Ziff. 1 GG.

²Rechtsgrundlage bis zum 1.7.1958 sind die Reichsteuerverordnungen über die Vergnügungssteuer v. 7.6.1933 (RGBl. I S. 351), ab 1.7.1958 das Vergnügungssteuergesetz v. 11.6.1958 (GVB1. S. 185).

³Rechtsgrundlage ist die Verordnung v. 26.7.1930 (RGBl. I S. 314) betr. Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränksteuer u. Bürgersteuer, Abschnitt II.

⁴Rechtsgrundlage ist das Hundeabgabengesetz v. 5.3.1937 (BayBS I S. 560).

⁵Rechtsgrundlage ist Art. 7 GAG.

⁶Rechtsgrundlage ist Art. 6 GAG.

⁷Rechtsgrundlage ist Art. 6 GAG.

der Wirtschaftsstruktur bedingte Unterschiede auf. Die in den Gemeinden B₁II/E, B₁IIb/E, C₁II/E, C₂II/E, C₁IIa/B und C₁IIb/E höheren Prokopf-Werte sind auf das Aufkommen aus der Kinosteuer im Rahmen der Vergnügungssteuer zurückzuführen. Das im Vergleich zu entsprechenden Gemeinden höhere Aufkommen in A₃IIIa/B läßt sich aus den ungleich höheren Einnahmen aus der allgemeinen Vergnügungssteuer erklären.¹ Die Differenzen der Prokopf-Werte zwischen C₁II/E und C₁IIa/B bzw. C₁IIb/B (2,8 DM gegenüber 4,0 bzw. 4,5 DM je Einwohner) sind durch das Aufkommen an Gemeindegetränkesteuer bedingt, das in diesen Gemeinden anfällt.²

Das Aufkommen aus den kleinen Steuern blieb in den dargestellten Rechnungsjahren verhältnismäßig konstant. Nur bei den Gemeinden, in denen ein Kino besteht oder häufig vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen stattfinden, sowie in den beiden Gemeinden des Landkreises Beilngries, die Gemeindegetränksteuer erheben, sind die Prokopf-Werte gering gestiegen.

c) Steuerähnliche Einnahmen

Weitere Mittel fließen den Gemeinden aus V e r w a l -
t u n g s k o s t e n z u s c h ü s s e n von Bundesbahn und Bundespost³, aus nicht verteilten Einnahmen aus J a g d - und F i s c h w a s s e r p a c h t und aus der allgemeinen S c h a f w e i d e zu. In diese Gruppe der steuerähnlichen Einnahmen fallen auch die Wertanschläge für H a n d - und S p a n n d i e n s t e ⁴, die eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben von den Gemeindebürgern fordern kann. Sie beschränken sich vornehmlich auf Gemeinden ländlicher Struktur und auf den gemeindlichen Wasser- und Wegebau sowie Kulturarbeiten in den kommunalen Waldungen. Es bedeutet "eine fühlbare finanzielle Entlastung, wenn in landwirtschaftlich stillen Zeiten sonst nicht

¹ Auf Gemeindegebiet befindet sich eine Gastwirtschaft, in der häufig steuerpflichtige Tanzveranstaltungen stattfinden.

² Die Gemeindegetränksteuer wird im Landkreis Eichstätt von keiner Gemeinde, im Landkreis Beilngries nur von zwei Gemeinden (C₁IIa/B und C₁IIb/B) erhoben.

³ Die Verwaltungskostenzuschüsse der Bundesbahn wurden bereits in den Gewerbesteuerausgleich einbezogen (s. Anm. 1 der Tab. 23).

⁴ Darunter sind unentgeltliche Naturalleistungen (persönliche Dienstleistungen oder /und Dienstleistungen mit Hilfe von Zugtieren und Fuhrwerken) zu verstehen.

voll ausgenutzte Arbeitskräfte und Gespanne für Gemeinschaftsaufgaben eingesetzt werden"¹, weil so Abgaben vermieden werden, die sonst notwendig würden.

Da die Gemeindebürger zur Leistung von Hand- und Spanndiensten nicht regelmäßig, sondern nur bei größeren Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden, wurden die Wertanschläge der geleisteten Dienste aus Vergleichsgründen ausgegliedert. Aus Tabelle 24 ist zu ersehen, daß vor allem in den Agrargemeinden Hand- und Spanndienste geleistet werden. Einen besonders hohen Prokopfbetrag weist die Gemeinde A₂Ia/E (Rj. 1955: 37,0, Rj. 1956: 47,9) auf, in der in den Rechnungsjahren 1955 und 1956 umfassende Straßenbaumaßnahmen unter Heranziehung der Gemeindebürger durchgeführt worden sind.

Einnahmen aus nicht verteilter Jagd- und Fischwasserpacht sowie aus der allgemeinen Schafweide treten ebenfalls in den Agrargemeinden stärker in Erscheinung als in den B- und C-Gemeinden. Ausnahmen bilden die Gemeinden B₂Ia/E und B₂Ib/E.² Unterschiede nach Grund- und Gemeindetypen lassen sich in horizontaler Richtung nicht feststellen.

Bei der Beurteilung der Entwicklung des Aufkommens aus steuerähnlichen Einnahmen ist die Vergleichbarkeit sehr schwer durch die unterschiedliche Heranziehung der Gemeindebürger zu Hand- und Spanndiensten und das unregelmäßige Anfallen der Einnahmen aus diesem Titel, so daß Schlüsse kaum gezogen werden können. Von den Wertanschlägen für geleistete Hand- und Spanndienste abgesehen läßt sich aber eine gewisse Konstanz im Aufkommen aus steuerähnlichen Einnahmen feststellen.

2) Allgemeine Finanzzuweisungen

Die vom Staat den Gemeinden zur Ergänzung ihrer unzureichenden Steuereinnahmen gewährten allgemeinen Finanzzuweisungen werden als Schlüsselzuweisungen oder (und) Bedarfszuweisungen gegeben.

¹ v. Rosen - v. Hoewel, Harry, Gebühren, Beiträge, Hand- und Spanndienste, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959, S. 471.

² In diesen beiden Einpendlergemeinden spielt die Landwirtschaft noch eine bedeutende Rolle.

Darüber hinaus gewährt das Land Bayern Grund- und Gewerbesteuer- ausfallvergütungen und vom Rechnungsjahr 1957 ab Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, im folgenden als sonstige allgemeine Finanzzuweisungen bezeichnet.

a) Schlüsselzuweisungen

Bei der Zuteilung der allgemeinen Finanzzuweisungen müssen sowohl Faktoren berücksichtigt werden, die den Ausgabebedarf der Gemeinde bestimmen, als auch die Faktoren, von denen die Einnahmefähigkeiten der Gemeinde abhängen. Der Ausgabebedarf ist nicht identisch mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben, die nur die Belastung der Gemeinde oder das Gewicht einer Ausgabe im Rahmen des Gesamthaushalts zum Ausdruck bringen können. Zur Feststellung des Ausgabebedarfs "müssen vielmehr Tatbestände aufgesucht werden, die in der Gemeinde festzustellen sind und ihrerseits die Lasten der Gemeinde beeinflussen, und zwar in einer unter den Gemeinden ungleichartigen Form"¹. P o p i t z knüpft daran die Feststellung, daß die Tatbestände "solche sein müssen, die leicht rechnerisch ermittelt werden können".

So berücksichtigt das Bayerische Finanzausgleichsgesetz (FAG)² als die Ausgabebelastung einer Gemeinde bestimmende Merkmale die Gemeindegröße, die Zusammensetzung der Bevölkerung, die Grenzlandlage, den Grad der Kriegszerstörungen und das Ausmaß des Bevölkerungszuwachses. Diese Momente werden in die sog. Ausgangsmeßzahl einbezogen, die die durchschnittliche Ausgabebelastung einer Gemeinde ausdrücken soll. Die Ausgangsmeßzahl wird gefunden, indem die einzelnen Ansätze (Hauptansatz nach der Gemeindegröße und Nebenansätze)³ zusammengezählt und mit dem vom Bayer. Stat. Lan-

¹ P o p i t z, Johannes, a.a.O., S. 262.

² Für das Rj. 1952 gilt das FAG i.d.F. des 1. Änderungsgesetzes v. 30.9.1952 (GVBl. S. 162), für die Rj. 1955 u. 1956 i.d.F. v. 23.7.1955 (GVBl. S. 154) für die Rj. 1957 u. 1958 i.d.F. v. 15.7.1957 (GVBl. S. 154) und für das Rj. 1959 i.d.F. v. 15.5.1959 (GVBl. S. 170).

³ Der Hauptansatz beträgt für eine Gemeinde bis zu 1000 Einwohner 65 v.H. der Einwohnerzahl, mit 2000 Einwohnern 75 v.H. der Einwohnerzahl, mit 5000 Einwohnern 90 v.H. der Einwohnerzahl usw. Für Gemeinden mit dazwischen liegenden Einwohnerzahlen gelten

desamt errechneten Grundbetrag¹ angesetzt werden.

Während bis zum Rechnungsjahr 1956 die zur Verteilung gelangende Schlüsselmasse jährlich festgesetzt wurde, gewährte Bayern vom Rechnungsjahr 1957 ab im Rahmen des Steuerverbunds² den Gemeinden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 9 v.H. des dem Staat im vorangegangenen Kalenderjahr verbliebenen Istaufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer. Von dieser Schlüsselmasse erhalten die Gemeinden 64 v.H., die Landkreise 36 v.H.

Mit dem Steuerverbund hat das Bemühen der Gemeinden um eine Koppelung der Schlüsselmasse an weitere konjunkturabhängige Steuern eine gesetzliche Regelung erfahren und das alljährliche Tauziehen um die Höhe der Schlüsselmasse ein Ende gefunden. Der Steuerverbund ist so ein entscheidender Fortschritt im kommunalen Finanzausgleich, wenngleich die Nachteile der Regelung, die vor allem bei einem allgemeinen Konjunkturrückschlag in Erscheinung treten werden, nicht verkannt werden dürfen.

entsprechende dazwischen liegende Beträge.

Ein Ansatz nach der Zusammensetzung der Bevölkerung wird gewährt, wenn die Zahl der Kinder unter 14 Jahren in einer Gemeinde mit nicht mehr als 2000 Einwohnern 26 v.H., mit 5000 Einwohnern 25 v.H. der Einwohnerzahl übersteigt. Für Gemeinden mit dazwischen liegender Einwohnerzahl gelten ebenfalls entsprechende Werte. Für Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern tritt an die Stelle des Kinderansatzes ein Ansatz nach der unselbständigen Bevölkerung, wenn sich für ihn ein höherer Betrag ergibt.

Gemeinden, die eine Grundsteuerausfallvergütung nach Art. 8 FAG beziehen, erhalten einen Ansatz für Kriegszerstörungen entsprechend der Schadensquote.

Endlich wird in Gemeinden, deren Einwohnerzahl gegenüber 1939 gestiegen ist, ein Ansatz in der Form gewährt, daß der Hauptansatz um 1/4 des Hundertsatzes des Bevölkerungszuwachses, jedoch höchstens um 25 v.H. des Hauptansatzes erhöht wird.

¹ Der Grundbetrag stellt das Verhältnis der Summe aller Ausgangsmeßzahlen und der Summe der veredelten Einwohnerzahlen aller beteiligten Gemeinden dar.

² Durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung v. 24.12.1956 (BGBl. I S.1077) wurden alle Länder verpflichtet, einen von den Ländern zu bestimmenden Hundertsatz des Länderanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer den Gemeinden als allgemeine Finanzzuweisungen zu gewähren.

Tabelle 25 stellt die Schlüsselzuweisungen je Einwohner dar. Sie zeigen dort die höchsten Beträge, wo die Steuerkraft am geringsten ist. Es besteht also zwischen Schlüsselzuweisungen und Realsteuerkraft eine negative Korrelation. Die steuerstarken Gemeinden B_2Ia/E , B_2Ib/E , B_2II/E und C_1II/E erhalten für die Rechnungsjahre 1955, 1956 und 1957 keine Schlüsselzuweisungen (Ausnahme B_2II/E im Rechnungsjahr 1957), während ihnen noch im Rechnungsjahr 1952 auf Grund der damaligen Finanzausgleichsregelung mindestens 1 DM je Einwohner gewährt wurde (s. B_2Ia/E und B_2Ib/E). Die Beseitigung dieser Regelung hat also dazu geführt, daß Mittel, die vorher steuerstarken Gemeinden zugeflossen sind, für steuer-schwache Gemeinden frei wurden, d.h. es wurde der Ausgleichseffekt verstärkt. Daneben führte die Neuregelung zu einer Verwaltungsvereinfachung (Wegfall der Anmeldung, Berechnung und Auszahlung der Schlüsselzuweisung) für viele Gemeinden. Die besonders hohen Kopfquoten der B_2IIIa/E -Gemeinde in den Rechnungsjahren 1955 und 1956 sind auf die Stationierung von Einheiten der Bayer. Bereitschaftspolizei zurückzuführen.

Vergleicht man die einzelnen Gemeindetypen in horizontaler Richtung, so fallen die relativ hohen Prokopfbeträge in den Gemeinden des Landkreises Beilngries auf. Sie sind bedingt durch das geringere Aufkommen an Realsteuern. Hier schaffen die Zuweisungen entsprechend der "mangelnden Steuerkraft" einen gewissen Ausgleich der Steuerkraft zwischen den Gemeinden, ohne jedoch zu einer Nivellierung zu führen.

Durch die ständige Erhöhung der Schlüsselmasse seit der Währungsreform sind die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen von Jahr zu Jahr gestiegen. Für die Untersuchungsgemeinden ergibt sich, daß die Mehreinnahmen in den A- und B_1 -Gemeinden größer sind als in den B_2 -, C_1 und C_2 -Gemeinden (B_2II/E , C_1II/E , C_2I/E , C_2II/E und C_1IIb/B zeigen sogar eine Abnahme). Die geringere Zunahme bzw. sogar Abnahme der Schlüsselzuweisungen dieser Gemeinden ist das Korrelat einer starken Erhöhung des Realsteueraufkommens in diesen Gemeinden, die insbesondere bedingt ist durch höhere Gewerbesteuerkraft. Da in den Agrargemeinden und auch in den B_1 -Gewerbegemeinden die Bedeutung der Gewerbesteuer zurücktritt, hinkt das Realsteueraufkommen der genannten

Gemeinden nach, so daß höhere Schlüsselzuweisungen die mangelnde Steuerkraft ausgleichen müssen.

Die Abhängigkeit der Gemeinden vom Staat ist so unterschiedlich (s. Übersicht 25). Während bei den B₂-, C₁ und C₂-Gemeinden der Anteil der Schlüsselzuweisungen an den gesamten Einnahmen laufend abgenommen hat, ist er bei den A- und B₁-Gemeinden ständig gestiegen (vgl. Tab. 25 mit Tab. 27). Erhöhte Schlüsselzuweisungen bei relativ konstanten Haushaltseinnahmen deuten aber darauf hin, daß der Anteil des Staates am Gesamtaufkommen des Gemeindehaushalts und damit auch die finanzielle Abhängigkeit vom Staate gestiegen sind.

b) Bedarfszuweisungen

Neben den Schlüsselzuweisungen gewährt der Staat den Gemeinden nach Maßgabe der Bewilligung im Staatshaushalt¹ sog. Bedarfszuweisungen². Sie sind dazu bestimmt, einer außergewöhnlichen Lage und den besonderen Aufgaben von Gemeinden im Einzelfall Rechnung zu tragen. Sie können auch zum Ausgleich von Härten gewährt werden, die sich bei der Verteilung von Schlüsselzuweisungen ergeben haben. Voraussetzung für die Bewilligung von Bedarfszuweisungen ist aber unter anderem, daß die Realsteuern mindestens zu den vorgeschriebenen Hebesätzen ausgeschöpft und alle notwendigen Ausgaben im Rahmen sparsamster Wirtschaftsführung erfolgt sind.

Im Rechnungsjahr 1957 erhielten die Gemeinden B₂Ia/E 6,6 DM, B₂Ib/E 8,5 DM und C₁II/E 0,5 DM je Einwohner Bedarfszuweisungen, die ausschließlich zum Ausgleich von Härten gewährt worden sind, die sich bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen ergeben haben.³

¹Da bei Kriegsende der Ausgleichsstock (vgl. § 8 der Verordnung über einstweilige Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs v. 30.10.1944, RGBl. I S. 282) zunächst von der Militärregierung als Reichsvermögen gesperrt war und daher nicht zur Verfügung stand, mußte in den Staatshaushalt ein Posten für Bedarfszuweisungen eingesetzt werden.

²S. Art. 11 FAG.

³Diese drei Gemeinden erhielten 1957 keine Schlüsselzuweisungen.

c) Sonstige allgemeine Finanzzuweisungen

Gemeinden, die durch Kriegs- und Kriegsfolgeschäden an Grundbesitz einen Ausfall von Grundsteuer haben, erhalten Grundsteuerausfallvergütung. Im Untersuchungsgebiet sind davon lediglich die Gemeinden C₁IIa/B und C₁IIb/B betroffen, die im Rechnungsjahr 1957 5,4 bzw. 5,7 DM je Einwohner erhalten haben. Die Gemeinden B₂Ia/E und C₂II/E erhielten im Rechnungsjahr 1957 sog. Gewerbesteuerausfallvergütungen (3,9 DM bzw. 6,3 DM).

Vom Rechnungsjahr 1957 ab fließen den kreisangehörigen Gemeinden Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises in Höhe von 0,50 DM je Kopf (ab 1958 1 DM) zu.

3) Erwerbseinkünfte

Weitere Einnahmen fließen den Gemeinden aus wirtschaftlichen Unternehmen und aus dem allgemeinen Kapital- und Grundvermögen zu.¹ Als wirtschaftliche Unternehmen gelten die kommunalen Betriebe, welche nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt werden und bei denen nicht die Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Vordergrund steht. In Frage kommen in den Untersuchungsgemeinden vornehmlich forstwirtschaftliche Unternehmen, Steinbrüche, Sand- und Kiesgruben und Dreschereibetriebe. Versorgungsunternehmen werden in beiden Untersuchungslandkreisen vorwiegend von Zweckverbänden betrieben.

Die Bedeutung der forstwirtschaftlichen Unternehmen² für die Haushaltsgestaltung gerade der kleinen Gemeinden erfordert einige Bemerkungen. Die meisten kommunalen Waldungen waren ursprünglich, den Rechtsvorstellungen der Markgenossenschaft entsprechend, Gemeinbesitz der Markgenossen ("Allmenden"). Die Markgenossen hatten das Recht auf eine bestimmte Menge Nutz- und

¹Vgl. T e r h a l l e, Fritz, a.a.O., S. 97 f.

²Die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen stellen sog. Bruttounternehmen dar, da sie mit ihren sämtlichen Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan und in der Haushaltsrechnung erscheinen, während bei anderen (rechtlich selbständigen) Unternehmen nur die Beträge, die sie abliefern, und die Zuschüsse, die sie empfangen, im Haushalt erscheinen.

Brennholz, Streu, Viehauftrieb usw. "Die Form der gemeinschaftlichen Nutzung wurde allmählich abgeschwächt, aus der Allmende wurde Gemeindeeigentum, an dem der Gemeinde nicht die volle Nutzung zustand, weil der Bürger gewisse Ansprüche hatte."¹ Wo die Zurückdrängung der Bürgerrechte nicht gelang, entstand "Rechtlerwald", d.h. der Wald blieb im Eigentum der Gemeinde, die Nutzungen aber standen den "Rechtlern" zu. Obwohl diese Waldungen den Kommunen keine unmittelbaren Einnahmen bringen, weil die Nutzungen die Rechtler ziehen, sind sie doch für die Gemeinde von Bedeutung als Arbeitsstätte für ihre Bürger, als Vermögensobjekt und Rückhalt bei der Aufnahme von Fremdkapital. Entsprechendes gilt für den sog. Körperschaftswald von Stiftungen und Anstalten, der manche Gemeinde von Ausgaben entlastet, weil an ihrer Stelle eine Stiftung oder Anstalt die Aufgaben wahrnimmt, die sonst ihr zufallen würden.²

Die Höhe der Einnahmen aus den kommunalen Waldungen hängt - abgesehen von der Belastung mit Forstrechten - in erster Linie ab von Umfang, Art und Schlagreife der Bestände, von Holzpreisen und Waldarbeiterlöhnen. Übersicht 21 gibt ein Bild von dem Umfang der Kommunalwaldungen und den Belastungen mit Forstrechten in den Gemeinden des Landkreises Eichstätt³ nach Grundtypen. Von den 76 Gemeinden des Landkreises haben 62 (= 82 v.H.) gemeindeeigene Waldungen. Interessant ist, daß 96 bzw. 93 v.H. der A₃- bzw. A₄-Gemeinden Wald besitzen, während die Anteile der übrigen Grundtypen (mit Ausnahme der C₁- und C₂-Gemeinden) wesentlich darunter liegen. Die Waldungen der 62 Gemeinden sind in 27 Fällen (44 v.H.) mit Forstrechten belastet, die sich als Nutzungsrechte aller Gemeindeglieder, als Rechte einzelner Personen oder als Belastung für einen bestimmten Zweck oder eine Einrichtung (Kirche, Schule usw.) darstellen.

¹ S t o l l e n b e r g, Alexander, Kommunal Waldbesitz, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959, S. 133.

² Vgl. H ö n n i n g e r, Theodor, Die finanzielle Bedeutung der Kommunalwaldungen im Waldbesitzerhaushalt, dargestellt am Beispiel nordschwäbischer Stadt- und Landgemeinden, Diss. München 1955, S. 147 f.

³ Entsprechende Unterlagen für die Gemeinden des Landkreises Beilngries liegen nicht vor.

Übersicht 21: Größe und Forstrechtsbelastung der Kommunalwaldungen der Gemeinden des Landkreises Eichstätt nach Grundtypen¹

Grundtyp	Zahl der Gemeinden			Größe der Waldfläche in ha					mit Forstrechten belastet	
	insg.	davon mit Wald	v.H.	bis 10	10-20	20-50	50-100	über 100	abs.	v.H.
A ₁	2	1	50	-	-	-	1	-	1	100
A ₂	12	7	58	2	1	1	3	-	2	28
A ₃	23	22	96	7	3	5	2	5	10	45
A ₄	28	26	93	9	3	8	4	2	12	46
B ₁	3	1	33	-	-	-	1	-	1	100
B ₂	5	2	40	1	-	1	-	-	-	0
C ₁	1	1	100	-	-	-	-	1	-	0
C ₂	2	2	100	-	-	-	1	1	1	50
insg.	76	62	82	19	7	15	12	9	27	44

Auf eine detaillierte Darstellung der Erwerbseinkünfte nach Vermögensarten wurde wegen der geringen Bedeutung einzelner Posten verzichtet.

In Tabelle 26 sind die zusammengefaßten Brutto-Ist-Einnahmen aus wirtschaftlichen Unternehmen ausschließlich Versorgungsunternehmen, aus Zinsen, aus dem allgemeinen Kapital- und Grundvermögen je Einwohner dargestellt. Ein Vergleich der Einnahmen 1955 bis 1957² je Einwohner mit der Steuerkraft der einzelnen Untersuchungsgemeinden zeigt, daß nur wenige steuerschwache Gemeinden ihre mangelnde steuerliche Leistungsfähigkeit durch Erwerbsein-

¹Quelle: Auswertung einer Erhebung des Landratsamts Eichstätt im Jahre 1950.

²Für die Beurteilung der Bedeutung der Erwerbseinkünfte für den Gemeindehaushalt werden die Durchschnittseinnahmen von 1955 - 1957 herangezogen, da die Wirtschaftsergebnisse insbes. der Forstbetriebe in den einzelnen Jahren gewissen Zufälligkeiten unterliegen.

künfte auszugleichen vermögen ($A_4\text{IIB}/E$, $A_4\text{III}/E$, $B_1\text{IIIB}/E$, $B_2\text{IIIB}/E$)¹. Besonders günstig steht die Gemeinde $A_4\text{III}/E$, die im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957 aus Waldbesitz Nettoeinnahmen von 87,6 DM je Einwohner erzielen konnte. Die Erwerbseinkünfte anderer steuerschwacher Gemeinden wie $A_2\text{III}/E$, $A_3\text{IIa}/E$, $A_4\text{IIa}/E$, $B_2\text{IIa}/E$ und der Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries außer $C_1\text{IIa}/E$ und $C_1\text{IIB}/E$ reichen dagegen nicht aus, die Finanzkraft der Gemeinde nennenswert zu verbessern. Umgekehrt fließen steuerstarken Gemeinden wie $A_2\text{IIa}/E$, $A_2\text{IIB}/E$, $A_3\text{III}/E$, $B_2\text{Ia}/E$, $C_1\text{II}/E$ und $C_2\text{II}/E$ erhebliche Erwerbseinkünfte zu. Die Prokopf-Werte sind in ihrer Höhe weniger von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Typ als von der Art und dem Umfang der Vermögensobjekte, die Einnahmen abwerfen, abhängig. In vertikaler Richtung lassen sich daher keine Zusammenhänge zwischen Höhe der Erwerbseinkünfte und Typ feststellen.

Ein Vergleich der untersuchten Gemeinden in horizontaler Richtung führt zu dem Ergebnis, daß die an sich schon steuerschwachen Gemeinden des Landkreises Beilngries bei Berücksichtigung der Erwerbseinkünfte (s. Tab. 26) noch schlechter im Verhältnis zu den entsprechenden Gemeinden des Landkreises Eichstätt abschneiden als bei alleiniger Heranziehung der Gemeindesteuern einschließlich steuerähnlicher Einnahmen und der Finanzzuweisungen.

Die Erwerbseinkünfte haben in der Berichtszeit etwas zugenommen. Der Zuwachs ist zurückzuführen auf gestiegene Holzpreise, Mieten und Pachten. Auf lange Sicht können aus den forstwirtschaftlichen Unternehmen keine größeren Einnahmesteigerungen erwartet werden, wenn es den waldbesitzenden Gemeinden nicht gelingt, die Belastung mit Forstrechten zurückzudrängen.²

Die Erwerbseinkünfte je Einwohner in Tabelle 26 dürfen nicht überschätzt werden, da den Gemeinden, denen Einnahmen aus Vermögen zufließen, auch erhebliche Ausgaben erwachsen (Waldarbeiterlöhne, Forstbesoldungsbeiträge, Waldwegebau, Pflege der Forstkulturen usw.).³

¹Vgl. auch K i r s c h n e k, Gebhard, a.a.O., S.97.

²Vgl. H ö n n i n g e r, Theodor, a.a.O., S. 39 f.

³Vgl. Tab. 15 u. 19.

4) Entgelteinnahmen und spezielle Zuweisungen der ordentlichen Rechnung

Die Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen, Umlagen und zweckgebundenen Mitteln treten in ihrer fiskalischen Bedeutung weit hinter die Steuereinnahmen zurück. Sie sind aber von Bedeutung, weil sich nach ihrem Abzug vom Finanzbedarf der Zuschußbedarf ergibt, der durch allgemeine Deckungsmittel aufzubringen ist.

Aus Tabelle 27 läßt sich kein Zusammenhang zwischen Typen und Höhe der Einnahmen in vertikaler und horizontaler Richtung feststellen. Die relativ hohen Prokopf-Werte der Gemeinden A₂IIa/E, A₃III/E, A₄IIa/E, A₄IIB/E, A₄III/E, B₂Ia/E, B₂Ib/E, C₁II/E, A₃II/B, C₁IIa/B und C₁IIB/E sind darauf zurückzuführen, daß Straßenanliegerbeiträge in den jeweiligen Jahren erhoben worden sind.

Im Durchschnitt der einzelnen Gemeinden in den beiden Landkreisen sind in der Berichtszeit die Einnahmen nur gering gestiegen.

Tabelle 27 faßt die Einnahmen der Gemeinden (allgemeine und spezielle Deckungsmittel) zusammen. Ein Vergleich der Prokopf-Werte in vertikaler und horizontaler Richtung läßt erkennen, daß die Gewichte der einzelnen Einnahmearten nicht bei allen Typen so verteilt sind, daß soviel Gesamteinnahmen vorhanden sind, daß sie dem jeweiligen Ausgabebedarf entsprechen. Bringt man von den gesamten Einnahmen die Kreisumlage¹ in Abzug, die in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen (Realsteuerkraftzahl einer Gemeinde + 4/5 ihrer Schlüsselzuweisungen im vorangegangenen Rechnungsjahr) gemessen wird und steuerschwache Gemeinden pro Kopfweniger belastet als steuerstarke Gemeinden (s. Tab. 28), so schneiden Gemeinden mit hohen Vermögenseinnahmen besonders gut ab, weil die Kreisumlage nach Maßstäben berechnet wird, welche die Erwerbseinkünfte einer Gemeinde völlig außer acht lassen. Daher wird die ihr zugeschriebene "innerkreisliche Ausgleichsfunktion"² nicht in dem Maße erreicht, als es wünschenswert er-

¹Vgl. Art. 18 FAG.

²Meyer - König, W., Zur Ausgleichsfunktion der Landkreise, in: Die Selbstverwaltung, 1952, S. 295.

scheint. Selbst eine "progressive Staffe lung der Kreisumlage"¹ würde dem Ziel einer tunlichst en Angleichung des Einnahmebedarfs an den Ausgabebedarf einer Gemeinde nicht gerecht, wenn bei der Bemessung nur auf die Steuerkraft (berichtigt durch Finanzzuweisungen) abgestellt wird.

Die gesamten Einnahmen der untersuchten Gemeinden zeigen so nach Abzug der Kreisumlage in vertikaler Richtung erhebliche Unterschiede. Horizontal läßt sich unter Berücksichtigung der Kreisumlage sogar eine weitere Vertiefung der Finanzkraftunterschiede feststellen, weil die Gemeinden des Landkreises Beiln-gries infolge höherer Umlagesätze stärker belastet werden als die Gemeinden des Landkreises Eichstätt.

5) Spezielle Zuweisungen der außerordentlichen Rechnung

Die vom Land nach Maßgabe der Bewilligung im Staatshaushalt gewährten Zuweisungen zum Bau von lebenswichtigen öffentlichen Einrichtungen² kommen nur jenen Gemeinden zugute, die bereit und in der Lage sind, die geforderten Voraussetzungen zu erfüllen. Zuweisungen (Beihilfen) werden nur zugestanden, wenn die antrag-stellende Gemeinde ihre eigene Steuerkraft angemessen³ ausge-schöpft hat und die Finanzierung des über die Beihilfe hinaus-gehenden Betrags gesichert ist.⁴ Der Restbetrag kann aber von

¹ H a c k e r, Horst, Die Mehr- oder Minderbelastung bei der Kreisumlage, in: Die öffentliche Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, 1953, Jg. 6, S. 744.

² Vgl. Art. 10 und Art. 13 Abs. 6 FAG 1957.

³ Als Anhaltspunkt gelten für die Realsteuern folgende Mindest-hebesätze (vgl. "Die Fundstelle", Jg. 10, 1957, S. 331):

Gemeindegröße	GrSt A	GrSt B	GewSt
Gemeinden bis zu 2000 Einw.	150 v.H.	160 v.H.	230 v.H.
Gemeinden bis zu 5000 Einw.	150 v.H.	170 v.H.	250 v.H.

⁴ Für die finanzielle Förderung kommunaler Straßen- und Brückenbauvorhaben beträgt die Höchstgrenze grundsätzlich 25.v.H. der beihilfefähigen Kosten (vgl. "Die Fundstelle", a.a.O., S. 332).

finanzschwachen Gemeinden oft nicht aufgebracht werden, da ordentliche Mittel zur Bedienung des außerordentlichen Haushalts nicht zur Verfügung stehen und (weitere) Darlehensaufnahmen wegen mangelnder Fähigkeit, den Schuldendienst zu leisten, nicht (mehr) in Frage kommen. Die Folge ist, daß viele finanzschwache Gemeinden die gebotenen Möglichkeiten gar nicht ausnutzen können.

In Tabelle 29 sind die speziellen Zuweisungen der außerordentlichen Rechnung in absoluten Beträgen¹ für die einzelnen Rechnungsjahre zusammengestellt. Beihilfen für den Schulhaus- und Wasserleitungsbau konnten nur insoweit berücksichtigt werden, als sie in den Haushalten der Gemeinden erscheinen. Eine Aufgliederung der Beihilfen an Schul- bzw. Wasserwirtschaftsverbände konnte mangels Unterlagen nicht erfolgen.

Tabelle 29 zeigt, daß in beiden Landkreisen die Agrargemeinden mit Ausnahme der finanzstarken Gemeinden weniger auf Beihilfen zurückgegriffen haben als Gewerbegemeinden. Das mag eine Folge der oben angedeuteten geringeren Finanzstärke im Vergleich zu den gewerblichen Gemeinden sein, aber auch auf die Scheu der Gemeinderäte, insbesondere in den Agrargemeinden, vor dem "Schuldenmachen" zurückzuführen sein.

6) Einnahmen aus Darlehensaufnahme²

Der kommunale Investitionsbedarf, der durch Bevölkerungswachstum, technischen Fortschritt und hygienische Erfordernisse, aber auch durch gestiegene Lebensansprüche der Bevölkerung bedingt ist, konnte z.T. nur durch Schuldaufnahme beschafft werden.

Bei jeder Inanspruchnahme von Kredit durch eine Gemeinde "kommt es darauf an, daß sich die Kreditaufnahme in wirtschaftlich tragbaren Grenzen hält"³. Für kommunale Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen bildet so die Ertragsfähigkeit der Unternehmen eine natürliche Grenze für die Aufnahme von Krediten. Die Schwierigkeit beginnt, wenn die Gemeinde gezwungen ist,

¹Eine Beziehung der absoluten Beträge auf den Einwohner wäre ohne Aussagewert.

²S. auch bei "Verschuldung der Gemeinden auf S. 115.

³B a r o c k a, Egon, a.a.O., S. 22.

Kredite für nicht werbende Zwecke aufzunehmen, etwa den Bau von Straßen, Schulen und sonstigen öffentlichen Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die zum Verbrauchsvermögen gehören. Diesen Investitionen stehen keine unmittelbaren Erträge gegenüber, so daß der Schuldendienst aus allgemeinen Deckungsmitteln bestritten werden muß. Die Erfüllung der genannten öffentlichen Aufgaben liegt aber zweifelsfrei im Interesse der Allgemeinheit und ihre Durchführung stellt die Voraussetzung für ein gesundes Gemeinschaftsleben dar.¹

In Tabelle 29 sind die absoluten Beträge² der aufgenommenen Kredite während des Untersuchungszeitraums zusammengestellt. Dabei sind nur jene Einnahmen aus Kreditaufnahmen enthalten, die über den Gemeindehaushalt gelaufen sind. Die aufgenommenen Kredite fanden in erster Linie für den Bau von Straßen, Wegen und für sonstige Tiefbauten Verwendung. Insbesondere läßt sich das für die Agrargemeinden des Landkreises Eichstätt feststellen, während die übrigen Gemeinden des Landkreises erhebliche Schulden für den Bau von Wohnungen und den Erwerb von Wohngrundstücken gemacht haben. Besonders umfangreiche Straßenbaumaßnahmen durch Aufnahme von Krediten hat die Gemeinde C₁IIa/B durchgeführt.

Auffallend für die Gemeinden beider Landkreise ist, daß die steuerschwächsten Gemeinden (A₂III/E, A₄III/E, A₃IIIa/B, A₃IIIb/B, A₄II/B) in der Berichtszeit überhaupt keine Darlehen aufgenommen haben, während den steuerstarken Gemeinden (A₂IIa/E, A₃III/E, B₁IIIb/E, B₂Ia/E, B₂Ib/E, C₁II/E, C₂I/E, C₁IIa/B, C₁IIb/B) erhebliche Mittel durch Kreditaufnahme zugeflossen sind. Dieses Ergebnis kann nicht allein auf Vorurteile gegenüber dem "Schuldenmachen" zurückgeführt werden. Die Möglichkeit, Darlehen aufzunehmen, hängt vielmehr von der Fähigkeit ab, den Schuldendienst aus ordentlichen Einnahmen zu bestreiten, ohne deswegen andere als dringlich erkannte Aufgaben vernachlässigen zu müssen.

¹Barocka, Egon, a.a.O., S. 23.

²Eine Beziehung der absoluten Beträge auf den Einwohner wäre ohne Aussagewert.

IV. Das Vermögen der ausgewählten Gemeinden

Den Gemeinden obliegt als Aufgabe des eigenen Wirkungskreises die Verwaltung und Bewirtschaftung ihres Vermögens. Vor etwa 100 Jahren bestand darin noch ihre Hauptaufgabe. Durch die freiwillige Übernahme neuer und die Übertragung von Aufgaben durch den Staat ist die Bedeutung des gemeindlichen Vermögens in den Hintergrund getreten. Trotzdem ist heute noch ein beachtlicher Teil des Volksvermögens "Eigentum der Gebietskörperschaften selbst oder von ihnen beherrschter Rechtsträger".¹

1) Gliederung des Gemeindevermögens

Die erste gesetzliche Empfehlung einer Vermögensgliederung brachte die Ausführungsanweisung vom 1.3.1939 zu den §§ 55 und 88 KuRVO (RMBI. IV, S. 441)². Danach wird zwischen dem Gemeindevermögen und dem Gemeindesondervermögen unterschieden. Das Gemeindevermögen wird in Anlehnung an den Haushaltskontenplan wie folgt eingeteilt:³

- a) Verwaltungsvermögen, das alle Vermögensgegenstände umfaßt, die der Funktion der Verwaltung im engeren Sinne (Einzelplan 0 - 7) zu dienen bestimmt sind wie Verwaltungsgebäude, Schulen, Wohlfahrtseinrichtungen, Straßen, Plätze, Betriebsanlagen (Feuerlöschwesen, Friedhöfe, Badeanstalten) usw.;
- b) Betriebsvermögen, zu dem die wirtschaftlichen Unternehmen nach Einzelplan 8 gehören, also alle Eigenbetriebe, Eigengesellschaften, Beteiligungen an Versorgungs-, Verkehrs-, Industrie- und Gewerbeunternehmen, die mit ihrem Gewinn und sonstigen Ablieferungen als allgemeine Deckungsmittel über den Einzelplan 8 laufen;
- c) Allgemeines Kapital- und Grundvermögen, das sich zusammensetzt aus dem Allgemeinen Kapitalvermögen (Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen, Darlehensforderungen an Gebietskörperschaften, Zweckverbände, Eigengesellschaften, Wertpapiere usw.) und dem Allgemeinen Grundvermögen (bebaute, in Bau befindliche und unbebaute Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Inventar und Vorräte, Beteiligungen an Bauvereinen, Siedlungs- und Grundstücksver-

¹Terhalle, Fritz, a.a.O., S. 97.

²Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden v. 2.11.1938 (RGBl. I S. 1583). Vgl. auch Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden mit 3000 und weniger Einwohnern v. 28.3.1957 (GVBl. S. 53).

³Siehe KIRSTEN, Karl, Gemeinde-Financen, Siegburg 1954, S. 85 f.

waltungsgesellschaften)¹;

- d) **R ü c k l a g e v e r m ö g e n**, das die allgemeinen (Betriebsmittel- und allgemeine Ausgleichsrücklage) und die besonderen Rücklagen (Tilgungs-, Bürgschaftssicherungs-, Erneuerungs-, Erweiterungs- und Sonderrücklagen für bestimmte Zwecke) umfaßt, deren Bildung in der Rücklagenverordnung² gefordert und empfohlen wird oder sich aus dem Bedürfnis der Praxis ergibt.³

Unter **G e m e i n d e s o n d e r v e r m ö g e n** fällt das Gemeindegliedervermögen, das zwar in der Verwaltung der Gemeinde steht, aber durch Nutzungsrechte Dritter (Allmende) belastet ist und das Gemeindestiftungsvermögen, wozu alle im Eigentum der Gemeinde stehenden Vermögensgegenstände rechtlich unselbständiger Stiftungen zählen.

2) Bewertung des Gemeindevermögens

Die Haushaltsrechnung läßt nur einen Schluß zu, "ob die Verwaltung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der ihr in Haushaltssatzung und Haushaltsplan erteilten Ermächtigung und auferlegten Verpflichtung"⁴ verfahren ist, nicht aber, welche Wirkungen die Haushaltswirtschaft auf das Gemeindevermögen gehabt hat. Da das Ergebnis der Rechnung aber erst zutreffend beurteilt werden kann, wenn aus ihm ersichtlich wird, ob nicht etwa durch Verminderung des Vermögens der Haushalt ausgeglichen oder ein Überschuß erzielt worden ist, muß die Rechnungslegung auch eine Vermögensrechnung einschließen, die Bestand und Veränderungen des Vermögens nachweist.

Das setzt eine sinnvolle Bewertung⁵ des Gemeindevermögens voraus, sollen die Vermögensobjekte nicht nur katalogmäßig ohne Wertangabe aufgezählt werden. Während das Betriebs- und allge-

¹Vgl. **E i e r d a n z**, Karl, Das Haushaltsrecht, Stuttgart 1940, S. 103.

²Rücklagenverordnung v. 5.5.1936 (RGBl. I S. 345).

³Vgl. **H e t t l a g e**, Karl Maria, Das gemeindliche Kapitalvermögen (Allgemeines Kapitalvermögen, Rücklagen, Stiftungen), in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959, S. 165 f.

⁴**K i r s t e n**, Karl, a.a.O., S. 93.

⁵Die Problematik der Bewertung des Vermögens der Gebietskörperschaften wird in der Finanzwissenschaft recht stiefmütterlich behandelt. Im Handbuch der Finanzwissenschaft (2.Aufl., Bd.1, 1950, S. 44 f. u. S. 202 f.) wie auch bei **T e r h a l l e** (a.a.O., S. 97) findet sich zwar eine eingehende Darstellung der öffentlichen Unternehmen und ihrer Erträge, aber Bewertungsfragen werden nicht behandelt.

meine Kapital- und Grundvermögen ohne Schwierigkeiten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden kann, ergeben sich für den Bereich des Verwaltungsvermögens Schwierigkeiten auf Grund des Mangels an geeigneten und einheitlichen Bewertungsmaßstäben.¹ M a r d e r² ist grundsätzlich für die Anschaffungswerte als Bewertungsmaßstab für alle Vermögensgegenstände einschließlich der Sachen im Gemeingebrauch. Seine Auffassung fand gesetzlichen Niederschlag in der Ausführungsanweisung zu § 55 KurVO. Damit sind weitgehend die Nachteile ausgeschaltet, die mit der Anwendung anderer Bewertungsmaßstäbe (z.B. Verkehrswerte, Einheitswerte) verbunden wären.³

Der Versuch einzelner Gemeinden, ihre gesamte Haushalts- und Vermögenswirtschaft als doppelte Buchführung mit einem Jahresabschluß in Form einer Bilanz neben einer Gewinn- und Verlustrechnung zu führen, hat keine befriedigenden Ergebnisse gezeitigt.⁴ Da für die Gemeinden die kameralistische Buchführung verpflichtend ist, kommt für sie nur eine Vermögensrechnung im Verbund oder im Anschluß an die Haushaltsbuchführung in Betracht. "Auf absehbare Zeit scheint die bisherige Entwicklung der gemeindlichen Vermögenswirtschaft noch nicht reif zu sein für eine vervollkommnete, wenn auch schwierigere Form der Vermögensbuchführung. Ein späterer Fortschritt auf diesem Wege ist aber durchaus möglich und sollte im Auge behalten werden."⁵

¹ Die Leitsätze der Vereinigung der Finanzdezernenten der größeren deutschen Städte vom 28.6.1930 (abgedr. bei Marder, Karl, Das Gemeindevermögen, Stuttgart 1936, S. 50 f.) sehen grundsätzlich eine Bewertung des Gemeindevermögens vor, empfehlen aber verschiedene Bewertungsmaßstäbe: in der Hauptsache den gemeinen Wert, für den land- und forstwirtschaftlichen Besitz die steuerlichen Einheitswerte, für bebaute Grundstücke die Ertrags-, aber auch Feuerversicherungswerte. Sachen im Gemeingebrauch (Straßen, Plätze, Brücken usw.) sollen nicht bewertet werden.

² M a r d e r, Karl, a.a.O., S. 31 f.

³ Vgl. D u h m e r, Wilhelm, Das öffentliche Vermögen in Deutschland und seine Bewirtschaftung, Göttingen 1952, S. 75 f.

⁴ Über die Möglichkeiten und Formen einer Vermögensbuchführung vgl. W i n k e l m a n n, Hans, Kameralistische und kaufmännische Rechnungslegung in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben, Berlin 1950.

⁵ D u h m e r, Wilhelm, Das aktive Gemeindevermögen im allgemeinen, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959, S. 90.

3) Das Vermögen der Untersuchungsgemeinden

Bis zum Erlaß der HKRV vom 28.3.1957 bestand für die bayrischen Gemeinden mit 3000 und weniger Einwohner keine gesetzliche Verpflichtung zu einer Vermögensrechnung.¹ Die HKRV bedeutet zwar einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zu einer geordneten Vermögenswirtschaft, erlaubt aber keinen interlokalen Vergleich für alle Vermögensarten mangels einheitlicher Bewertungsmaßstäbe.² "Gegenwärtig läßt sich nur jener Teil des Vermögens erfassen, der in Geldwerten sowie in Wirtschaftsbetrieben gebunden ist."³

Da für diese an sich vergleichbaren Vermögensarten für unsere Untersuchungsgemeinden nur lückenhaftes Material zur Verfügung steht, kann keine nähere Aufstellung erfolgen. Hervorgehoben sei, daß die Gemeinde A₄III/E am Ende des Rechnungsjahres 1957 (31.3.) Spareinlagen in Höhe von 25 306 DM aufwies. Alle anderen Gemeinden hatten keine nennenswerten "Kapitalien" (Wertpapiere, Spareinlagen, Beteiligungen usw.). Die Höhe des Rücklagevermögens schwankte in den einzelnen Rechnungsjahren außerordentlich, da es sich bei den Untersuchungsgemeinden in erster Linie um spezielle Rücklagen handelt, die für bestimmte Zwecke gebildet werden und nach Ausführung des Zweckes wieder verschwinden. Lediglich die Gemeinden B₂IIIa/E⁴ (66 041 DM), C₁II/E (46 662 DM), C₂I/E (10 239 DM) und C₁IIa/B (16 799 DM) weisen am Ende des Rechnungsjahres 1957 größere Beträge der allgemeinen Ausgleichsrücklage auf. Auffallend ist, daß überwiegend finanzstarke Gemeinden hohe Beträge an Kapitalien und Rücklagen verzeichnen.

¹S. Anm. 3 auf S. 40.

²Es kann z.B. ein Gebäude mit den steuerlichen Einheitswerten, der Brandversicherungssumme oder den tatsächlichen Gestehungskosten angesetzt werden.

³W i r n s h o f e r, Josef, Entwicklung und Struktur der kommunalen Finanzwirtschaft in Bayern, Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 190, 1953, S. 42.

⁴Der Ausgabebedarf der relativ finanzschwachen Gemeinde liegt infolge äußerst günstiger Umstände besonders niedrig.

Bedeutendes Grundvermögen haben die Gemeinden B₂Ia/E (232 832 DM)¹ und B₂IIIb/E (104 320 DM)².

Von großer Bedeutung ist in vielen Untersuchungsgemeinden der kommunale Waldbesitz. Ein interlokaler Vergleich ist aber wegen unterschiedlicher Bewertungsmaßstäbe (steuerliche Einheitswerte, Verkehrswerte) oder infolge Fehlens von Wertangaben nicht möglich. Übersicht 22 veranschaulicht den Umfang kommunalen Waldbesitzes und die Erträge, die er an die Haushalte der Untersuchungsgemeinden abgibt. Es muß aber beachtet werden, daß die Hektarwerte nur eine bedingte Aussage zulassen, da der Ertrag nicht nur von der flächenmäßigen Ausdehnung, sondern auch von Zusammensetzung, Alter und Bewirtschaftung des Bestandes abhängt.

Die übrigen Vermögensobjekte konnten mangels geeigneter bzw. vergleichbarer Bewertungsmaßstäbe nicht dargestellt werden.

Übersicht 22: Fläche und Ertrag der kommunalen Waldungen³
Kichstätt

Grundtyp	Gemeindetyp	Waldbesitz in ha	Anteil der Gemeinde am Ertrag in v.H.
A ₂	IIa	13,0	100
	IIb	50,7	100
	III	-	-
A ₃	IIa	1,9	100
	IIb	4,5	100
	III	49,0	100
A ₄	IIa	57,4	0
	IIb	41,0	10
	III	96,5	100
B ₁	II	-	-
	IIIa	-	-
	IIIb	68,3	100
B ₂	Ia	-	-
	Ib	51,0	0
	II	7,2	100
	IIIa	-	-
C ₁	IIIb	24,8	100
	II	118,6	100
C ₂	I	88,0	0
	II	141,0	100

¹ Dieser Betrag stellt eine Zusammenfassung von Steuereinheitswerten, Anschaffungswerten und Brandversicherungssummen dar.

² Dieser Betrag ist mit der Brandversicherungssumme identisch.

³ Eigene Erhebung.

Beilngries

Grundtyp	Gemeindetyp	Waldbesitz in ha	Anteil der Gemeinde am Ertrag in v.H.
A ₃	II	-	-
	IIIa	-	-
	IIIb	5,3	0
A ₄	II	23,6	0
B ₁	II	2,0	0
C ₁	IIa	98,9	100
	IIb	.	

V. Die Verschuldung der ausgewählten Gemeinden

1) Allgemeine Bemerkungen

In der Privatwirtschaft muß die Verschuldung im Zusammenhang mit dem Vermögen gesehen werden, sollen daraus Schlüsse gezogen werden. Dieser Zusammenhang besteht bei der gemeindlichen (wie der öffentlichen Verschuldung überhaupt) nicht, da die Sicherheit für die öffentliche Verschuldung letztlich nicht Vermögenswerte bilden¹, die Sicherheit vielmehr in der Fähigkeit der öffentlichen Körperschaft besteht, den Schuldendienst zu leisten, also von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit abhängt.

Wo die Verschuldungsgrenze bei der einzelnen Gemeinde liegt, kann nicht verbindlich angegeben werden, "da der Grad der tragbaren Verschuldung je nach der Struktur der kommunalen Körperschaft außerordentlich verschieden ist".² Versuche, Bezugsgrößen für die Kennzeichnung der Verschuldungsgrenze zu finden, sind genug vorhanden. Aber alle Bezugsgrößen (wie z.B. das gesamte oder nur das Realsteueraufkommen, die gesamten Einnahmen, die allgemeinen Deckungsmittel, die Steuerkraft, die Finanzkraft, der gesamte Ausgabebedarf, die Wohnbevölkerung usw.)³ sind für sich allein nicht als Kriterium geeignet, wo weitere Schuldaufnahmen die Verschuldungsgrenze überschreiten. Sie können nur Anhaltspunkte geben.

¹ Das gemeindliche Vermögen dient vornehmlich kommunalen Aufgaben und kann daher nicht ohne weiteres veräußert werden.

² B a r o c k a, Egon, a.a.O., S. 317.

³ Näheres s. bei B a r o c k a, Egon, a.a.O., S. 317 f.

In Tabelle 30 sind die Schulden je Einwohner dargestellt. Diese Bezugsgröße sagt nichts aus über die Qualität der Schulden, insbesondere über die Laufzeit, die Zinshöhe und den Verwendungszweck der aufgenommenen Schuldbeträge.¹ Auch kann aus ihr kein Schluß auf die Schuldenlast einer Gemeinde gezogen werden; denn eine finanzstarke Gemeinde ist in der Lage, einen höheren Schuldendienst zu leisten und kann sich deshalb pro Einwohner stärker verschulden als eine finanzschwache Gemeinde, auch wenn beide Gemeinden derselben Größenklasse und demselben Typ angehören. Trotzdem ist die Verschuldung je Einwohner eine anschauliche und handliche Bezugsgröße, die sich mit der genannten Einschränkung für interlokale und intertemporäre Vergleiche der Verschuldung eignet.²

2) Verschuldung der Untersuchungsgemeinden

Tabelle 30 zeigt, daß die Verschuldung je Einwohner bei steuer- bzw. finanzstarken Gemeinden (A_2IIa/E , B_2Ia/E , B_2Ib/E , C_1II/E , C_2I/E , C_2II/E , A_3II/B , C_1IIa/B , C_1IIb/B) höher liegt als bei steuer- bzw. finanzschwachen Gemeinden (A_2III/E , A_4IIa/E , B_1IIIa/E , A_3IIIa/B , A_3IIIb/B , A_4II/B , B_1II/B).

Weiter ist festzustellen, daß die Kredite überwiegend für unrentierliche Zwecke aufgenommen worden sind mit der Folge, daß in die Haushalte dieser Gemeinden relativ konstante Ausgabe-posten für den Schuldendienst eingesetzt werden müssen. So mußte die Gemeinde A_2IIa/E für das Rechnungsjahr 1957 bei einem Schuldenstand von 82,2 DM pro Kopf 14,5 DM je Einwohner (das sind 16,8 v.H. ihrer allgemeinen Deckungsmittel) für Schuldendienst aufbringen. Die Gemeinde A_3IIb/E leistete bei einem Schuldenstand von 175,6 DM pro Kopf (über das Doppelte des Schuldenstandes der Gemeinde A_2IIa/E) nur 9,1 DM (das sind nur 11,6 v.H. ihrer allgemeinen Deckungsmittel) für den Schuldendienst. Die beiden Beispiele³ machen klar, daß nicht ohne weiteres von dem Schulden-

¹Vgl. Terhalle, Fritz, a.a.O., S. 257 f.

²Vgl. Barocka, Egon, a.a.O., S. 327.

³Eine Zusammenstellung für alle Untersuchungsgemeinden war wegen fehlenden Materials nicht möglich.

stand je Kopf auf die Höhe des zu leistenden Schuldendienstes oder gar auf den Anteil des Schuldendienstes an den allgemeinen Deckungsmitteln geschlossen werden kann.

Ein Vergleich der Schulden pro Kopf mit dem Landesdurchschnitt der kreisangehörigen Gemeinden (86,0 DM je Einwohner am 31.3.1958) zeigt, daß von den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt 6 Gemeinden, von den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries eine Gemeinde über dem Landesdurchschnitt liegt.

In der Berichtszeit hat die Verschuldung pro Kopf geringfügig zugenommen (s. Tab. 30).

E. Zusammenfassung der Ergebnisse
=====
der finanzwirtschaftlichen Analyse
=====
und Schlußfolgerungen
=====

I. Zusammenfassung der Ergebnisse der finanzwirtschaftlichen Analyse

1) Ausgaben

Aus Übersicht 23 wird das Gewicht der einzelnen Ausgabenpositionen an den gesamten Ausgaben deutlich. Unterziehen wir die Ausgaben der ordentlichen Rechnung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Grundtypen einer näheren Analyse, so können wir ein Überwiegen der Ausgaben für allgemeine Verwaltung einschl. Finanz- und Steuerverwaltung über alle anderen Ausgabenpositionen bei beiden Landkreisen feststellen. Lediglich bei den Grundtypen A₄/E bzw. A₄/B dominieren die Ausgaben der Einzelpläne 8 und 7 bzw. 6. In der Größenordnung des Anteils folgen den Ausgaben für allgemeine Verwaltung einschl. Finanz- und Steuerverwaltung (26 v.H.; 31 v.H.)¹ bei den einzelnen Grundtypen in beiden

¹ Die erste in der Klammer stehende Zahl gibt den Prozentanteil der Ausgaben des jeweiligen Einzelplans im Durchschnitt aller Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt wieder, die zweite den des Durchschnitts aller Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries.

Übersicht 23: Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne 0 bis 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 und für das Rechnungsjahr 1952 nach Gemeinde- und Grundtypen in DM je Einwohner und in v.H. der gesamten Ausgaben

Typ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	90	92/94	0-9	0-9	0-9	0-9	0-9							
Gem.-	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	n. gem.-T	n. gem.-T	n. gem.-T	n. gem.-T							
A ₁	406	47	0	44,3	2,3	17	3	0	2,0	3	13,5	22	10,8	17	4,5	2	1,1	5	6,5	40	62,8		
A ₂	17	18	0	58	42	0	2	0	19	4	104	22	70	15	39	20	18	4	17	4	481		
A ₃	24	0	0	40,5	29	0,6	2	0	21	6	2,5	2	74	20	1,5	4	27	0	0,3	1	3,4		
A ₄	25	0	0	37	25	21	7	0	21	7	24	9	51	15	0,6	2	22	7	10	3	32,0		
A ₅	12	0	0	9,5	26	0,2	0	0	18	5	67	18	54	17	0,6	2	37	1	2,3	0	3,67		
A ₆	72	0	0	14,0	22	4,3	2	0	0	2	4	0	45,3	27	4,6	8	2,6	5	49	10	53,7		
A ₇	95	42	0	6,8	9	1,2	2	0	0	2,6	3	50	6	9,5	23	3,9	40	5	0,7	1	7,85		
A ₈	83	20	0	5,6	14	19	2	0	2	2,8	7	19	5	9,5	23	5,7	14	2,3	5	2,2	5	7,2	
A ₉	41	0	1	4,0	11	0	1	0	2,2	3	38	11	4,60	18	2,6	34	2	3,5	4	6	8,11		
B ₁	12	35	0	5,6	15	0	8	1	4	19	5	57	16	0,7	1	2	3,5	2	0,8	2	3,72		
B ₂	12	0	0	6,4	20	0	2	1	0	3,2	10	40	12	4,4	1,8	6	2,2	7	0,8	2	3,92		
B ₃	106	25	0	4,3	10	4	1	3	8	24	6	16	4	5,6	13	4	10	2,2	7	52	12	4,2	
B ₄	140	15	18	2	37	40	4,3	5	0	2,3	3	24,5	27	4,6	1,6	5	8	4	0	5	9,2		
B ₅	151	24	0	37	42	24	4	4	20	3	67	10	7,3	41	0	7	1	4	6	8	9,2		
B ₆	144	24	0	4	10	17	0	0	10	2	58	9	11,2	49	3,5	6	5	1	4	6	6,5		
B ₇	32	33	0	6,8	27	0	1	0	4	13	6	40	16	27	12	-	1	19	3	2,3	4,3	5,3	
B ₈	47	0	0	6,4	11	0	1	0	10	2	10,8	18	44	8	9	5	1	19	3	2,3	4,3	5,3	
B ₉	26	0	1	5,1	9	0	2	0	1	4,6	4	9	16	8,1	4,6	4	8	4	4	8	5,51		
C ₁	106	22	0	6,3	16	13	0	1	4,3	3	57	18	60	13	5,2	11	2,6	5	9	13	4,80		
C ₂	128	16	25	3	10,2	13	0	1	3	4	4	7,3	14	9,8	13	13	1,44	21	3,7	5	7,88		
D ₁	103	19	0	80	15	12	2	1	2	20	4	7,3	14	9,8	13	13	1,44	21	3,7	5	7,88		
D ₂	80	16	0	39	13	2,5	5	0	1	4,5	3	13,7	2,5	5,5	11	6,2	12	3,8	6	50	3	5,09	
D ₃	84	21	0	6,3	16	13	0	1	4,3	3	13,7	2,5	5,5	11	6,2	12	3,8	6	50	3	5,09		
D ₄	62	20	0	6,1	20	13	4	0	1	4,3	4	14	3,4	8	8,1	2	3,7	7	2,3	6	3,91		
D ₅	68	20	0	4	12	0,4	1	0	1	3	10,4	3,1	5,2	9	5	17	1	5	0,7	2	3,43		
D ₆	62	28	0	57	26	0,5	2	0	0	31	14	1,2	5	18	0,2	1	1	5	0,2	1	2,3		
D ₇	143	20	0	6,7	11	47	3	0	1	30	5	15,6	24	9,4	14	6	8,3	13	1,9	5	6,63		
D ₈	140	24	0	6,7	10	0,4	1	0	2	30	5	81	13	7,4	12	12	1	14	18	40	7	6,37	
D ₉	91	21	0	6,5	15	12	3	0	1	20	5	9,1	21	5,7	13	30	7	44	9	1,9	4	4,93	
E ₁	94	19	0	10,2	21	11	2	0	1	20	4	8,8	18	8	47	4	3	21	4	2,8	6	4,91	
E ₂	72	17	0	9,8	23	12	3	0	1	16	4	4,5	11	8	21	20	1	5	3,6	6	2,7	6	4,91
E ₃	92	15	0	7,5	11	17	2	0	1	25	3	5,6	8	14,6	21	22,0	3,2	2,8	4	2,8	4	4,91	
E ₄	105	28	0	5,4	14	0	2	1	3	2,5	7	3,6	10	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91	
E ₅	103	20	0	8,0	13	1,6	3	0	3	10,3	17	8	14	1,8	5	3	2,8	4	2,7	7	4,91		
E ₆	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
E ₇	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
E ₈	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
E ₉	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₁	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₂	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₃	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₄	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₅	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₆	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₇	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₈	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
F ₉	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₁	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₂	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₃	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₄	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₅	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₆	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₇	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₈	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
G ₉	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₁	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₂	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₃	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₄	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₅	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₆	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₇	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₈	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
H ₉	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₁	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₂	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₃	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₄	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₅	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₆	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₇	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I ₈	103	26	0	5,1	9	0	2	1	2,6	4	9,1	16	8	14	2,2	6	2,8	4	2,7	7	4,91		
I																							

Landkreisen dicht auf die Ausgaben für öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (17 v.H.; 13 v.H.), für Schulen (14 v.H.; 15 v.H.), für Bau- und Wohnungswesen (13 v.H.; 20 v.H.), für wirtschaftliche Unternehmen (13 v.H.; 8 v.H.), für allgemeines Kapital- und Grundvermögen (8 v.H.; 4 v.H.), für Gesundheits- und Jugendpflege (4 v.H.; 5 v.H.), für Kultur (2 v.H.; 2 v.H.), für Fürsorge- und Jugendhilfe (2 v.H.; 1 v.H.) und für öffentliche Sicherheit und Ordnung (1 v.H.; 1 v.H.). Die geringen Unterschiede in der Höhe der Anteile der einzelnen Ausgabearten in beiden Landkreisen lassen eine gewisse G l e i c h a r t i g - k e i t d e r A u s g a b e n s t r u k t u r erkennen, obwohl die Prokopfbeträge bei den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries niedriger liegen als bei denen des Landkreises Eichstätt. Es muß aber mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Ausgabestruktur einer einzelnen Gemeinde wesentlich von der durchschnittlichen Ausgabestruktur aller Untersuchungsgemeinden eines Kreises abweichen kann (s. Übersicht 23). Das liegt daran, daß jede Gemeinde trotz Einordnung in ein detailliertes Typisierungssystem eine Individualität bleibt, die in der Ausgabestruktur der jeweiligen Gemeinde ihren Ausdruck findet.

Betrachten wir die Ausgaben der ordentlichen Rechnung der jeweiligen Einzelpläne nach G r u n d t y p e n in vertikaler Richtung, so lassen sich in der Höhe der Prokopfbeträge erhebliche Differenzen feststellen (s. Übersicht 23, Abb. 6 a). Nach Zusammenfassung der Ausgaben aller Einzelpläne weisen die Grundtypen A_4/E , B_2/E und C_1/B Spitzenwerte auf, die durch hohe Ausgaben für forstwirtschaftliche Unternehmen, für das allgemeine Kapital-, Grund- oder Rücklagevermögen oder für die allgemeine Verwaltung einschl. Finanz- und Steuerverwaltung entstehen (s. Abb. 6 a). Unterziehen wir die Gesamtausgaben ohne die Ausgaben des Einzelplans 8 und der Abschnitte 92, 93 und 94 des Einzelplans 9¹ einer näheren Untersuchung, so ist in beiden Land-

¹ Da die Ausgaben des Einzelplans 8 und der Abschnitte 92, 93 und 94 des Einzelplans 9 von den Wirtschafts- und Sozialverhältnissen einer Gemeinde wenig abhängig sind, gibt die Ausgabenhöhe nach Abzug dieser Posten die durch den Grund- und Gemeindetyp bestimmte Ausgabenstruktur wieder.

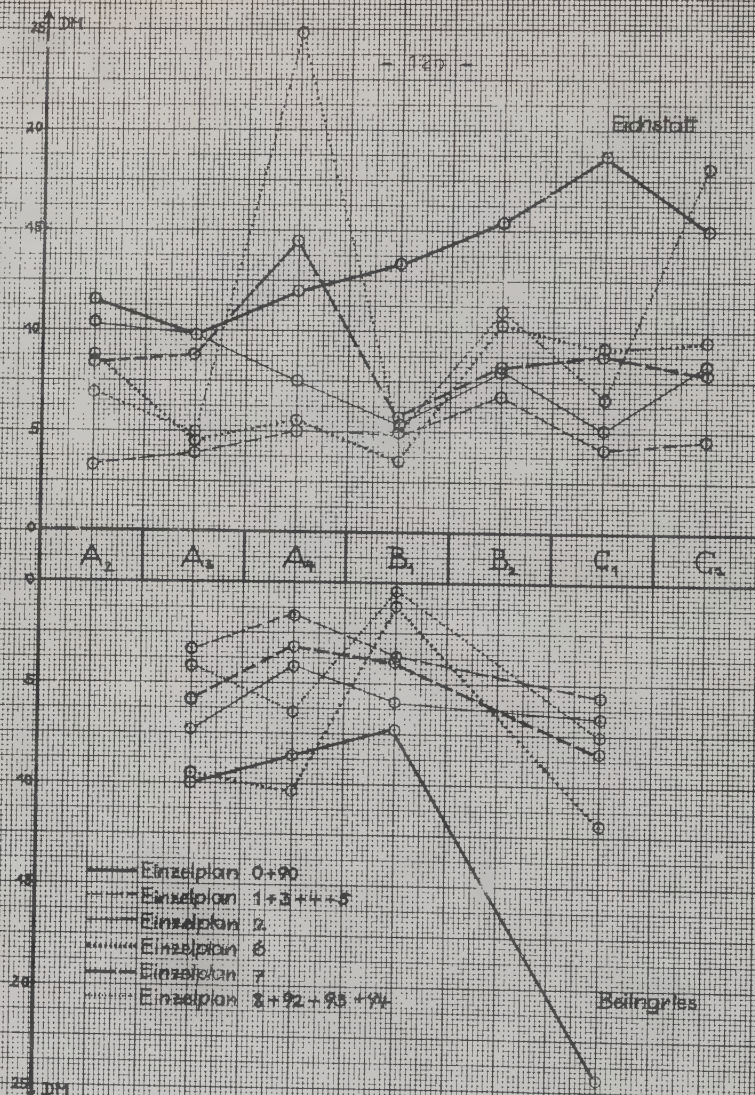


Abb. 6a: Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne 0 bis 9 in DM im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Grundtypen in DM je Einwohner

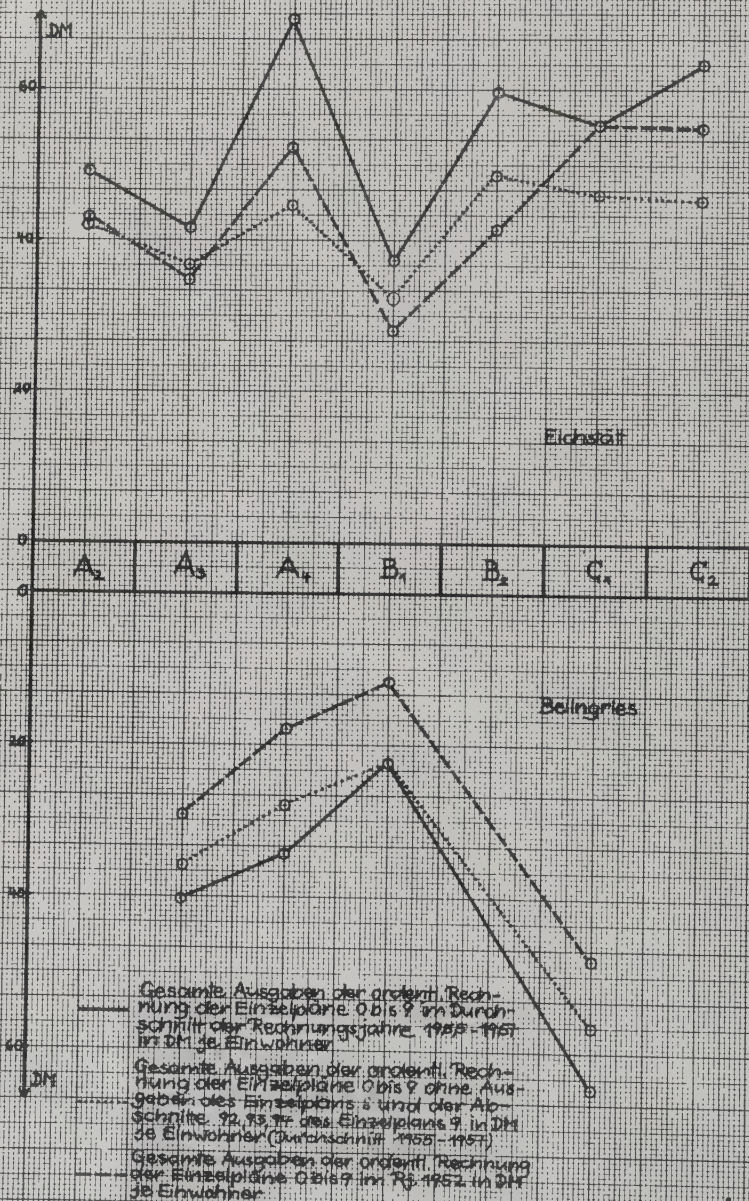
kreisen¹ eine verhältnismäßig starke Nivellierung des Bedarfs zu erkennen (s. Abb. 6 b). Es trifft also nicht zu, daß industriell durchgesetzte Gemeinden stärker belastet sind als Gemeinden, die landwirtschaftlich orientiert sind; denn die Anforderungen an die kommunale Verwaltung werden bei allgemein steigender Tendenz gleichförmiger, so daß eine Bedarfsangleichung nach oben stattfindet.²

Weit stärkere Unterschiede in der Höhe der Prokopfbeträge können wir bei Betrachtung der Ausgaben der ordentlichen Rechnung nach Gemeindetypen im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 feststellen. Ein deutliches Ausgabengefälle vom Typ I über II nach III (Eichstätt) bzw. vom Typ II nach III (Beilngries) läßt sich bei den Einzelplänen 0, 6, 7 und dem Abschnitt 90 des Einzelplans 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 feststellen (s. Übersicht 24 a, Abb. 7 a) Bei den Ausgaben aller anderen Einzelpläne tritt eine Degression nicht klar hervor. Das ist auch nicht zu erwarten, da die Höhe der Ausgaben dieser Einzelpläne weniger von den Wirtschafts- und Sozialverhältnissen einer Gemeinde abhängt als vielmehr von der Individualität der Gemeinde bestimmt ist. Bezeichnend ist auch, daß die Ausgabenstruktur nach Gemeindetypen wie bei den Grundtypen in beiden Landkreisen übereinstimmt, die durchschnittliche Ausgabenhöhe aber bei den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries niedriger liegt als bei den Gemeinden des Landkreises Eichstätt. Dieses Ergebnis tritt besonders augenfällig bei Betrachtung der gesamten Ausgaben aller Einzelpläne nach Gemeindetypen in Erscheinung (s. Übersicht 24 a, Abb. 7 b): Für die Untersuchungsge-

¹Der nach Abzug der Ausgaben des Einzelplans 8 und der Abschnitte 92, 93 und 94 des Einzelplans 9 noch relativ hohe Prokopfbetrag des Grundtyps C₁/B ist auf den Einfluß der Gemeindegröße (insbesondere der Ausgaben des Einzelplans 0 und des Abschnitts 92 des Einzelplans 9) zurückzuführen. Die Gemeinden C₁IIa/B und C₁IIb/B liegen nämlich beide über 2600 Einwohnern, während die größte Untersuchungsgemeinde im Landkreis Eichstätt (C₁II/E) nur 1300 Einwohner zählt.

²Vgl. H a c k e r, Horst, Neues vom kommunalen Finanzausgleich, in: Die öffentliche Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, Jg. 7, Heft 15, 1954, S. 450.

Abb. 6b: Gesamte Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne 0 bis 9 in Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 und für das Rechnungsjahr 1952 nach Grundtypen in DM je Einwohner



Übersicht 24: Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne
0 bis 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955-
1957 in DM je Einwohner

a) nach Gemeindetypen

Gemein-	0	1	2	3	4	5	6	7	8	90	92/94	0-9	Σ 0-9
I	13,2	9,6	7,8	2,4	5,1	1,9	13,3	9,3	3,5	4,2	6,2	67,5	6,1
II	10,5	0,4	8,1	1,1	0,3	2,2	7,0	9,2	7,4	3,2	3,8	53,2	4,8
III	8,6	0,3	8,1	0,9	0,5	1,9	5,2	8,0	6,0	2,2	6,1	47,8	4,3
Σ I-III	10,8	0,4	8,0	1,5	2,0	2,0	8,5	8,8	5,6	3,2	5,4	56,2	5,1
I	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II	9,9	0,4	6,6	1,1	0,5	2,1	9,6	5,9	4,3	5,2	1,7	47,3	4,3
III	7,3	0,0	6,2	1,2	0,1	1,6	7,8	6,0	-	2,3	2,3	34,8	3,1
Σ I-III	8,6	0,2	6,4	1,1	0,3	1,8	8,7	6,0	2,2	3,8	2,0	41,1	3,7

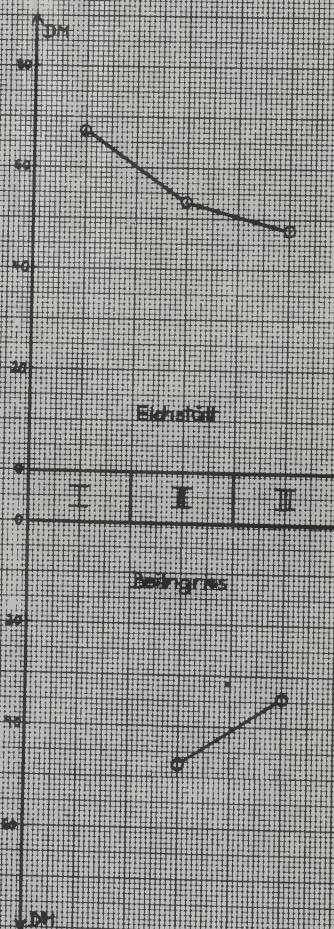
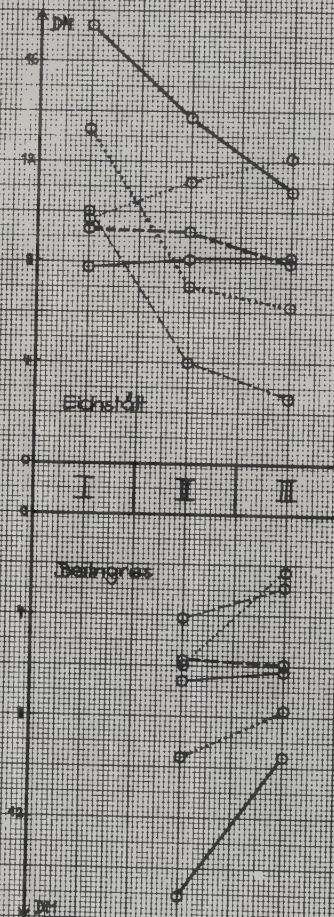
b) nach Gemeindegrößenklassen

Grt.kl.	0	1	2	3	4	5	6	7	8	90	92/94	0-9	Σ 0-9
1	11,2	0,5	9,6	1,8	2,0	2,0	8,8	11,3	9,1	3,5	4,3	64,1	5,8
2	8,4	0,1	7,0	0,8	0,6	1,8	5,8	6,8	3,6	2,3	5,5	42,7	3,9
3	13,1	1,0	7,0	0,8	0,4	2,6	8,1	8,2	7,1	3,9	5,1	57,3	5,2
Σ 1-3	10,9	0,5	7,9	1,1	1,0	2,1	7,6	8,8	6,6	3,2	5,0	54,7	5,0
1	7,7	0,1	6,8	1,4	0,1	1,5	12,1	3,9	4,0	2,4	1,5	41,5	3,8
2	6,2	0,0	6,0	0,9	0,0	2,2	1,9	6,4	0,1	1,6	1,3	26,6	2,4
3	14,2	0,9	6,7	1,1	1,2	2,5	11,8	8,4	4,6	10,2	2,9	64,5	5,9
Σ 1-3	9,4	0,3	6,5	1,1	0,4	2,1	8,6	6,2	2,9	4,7	1,9	44,2	4,0

Abb. 7: Ausraten der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne
0 - 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957
nach Gemeindetypen in DM je Einwohner

a) nach Einzelplänen
aufgegliedert

b) Zusammenfassung aller
Einzelpläne



- Einzelplan 0+9
- - - Einzelplan 1+5+7+8
- Einzelplan 2
- - - Einzelplan 6
- - - Einzelplan 7
- - - Einzelplan 8+9

— Einzelpläne 0-9

meinden des Landkreises Eichstätt liegt der durchschnittliche Prokopfbetrag bei 56,20 DM, für die Gemeinden des Landkreises Beilngries beträgt er 41,10 DM.

Die Entwicklung der gesamten Ausgaben der ordentlichen Rechnung beurteilen wir durch Vergleich der Gesamtausgaben im Rechnungsjahr 1952 mit dem Durchschnitt der Gesamtausgaben in den Rechnungsjahren 1955 - 1957. Es zeigt sich, daß von den 20 Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt 17 eine Ausgabensteigerung zu verzeichnen haben, während bei einer Gemeinde (C_1 II/E) die Ausgaben stagnieren und nur bei 2 Gemeinden (A_3 Ila/E bzw. A_4 I Ib/E) eine Abnahme festzustellen ist. Die Ausgaben senkung bei diesen Gemeinden ist durch geringere Ausgaben des Einzelplans 8 (Abschnitt forstwirtschaftliche Unternehmen) bzw. des Einzelplans 7 bedingt.

Sämtliche Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries weisen in der Berichtszeit eine Ausgabensteigerung auf (s. Übersicht 23). Nach Grundtypen können wir bei beiden Landkreisen eine Steigerung der gesamten Ausgaben (Stagnation bei C_1 /E) feststellen (s. Übersicht 23, Abb. 6 b).

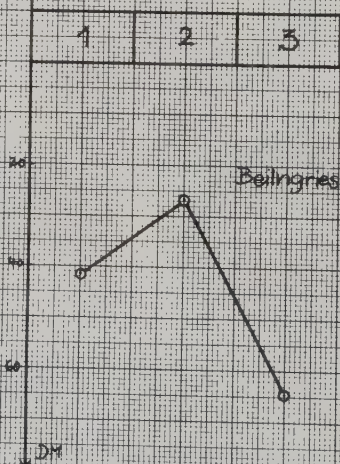
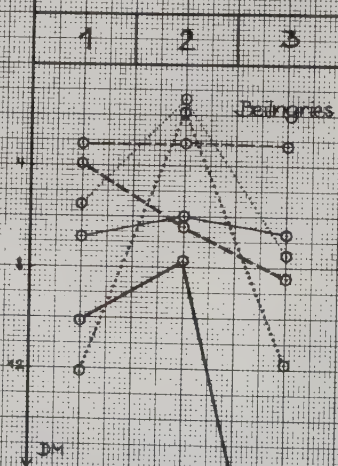
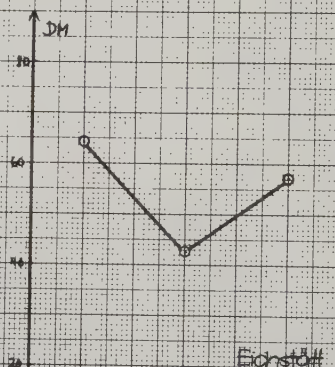
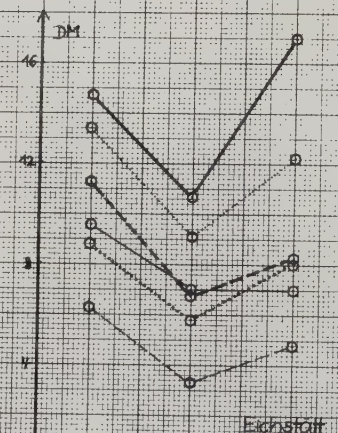
Nach Gemeindegroßenklassen weisen die Ausgaben der ordentlichen Rechnung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 in den Untersuchungsgemeinden beider Landkreise von 1 nach 2 eine Degression und von 2 nach 3 eine Progression auf (s. Übersicht 24 b und Abb. 8 a). Dieser parabelförmige Verlauf der Ausgaben ist bei fast allen Einzelplänen erkennbar und tritt besonders deutlich bei den Gesamtausgaben aller Einzelpläne nach Gemeindegroßenklassen auf (s. Übersicht 24 b und Abb. 8 b).

Es zeigt sich, daß die Ausgabenstruktur nach Größenklassen in den Untersuchungsgemeinden beider Landkreise dieselbe ist, wenn auch die Höhe der Prokopfbeträge in den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries niedriger liegt als im Landkreis Eichstätt. Es trifft also nicht zu, daß kleine Gemeinden (etwa bis 600 Einwohner) relativ geringer als größere Gemeinden (von etwa 500 - 1000 Einwohner) mit Ausgaben belastet sind, wenn auch erwähnt werden muß, daß die Ausgabenprogression

Abb. 8: Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne 0 + 9 in Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Gemeindegrößenklassen in DM je Einwohner

a) nach Einzelplänen aufgegliedert

b) Zusammenfassung aller Einzelpläne



— Einzelplan 0+9
 - - - Einzelplan 1+3+4+5
 Einzelplan 2
 Einzelplan 6
 — Einzelplan 7
 Einzelplan 8+92+93+94

— Einzelpläne 0-9

erst bei einer Gemeindegröße ab etwa 1000 Einwohner beginnt.¹

Zwischen der Höhe der Ausgaben der außerordentlichen Rechnung und dem Grundtyp, dem Gemeindetyp und der Gemeindegröße können bei der Komplexheit der Verhältnisse in den Untersuchungsgemeinden - von den bereits im einzelnen dargestellten Ergebnissen abgesehen - keine engeren Zusammenhänge im Hinblick auf die Wirtschafts- und Sozialverhältnisse einer Gemeinde festgestellt werden.

2) Einnahmen

Das Verhältnis der jeweiligen Einnahmearten zu den Gesamteinnahmen der ordentlichen Rechnung gibt das Gewicht jeder Einnahmeart wieder und bringt die Abhängigkeit einer Gemeinde von einer bestimmten Einnahmeart zum Ausdruck.

Die Bedeutung der Grundsteuer A (beurteilt in v.H. der Gesamteinnahmen oder in Prokopfbeträgen) nimmt bei den Grundtypen in vertikaler Richtung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 mit zunehmender Vergewerblichung ab, die Grundsteuer B nimmt geringfügig, die Gewerbesteuer dagegen stark zu (s. Übersicht 25, Abb. 9a). Die übrigen Gemeindesteuern einschl. steuerähnlicher Einnahmen fallen kaum ins Gewicht, während die Erwerbseinkünfte bei den Grundtypen A_4/E , C_1/E und C_2/E einen hohen Anteil an den gesamten Einnahmen ausmachen. Die Entgelteinnahmen und speziellen Zuweisungen der ordentlichen Rechnung haben nur geringe Bedeutung und fallen unabhängig vom Grund- oder Gemeindetyp etwa in gleichem Umfang an. Da die allgemeinen Finanzausweisungen (Schlüsselzuweisungen) nach der mangelnden Steuerkraft gewährt werden, weisen die steuerlich beengtesten Finanzwirtschaften die höchsten Anteile an Finanzausweisungen an den gesamten Einnahmen auf (s. Übersicht 25, insbesondere A_3/B , A_4/B).

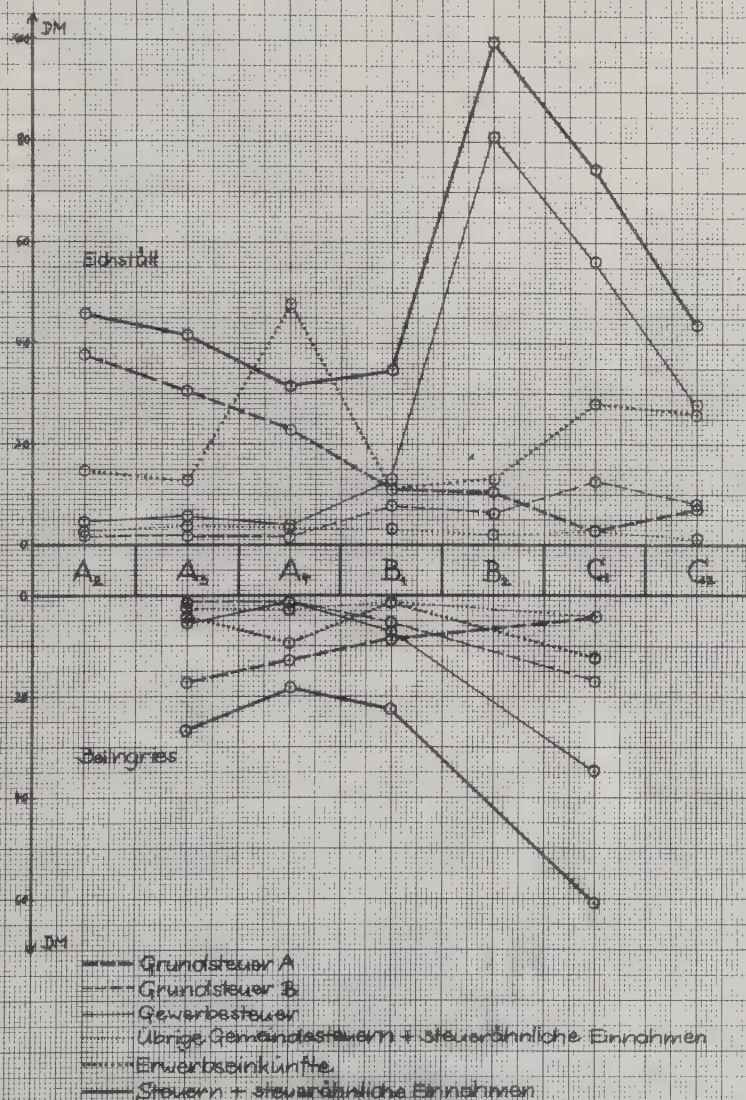
Das Verhältnis der Einnahmearten untereinander zeigt in horizontaler Richtung (beurteilt an den Prozentbeträgen) für die Grundtypen beider Landkreise annähernd dieselbe Struktur,

¹ Der parabelförmige Verlauf der Ausgaben nach Gemeindegrößenklassen wurde auch vom Bayer. Stat. Landesamt in einer Untersuchung über die Finanzwirtschaft kleiner Gemeinden festgestellt (vgl. W i r n s h o f e r, Josef, Die Finanzwirtschaft der kleinen Gemeinden in Bayern, in: Bayern in Zahlen, Jg. 1958, S. 234).

Rechnungsjahr 1952 nach Gemeinde- und Grundtypen in DM je Einwohner und in v. H. der gesamten Einnahmen

[illegible]

Abb. 9a: Einnahmen der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne
G - 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957
nach Grundtypen in DM je Einwohner



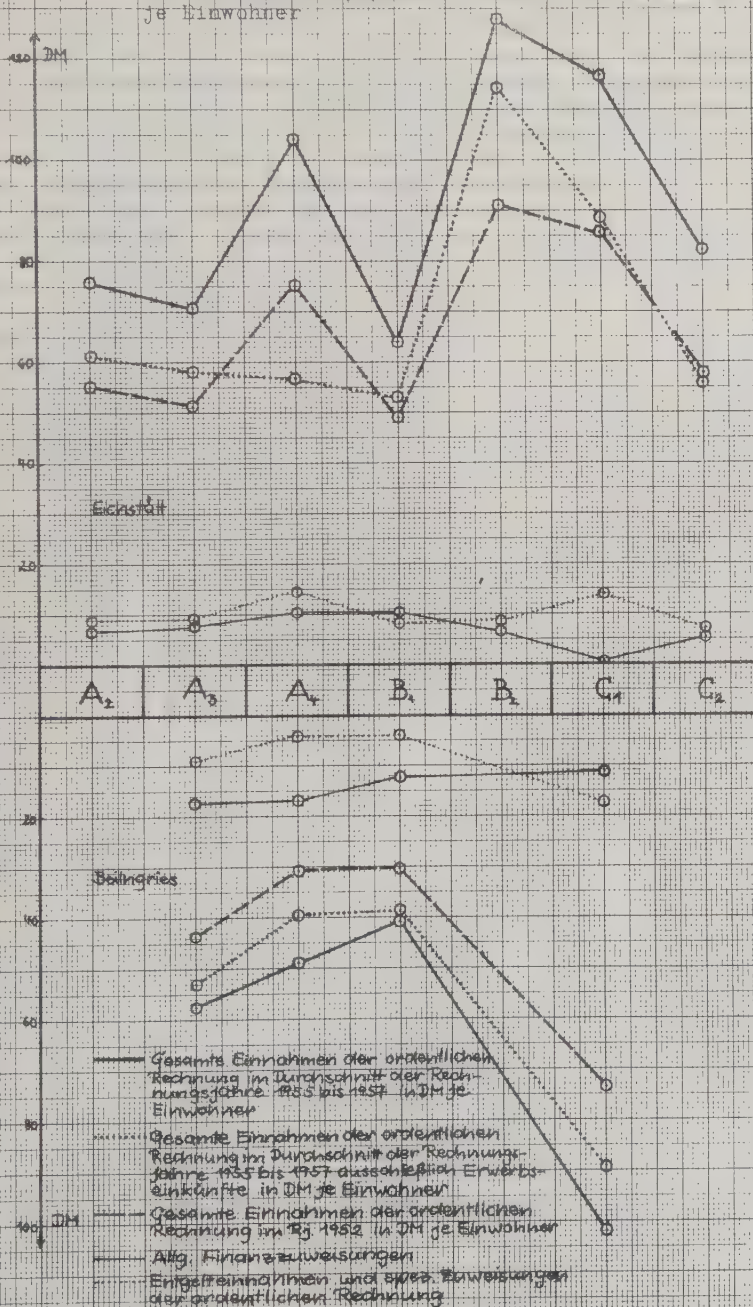
sieht man von einigen Besonderheiten bei den Erwerbseinkünften und den Finanzzuweisungen ab. Dagegen unterscheiden sich die Grundtypen in der Prokopfhöhe der einzelnen Einnahmearten in horizontaler Richtung wesentlich. Fast durchwegs (eine Ausnahme bilden die Finanzzuweisungen) liegen die Einnahmen aus den jeweiligen Einnahmearten bei den Grund- und Gemeindetypen des Landkreises Beilngries niedriger als bei den Typen des Landkreises Eichstätt (s. Übersicht 25, Abb. 9 a). Die den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Beilngries zufließenden höheren Finanzzuweisungen (insbesondere Schlüsselzuweisungen) können nicht die Mehreinnahmen vergleichbarer Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt aus anderen Einnahmearten kompensieren, nicht zuletzt deshalb, weil einige Gemeinden des Landkreises Eichstätt überdurchschnittlich hohe Erwerbseinkünfte beziehen.

Ein Vergleich der Gesamteinnahmen der Grundtypen in horizontaler Richtung läßt die geringere Finanzkraft der Grundtypen des Landkreises Beilngries gegenüber den Typen des Landkreises Eichstätt erkennen (s. Abb. 9 b). Dieses ungünstige Bild der Grundtypen des Landkreises Beilngries bleibt auch nach Abzug der Erwerbseinkünfte von den gesamten Einnahmen der ordentlichen Rechnung.

In vertikaler Richtung können wir bei den Gesamteinnahmen nach Abzug der Erwerbseinkünfte keine Nivellierung der Einnahmen feststellen. Von einer Stärkung ihrer Steuerkraft durch Erwerbseinkünfte abgesehen, zeigen die Grundtypen A_3 , A_4 und B_1 in beiden Landkreisen die beengtesten Finanzwirtschaften (s. Abb. 9 b), zieht man die relativ hohen Ausgaben dieser Grundtypen zum Vergleich heran (s. Abb. 6b). Dagegen verfügen die A_2 -, B_2 -, C_1 - und C_2 -Grundtypen für ihren Ausgabebedarf über entsprechende Einnahmen (s. Abb. 9 b).

Bei Betrachtung der Einnahmen der ordentlichen Rechnung nach Gemeindetypen im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 ist ein Einnahmegefälle vom Typ I über II nach III (Eichstätt) bzw. von II nach III (Beilngries) nur bei der Gewerbesteuer festzustellen (s. Übersicht 26). Es erklärt sich damit, daß Ge-

Abb. 9b: Gesamte Einnahmen der ordentlichen Rechnung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 und für das Rechnungsjahr 1952 nach Grundtypen in DM je Einwohner



werbebetriebe am häufigsten in Einpendler- und Arbeitswohngemeinden auftreten, in Wohngemeinden dagegen kaum. Das Gefälle der Grundsteuer A vom Typ II nach III ist darauf zurückzuführen, daß der Typ III in unserer Untersuchung häufig Gemeinden mit klein- oder kleinstbäuerlicher Struktur einschließt, deren Aufkommen aus der Grundsteuer A nur eine geringe Höhe erreicht. Das Ansteigen der Prokopfbeträge der Erwerbseinkünfte bei den Gemeindetypen des Landkreises Eichstätt ist wohl zufällig und nicht durch die Wirtschafts- und Sozialstruktur dieser Gemeinden bedingt. Dagegen ist das Ansteigen der Prokopf-Werte der Finanzzuweisungen von Typ I über II nach III bzw. von II nach III Ausdruck abnehmender Steuerkraft.

Aus Abb. 9 b wird die Entwicklung der Einnahmen der ordentlichen Rechnung während der Berichtszeit nach Grundtypen ersichtlich. Danach haben die Gesamteinnahmen in den B_2/E -, C_1/E -, C_2/E - und C_1/B -Grundtypen stärker zugenommen (nach Prokopfbeträgen beurteilt) als bei den übrigen Grundtypen (s. Übersicht 25). Die Entwicklung der gemeindlichen Einnahmen kommt am ehesten zum Ausdruck, wenn nicht die Gesamteinnahmen, sondern nur die Realsteuern, die das Rückgrat der Gemeindeeinnahmen bilden, und zwar zur besseren Vergleichbarkeit die Steuerkraftzahlen herangezogen werden (s. Übersicht 27).

Die Zuwachsraten der Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A liegen in den Agrargemeinden beider Landkreise etwas höher als in den Gewerbegebieten, die der Grundsteuer B zeigen dagegen in den Gewerbegebieten höhere Zuwachsraten. Die Unterschiede in der Steuerkraft zwischen den Grundtypen sind aber nicht auf die Unterschiede in den Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A und der Grundsteuer B zurückzuführen, sondern auf die starken Zuwachsraten bei den Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer in den Nichtagrargemeinden im Verhältnis zu den Agrargemeinden, so daß die Zuwachsraten der Realsteuerkraftzahlen bei den A-Grundtypen weit niedriger liegen als bei den B- und C-Grundtypen.

Nicht zum Ausdruck kommt in den absoluten Zuwachsraten der Realsteuerkraftzahlen, daß die steuerstarken Gemeinden infolge reichlich fließender Einnahmen nicht gezwungen sind, die Realsteuern so stark anzuspannen, wie es bei vielen Agrargemeinden

Übersicht 26: Binnahmen (nach Einnahmearten) der ordentlichen Rechnung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955-1957 nach Gemeindetypen in DM je Einwohner

Gemein- typ	GrStA	GrStB	GewSt	Übr. GemeSt	Steuer- ähnl. E	Finanz- zuw.	Erwerb- einkünfte	Allg. Deduktion	Entgeltl. u. sp. zuw.	Einn. insg.	Kreis- umlage	Einn. Kreis-
I	14,5	7,8	115,6	0,7	2,7	4,0	9,5	154,9	10,7	165,6	48,8	116,8
II	22,5	4,3	16,0	0,9	2,3	5,9	16,3	68,2	10,5	78,7	16,9	61,8
III	15,3	4,3	12,6	0,9	0,6	10,9	30,2	74,9	7,9	82,8	14,5	68,3
IV	17,4	5,5	48,1	0,8	1,9	6,9	18,7	99,3	9,7	109,0	26,7	82,3
I-III	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II	13,4	8,3	15,9	2,0	1,0	11,7	7,8	60,2	11,6	71,8	29,9	59,9
III	7,3	1,9	7,2	1,2	1,7	22,6	4,6	46,5	6,4	52,9	17,3	35,6
IV	10,4	5,1	11,5	1,6	1,3	17,2	6,2	53,3	9,0	62,3	19,1	43,2

Übersicht 27: Zuwachsraten der Steuerkraftzahlen der GrSt A, der GrSt B, der GewSt und der Realsteuerkraftzahlen (Vergleich zwischen 1952 und Durchschnitt 1955-1957) nach Grundtypen in DM je Einwohner

Grund- typ	Zuwachsraten der Steuer- kraftzahlen der			Zuwachsraten der Realsteuer- kraftzahlen
	GrSt A	GrSt B	GewSt	
A ₂	4,3	0,3	3,3	7,9
A ₃	3,2	0,1	2,4	5,7
A ₄	3,1	0,6	1,9	5,6
B ₁	0,7	1,1	7,7	9,5
B ₂	3,0	2,1	55,2	60,3
C ₁	0,2	2,9	41,7	44,8
C ₂	1,2	1,9	15,1	18,2
A ₂ -C ₂	2,2	1,3	18,2	21,7
A ₃	4,3	0,3	2,8	7,4
A ₄	3,0	0,5	1,8	5,3
B ₁	2,6	1,9	7,8	12,3
C ₁	0,6	3,1	13,9	17,6
A ₃ -C ₁	2,6	1,5	6,6	10,7

der Fall ist. So bleibt als Tatsache, daß fast alle Gewerbe-
gemeinden trotz geringerer Realsteueranspannung am gesamten Real-
steueraufkommen stärker beteiligt sind als die Agrargemeinden.
Setzt sich diese Entwicklung (Steigen des Gewerbesteuer- bei
relativ konstantem Grundsteueraufkommen) fort, müssen sich die
an sich schon unerträglichen Steuerkraftunterschiede zwischen
Agrargemeinden (insbesondere kleinbäuerlicher Struktur) und Indu-
striegemeinden weiter vertiefen.

Zwischen der Höhe der Einnahmen der außerordentlichen Rech-
nung und den Grund- und Gemeindetypen sind Zusammenhänge nicht
ohne weiteres ersichtlich. Hervorhebung verdient, daß vor allem
finanzstarke Gemeinden infolge ihrer Fähigkeit, den Schulden-
dienst zu leisten, auf den Kapitalmarkt zurückgreifen konnten.
Diesen Gemeinden flossen auch hohe Beträge spezieller Zuweisun-
gen zu, da sie den erforderlichen Eigenkapitalanteil mühelos
bereitstellen konnten.

3) Vermögen und Schulden

Da ein interlokaler Vergleich des G e m e i n d e v e r -
m ö g e n s mangels geeigneter und einheitlicher Bewertungs-
maßstäbe nur sehr lückenhaft durchgeführt werden konnte, bleibt
nur eine Darstellung der Ergebnisse der Untersuchung.

Nur einige Untersuchungsgemeinden weisen größere Beträge
an allgemeinem Kapital- und Rücklagevermögen auf, wobei hervor-
gehoben werden muß, daß diese Gemeinden überwiegend finanzstark
sind. Es scheint daher zwischen Finanzkraft und Rücklagen bzw.
Sparmitteln eine positive Korrelation zu bestehen. Das allge-
meine Grundvermögen hat mit Ausnahme zweier Gemeinden (B₂Ia/E
und B₂IIIb/E) in beiden Landkreisen nur untergeordnete Bedeutung,
während der kommunale Waldbesitz mit seinen Einnahmemöglichkeiten
für einige Gemeinden von großer Wichtigkeit ist.

Die V e r s c h u l d u n g je Einwohner der Untersu-
chungsgemeinden ist in den finanzstarken Gemeinden entgegen
allgemeiner Annahme relativ hoch, während finanzschwache Gemein-
den überhaupt nicht oder nur geringfügig verschuldet sind. Der

Grund liegt daran, daß finanzstarke Gemeinden eher in der Lage sind, den Schuldendienst zu tragen als finanzschwache Gemeinden. Überwiegend haben die fraglichen Gemeinden die Schulden für unrentierliche Zwecke aufgenommen, so daß ein mehr oder weniger hoher, verhältnismäßig konstanter Betrag aus allgemeinen Deckungsmitteln zur Bestreitung des Schuldendienstes bereitgestellt werden muß. Zur Höhe der Verschuldung in den Untersuchungsgemeinden ist festzustellen, daß die Gemeinden A₃IIa/E, A₃IIb/E, A₄IIb/E, B₁II/E und C₁IIb/B nach dem Stand vom 31.3.1958 im Vergleich zur Verschuldung im Landesdurchschnitt (86 DM je Einwohner) und im Hinblick auf ihre Steuerkraft relativ hoch verschuldet sind.

II. Erkenntnisse aus den Ergebnissen der finanzwirtschaftlichen Analyse

1) Für den engeren kommunalen Finanzausgleich

Für die Höhe der Schlüsselzuweisungen, die der Staat an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gewährt, ist die Ausgangsmeßzahl, die von dem Hauptansatz, der der Gemeinde zugestanden worden ist, und von Nebenansätzen abhängt, neben der Steuermeßzahl entscheidend. Der H a u p t a n s a t z beträgt nach dem FAG für Gemeinden bis zu 1000 Einwohner proportional 65 v.H. der Einwohnerzahl. In unserer Untersuchung konnte aber eine Degression der Ausgaben je Einwohner von der Größenklasse 1 nach 2 festgestellt werden. Daraus ergibt sich, daß bei Anwendung des durchschnittlichen Hauptansatzes (65 v.H. der Einwohnerzahl für alle Gemeinden unter 1000 Einwohner) der Ausgabebedarf der Gemeinden der Größenklasse 1 eine unterdurchschnittliche, der Ausgabebedarf der Gemeinden der Größenklasse 2 dagegen eine überdurchschnittliche Berücksichtigung findet. Es bedarf daher im Interesse einer möglichst gerechten Berücksichtigung des Ausgabebedarfs einer D i f f e r e n z i e r u n g d e s H a u p t a n s a t z e s in der Weise, daß die relativ hohe Ausgabebelastung der Gemeinden bis etwa 500 Einwohner berücksichtigt wird.

Die Betrachtung der Ausgaben nach Gemeindetypen (s. Übersicht 24 a) zeigt erhebliche Differenzen in der Ausgabenhöhe, die in mehreren Fällen auf unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialverhältnisse zurückgeführt werden konnten. Die festgestellten Ergebnisse erlauben aber keine konkreten Vorschläge für eine Neugestaltung oder Verbesserung der in Art. 3 Abs. 1 FAG zugrunde gelegten Nebenansätze. Dazu wäre eine eingehendere Analyse der die Ausgabenhöhe einer Gemeinde bestimmenden Faktoren notwendig, als es in der Untersuchung geschehen konnte.

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen hängt auch ab von der Steuerkraft maßzahl. Da eine Reihe ländlicher Gemeinden nennenswerte, ihr Steueraufkommen z.T. übersteigende Einnahmen aus Erwerbsvermögen (insbesondere aus Kommunalwald) beziehen, könnte eine Berücksichtigung der Erwerbseinkünfte bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen zu einem stärkeren Ausgleich der Finanzkraftunterschiede führen.¹ Dadurch würde auch verhindert, daß steuerschwache Gemeinden, die über erhebliche Vermögenseinnahmen verfügen und damit ihre Steuerschwäche ausgleichen oder gar überkompensieren (A_4 III/E) zusätzlich, nur weil die Steuerkraft berücksichtigt wird, nennenswerte Beträge an Schlüsselzuweisungen erhalten. Über diesen horizontalen Finanzausgleichseffekt hinaus würde eine weitere ausgleichende Wirkung erzielt werden, wenn die Kreisumlage nicht wie bisher nach der Steuerkraft, sondern ebenfalls nach der Finanzkraft bemessen würde, die die Erwerbseinkünfte einschließt. Es würden dann gerade jene steuerstarken Gemeinden erfaßt, denen neben hohen Steuer-, insbesondere Gewerbesteuerereinnahmen, merkliche Erwerbseinkünfte zufließen (B_2 Ia/E, G_1 Ib/E, C_2 II/E). Ein Ausgleich der Unterschiede bei der Finanzkraft der einzelnen Typen ist um so notwendiger, als unabhängig von örtlicher oder regionaler Finanzkraft eine weitgehende Angleichung des Ausgabebedarfs zwischen Gemeinden verschiedener Struktur erfolgt ist.

¹ Dabei ist nicht an die Berücksichtigung der gesamten Nettoerwerbseinkünfte gedacht, sondern nur an einen Teil. Gleichzeitig wäre es erforderlich, nicht die Einnahmen des jeweiligen vorhergehenden Jahres zugrunde zu legen, sondern einen Durchschnittsbetrag mehrerer zurückliegender Jahre, um die unkontinuierlich fließenden Erwerbseinkünfte zu stabilisieren.

2) Für das Gemeindesteuersystem

Eine Verbesserung des Schlüssels in diesem Sinne bringt zwar eine gerechtere Verteilung der Finanzzuweisungen, führt aber zu keiner nennenswerten allgemeinen Verbesserung der Finanzlage schwacher Gemeinden, so daß weiterhin eine Finanzierungslücke bleibt, die nur durch eine merkliche Aufstockung der Schlüsselmasse beseitigt werden kann. Da eine Erhöhung der allgemeinen Finanzzuweisungen an finanzschwache Gemeinden aber eine verstärkte Abhängigkeit von der alimentierenden Gebietskörperschaft mit sich bringt, bleibt nur als Ausweg, soll die finanzielle Abhängigkeit der Kommunen vom Staat in Grenzen gehalten werden, die g e m e i n d l i c h e n S t e u e r e i n n a h m e n zu e r h ö h e n, sei es durch Einführung neuer Steuern, Erhebung von Gemeindezuschlägen zu Steuern anderer Gebietskörperschaften oder durch Erhöhung der Sätze bereits bestehender Steuern.¹

Bei der Diskussion um die Frage der Einführung neuer Steuern wurde insbesondere die Möglichkeit einer "D r i t t e n G e m e i n d e s t e u e r" entweder als Gemeindepersonalsteuer², als Wohnraumsteuer³ oder als Mietsteuer⁴ erörtert.

Die G e m e i n d e p e r s o n a l s t e u e r, die unmittelbar an die Person des Gemeindebürgers anknüpfen soll, könnte als Gemeindeeinwohnersteuer, Gemeindeeinkommensteuer⁵ oder als

¹Vgl. im folgenden Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen, Bonn 1959, S. 20 - 25.

²R. S t u c k e n hat schon 1927 eine "Bürgersteuer" vorgeschlagen, die an das Einkommen anknüpft, aber proportionalen statt progressiven Tarif und geringere Freibeträge als die Einkommensteuer aufweist (vgl. Stucken, Rudolf, Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, a.a.O., S. 750 f.)

³Vgl. H o r s t e r, Robert, Die Reform des deutschen Gemeindesteuersystems, Berlin 1958, S. 94 f.

⁴Vgl. P o p i t z, Johannes, a.a.O., S. 155 f.

⁵Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat - hier weicht Stucken von der Mehrheit des Beirats ab - die gemeindliche Bürgersteuer abgelehnt; denn "ihre Verwirklichung hätte zur Folge, daß der für die eigentliche Einkommensbesteuerung verfügbare Belastungsspielraum eingeengt wird, so daß der Einkommensteuer nicht die wirtschaftliche und fiskalisch optimale Gestalt gegeben werden kann, deren sie bedarf." (Organische Steuerreform, Bericht des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1953, S. 23).

Vermögens von 1935 durch eine neue Hauptfeststellung zu revalorisieren.¹ Die Heraufsetzung dieser Einheitswerte würde bei gleichbleibenden Steuermeßzahlen und unveränderten Hebesätzen für alle agrarisch-strukturierten Gemeinden zu einer fühlbaren Steigerung des Aufkommens aus der Grundsteuer A führen und die Unterschiede in der Steuerkraft gegenüber den steuerstarken Gewerbegemeinden (vorausgesetzt, daß das Gewerbesteueraufkommen relativ konstant bleibt) wesentlich verringern. Die Revalorisierung der Einheitswerte der sonstigen Grundstücke² müßte sich, wenn die Vergünstigungen des Ersten und Zweiten Wohnungsbaugesetzes auslaufen, vornehmlich in Arbeitswohngemeinden und ausgesprochenen Wohngemeinden, die überwiegend steuerschwach sind, in einer Erhöhung des Grundsteuer-B-Aufkommens auswirken.

Da die zum 1.1.1960 geplante Hauptfeststellung auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist, erscheinen in Anbetracht der kritischen Finanzlage vieler Landgemeinden vorläufige Maßnahmen notwendig, welche die Kluft zwischen den steuerschwachen (überwiegend agrarisch-strukturierten Gemeinden) und den steuerstarken Gemeinden (überwiegend gewerblich-strukturierten Gemeinden) vermindern. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat daher bis zur geplanten Neufeststellung der Einheitswerte eine durchschnittliche Erhöhung der Steuermeßzahlen der beiden Grundsteuern um je 40 v.H. vorgeschlagen. Das Mehraufkommen soll bei unveränderten Hebesätzen nicht den Gemeinden verbleiben, sondern im Wege einer Umlage, die an die Grundsteuermeßbeträge als Bemessungsgrundlage anknüpft, nach Maßgabe der negativen Finanzkraft der Gemeinden verteilt werden.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde die grundsteuerschwachen Gemeinden des Landkreises Beilngries (insbesondere

¹ Im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes sollen die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens um 80 v.H. erhöht werden (s. Grunderwerbsteuerrhöhung ist vorbereitet, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung v. 6.5.1959, Nr. 36).

² Bei Altbauten soll die Erhöhung 30 - 40 v.H., bei bis 1948 erstellten Neubauten etwa 80 v.H., bei später errichteten Gebäuden rund 120 v.H. der alten Werte ausmachen (s. Grunderwerbsteuerrhöhung ist vorbereitet, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung v. 6.5.1959, Nr. 36).

Agrargemeinden) stärker berücksichtigen als die Gemeinden des Landkreises Eichstätt, so daß die regionalen Differenzen vermindert werden könnten.

3) Für eine Neuverteilung der Verwaltungsaufgaben

Die Aufgaben, die der Staat den Kommunen zuweist, verlangen in der Gemeindeverwaltung Kräfte, die in der Lage sind, diese Aufgaben befriedigend zu erfüllen. Diese Voraussetzung ist in vielen Landgemeinden, insbesondere in Klein- und Kleinstgemeinden, nicht oder nicht mehr gegeben. Der Krieg und seine Folgeerscheinungen haben gerade den ländlichen Gemeinden neue und vermehrte Aufgaben gebracht. Das geltende Recht übersteigt die Leistungskraft kleiner Gemeinden nicht nur in seinem Umfang. Die Spezialität des Rechts macht es dem Laien überdies unmöglich, ohne große Mühe hindurchzufinden.¹

Durch Schulung der Bürgermeister, Gemeinderäte und Gemeindebediensteten und die Bestellung von Kommunalfachkräften kann hier sehr viel geschehen. Eine ordnungsgemäße Ausbildung von Gemeindebürgern für diese Aufgaben oder die Bestellung einer Fachkraft sind aber bei der geringen Einwohnerzahl und dem verhältnismäßig hohen Aufwand bei meist geringer Finanzkraft der kleinen Gemeinden kaum zweckmäßig und möglich. Es besteht hier eine Divergenz zwischen Verwaltungslast und Verwaltungskraft, die durch verwaltungsmäßige Zusammenlegung von Gemeinden zu einer Art **V e r w a l t u n g s v e r b ä n d e n** bei gemeinschaftlicher Anstellung von Gemeindefachkräften überwunden werden könnte. Verbesserte Verwaltungsleistungen durch verwaltungsmäßigen Zusammenschluß von Gemeinden dürften auch zu einer Senkung der Verwaltungsausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Verwaltungskraft führen, wenn die Verwaltungsverbände etwa einen in die Gemeindegrößenklasse 2 fallenden Umfang² annehmen (s. insbesondere Übersicht 24 b).

¹Vgl. G ö b, Josef, Verwaltungsrecht der Ämter und amtsangehörigen Gemeinden, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 1, 1956, S. 378.

²Die Ausgaben für allgemeine Verwaltung einschl. Finanz- und Steuerverwaltung weisen in der Größenklasse 2 im Durchschnitt die niedrigsten Prokopfbeträge auf.

Die vorgeschlagenen Zusammenschlüsse wären im übrigen keineswegs ein kommunalpolitisches Novum. Bereits die Bayer. Gemeindeordnung von 1864 kannte sog. "Bürgermeistereien". Auch die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern erlaubt in Art. 42 den kreisangehörigen Gemeinden die gemeinschaftliche Anstellung eines "Gemeindebeamten mit Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst" und in Art. 99 Abs. 3 die gemeinschaftliche Anstellung "hauptamtlicher Kassenverwalter" oder die Bildung von "Kassenzweckverbänden zur Besorgung der Kassen- und Rechnungsgeschäfte". In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß sich die im südwestdeutschen Raum schon seit langem bestehende Einrichtung des Verwaltungsaktuars, dem die Beratung der Bürgermeister und Gemeindevertretungen und die Führung des Haushalts- und Rechnungswesens seines Verwaltungsbezirks obliegen, bewährt hat.

4) Für die Industrieförderungspolitik der Gemeinden

Die Tatsache, daß gewerblich orientierte Gemeinden grundsätzlich eine relativ stärkere Wirtschaftskraft und Steuerkraft haben als reine Agrargemeinden, möglicherweise noch mit kleinbäuerlicher Struktur, ist auf die dominierende Stellung der Gewerbesteuer in den Haushalten der Gewerbe- und Industriegemeinden zurückzuführen. Aus der Überlegung, eine Angleichung der Steuerkraft der verschiedenen Einnahmearten zu erreichen und den Anschluß an das ständig steigende Gewerbesteueraufkommen zu gewinnen, ist der Wunsch vieler Landgemeinden, insbesondere der von Gemeinden mit kleinstbäuerlicher Struktur oder Gewerbe- und Industriegemeinden mit wenig Industrie verständlich, neue Betriebe anzusiedeln oder die bestehenden Betriebe zu halten und zu fördern. Durch Ansiedlung und Seßhaftmachung neuer und die Erweiterung vorhandener Betriebe steigert die gewerbliche Produktion, erhöht das Einkommen der Bevölkerung und verbreitert die Besteuerungsgrundlagen der Gewerbesteuer. Darüber hinaus steigt das Einkommen aus der Grundsteuer B, da der mit der Neuansiedlung in der Regel verbundene Zuzug von Arbeitskräften mit ihren Angehörigen den Wohnungsbau in der Gemeinde intensiviert. Auch zahlreiche andere Einnahmequellen der Gemeinde wie Vergütungs- und Getränkesteuer, Finanzzuweisungen, Gebühren, Beiträge, Erlöse und Ablieferungen

gemeindlicher Versorgungsunternehmen werden reichlicher fließen. Kurzum, es erfolgt eine Belebung des gemeindlichen Wirtschaftslebens.¹

Werden überwiegend agrarisch orientierte Gebiete mit vornehmlich kleinbäuerlicher Struktur industriell durchsetzt, so erlaubt die damit verbundene allgemeine Steigerung des Wohlstands die Beibehaltung der bisherigen Betriebsgrößenverhältnisse. Mit der Industrialisierung kleinbäuerlicher Gebiete ist gleichzeitig eine soziologische Umschichtung der Arbeitsbevölkerung insofern verbunden, als vorher in der Landwirtschaft hauptberuflich Beschäftigte nun nur noch nebenberuflich dort tätig sind.²

Die Vorteile, die die Ansiedlung von Betrieben mit sich bringt (Verbreiterung der Besteuerungsbasis, Verminderung der Pendelwanderung, Hebung des allgemeinen Wohlstands) können finanzschwache Gemeinden infolge der Unmöglichkeit, Mittel für wirtschaftsfördernde Maßnahmen bereitzustellen, kaum wahrnehmen. Die kommunale Industrialisierungspolitik beschränkt sich deshalb auf die Gemeinden, die bereits über eine ausreichende Finanzkraft³ verfügen und damit in der Lage sind, Ausgaben für ein "wirtschaftsfreundliches Klima"⁴ zu tätigen. "Diese Fakten bedingen aber einen circulus vitiosus, der die Rivalität um die Betriebsdomizile den finanzstarken Gemeinden überläßt und finanz-

¹Vgl. F i s c h e r, Willi, Industrieförderung als kommunalpolitische Aufgabe, in: Kommunalwirtschaft, Heft 11, 1958, S.490.

²Vgl. W e i p p e r t, Georg, Das Dorf in der industriellen Entwicklung der Gegenwart, in: Wiener Studien zur Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Bd. 1, Göttingen 1957, S. 24.

³Unsere finanzkräftigsten Untersuchungsgemeinden weisen gleichzeitig die niedrigsten Hebesätze bei allen drei Realsteuern auf, so daß ansiedlungswillige Industriebetriebe sich in diesen Gemeinden aus Kostengründen eher niederlassen als in Gemeinden, in denen die Hebesätze recht hoch sind. Über den Einfluß des Gewerbesteuerhebesatzes auf die Ansiedlungswilligkeit von Betrieben vgl. L i t t m a n n, Konrad, Raumwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzpolitik, in: Finanz-Archiv, N.F., Bd. 19, Heft 3, 1959, S. 367 ff. und A l b e r s, Willi, Aufgabe und Stellung der Gemeinden im Finanzsystem der gesamten öffentlichen Hand, Finanz-Archiv, N.F., Bd. 19, Heft 3, 1959, S. 399 ff.

⁴K l ü b e r, Wirtschaftsförderung durch die Gemeinden, in: Schriften des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Heft 2, Berlin 1951, S. 40.

schwachen Gemeinden nur weitere Armut bringt. Es werden daher Oasen kommunaler Steuerkraft geschaffen, die von großem Einfluß auf die räumliche Verteilung des Wohlstands sind."¹ Solche Gemeinden und Gebiete können aus diesem Zustand "ewiger Armut" nur befreit werden, wenn der Staat mit seiner Hilfe eingreift.²

Eine Industrialisierungspolitik im Sinne eines räumlichen Strukturausgleichs darf aber nicht so weit führen, für jede Gemeinde mindestens einen Gewerbebetrieb zu fordern. Es wäre verfehlt, Mittel in Gebiete zu lenken, "die nun einmal standortlich keine oder geringe Voraussetzungen für die Industrialisierung bieten."³

Die politische Forderung nach industrieller Durchsetzung steuerschwacher Gebiete⁴ findet ihren Ausdruck in der Einbeziehung des Landkreises Beilngries in das **S c h w e r p u n k t - p r o g r a m m** der Bundesregierung zur Förderung zentraler Orte in ländlichen Gebieten.⁵ Inwieweit die Hilfe, die der Staat gewährt, die Ansiedlung neuer Industriebetriebe anregt, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen. Es sei aber erwähnt, daß die zuständigen Stellen des Landkreises mit einigen ansiedlungswilligen Unternehmungen, darunter einem Großbetrieb, in Verbindung stehen. Gelingt die Ansiedlung einiger Betriebe im Raum

¹W ö b e r, Helmut, Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 39, Bad Godesberg 1958, S. 23.

²S t a h l, Franz, Wirtschaftserschließung, ein Finanzausgleichsproblem. Schulbeispiel Ostbayern, Regensburg 1955, S. 19.

³B a r b a r i n o, Otto, Die wirtschaftliche Zielsetzung der bayerischen Finanzpolitik, München 1959, S. 18.

⁴Die in den Juratälern gelegenen Gemeinden sind in beiden Landkreisen durchaus für eine Industrialisierung geeignet.

⁵Siehe B a u d r e x l, Ludwig, und S c h m i t t, Lieselotte, Untersuchungsbericht Landkreis Beilngries, München 1960, S. 14: Den Gemeinden stehen zur Erschließung von Industriegebiete Bundesmittel zur Verfügung, die bis zu 50 v.H. der Gesamtkosten als Zuschuß und zu weiteren 25 v.H. als zinsverbilligte Kredite gewährt werden können. Den ansiedlungswilligen Unternehmungen werden für die Errichtung der erforderlichen Betriebsanlagen großzügig Darlehen eingeräumt.

Beilngries/Berching, würde über die Betriebsdomizile hinaus in den Gemeinden des Einzugsgebietes, darunter fast ein Drittel der Gemeinden des Landkreises Eichstätt¹, die Wirtschafts- und Finanzkraft wesentlich gestärkt.

F. S c h l u ß b e t r a c h t u n g =====

In unserer finanzwirtschaftlichen Analyse wurde der Versuch unternommen, Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftsstruktur, den Sozialverhältnissen und der Gemeindegröße einiger ausgewählter Gemeinden zweier Landkreise einerseits und ihrer Finanzgebarung andererseits aufzuzeigen. Es lag auf der Hand, die Ausgabe- und Einnahmegebarung zusammen mit der Vermögens- und Schuldenpolitik der ausgewählten Gemeinden näher zu durchleuchten. Die Untersuchung umfaßte alle vergleichbaren Haushaltsposten und ging nicht von der Vermutung aus, daß einige Positionen gar keine Beziehungen aufzeigen könnten. Daraus erklärt sich auch, daß nicht in allen Bereichen Ergebnisse festgestellt werden konnten, die auf Unterschiede in Bezug auf Grund- oder Gemeindetyp oder Gemeindegröße hindeuten.

Oft traten die Ergebnisse nicht so klar hervor, daß eindeutige Aussagen hätten gemacht werden können. Das war bei der Komplexheit der Verhältnisse auch gar nicht anders zu erwarten. Es hätte einer weiteren Aufgliederung der Grund- und Gemeindetypen bedurft, um hier zu einer stärkeren Homogenisierung der Wirtschafts- und Sozialverhältnisse zu kommen. Bei der zwangsläufigen Begrenzung der Untersuchung mußte darauf verzichtet werden.

Es wäre Aufgabe weiterer Untersuchungen, Beziehungen zwischen speziellen Ausgabe- und Einnahmepositionen und den Wirtschafts- und Sozialverhältnissen und der Gemeindegröße aufzuzeigen. Zu denken wäre an eine Beleuchtung der Zusammenhänge zwischen den Volksschullasten unter Berücksichtigung von Schülerzahl, Lehr-

¹ Der zum Einzugsgebiet des Landkreises Beilngries gehörende Teil des Landkreises Eichstätt weist nur Agrargemeinden mit überwiegend kleinbäuerlicher Struktur auf. Die Ansiedlung einiger Betriebe im Landkreis Beilngries würde sich günstig auf diesen Teil des Landkreises Eichstätt auswirken.

schaften und gemeindlicher Finanzkraft oder an eine mehr ins Detail gehende Analyse der Erwerbseinkünfte, insbesondere der der Landgemeinden nach Einnahmequellen.

Um über die in Anknüpfung an örtliche Verhältnisse gewonnenen Ergebnisse und die aus ihnen resultierenden Erkenntnisse hinaus zu überregionalen Aussagen zu gelangen, bedarf es eines Vergleichs der Ergebnisse schon vorhandener finanzwirtschaftlicher Analysen von Gemeinden und soweit diese nicht ausreichen weiterer Erforschungen. Ein Vergleich der Ergebnisse verschiedener finanzwirtschaftlicher Untersuchungen scheitert aber vielfach an der Verwendung unterschiedlicher Kriterien bei der Auswahl der Gemeinden und am methodischen Vorgehen bei der finanzwirtschaftlichen Analyse. So setzt sich G. K i r s c h n e k in seiner Arbeit die Erforschung der Ausgabe- und Einnahmestruktur einiger Gemeinden des gemischtwirtschaftlichen Landkreises Müritingen Neckar nach in Anlehnung an P. Hesse gewonnenen Gemeindetypen - Agrargemeinde, Agrar-Arbeiterwohngemeinde, Arbeiterwohngemeinde, Arbeiterwohn-Industriegemeinde, Industriegemeinde, industrielle Landgemeinde - zum Ziel. U n s e r e r Untersuchung, welche die Finanzstruktur, die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen zusammen mit der Vermögens- und Schuldenpolitik ausgewählter Gemeinden zweier überwiegend agrarisch strukturierter Landkreise zu durchleuchten versucht, lagen die Lindeschen Typen zugrunde, die wir für unsere Untersuchung zweckentsprechend abwandelten. Aus der Tatsache, daß die Auswahl der Gemeinden in den beiden Untersuchungen nach zwei verschiedenen Typisierungssystemen vorgenommen wurde, folgt, daß die Ergebnisse beider Analysen nur mit Einschränkung verglichen werden können. Vor allem lauten keine Aussagen auf Grund unterschiedlicher Prokopfbeträge gemacht werden, da einerseits die Aufgabenverteilung im Lande Baden-Württemberg von der im Lande Bayern differiert, andererseits den beiden Untersuchungen jeweils verschiedene Bezugsjahre und Durchschnitte zugrunde liegen. Es verbleibt somit nur die Möglichkeit, bedingt Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Finanzstruktur in vertikaler Richtung aufzuzeigen.

Betrachten wir zunächst die A u s g a b e n, so können wir in beiden Untersuchungen bei der Allgemeinen Verwaltung und

beim Schulwesen relativ starke Belastungen der Agrargemeinden gegenüber den Gewerbegemeinden feststellen. Ein Gefälle der Prokopfbeträge von Gemeinden mit Betriebsgemeindecharakter zu Gemeinden mit Wohngemeindecharakter (in unserer Untersuchung Typ III) läßt sich ebenfalls konstatieren, so daß der Schluß nahe liegt, daß Wohngemeinden manche Verwaltungsaufgaben erspart bleiben, die Betriebsgemeinden erwachsen. Ähnlichkeiten zeigen sich auch beim Einzelplan 7 insofern, als Gemeinden (vor allem Agrargemeinden), in denen die Bewohner ein enges Verhältnis zu den städtischen Lebensgewohnheiten der nahegelegenen Industrieorte haben, höhere Prokopfbeträge aufweisen als Gemeinden, die entlegen und von zentralen Orten weitgehend abgeschlossen sind. Bei den anderen Ausgabepositionen können wir keine Gemeinsamkeiten aufzeigen. Ein Vergleich des Verlaufs der Ausgaben je Einwohner in Bezug auf die Gemeindegröße ist infolge unterschiedlicher Einteilung nach Gemeindegrößenklassen nicht möglich.

Die Struktur der E i n n a h m e n nach Einnahmearten weist in beiden Analysen die naheliegende Gemeinsamkeit auf, daß bei agrarisch orientierten Gemeinden der Anteil der Grundsteuer A an den gesamten Steuereinnahmen überwiegt, während bei den gewerblich strukturierten Gemeinden die Gewerbesteuer dominierend hervortritt. Durch die Gewerbesteuerausgleichszahlungen läßt sich bei den Untersuchungsgemeinden beider Gebiete ein gewisser Ausgleich zwischen industriebetonten und industriearmen Gemeinden aufzeigen. Diese reichen aber nicht aus, industriearmen Gemeinden die zur Bestreitung ihres Ausgabebedarfs erforderlichen Einnahmen zu verschaffen. Beide Analysen machen augenscheinlich, daß nur jene steuerschwachen Gemeinden ihre mangelnde steuerliche Leistungsfähigkeit ausgleichen oder sogar überkompensieren können, die über Erwerbseinkünfte in größerem Umfang verfügen.

Trotz erheblicher Unterschiede hinsichtlich der Wahl der Kriterien zur Typisierung der Gemeinden, trotz der Abweichungen im methodischen Vorgehen bei der eigentlichen Analyse und nicht zuletzt trotz unterschiedlicher Verwaltungsorganisation und Aufgabenverteilung lassen sich Ähnlichkeiten in der Finanzstruktur (nicht in der Höhe der Prokopfbeträge) feststellen, die einen bedingten Repräsentativschluß auf die Situation nicht untersuchter Gemeinden erlauben.

T A B E L I, E N T E I I
=====

Tab. 1: Ausgaben² der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 0
(Allgemeine Verwaltung) in DM je Einwohner³

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57
Gr.-	Gem.-	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3
A ₂	I	a	9,2		7,7			12,3			11,6			10,5			9,4
		b		6,9		7,2			9,1			10,5			8,9		
	III	a	8,0		8,6			8,5			9,1			8,7			
A ₃	I	a	7,1		7,7			7,6			8,6			8,0			7,2
		b		7,3		7,1			5,5			5,5			6,0		
	III	a		6,4		6,6			8,2			8,4			7,7		
A ₄	I	a	8,5		8,8			9,6			10,0			9,5			9,2
		b		8,0		8,1			8,2			8,7			8,3		
	III	a	6,9		10,0			9,6			9,9			9,8			
B ₁	II	a			11,3			10,6			11,6			14,2			12,1
		b		7,2		6,7			8,0			11,4			8,7		10,5
	III	a		8,0		9,1			10,5			12,1			10,6		
B ₂	I	a	12,7		13,7			14,3			14,1			14,0			11,7
		b	12,4		15,4			13,8			16,0			15,1			
	II	a	10,1		14,8			13,5			14,8			14,4			
		b		4,6		3,3			8,3			10,1			7,2		
	III	a				8,0			7,5			7,6			7,7		
		b		7,3													
C ₁	II	a			11,8			14,3			13,8			14,7			14,3
C ₂	I	a		9,8		10,5			9,5			11,8			10,6		11,7
	II	a			11,0			12,2			12,8			13,4			12,8
Ø A ₂ -C ₂		a	9,4	7,3	11,4	10,8	7,4	12,4	11,1	8,3	12,7	11,8	9,6	14,1	11,2	8,4	10,6
A ₃	I	a	9,2		7,7			8,1			8,0			8,0			7,5
		b	7,2		8,7			8,2			8,3			8,4			
A ₄	I	a		4,7		6,1			6,5			7,7			6,8		6,8
B ₁	II	a		4,0		4,3			6,1			8,1			6,2		6,2
C ₁	I	a			12,4			11,1			13,5			15,1			13,2
		b			16,2			16,7			14,4			14,5			14,2
Ø A ₃ -C ₁		a	7,0	4,3	14,3	7,5	4,7	13,9	7,6	5,8	13,9	8,0	8,0	14,8	7,7	6,2	8,7

Anm. zu Tab. 1:

- 1 Die Ist-Ausgaben und -Einnahmen der ordentlichen Rechnung je Einwohner nach Einzelplänen oder besonderen Gruppen von Haushaltsposten eines Einzelplans werden im folgenden für die Rechnungsjahre 1952, 1955, 1956, 1957 und im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 bis 1957 zuerst für die Untersuchungsgemeinden des Landkreises Eichstätt und dann für jene des Landkreises Beilngries dargestellt.
- 2 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 3 Den Prokopfbeträgen der Ist-Ausgaben und -Einnahmen für die dar-

Tab. 2: Persönliche Ausgaben ¹ des Einzelplans 0 in DM je Einwohner

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57	Ø 55-57, v.H. des ges. Fbdl.	Ø 55-57		
Gr.-Gen.		1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3	1	2	3	1-3
A ₂	II	a	5,5		5,3			5,8			6,6			5,8				5,6			
	II	b		5,0		5,2		6,0			7,8			6,3			5,9		7,1		6,3
	III		5,1		6,3			5,1			5,1			5,5				6,3			
A ₃	II	a	4,7			5,2		4,7			4,9			4,9				6,1			
	II	b		4,7		5,0		4,0			4,1			4,4			4,8		7,3		6,7
	III		4,9		4,7			4,8			5,5			5,0				6,5			
A ₄	II	a	5,3			5,5		5,6													
	II	b						5,3									6,2				6,3
	III		4,0			6,8		5,7			6,2			6,2				6,3			
B ₁	II	a		4,6			4,9		5,0		5,4			5,1			6,4		5,9		6,6
	II	b		5,2			7,4		7,1		8,5			7,7				7,2			
	III																				
B ₂	I	a	7,4			8,0		9,1			8,4			8,5				6,1			
	I	b		7,0			9,2		8,6		10,5			9,4			7,3		6,2		6,2
	II	a	7,8			7,9		7,5			12,2			9,2				6,4			
C ₁	II	a		3,0							5,0			4,1				5,7			
	II	b		4,2			5,2		5,1		5,1			5,1				6,6			
	III																				
C ₂	I	a		8,2			7,5		7,7		8,6			7,9			10,0	9,0			7,7
	I	b					10,1		9,8		10,0										
	II																				
Ø A ₁ -C ₂		5,9	5,0	8,5	6,8	5,3	9,1	6,5	5,5	10,4	7,7	6,2	9,7	7,1	5,7	9,7	7,0	6,1	6,7	4,2	6,6
A ₃	II	a																			
	II	b		5,8			6,0		6,2		6,8			6,3			5,2	7,5			7,1
	III			2,9			3,6		3,8		4,6			4,0							
B ₁	I	a	2,8			3,4		3,6			4,3			3,8			3,8	5,6			5,6
	I	b		2,4																	
	II					3,0		3,4			4,6			3,7			3,7		6,0		6,0
C ₁	II	a						9,2		10,0			10,3				9,8			7,4	7,4
	II	b						12,1		10,9			10,5				11,2	10,5		7,4	7,4
	III																				
Ø A ₃ -C ₁		4,3	2,6	10,3	4,7	3,3	10,7	4,9	3,6	12,4	5,5	4,6	10,4	3,8	10,5	5,6	6,6	6,2	7,4	6,6	6,6

noch Anm. zu Tab. 1:

gestellten Rechnungsjahre liegen folgende Einwohnerzahlen zu Grunde:
 Für das RJ. 1952 die fortgeschriebene Wohnbevölkerung vom 1.1.1953; Quelle: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 170, Einwohnerzahlen am 1.1.1953, Jährliches Ergänzungsheft zum Amtlichen Gemeindeverzeichnis für Bayern, 1953, passim;
 für das RJ. 1955 die fortgeschriebene Wohnbevölkerung vom 1.1.1956; Quelle: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 170, Einwohnerzahlen am 1.1.1956, Jährliches Ergänzungsheft zum Amtlichen Gemeindeverzeichnis für Bayern, 1956, passim;
 für das RJ. 1956 die Einwohnerzahlen vom 25.9.1956 und für das RJ. 1957 die fortgeschriebene Wohnbevölkerung vom 1.1.1958; Quelle: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 200, Einwohnerzahlen am 25.9.1956 (Ergebnisse der Wohnungswirtschaft 1956), Amtliches Gemeindeverzeichnis für Bayern, 1957, passim.

Anm. zu Tab. 2:

¹ Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: Haushaltspläne und -rechnungen der Untersuchungsgemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

Tab. 3: Zuschußbedarf¹ des Einzelplans 0 in DM je Einwohner und sein Anteil an den gesamten Ausgaben der Allgemeinen Verwaltung

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57	Ø 55-57 i. v. H. des ges. Bed.			Ø 55-57
Gr.-Gemein.		1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3	1	2	3	1-3
A ₂	II a	8,9			7,4			12,0			14,4			10,3				9,1	9,8		9,7
	II b		6,7			7,0		3,0			10,2			8,8				95			
A ₃	II a	7,6			8,3			8,0			8,5			8,3				93			
	II b		6,7			7,1		7,1			7,9			7,4				90			92
A ₄	II a	8,3			8,3			9,2			9,8			9,1				91			
	II b		7,4			7,6		7,6			7,9			7,7				89			95
B ₁	II a			10,6			9,8			10,8			12,9			11,2		97		94	92
	II b		6,7			6,1		7,3			10,3			7,9				94			
B ₂	I a	12,3			12,8			12,5			12,8			12,7				91			
	I b	11,9			14,3			14,5			15,1			14,0				93			93
C ₁	II a	10,0			14,4			13,2			14,7			14,1			10,9	92			
	II b		4,1		2,9			7,7			9,3			6,6				92			
C ₂	I a		6,8			7,5		6,9			6,9			7,1				92			
	I b			10,8			9,6			8,5			10,4			9,5		96		70	82
Ø A ₁ -C ₂	I a	9,0	6,6	10,5	10,2	6,8	10,9	10,5	7,7	11,2	11,2	8,8	10,9	10,6	7,8	11,0	9,5	93	92	85	91
	I b		8,9			7,4			7,4			7,5		7,4				93			
A ₃	II a		6,7			8,4			7,4			6,9		7,6			7,0	91			93
	II b			4,5			4,9		5,2			7,6			5,9			95			
A ₄	I a		4,5			5,8			6,3			7,4			6,5			95			95
	I b			3,5			4,0		5,6			7,5			5,7			92			92
C ₁	II a				11,0			6,1			7,7			8,8			7,5			57	68
	II b				13,2			13,3			10,9			10,9			11,7			77	
Ø A ₃ -C ₁		6,8	4,0	12,1	7,2	4,4	9,7	7,0	5,4	9,3	7,3	7,5	9,9	7,2	5,8	9,6	7,2	93	93	67	87

nach Anm. zu Tab. 2:

2 Durchschnittliche Ausgaben je Einwohner des jeweiligen Grundtyps bzw. der jeweiligen Gemeindegrößenklasse unter Weglassung der Gemeinden, bei denen keine Angaben vorhanden sind.

Anm. zu Tab. 3:

¹ Quelle: Die absoluten Beträge der speziellen Deckungsmittel (rechnungsmäßige Ist-Einnahmen), die nach ihrem Abzug vom gesamten Finanzbedarf den Zuschußbedarf ergeben, wurden den GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material).

Tab. 4: Ausgaben ¹ der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 1
(Öffentliche Sicherheit und Ordnung) in DM je Einwohner

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57	
Gr.-	Gem.-	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3	
A ₂	II	a	0,03		0,19			-			-			0,06			0,07	
		b		0,16		0,09		0,11			-				0,07			
	III		-		-			0,26			-			0,09				
A ₃	I	a	0,10		-			0,18			0,06			0,06			0,04	
		b		0,12		-		0,03			0,01				0,01			
	III			0,18		0,01		0,11			-				0,04			
A ₄	II	a	-		0,10			0,14			0,14			0,13			0,35	
		b		0,39		0,05		-			-				0,02			
	III		-		0,98			0,84			0,89			0,90				
B ₁	II			0,14			0,10			-			0,06			0,05	0,20	
	a		0,04		0,11		-			0,09				0,07				
	b		0,43		0,51		0,41			0,55				0,49				
B ₂	I	a	0,28		2,04			1,52			1,74			1,77			0,59	
		b	0,37		-			0,12			-			0,03				
	II	a	0,30		0,46			0,98			1,38			0,94				
		b		0,01		-		-			0,05				0,02			
	III	a		0,03		0,21			0,24		0,09				0,18			
		b																
C ₁	II			0,35			0,55			0,35			0,37			0,42	0,42	
C ₂	I		-			0,10			0,00			0,08			0,06		1,25	
	II			1,18			1,56			2,62			3,16			2,45		
Ø A ₂ -C ₂			0,14	0,22	0,56	0,47	0,12	0,74	0,50	0,10	0,39	0,53	0,10	1,20	0,50	0,11	0,97	0,42
A ₃	II	a	0,02		-			-			0,16			0,05			0,04	
	b	0,09			-			0,10			-			0,03				
A ₄	I	a		0,02		0,05			0,04			0,01			0,04		0,11	
	II		0,09		-			0,27			0,06			0,11				
B ₁	II		-			-			0,06			-			0,02		0,02	
C ₁	I	a			1,41		1,60			1,77			1,32			1,56	0,86	
	b			0,23		0,16			0,21			0,11			0,16			
Ø A ₃ -C ₁			0,07	0,02	0,82	-	0,03	0,88	0,12	0,05	0,39	0,07	0,00	0,72	0,06	0,03	0,86	0,26

Anm. zu Tab. 4:

¹ Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

Tab. 5: Ausgaben ¹ der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 2
(Schulen) in DM je Einwohner

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57
Gr.-	Gem.	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3
A ₂	II	a	7,5		12,9			14,0			16,1			14,3			10,2
	b		3,6			5,3		6,4			5,7				5,8		
	III		1,3		4,6			13,4			13,6			10,5			
A ₃	I	a	8,9		9,5			7,9			6,3			7,9			9,8
	b		6,5			6,7 ¹		12,3 ³			9,5 ⁴				9,5		
	III		4,0			10,4		9,3			16,4				12,0		
A ₄	II	a	2,3		6,0			7,7			6,7			6,8			7,5
	b		5,5			6,3		5,7			4,9			5,6			
	III		5,7		9,0			10,6			10,6			10,1			
B ₁	II	a		3,8		6,2		5,1			5,4				5,6		5,4
	b		4,3			5,6		8,5			5,2			6,4			
	III		2,9			3,6		4,5			4,9			4,3			
B ₂	I	a	9,1		10,0			10,0			8,3			9,4			8,0
	b	2,8			6,1			7,2			9,0			7,4			
	II	a	5,0			11,3			11,5			7,9		10,2			
	b		4,2			6,0		7,2			7,2				6,8		
	III	a		6,5			7,4		6,2			5,6			6,4		
	b																
G ₁	II			3,4		4,7		5,1*			5,4				5,1	5,1	
C ₂	I		7,2			5,5		7,6			6,4				6,5		8,3
	II			6,8			11,4		10,9			8,2			10,2		
Ø A ₂ -C ₂		5,3	5,0	4,7	8,7	6,3	7,4	10,3	7,5	7,0	9,8	7,3	6,3	9,6	7,0	7,0	7,8
A ₃	II	a	6,8		9,0			10,9			9,8			9,9			7,4
	b	5,5			6,0			6,4			6,6			6,3			
	III		6,5			4,8		7,1			6,4				6,1		
A ₄	I		3,8		4,1			5,1			3,2			4,1			4,1
B ₁	II		1,4			4,2		5,5			8,1				5,9		5,9
C ₁	I	a		4,9			5,2		5,4			10,2				6,9	6,6
	b			4,9			6,1		6,3*			6,8*				6,4	
Ø A ₃ -C ₁		5,4	4,0	4,9	6,4	4,5	5,7	7,5	6,3	5,9	6,5	7,2	8,5	6,8	6,0	6,7	6,0

Anm. zu Tab. 5:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Der * bei einem Zahlenwert bedeutet im folgenden das Vorhandensein außerordentlicher Ausgaben.

Tab. 6: Berufsschulverbandsbeiträge¹ in DM je Einwohner und ihr Anteil an den gesamten Ausgaben des Einzelplans 2

Typ	1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57	Ø 55-57 i. v. H. des ges. Best.			Ø 55-57	
Gr.-Geme.	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3	1	2	3	1-3	
A ₂	I	1,6		2,2		1,1		1,8		3,6		1,8	0,5		1,5		1,6	17	26		16
	II	0,5	1,0		0,5		0,3		2,0		0,9							9			
A ₃	I	1,2		1,4		1,1		1,5		2,2		1,7					1,5	2,2	15		15
	II	0	0,8		1,4		1,8		1,5						1,4						
A ₄	I	0,3		1,0				2,0													
	II							0,8								1,3 ²				17	
B ₁	I	0,2		1,4				1,7		0,7		1,3					1,3				
	II			2,1		3,4				2,0		3,8			3,1				5,5		
B ₂	I		1,1		2,0		2,2		1,3		1,6			1,8		2,1		3,8		7,9	
	II		0,8		1,3		1,5							1,5				3,5			
B ₃	I							3,2		5,8		3,9						5,3			
	II	0,5		2,5				5,4		6,2		6,0				3,5 ²	5,9			4,1	
C ₁	I		0,9		1,3		2,7		1,1		2,4			2,1				3,1			
	II		1,2		1,7			0,7		1,1		1,2						1,9			
C ₂	I		3,8		3,4		4,3		3,0		3,3		3,0	3,0		3,0	3,0		5,9	5,9	
	II		0,8		1,3		1,9		3,0		1,7		3,6	1,6		2,6		5,5		3,1	
Ø A ₁ -C ₂		0,7 ²	1,2	1,4	2,2 ²	1,7	2,4	2,3 ²	1,9	2,3	3,4 ²	1,8	2,9	2,7 ²	1,9 ²	2,6	2,2	2,9 ²	3,0 ²	3,1	
A ₃	I	0,1					1,3			2,0		1,3					1,3				
	II									0,2		0,1				0,5	2			7	
A ₄	I		0,1		0,1		0,1		0,9		0,2		0,1					2			
	II														0,3		0,3	7		7	
B ₄	I				0,1		0,3		0,4				0,3					5		5	
	II															2,1 ²					
C ₁	I		0,3		1,4		2,2		2,6				2,1					3,3		3,2	
Ø A ₃ -C ₁		0,0	0,0	0,3 ²	-	0,1	1,4 ²	0,5	0,2	2,2 ²	1,0	0,3	2,6 ²	0,6	0,2	2,1 ²	0,8	7	4	3,3 ²	1,2

Anm. zu Tab. 6:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: Haushaltspläne und -rechnungen der Untersuchungsgemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Durchschnittliche Ausgaben je Einwohner des jeweiligen Grundtyps bzw. der jeweiligen Gemeindegrößenklasse unter Weglassung der Gemeinden, bei denen keine Angaben vorhanden sind.

Tab. 7: Ausgaben und Einnahmen ¹ der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 2 in absoluten DM-Beträgen

Typ	Rj.	Zweck	Ausgaben ²	Einnahmen ²		
				insg.	davon	aus(von)
A ₃ IIb/E	1955	Schulhausbau	56 070	60 000	22 000	Zuweisungen
					28 000	Schuldaufnahme
					10 000	Ordentl. Mittel
	1956	Schulhausbau	13 208	13 208		Schuldaufnahme
	1957	Schulhausbau	25 141	25 141		Ordentl. Mittel
C ₄ II/E	1956	Volksschul- verwaltungsba	145 832	145 832	13 450	Zuweisungen
					58 000	Schuldaufnahme
					29 642	Ordentl. Mittel
					44 800	Rücklagen
C ₄ IIb/B	1956	Schulhausbau	105 470	292 137	45 000	Zuweisungen
					171 500	Schuldaufnahme
					36 039	Ordentl. Mittel
					25 228	Rücklagen
	1957	Schulhausbau	175 842	104 100	14 370	Veräußerung v. Gr.-Verm.
					38 500	Zuweisungen
					29 400	Schuldaufnahme
					31 200	Ordentl. Mittel
					5 000	Rücklagen

Anm. zu Tab. 7:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben und -Einnahmen; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Das Überwiegen der außerordentlichen Ausgaben über die Einnahmen oder umgekehrt ist darauf zurückzuführen, daß in einem Rechnungsjahr höhere Ausgaben entstanden als Einnahmen eingegangen sind oder umgekehrt.

Tab. 8: Ausgaben¹ der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 3
(Kultur- und Gemeinschaftspflege) in DM je Einwohner

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57
Gr.-	Gem.-	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3
A ₂	I	a	0,84		1,94			1,49			1,73			1,72			1,12
		b		0,12			1,23			1,30			0,51			1,01	
	III	a	0,67		1,18			0,15			0,57			0,63			
A ₃	I	a	3,56		2,71			1,70			2,06			2,16			1,22
		b		0,29			0,02			0,28			0,34			0,21	
	III	a		1,15			1,28			1,38			1,17			1,28	
A ₄	I	a	2,67		1,82			1,09			0,66			1,19			1,65
		b		1,72			2,03			1,92			1,78			1,91	
	III	a		1,70			4,81			0,38			0,39			1,86	
B ₁	I	a			0,34			1,27			0,41			0,77			0,82
		b		0,37			0,28			0,17			0,19			0,21	0,90
	III	a		0,77			0,73			1,14			3,12			1,66	
B ₂	I	a	4,09		3,43			5,26			4,28			4,32			1,56
		b	1,85		0,64			0,15			6,07			2,39			
	III	a	0,21		0,51			0,47			0,02			0,33			
C ₁	I	a		0,65			0,17			0,10			0,16			0,14	
		b		2,02			0,43			0,82			0,65			0,63	
	III	a															
C ₂	I	a		0,50			0,38			0,46			0,66			0,50	0,52
		b		1,64			0,38			0,74			0,47			0,53	
	III	a															
Ø A ₂ - C ₂		1,95	0,84	1,38	2,13	0,73	0,71	1,37	0,79	0,66	1,97	0,95	0,88	1,82	0,83	0,75	1,12
A ₃	I	a	2,96		2,34			2,55			2,70			2,53			1,67
		b	0,21		2,54			0,68			0,51			1,24			
	III	a		0,67			3,01			0,36			0,38			1,25	
A ₄	I	a	0,61		0,39			0,48			0,19			0,35			0,35
B ₁	I	a		0,86			0,54			0,61			0,23			0,46	0,46
C ₁	I	a			1,67			1,82			2,07			1,74			1,88
		b			0,28			0,69			0,34			0,08			0,37
	III	a															1,13
Ø A ₃ - C ₁		1,26	0,76	0,97	1,76	1,77	1,25	1,24	0,48	1,20	1,13	0,30	0,91	1,37	0,85	1,12	0,90

Anm. zu Tab. 8:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untersuchungsgemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Ohne einmalige Ausgaben (Zuweisungen an Kirche, Ausgaben für Mahnmal, für Dorfverschönerung usw.)
- 3 Geschätzt auf Grund der Soll-Zahlen, da keine Ist-Zahlen vorhanden.

Tab. 9: Ausgaben ¹ der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 4
(Fürsorge- und Jugendhilfe) in DM je Einwohner

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57
Gr.	Gem.	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3
A ₂	I	a	0,04		-			0,05			0,10			0,05			
		b		0,85		0,22		0,05			0,15				0,14		0,07
	II	a	0,02		0,01			0,05			-			0,02			
A ₃	I	a	0,72		-			-			0,34			0,11			
		b		0,08		0,41		0,07			0,05				0,18		1,10
	II	a		0,03		0,02		0,03			0,07				0,04		
A ₄	I	a	0,14		0,04			0,12			0,15			0,10			
		b		0,81		1,20		0,80			0,98				0,99		0,38
	II	a	0,06		0,05			0,09			0,04			0,06			
B ₁	I	a		0,32		0,19		0,36			0,20					0,25	
		b		-		0,02		0,03			0,09				0,05		1,22
	II	a		0,05		2,90		3,37			3,78				3,35		
B ₂	I	a	0,04		0,04			0,04			0,04			0,04			
		b	0,07		14,77			13,72			17,21			15,03			3,10
	II	a	-		0,34			0,03			0,26			0,21			
C ₁	I	a		0,05		0,07		0,10			0,12				0,10		
		b		-		0,03		0,02			0,25				0,10		
	II	a															
C ₂	I	a		0,22		0,10		0,08			0,11				0,10		
		b		0,59		1,40		0,63			0,23				0,75		0,43
	II	a															
Ø A ₂ -C ₂		0,14	0,23	0,36	1,83	0,55	0,62	1,76	0,51	0,37	2,27	0,62	0,29	1,95	0,56	0,43	0,94
A ₃	I	a	0,06		0,08			0,16			0,08			0,11			
		b	0,13		0,04			0,10			0,04			0,06			0,07
	II	a		0,04		0,07		0,03			0,05			0,05			
A ₄	I	a	0,05		0,04			-			0,03			0,02			0,02
B ₁	II	a		0,01		0,04		0,07			0,02			0,04			0,04
C ₁	I	a		0,20		0,44		0,98			0,99				0,80		
		b		1,28		1,58		1,70			1,35				1,54		1,17
	II	a															
Ø A ₃ -C ₁		0,08	0,02	0,74	0,05	0,05	1,01	0,09	0,05	1,34	0,05	0,03	1,17	0,06	0,04	1,17	0,33

Anm. zu Tab. 9:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Im außerordentlichen Haushalt wurden im Rj. 1955 für die Errichtung eines Kindergartens 1.674 DM (Anteilbetrag der ordentlichen Rechnung) ausgegeben.
- 3 Im außerordentlichen Haushalt wurden im Rj. 1955 für die Errichtung eines Kindergartens 20.795 DM (Anteilbetrag der ordentlichen Rechnung) ausgegeben.

Tab. 10: Ausgaben und Einnahmen¹ der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 5 (Gesundheits- und Jugendpflege) in DM je Einwohner

[illegible]

Ann. zu Tab. 10:

¹ Rechnungsmässige Ist-Ausgaben und -Einnahmen; Quelle: GT-Erhebungsbüden des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

Tab. 11: Ausgaben und Einnahmen¹ der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 6 (Bau- und Wohnungswesen)
in DM je Einwohner

Typ	1952						1955						1956						1957						Q1955/56/57						1955/56/57		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3			
A ₁ I	61	37					57	62					70	98					130	132					95	70							
A ₂ I	10	08					75	65					01	04					00	60					35	03							
A ₃ I	14	04					08	10					54	08					23	71					28	06							
A ₄ I																																	
A ₅ I	14	02					07	05					18	01					64	03					30								
A ₆ I	20	73					06	01					02	01					07	01					45	15							
A ₇ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₈ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₉ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₀ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₁ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₂ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₃ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₄ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₅ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₆ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₇ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₈ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₁₉ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₀ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₁ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₂ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₃ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₄ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₅ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₆ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₇ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₈ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₂₉ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₀ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₁ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₂ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₃ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₄ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₅ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₆ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₇ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₈ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₃₉ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₀ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₁ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₂ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₃ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₄ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₅ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₆ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₇ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₈ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₄₉ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₀ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₁ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₂ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₃ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₄ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₅ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₆ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₇ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₈ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₅₉ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₀ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₁ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₂ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₃ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₄ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₅ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₆ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₇ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₈ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₆₉ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₇₀ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₇₁ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₇₂ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₇₃ I	20	73					06	01					88	00					07	01					40								
A ₇₄ I	20	73					06	01																									

1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben und -Einnahmen; Quelle: GF-Ehebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untergemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben und -Einnahmen; Quelle: GF-Ehebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untergemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

3 Einschließlich 1.320 DM für Siedlungsgelände.

4 Da keine Ist-Zahlen vorhanden waren, wurden sie anhand der Soll-Zahlen geschätzt.

5 In diesen Beträgen sind Ausgaben für Wohnungsbau enthalten.

Tab. 12: Ausgaben und Einnahmen ¹ der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 6 in absoluten DM-Beträgen

Typ	Rj	Zweck	Ausgaben ²	Einnahmen ¹		
				insg.	davon	aus (von)
A ₁ Ia/E	1955	Straßenbau	29 670	29 670	28 700	Schuldaufnahme
					970	Ordentl. Mittel
	1956	Straßenbau	10 699	10 699		Schuldaufnahme
A ₂ Ib/E	1955	Straßenbau	14 000	14 000		Ordentl. Mittel
	1956	Straßenbau	13 992	13 992	6 000	Schuldaufnahme
					7 992	Ordentl. Mittel
A ₃ Ib/E	1952	Wohnungsbau	1 386	1 386		Schuldaufnahme
	1955	Wohnungsbau	25 100	25 100	21 500	Schuldaufnahme
					3 600	Ordentl. Mittel
	1955	Straßenbau	48 511	43 539	9 000	Zuweisungen
	1956	Wohnungsbau	19 763	19 763	24 000	Schuldaufnahme
A ₄ II/E	1955	Brückenbau	1 936	1 936	10 589	Ordentl. Mittel
					1 000	Schuldaufnahme
					936	Zuweisungen
B ₁ I/E	1955	Straßenbau	38 037	21 929	10 384	Ordentl. Mittel
					11 545	Schuldaufnahme
	1956	Straßenbau	91 791	82 327	49 000	Ordentl. Mittel
					31 390	Veräußerung v. G. von
	1957	Straßenbau	27 918	27 918	1 937	Zuweisungen
B ₁ IIb/E	1952	Wohnungsbau	54 350	54 350	7 000	Ordentl. Mittel
					20 918	Zuweisungen
	1956	Wohnungsbau	104 330	104 330	16 150	Schuldaufnahme
					35 000	Rücklagen
					3 200	Zuweisungen
B ₂ Ia/E	1952	Straßenbau	63 845	52 388	4 830	Schuldaufnahme
					61 000	Ordentl. Mittel
					38 500	Zuweisungen
B ₂ IIb/E	1957	Straßenbau	6 000	6 000	24 600	Schuldaufnahme
B ₃ IIb/E	1952	Wohnungsbau	16 000	16 000	13 239	Ordentl. Mittel
C ₂ I/E	1952	Wohnungsbau	53 041	54 350	14 549	Schuldaufnahme
						Schuldaufnahme
					16 150	Zuweisungen
A ₃ II/B	1955	Straßenbau	27 235	18 544	35 000	Schuldaufnahme
					3 200	Rücklagen
					8 444	Zuweisungen
A ₃ IIb/B	1956	Straßenbau	2 931	2 931	8 000	Schuldaufnahme
	1957	Straßenbau	1 804	1 804	2 100	Ordentl. Mittel
					1 750	Ordentl. Mittel
C ₁ IIa/B	1955	Straßenbau	184 575	171 622	1 181	Übrige Einnahmen
						Zuweisungen
	1956	Straßenbau	44 073	43 804	79 540	Schuldaufnahme
					91 900	Übrige Einnahmen
	1957	Straßenbau	49 550	49 550	182	Zuweisungen
C ₁ IIb/B	1952	Straßenbau	46 077	18 800	3400	Schuldaufnahme
					40 000	Ordentl. Mittel
					404	Zuweisungen
					13 000	Schuldaufnahme
					20 000	Ordentl. Mittel
					16 550	Zuweisungen
					17 535	Schuldaufnahme
					1265	

Anm. zu Tab. 12:

1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben und -Einnahmen; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haus-

Tab. 14: Ausgaben und Einnahmen ¹ der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 7 in absoluten DM-Beträgen

Typ	Rj.	Zweck	Ausgaben ²	Einnahmen ²		
				insg.	davon	aus(von)
A ₁ IIb/E	1955	Kanalisation	86 742	86 742	14 742	Zuweisungen
	1956	Kanalisation	30 592	30 592	72 000	Schuldaufnahme
B ₂ Ib/E	1957	Feuerlöschteich	20 000	20 000		Ordentl. Mittel
C ₁ II/E	1955	Kanalisation	48 145	51 352	9 882	Schuldaufnahme
					16 080	Zuweisungen
					25 390	Schuldaufnahme
A ₃ IIa/B	1957	Feuerlöschteich	455	—		Kapitalvermögen
	1952	Feuerlöschwesen	2 537	2 537	1937	Ordentl. Mittel
C ₁ IIb/B	1952	Kanalisation	89 944	64 070	600	Vordruckerung v. Gn.-Vorm.
					50 470	Zuweisungen
	1955	Postautohalle	4 074	5 500	13 600	Schuldaufnahme
	1956	Postautohalle	401	—		Schuldaufnahme
	1957	Kanalisation	8 497	8 497		Ordentl. Mittel

Anm. zu Tab. 14:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben und -Einnahmen; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untersuchungsgemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Siehe Anm. 2 zu Tab. 7.

Tab. 15: Ausgaben und Einnahmen ¹ der öffentlichen Rechnung des Einzelplans 8
(Wirtschaftliche Unternehmen ²) in DM je Einwohner

Typ	1952			1955			1956			1957			Ø 1955/56/57			Ø
Gr. Gen.	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3
A ₁	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E
A ₂	0	4	38	—	02	81	—	03	18	—	33	63	15	54	—	—
A ₃	0	—	92	28	—	—	—	156	443	—	—	—	15	—	94	242
A ₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₂₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₃₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₄₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₅₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₆₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₇₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₈₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₁	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₂	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₃	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₄	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₅	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₇	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₈	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₉₉	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A ₁₀₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Anm. zu Tab. 15:

- 1 Rechnungsmäßige ist Ausgaben und-Einnahmen-Quelle: GR-Rechnungsabgrenzung des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untersuchungsgegenstände für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Ohne Versorgungsunternehmen (Elektrizitäts- und Wasserversorgung).
- 3 Diese Beträge stellen Schätzwerte dar.
- 4 Es handelt sich vornehmlich um Ausgaben für Aufzucht von Büd.
- 5 Da die Gemeinde Aita/E an dem Rechnungswald keine Nutzungsrechte besitzt, bedeuten die über den Gemeindevorstand laufenden Einnahmen keine unmittelbare Stärkung der Finanzkraft. Es handelt sich daher nur um durchlaufende Posten. Eine Trennung der Ausgaben für den Rechnungswald und der Einnahmen aus dem Rechnungswald von den gesamten Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 8 war bei den anderen Untersuchungsgegenständen aus Materialgründen nicht möglich.

Tab. 16: Ausgaben und Einnahmen ¹ der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 8 ² in absoluten DM-Beträgen

Typ	Rj.	Zweck	Ausgaben ³	Einnahmen ³		
				insg.	davon	aus(von)
A ₂ II/E	1955	Wasserversorgung	1000	1000		Ordentl. Mittel
A ₃ III/E	1952	Wasserversorgung	14906	14906		Ordentl. Mittel
	1955	Wasserversorgung	157109	192634	31234	Zuweisungen
					161400	Schuldaufnahme
	1957	Wasserversorgung	94438	56850	13600	Zuweisungen
B ₁ II/E					43250	Ordentl. Mittel
	1952	Wasserversorgung	2850	500		Veräußerung v. Gr.-Verm.
	1955	Wasserversorgung	4616	7384	7234	Zuweisungen
	1956	Wasserversorgung	750	—	150	Veräußerung v. Gr.-Verm.
B ₁ IIIa/E	1957	Wasserversorgung	540	381		Ordentl. Mittel
					2000	Zuweisungen
B ₂ IIIa/E	1952	Wasserversorgung	121675		103590	Schuldaufnahme
					10588	Übrige Einnahmen
B ₂ IIb/E	1957	Wasserversorgung	10000	10000		Schuldaufnahme
C ₁ IIb/B	1955	Erwerb v. Gr.-Verm.	6973	—		
	1956	Wasserversorgung	4374	562		Ordentl. Mittel
	1957	Wasserversorgung	7500	7500		Schuldaufnahme

Anm. zu Tab. 16:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben und -Einnahmen; Quelle: GE-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untersuchungsgemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Einschließlich Wasserversorgung (außerordentliche Ausgabenbeträge für eigene oder Verbandswasserversorgungsanlagen laufen über den Gemeindehaushalt).
- 3 Siehe Anm. 2 zu Tab. 7.

Tab. 17: Ausgaben ¹ des Abschnitts "Finanz- und Steuerverwaltung"
(Abschnitt 90) des Einzelplans 9 (Finanzen und Steuern)
in DM je Einwohner

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57
Gr.-	Geme.	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3
A ₂	II	a	1,3		1,9			2,3			1,3			1,8			2,1
		b		1,8		1,7		1,9			1,7				1,8		
		III	2,1		2,7			2,6			2,7			2,7			
A ₃	I	a	1,5		1,9			2,3			2,4			2,2			2,6
		b		2,0		3,2		2,7			3,3				3,1		
		III		2,0		2,7		1,9			3,3				2,6		
A ₄	II	a	3,3		3,8			3,3			4,8			4,0			2,8
		b		2,0		2,2		2,7			2,1				2,3		
		III	1,7		1,7			2,0			3,0			2,2			
B ₁	II	a			2,3			3,4			3,4			3,6			2,8
		b		2,2		2,2		2,0			2,7				2,2		
		III		1,4		2,7		2,5			3,0				2,7		
B ₂	I	a	4,5		6,2			5,3			4,8			5,4			3,7
		b	2,9		3,3			4,4			6,2			4,6			
	II	a	2,4		3,4			3,6			8,3			5,1			
		b		1,1		1,0		1,4			1,9				1,4		
	III	a		1,9		1,7		1,6			2,3				1,9		
		b															
C ₁	II			3,2			4,1			4,1			5,1			4,4	4,4
C ₂	I			9,6			2,8			2,5			2,4			2,6	3,3
	II			1,9			4,1			4,2			3,3			3,9	
Ø A ₂ -C ₂		2,5	1,7	2,5	3,1	2,2	3,9	3,2	2,1	3,9	4,2	2,5	4,0	3,5	2,3	3,9	3,1
A ₃	II	a	2,5		2,5			2,8			3,0			2,8			2,5
		b	3,1		3,1			2,4			2,5			2,7			
			1,5			2,0		1,9			2,2				2,0		
A ₄	I	1,6			1,7			1,9			1,8			1,8			1,8
B ₁	II		0,9			1,2			0,8			1,3			1,1		1,1
C ₁	I	a			6,9			7,7			9,0			10,1			8,9
		b			5,5			8,7			13,2			12,4			11,4
Ø A ₃ -C ₁		2,4	1,2	6,2	2,4	1,6	8,2	2,4	1,4	11,1	2,4	1,7	11,2	2,4	1,6	10,2	3,9

Anm. zu Tab. 17:

¹ Rechnungsmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

Tab. 18: Zuschußbedarf ¹ des Abschnitts "Finanz- und Steuerverwaltung" des Einzelplans 9 und sein Anteil an den gesamten Ausgaben dieses Abschnitts in DM je Einwohner

Typ		1952			1955			1956			1957			Ø 55/56/57			Ø 55-57	Ø 55-57 i. v. H. des ges. Bed.	Ø 55-57		
Gr.-	Gen.	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1-3	1	2	3	1-3
A ₂	II	a	0,2		0,3			0,8			0,4			0,5			1,2	2,8	61		57
	II	b	1,0		2,1			2,0			2,2			2,1				78			
	II	c	0,7		0,9			1,2			1,8			1,3				59			
A ₃	II	a		1,3		3,2		1,8			2,9			2,6			1,9	84			73
	II	b		1,2		1,8		0,7			2,8			1,8				69			
	II	c	3,0		2,9		2,5			4,2			3,2					80			
A ₄	II	a		1,4		1,3		2,6			1,6			1,8			2,1	78			75
	II	b		1,3		1,0		0,5			1,2			1,2				55			
	II	c			1,7		2,6		2,7		2,8					2,7			77		
B ₁	III	a		1,8		1,9		1,8			2,5			2,1			2,4	95			86
	III	b		1,2		2,4		2,3			2,8			2,5				93			
	III	c	2,7		4,6		4,0			4,0			4,2					78			
B ₂	I	a	2,5		2,0		2,8			5,6			3,5				3,0	76			
	I	b	2,0		2,5		2,9			8,0			4,5					88			81
	II	a	0,9		0,9		1,0			1,6			1,2					86			
C ₁	II	b	1,8		1,5		1,4			2,1			1,7					89			
	II	c		2,9		3,2		3,7			4,7			3,9			3,9		87		87
	II	a		0,4		2,5		2,1			2,2			2,3			2,9	88			
C ₂	I	b		1,8		3,7		4,0			2,8					3,5			90		88
	I	c																			
	Ø A ₂ -C ₂		1,7	1,2	2,1	2,0	1,8	3,2	2,1	1,7	3,5	3,6	2,2	3,4	2,6	1,9	3,4	2,5	68	83	85
A ₃	II	a	2,2		2,1		2,3			2,4			2,3					82			
	II	b	2,9		2,8		2,1			2,2			2,4				2,2	89			88
	II	c		1,4		1,8		1,8			1,9			1,8				90			
A ₄	I	a	1,4		1,5		1,8			1,5			1,6				1,6	89			89
	I	b		0,7		1,0		0,5			1,0			0,8			0,8	73			73
	I	c			6,7		7,5			8,8			9,8			8,7	4,3		98		91
C ₁	II	a			4,1		6,9			12,6			10,2			8,9			87		
	II	b																			
	II	c																			
Ø A ₃ -C ₁		2,2	1,1	5,4	2,1	1,4	7,2	2,1	1,1	10,7	2,0	1,4	10,0	2,1	1,3	9,3	3,5	86	81	92	85

Anm. zu Tab. 18:

¹ Quelle: Die absoluten Beträge der speziellen Deckungsmittel (rechnungsmäßige Ist-Einnahmen) wurden den GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material).

4 Im außerordentlichen Haushalt wurden im Rd. 1992 7.909 DM (aus Schuldentilnahme) für Grunderwerb ausgegeben.

5 In diesen Beträgen sind hohe Ausgaben für den Schuldendienst enthalten.

Tab. 20: Steuermeßbeträge in DM je Einwohner ¹, Hebesätze, Aufkommen und Steuerkraftzahlen in DM je Einwohner der Grundsteuer A

Typ		Steuermeßbeträge der GrSt A								Hebesätze der GrSt A								1st-Aufkommen der GrSt A								Steuerkraftzahlen der GrSt A							
Gr.	Gem.	52	55	56	57	58	59	60	61	52	55	56	57	58	59	60	61	52	55	56	57	58	59	60	61	52	55	56	57	58	59	60	61
A ₂	I	198	210	217	220	216				130	250	260	250	258	471	544	550	552															
	II	198	194	214	210	203	17,6			180	180	180	180	343	357	312	435	368	377	232	284	303	109	302									
	III	111	110	109	110	110				200	220	220	220	230	243	267	232	241		133	154	152	154	153								246	
A ₃	I	135	143	139	145	141				150	150	150	150	205	211	205	225	214		162	200	194	203	189									
	II	138	138	129	131	131	15,4			150	200	300	300	131	242	354	382	328	30,6	165	193	180	183	185								21,6	
	III	187	182	188	193	198				120	220	220	220	213	331	289	494	375		225	265	263	270	263									
A ₄	I	155	143	143	146	144				160	160	240	270	194	217	312	410	315		150	200	200	204	209									
	II	134	135	133	130	133	11,7			160	200	200	200	245	248	208	371	243	23,0	161	183	187	182	186								16,4	
	III	74	76	72	74	74				110	150	150	150	100	133	120	129	127		8,8	107	101	103	104									
B ₁	I	36	38	37	38	38				180	270	300	300	70	100	115	111	111		44	53	52	54	53									
	II	35	38	37	38	38	4,9			150	300	250	250	56	109	95	99	101	11,2	42	54	52	53	53								6,7	
	III	13	71	76	74	72				110	180	180	180	77	115	127	131	124		97	100	99	84	94									
B ₂	I	98	129	130	129	129				110	110	110	130	139	158	152	176	162		118	180	182	181	181									
	II	101	109	105	112	109				150	150	150	300	184	154	160	222	179		121	152	147	157	152									
	III	56	62	58	57	59	7,1			100	100	100	100	75	76	66	70	70	10,3	67	86	82	79	82								10,0	
C ₁	I	14	25	37	38	33				150	160	160	160	22	43	63	65	57		16	34	52	54	47									
	II	24	26	25	26	26				150	150	150	150	29	48	44	44	45		28	37	35	36	36									
	III	20	20	18	18	19	1,9			110	150	150	150	13	29	25	23	26	2,6	24	28	26	25	26								2,6	
C ₂	I	41	39	38	36	38				120	100	200	200	59	90	99	91	94		49	55	53	50	53									
	II	26	36	36	38	32	3,7			120	140	140	150	38	47	47	56	50	7,2	31	50	50	53	51								5,2	
	III	91	96	90	98	97	8,9							136	173	149	211	188	17,5	110	135	135	136	135								12,4	
A ₃	I	110	164	162	161	162				240	240	240	240	327	322	389	390	367		132	229	227	226	227									
	II	49	53	53	51	53	8,6			1165	1165	1165	1165	63	65	67	67	67	17,1	53	73	74	75	74								12,0	
	III	34	38	40	47	42				200	200	200	200	73	67	77	94	80		40	57	55	66	59									
A ₄	I	54	66	68	70	68	6,8			210	210	210	210	104	156	110	119	128	12,8	65	93	94	97	95								9,5	
	II	39	48	52	54	52	5,2			160	160	200	200	56	77	87	95	87	8,7	46	67	74	75	72								7,2	
	III	21	22	22	23	22	2,5			119	200	200	200	21	41	44	42	42	4,3	25	30	31	32	31								3,5	
A ₃ -C ₁	I	28	29	28	28	28				180	150	160	160	40	41	45	45	44		33	41	39	39	40									
	II	48	60	61	62	61	5,8							98	110	117	122	116	10,7	57	84	85	87	85								8,1	
	III																																

Ann. zu Tab. 20:

- Im folgenden werden zur Berechnung der Prokopfwerte die bei den Ausgaben herangezogenen Einwohnerzahlen (s. Anmerkung 3 der Tab. 1) zu Grunde gelegt.
- Quelle: Die absoluten Werte der Steuermeßbeträge der GrSt A wurden den Listen zur Berechnung der Realsteuerkraftzahlen beim Bayer. Stat. Landesamt für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material).
- Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- Kassenmäßiges Ist-Aufkommen unter Berücksichtigung des Grundsteuerausgleichs nach § 20 GrStG; Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- Quelle: Die absoluten Werte der Steuerkraftzahlen der GrSt A wurden den Listen zur Berechnung der Realsteuerkraftzahlen beim Bayer. Stat. Landesamt für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material). Die Steuerkraftzahl der GrSt A wird berechnet, indem der Steuermeßbetrag unter Berücksichtigung der Grundsteuerbeteiligungsbeträge und der nach § 6 Abs. 1 Ziff. 1 FAGDV

Tab. 21: Steuermeßbeträge in DM je Einwohner, Hebesätze, Aufkommen und Steuerkraftzahlen in DM je Einwohner der Grundsteuer B

Typ	Steuermeßbeträge ¹ der GrSt B					Hebesätze ² der GrSt B					Ist-Aufkommen ³ der GrSt B					Steuerkraftzahlen ³ der GrSt B				
Gr.	Gem.	52	55	56	57	58	52	55	56	57	52	55	56	57	58	52	55	56	57	58
A ₂	a	06	07	07	10	08	130	150	150	150	05	07	08	11	11	08	09	10	11	11
	b	10	11	11	13	12	150	180	180	180	18	16	21	22	20	15	12	15	16	18
	III	06	06	06	06	06	200	220	220	220	04	11	18	14	14	07	08	09	09	09
A ₃	a	09	10	10	11	10	150	150	150	150	12	11	14	17	14	11	14	14	15	14
	b	10	10	09	08	09	150	200	300	300	07	15	22	16	18	17	13	14	12	12
	III	11	11	12	12	12	120	220	220	220	13	14	18	24	19	14	15	16	17	16
A ₄	a	12	14	20	21	18	100	100	100	100	11	14	17	21	17	14	19	28	29	25
	b	08	09	11	11	10	160	200	200	200	13	14	11	21	15	17	10	13	15	14
	III	24	27	30	32	30	30	150	150	09	17	16	16	17		14	17	16	17	17
B ₁	a	15	19	40	42	40	140	240	240	240	50	79	101	91	90	42	55	56	59	57
	b	28	30	31	33	31	150	300	280	280	41	77	85	80	81	75	34	42	43	46
	III	29	30	30	33	31	145	180	180	180	32	43	55	62	54	35	42	42	46	43
B ₂	a	41	61	72	72	68	115	115	115	130	50	35	93	97	56	49	85	100	101	95
	b	19	29	29	34	31	150	150	150	300	12	37	45	71	51	23	41	41	47	43
	III	40	40	38	39	39	180	180	100	100	68	72	35	43	50	48	56	53	55	55
C ₁	a	36	33	52	59	48	150	140	160	160	55	53	80	99	77	43	46	72	82	67
	b	22	25	25	25	25	150	150	150	150	32	37	36	38	37	27	35	35	35	35
	III	31	81	80	83	81	120	150	150	150	85	126	128	123	126	85	113	112	116	114
C ₂	a	37	47	51	51	50	130	200	200	200	34	88	88	83	86	44	66	71	71	68
	b	28	29	33	39	38	170	190	190	190	52	57	78	82	73	79	34	41	47	54
	III	24	27	30	32	30	34	.	.	.	30	44	47	52	48	56	28	37	40	43
D ₁ -C ₂	a	08	08	08	09	08	150	150	150	150	09	07	06	10	08	09	11	11	12	11
	b	16	16	16	17	16	120	120	120	145	15	18	19	24	20	15	20	22	23	23
	III	11	11	11	14	12	160	150	150	150	17	16	17	22	18		13	15	16	19
A ₄	a	11	12	13	13	13	130	130	140	140	13	16	16	06	13	13	13	17	18	19
	b	40	43	48	37	43	80	120	200	200	27	55	57	55	53	53	47	60	67	52
	III	64	74	77	79	77	180	200	200	200	144	147	161	156	155	171	104	108	110	107
C ₂	a	79	90	91	91	91	200	200	200	200	154	173	183	200	187	103	134	136	137	136
	b	33	36	38	37	37	.	.	.	.	50	63	65	68	65	63	39	52	54	53
	III	33	36	38	37	37	.	.	.	.	50	63	65	68	65	63	39	52	54	53

noch Ann. zu Tab. 20:

außer Ansatz bleibenden Steuermeßbeträge mit dem Nivellierungssatz angesetzt wird.

6 Der Steuerkraftzahl der GrSt A liegt im Rj. 1952 ein Nivellierungssatz von 120 v.H., in den Rechnungsjahren 1955, 1956 und 1957 ein Satz von 140 v.H. zu Grunde.

7 Während des Rechnungsjahres erfolgte eine Erhöhung des Hebesatzes. Da die Änderung eines Hebesatzes nach § 2 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen i.d.F. v. 27.12.1951 (BGBl. I S. 996) auf den Beginn des Rechnungsjahres zurückwirkt, wurden nur die veränderten Hebesätze dargestellt.

Ann. zu Tab. 21:

1 Quelle: Die absoluten Werte der Steuermeßbeträge der GrSt B wurden den Listen zur Berechnung der Realsteuerkraftzahlen beim Bayer. Stat. Landesamt für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material).

2 Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

3 Kassenmäßiges Ist-Aufkommen; Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts

Typ	Stauverhältnisse von Quers.				Höhebezug auf Grund				Jhr. Aufkommen der Quers.				Jhr. Aufkommen der Quers. Fläche				Stauerkraft isolierter Quers.			
	Gr.-	Quers.	Stauverhältnisse	Stauverhältnisse	Gr.-	Quers.	Stauverhältnisse	Stauverhältnisse	Gr.-	Quers.	Stauverhältnisse	Stauverhältnisse	Gr.-	Quers.	Stauverhältnisse	Stauverhältnisse	Gr.-	Quers.	Stauverhältnisse	Stauverhältnisse
A ₁	II	92	33	27	12	12	23	55	56	57	58	59	52	55	56	57	58	59	60	61
	III	93	34	28	13	13	24	56	57	58	59	60	53	56	57	58	59	60	61	
	IV	94	35	29	14	14	25	57	58	59	60	61	54	57	58	59	60	61	62	
A ₂	II	95	36	30	15	15	26	58	59	60	61	62	55	58	59	60	61	62	63	
	III	96	37	31	16	16	27	59	60	61	62	63	56	59	60	61	62	63	64	
	IV	97	38	32	17	17	28	60	61	62	63	64	57	60	61	62	63	64	65	
A ₃	II	98	39	33	18	18	29	61	62	63	64	65	58	61	62	63	64	65	66	
	III	99	40	34	19	19	30	62	63	64	65	66	59	62	63	64	65	66	67	
	IV	100	41	35	20	20	31	63	64	65	66	67	60	63	64	65	66	67	68	
A ₄	II	101	42	36	21	21	32	64	65	66	67	68	61	64	65	66	67	68	69	
	III	102	43	37	22	22	33	65	66	67	68	69	62	65	66	67	68	69	70	
	IV	103	44	38	23	23	34	66	67	68	69	70	63	66	67	68	69	70	71	
A ₅	II	104	45	39	24	24	35	67	68	69	70	71	64	67	68	69	70	71	72	
	III	105	46	40	25	25	36	68	69	70	71	72	65	68	69	70	71	72	73	
	IV	106	47	41	26	26	37	69	70	71	72	73	66	69	70	71	72	73	74	
A ₆	II	107	48	42	27	27	38	70	71	72	73	74	67	70	71	72	73	74	75	
	III	108	49	43	28	28	39	71	72	73	74	75	68	71	72	73	74	75	76	
	IV	109	50	44	29	29	40	72	73	74	75	76	69	72	73	74	75	76	77	
A ₇	II	110	51	45	30	30	41	73	74	75	76	77	70	73	74	75	76	77	78	
	III	111	52	46	31	31	42	74	75	76	77	78	71	74	75	76	77	78	79	
	IV	112	53	47	32	32	43	75	76	77	78	79	72	75	76	77	78	79	80	
A ₈	II	113	54	48	33	33	44	76	77	78	79	80	73	76	77	78	79	80	81	
	III	114	55	49	34	34	45	77	78	79	80	81	74	77	78	79	80	81	82	
	IV	115	56	50	35	35	46	78	79	80	81	82	75	78	79	80	81	82	83	
A ₉	II	116	57	51	36	36	47	79	80	81	82	83	76	79	80	81	82	83	84	
	III	117	58	52	37	37	48	80	81	82	83	84	77	80	81	82	83	84	85	
	IV	118	59	53	38	38	49	81	82	83	84	85	78	81	82	83	84	85	86	
A ₁₀	II	119	60	54	39	39	50	82	83	84	85	86	79	82	83	84	85	86	87	
	III	120	61	55	40	40	51	83	84	85	86	87	80	83	84	85	86	87	88	
	IV	121	62	56	41	41	52	84	85	86	87	88	81	84	85	86	87	88	89	

für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

Quelle: Die absoluten Werte der Steuerkraftzahlen der GrSt B wurden den Listen zur Berechnung der Realsteuerkraftzahlen beim Bayer. Stat. Landesamt für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material).

Die Steuerkraftzahl der GrSt B wird berechnet, indem der nach Gemeindegrößenklassen gestufte Steuerneubetrag unter Berücksichtigung der nach § 6 Abs. 1 Ziff. 1 PGDV außer Ansatz bleibenden Steuerneubeträge mit dem jeweils nach Gemeindegrößenklassen gestuften Nivellierungsfaktor angepasst wird.

Der Steuerkraftzahl der GrSt B liegt im R_h 1952 bis zu einer Steuergebetragssumme von 20.000 DM ein Nivelierungsseitz von 120 v.H. (der über 20.000 DM hinausgehende Betrag wird mit 160 v.H. angesetzt); nur bei den Gemeinden C11b/B für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 bzw. C11b/B für die Rechnungsjahre 1952, 1955, 1956 und 1957), in den Rechnungsjahren 1955, 1956 und 1957 ein Satz von 140 v.H. (170 v.H.) zu Grunde.

Während des Rechnungsjahrs erhöhter Hebesatz (s. Anm. 7 der Tab. 20).

Anm. zu Tab. 22 s. nächste Seite.

Anm. zu Tab. 22:

- 1 Quelle: Die absoluten Werte der Steuermeßbeträge der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital wurden den Listen zur Berechnung der Realsteuerkraftzahlen beim Bayer. Stat. Landesamt für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material).
- 2 Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 3 Kassenmäßiges Ist-Aufkommen ohne Gewerbesteuerausgleich;
Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 4 Zusammenfassung aus kassenmäßigem Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen ohne Gewerbesteuerausgleichsbeträge und Gewerbesteuerausgleichszahlungen (Tab. 23).
- 5 Siehe Tab. 23.
- 6 Quelle: Die absoluten Werte der Steuerkraftzahlen der GewSt wurden den Listen zur Berechnung der Realsteuerkraftzahlen beim Bayer. Stat. Landesamt für die dargestellten Rechnungsjahre entnommen (unveröffentlichtes Material).
Die Steuerkraftzahl der GewSt wird berechnet, indem die vom Finanzamt im Gewerbesteuermeßbetragsverzeichnis jeweils bis zum 15.9. des dem Rechnungsjahr vorausgegangenen Kalenderjahrs angeschriebenen Gewerbesteuermeßbeträge mit dem Nivellierungssatz angesetzt werden. Der so berechneten Steuerkraftzahl werden noch die Hälfte der einer Gemeinde zufließenden Gewerbesteuer-ausgleichsbeträge und die Hälfte der einer Gemeinde zufließenden Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn und Bundespost hinzugegerechnet. Davon werden in voller Höhe die von einer Gemeinde zu zahlenden Gewerbesteuerausgleichsbeträge abgesetzt.
- 7 Der Steuerkraftzahl der GewSt liegt im Rj. 1952 ein Nivellierungssatz von 220 v.H., in den Rechnungsjahren 1955, 1956 und 1957 ein Satz von 240 v.H. zu Grunde.

Tab. 23: Gewerbesteuerenausgleichsbeträge
in DM je Einwohner

Typ		Gewerbesteuerenausgleich											
Gr.-	Gem.-	von Betriebsgemeinden empfangen						an Wohngemeinden geleistet					
		52	55	56	57	58-59	55-57	52	55	56	57	58-59	55-57
A ₂	II a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	b	14	10	17	-	0,9	1,5	-	-	-	-	-	-
	III	-	-	4,3	6,7	3,7	-	-	-	-	-	-	-
A ₃	II a	-	-	3,4	7,2	3,5	-	-	-	-	-	-	-
	b	0,6	1,1	1,8	5,0	2,6	2,7	-	-	-	0,7	0,2	0,1
	III	1,5	1,4	2,5	1,8	1,9	-	-	-	-	-	-	-
A ₄	II a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	b	-	-	-	1,5	0,5	2,0	-	-	-	-	-	-
	III	2,3	2,5	4,0	10,0	5,5	-	-	-	-	-	-	-
B ₁	II	2,4	2,0	2,1	2,5	2,2	-	0,7	0,3	-	-	0,1	-
	III a	5,6	4,0	5,4	6,6	5,3	3,7	0,4	0,5	-	0,2	0,2	0,1
	b	1,3	2,5	4,6	4,0	3,7	-	-	-	-	0,4	0,1	-
B ₂	I a	-	-	-	-	-	-	10,0	14,6	29,4	40,0	28,0	-
	b	-	-	-	-	-	-	9,2	7,3	15,3	21,4	17,0	-
	II	-	-	-	-	-	1,8	10,2	14,4	18,3	22,4	18,4	12,7
	III a	0,8	1,2	3,1	6,5	3,6	-	-	-	-	-	-	-
	b	3,7	2,7	4,8	8,8	5,4	-	0,7	-	-	-	-	-
G ₁	II	1,4	1,7	2,2	3,6	2,5	2,5	0,3	0,5	0,5	1,0	0,7	0,7
G ₂	I	-	-	-	-	-	-	1,9	3,2	4,2	2,9	3,4	2,1
	II	1,7	4,4	2,1	1,0	2,5	1,3	-	-	1,0	1,5	0,8	-
Ø A ₂ -G ₂		1,1	1,2	2,1	3,3	2,2	2,2	1,7	2,0	3,4	4,9	3,4	2,2
A ₃	II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	III a	-	3,5	6,1	8,2	5,9	3,9	-	-	-	-	-	-
	b	1,3	3,3	5,3	8,8	5,8	-	-	-	-	-	-	-
A ₄	II	-	-	-	0,7	0,2	0,2	-	-	-	-	-	-
B ₁	II	-	-	-	3,9	1,3	1,3	-	-	-	-	-	-
G ₁	I a	1,0	2,4	4,1	8,6	5,0	3,2	0,2	0,2	0,4	0,7	0,4	1,4
	b	0,4	0,7	1,2	2,5	1,5	-	-	0,9	2,1	3,8	2,3	-
Ø A ₃ -G ₁		0,4	1,4	2,4	4,7	2,8	2,2	0,0	0,2	0,4	0,6	0,4	0,3

Anm. zu Tab. 23:

- 1 Gewerbesteuerenausgleichsbeträge (kassenmäßiges Ist-Aufkommen) einschl. Verwaltungskostenzuschüsse der Bundesbahn (kassenmäßiges Ist-Aufkommen); Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

Bundesbahn und Bundespost gewähren nach den §§ 8 - 11 des Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden v. 10.8.1925, RGBl. I S. 252, i. d. F. des § 9 des Gesetzes über die Pauschalierung der Verwaltungskostenzuschüsse v. 17.7.1930, RGBl. I S. 215, als Ausgleich für ihre Freistellung von der Gewerbesteuerpflicht (§ 3 Abs. 1 GewStG)

noch Anm. zu Tab. 23:

an solche Gemeinden Zuschüsse, in denen die Zahl der dort wohnenden Arbeitnehmer in zuschußpflichtigen Betrieben mit ihren Haushaltsangehörigen mehr als 5 v.H. der Wohnbevölkerung beträgt.

Die Einbeziehung der Verwaltungskostenzuschüsse der Bundesbahn in die Gewerbesteuerausgleichsbeträge ist wohl gerechtfertigt, weil die Bundesbahnbediensteten, die in den Untersuchungsgemeinden wohnen, fast ausschließlich als Zugpersonal beschäftigt sind und insofern als Auspendler angesehen werden können. Verwaltungskostenzuschüsse der Bundespost treten in den Untersuchungsgemeinden nicht auf.

Tab. 24: Einnahmen in DM je Einwohner aus den übrigen
Gemeindesteuern und aus steuerähnlichen Einnahmen

Typ		Übrige Gemeindesteuern ¹						Steuerähnliche Einnahmen ²					
Gr.-	Gem.-	52	55	56	57	58-59	55-59	52	55	56	57	58-59	55-59
A ₂	II a	0,7	0,6	0,7	1,0	0,8		7,8	2,8	2,9	3,5	3,0	
	b	0,6	0,6	0,6	0,9	0,7	0,6	2,3	1,5	0,6	1,1	1,1	1,7
	III	0,3	0,2	0,4	0,2	0,3		1,9	1,4	0,7	0,9	1,0	
A ₃	II a	0,4	0,7	0,3	0,5	0,5		6,9	4,8	4,7	4,9	4,8	
	b	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,4	3,0	2,8	2,9	2,9	3,2
	III	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3		2,8	1,8	1,9	2,1	1,9	
A ₄	II a	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4		5,5	5,0	4,8	4,3	4,7	
	b	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,5	3,8	3,3	3,3	3,4	3,3	2,7
	III	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2		—	—	—	—	—	
B ₁	II	0,9	1,4	0,9	1,6	1,3		2,8	2,6	2,1	3,5	2,7	
	a	0,7	0,6	0,9	1,3	0,9	1,9	—	0,3	0,3	0,3	0,3	1,2
	b	1,9	3,2	3,5	4,0	3,6		—	0,7	0,7	0,7	0,7	
B ₂	I a	0,4	0,6	0,7	0,7	0,7		7,7	5,5	4,2	3,9	4,5	
	b	0,4	0,4	0,4	0,9	0,6		0,3	3,6	3,4	3,7	3,6	
	II	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,0	0,1	1,2	0,6	0,7	1,9
	a	0,3	0,2	0,6	0,3	0,3		—	0,1	0,2	0,2	0,2	
	b	0,3	0,4	0,4	0,6	0,5		0,2	0,3	0,4	0,5	0,4	
C ₁	II	3,0	2,6	2,8	3,1	2,8	2,8	—	—	—	0,2	0,1	0,1
C ₂	I	0,5	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	—	0,5	—	—	0,1	0,1
	II	1,0	1,1	0,8	1,0	0,9		—	—	—	0,1	0,1	
ØA ₂ -C ₂		0,7	0,8	0,8	1,0	0,9	1,1	2,2	1,9	1,7	1,8	1,8	1,6
A ₃	II	0,5	0,4	0,4	0,6	0,5		3,6	3,4	0,7	0,7	1,6	
	a	1,6	2,1	1,8	2,1	2,0	1,0	2,6	3,1	2,7	2,7	2,8	1,7
	b	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4		0,5	0,5	0,5	0,7	0,6	
A ₄	II	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,0	2,4	2,4	0,7	1,9	1,9
B ₂	II	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,6	0,8	0,4	0,6	0,6
C ₁	a	2,5	3,6	4,4	4,0	4,0		0,3	0,2	0,4	0,3	0,3	
	b	2,6	4,6	4,5	4,6	4,5	4,2	—	0,3	0,2	0,5	0,4	0,3
ØA ₃ -C ₁		1,2	1,7	1,8	1,8	1,8	1,5	1,3	1,5	1,1	0,9	1,2	1,1

Anm. zu Tab. 24:

- 1 Kassenmäßiges Ist-Aufkommen aus Vergnügungsteuer, Hundeabgabe und Gemeindegetränksteuer (letztere nur bei C1IIa/B und C1IIb/B); Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Kassenmäßige Netto-Ist-Einnahmen aus Jagd-, Schafweide- und Fischwasserpacht ohne Wertanschläge für geleistete Hand- und Spanndienste und ohne Verwaltungskostenzuschüsse der Bundesbahn (s. Anm. 1 zu Tab. 23); Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 3 Der 0 bei einem Zahlenwert bedeutet das Vorhandensein von Wertanschlägen für Hand- und Spanndienste.

Tab. 25: Einnahmen in DM je Einwohner aus Schlüsselzuweisungen und gesamte allgemeine Finanzzuweisungen in DM je Einwohner

Typ		Schlüsselzuweisungen ¹						Ges. allg. Finanzzuweisungen ²					
Gr.-	Gem.-	52	55	56	57	58-59	55-57	52	55	56	57	58-59	55-57
A ₂	II	a	3,3	4,2	9,5	3,4	2,7	3,3	4,2	9,5	3,9	2,9	
		b	1,8	3,3	6,1	5,8	5,1	1,8	3,3	6,1	4,3	5,2	6,8
	III		7,8	9,4	11,5	15,3	12,1	7,8	9,4	11,5	15,8	12,2	
A ₃	II	a	5,6	8,4	8,9	9,9	9,1	5,6	8,4	8,9	10,4	9,2	
		b	4,7	8,5	8,4	10,5	9,1	4,7	8,5	8,4	11,0	9,3	7,7
	III		2,2	3,3	4,5	6,1	4,6	2,2	3,3	4,5	6,6	4,8	
A ₄	II	a	5,5	9,0	7,4	8,7	8,4	5,5	9,0	7,4	9,2	8,5	
		b	4,9	7,1	7,0	8,4	7,5	4,9	7,1	7,0	8,9	7,7	10,3
	III		8,6	12,5	13,4	17,6	14,5	8,6	12,5	13,4	18,1	14,7	
B ₁	II		9,4	6,5	9,9	12,9	9,8	9,4	6,5	9,9	13,4	10,0	
		a	7,9	13,3	14,3	18,7	15,4	7,9	13,3	14,3	19,2	15,6	10,1
	III	b	7,5	9,4	3,9	9,6	4,6	7,5	9,4	3,9	10,1	4,8	
B ₂	I	a	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	11,0	3,7	
		b	1,0	-	-	-	-	1,0	-	-	9,0	3,0	
	II		7,5	-	-	3,0	1,0	7,5	-	-	3,5	1,1	6,4
		a	6,0	18,8	17,9	9,7	15,5	6,0	18,8	17,9	10,2	15,3	
	III	b	8,3	8,4	4,0	12,9	8,4	8,3	8,4	4,0	13,4	8,6	
G ₁	II		6,0	-	-	-	-	6,0	-	-	1,0	0,3	9,3
G ₂	I		6,0	2,9	5,0	7,3	5,1	6,0	2,9	5,0	7,8	5,3	
	II		8,4	4,0	2,9	1,3	2,7	8,4	4,0	2,9	8,1	5,0	5,1
Ø A ₂ -G ₂			5,7	6,0	6,3	8,1	6,8	5,7	6,0	6,3	9,8	7,4	6,7
A ₃	II		7,3	6,7	6,7	7,6	7,0	7,3	6,7	6,7	8,1	7,1	
		a	11,4	16,2	16,8	19,9	17,6	11,4	16,2	16,8	20,4	17,8	17,4
	III	b	14,8	24,9	26,0	30,9	27,3	14,8	24,9	26,0	31,4	27,4	
A ₄	II		9,9	14,7	16,1	20,0	16,9	9,9	14,7	16,1	20,5	17,1	17,1
B ₁	II		11,1	10,4	10,1	16,2	12,2	11,1	10,4	10,1	16,7	12,4	12,4
G ₁	I	a	8,3	10,6	11,0	11,3	11,0	8,3	10,6	11,0	17,2	13,0	
	II	b	8,2	7,6	7,3	6,2	7,0	8,2	7,6	7,3	12,4	9,1	11,1
Ø A ₃ -G ₁			10,1	13,0	13,4	16,0	14,1	10,1	13,0	13,4	18,1	14,8	14,5

Anm. zu Tab. 25:

- 1 Kassenmäßige Ist-Einnahmen; Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Zusammenfassung der Schlüssel-, Bedarfs- und sonstigen allgemeinen Finanzzuweisungen (s. auch S. 101f); Quelle für die Bedarfs- und sonstigen allgemeinen Finanzzuweisungen: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).

Tab. 26: Erwerbseinkünfte in DM je Einwohner und gesamte allgemeine Deckungsmittel in DM je Einwohner

Typ		Erwerbseinkünfte ¹						Ges. allg. Deckungsmittel ⁴					
Gr.-	Gem.-	52	55	56	57	58-59	55-57	52	55	56	57	58-59	55-57
A ₂	II	a	17,6	16,3	10,8	15,8	14,3	57,2	78,8	71,1	86,8	78,9	
		b	6,1	13,7	46,0	20,3	26,9	52,4	57,6	91,7	78,0	75,8	67,1
	III		2,9	3,0	2,7	2,0	2,6	36,4	42,0	46,4	51,1	46,5	
A ₃	II	a	4,1	4,8	4,6	8,0	5,8	40,5	41,8	45,3	57,3	48,1	
		b	7,8	11,5	6,7	11,3	9,8	34,1	52,0	64,1	70,8	62,3	61,7
	III		20,5	29,1	13,6	22,4	21,7	51,0	73,6	58,0	92,2	74,6	
A ₄	II	a	1,0	1,3	1,1	1,0	1,2	33,1	38,9	+8,0	60,0	49,0	
		b	17,6	17,0	37,6	3,4	19,3	55,1	61,4	76,3	50,8	62,8	89,8
	III		8,8	16,1	82,8	12,4	12,7	111,1	191,8	114,1	167,0	157,6	
B ₁	II		3,9	5,6	3,4	4,4	4,5	45,6	45,7	50,9	58,0	51,5	
	a		3,6	4,2	4,2	4,9	4,4	36,3	42,4	51,6	54,6	49,5	55,8
	b		16,3	32,4	15,8	25,0	24,4	53,6	63,8	60,4	75,2	66,5	
B ₂	I	a	10,3	14,8	17,7	13,9	15,4	187,5	353,9	263,4	148,7	255,3	
		b	6,1	7,2	6,8	6,8	6,9	105,8	156,1	142,4	152,1	152,2	
	II		1,7	5,9	12,0	2,1	6,7	56,3	78,8	46,5	55,9	60,4	119,0
	a		9,4	9,5	6,1	4,3	3,7	17,8	41,8	71,9	64,7	59,5	
	b		19,8	33,3	33,5	29,9	32,2	44,2	74,3	65,5	68,7	69,5	
G ₁	II		16,4	29,3	26,6	27,8	28,0	79,5	96,8	116,3	94,5	102,5	102,5
G ₂	I		2,5	4,9	6,7	7,0	6,2	30,8	59,6	53,7	63,9	59,1	
	II		37,9	46,4	58,1	35,5	46,6	74,8	82,7	110,8	82,0	91,8	85,4
Ø A ₂ -G ₂			14,3	22,2	19,8	18,5	20,2	21,9	57,5	86,7	82,4	81,6	83,6
A ₃	II		3,4	3,5	3,8	4,1	3,8	49,8	47,5	51,5	55,9	51,6	
	a		3,7	5,6	5,7	5,5	5,6	27,5	39,1	42,1	48,5	43,2	48,2
	b		1,2	2,9	2,5	5,4	3,6	28,4	42,8	46,2	60,8	49,9	
A ₄	II		4,6	19,2	3,0	6,0	9,4	28,9	55,3	35,3	42,8	44,5	44,5
B ₁	II		9,3	9,2	1,9	1,9	1,3	24,8	29,3	33,3	45,4	36,0	36,0
G ₁	a		10,3	11,7	13,2	5,2	10,0	51,6	69,6	85,9	79,7	78,4	
	b		13,5	14,9	13,1	16,1	14,7	72,7	83,4	90,4	96,4	90,1	84,3
Ø A ₃ -G ₁			5,2	8,3	6,2	6,3	6,9	49,5	52,4	55,0	61,4	56,2	53,2

Ann. zu Tab. 26:

- 1 Rechnungsmäßige Brutto-Ist-Einnahmen ohne Einnahmen aus Versorgungsunternehmen; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untersuchungsgemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Ohne die an die Rechtler zu verteilenden durchlaufenden Einnahmen.
- 3 Anhand der Soll-Zahlen geschätzte Werte.
- 4 Zusammenfassung der Einnahmen aus GrSt A, GrSt B, GewSt einschl. Gewerbesteuerausgleich, übrige Gemeindesteuern, steuerähnliche Einnahmen, gesamte allgemeine Finanzzuweisungen und Erwerbseinkünfte.

Tab. 27: Entgelteinnahmen und spezielle Zuweisungen und gesamte Einnahmen der ordentlichen Rechnung in DM je Einwohner

Typ		Entgelteinnahmen + spez. Zuw. ¹						Gesamte Einnahmen ²					
Gr.-	Gem.-	52	55	56	57	58-59	58-59	52	55	56	57	58-59	58-59
A ₂	II	a	11,8	15,1	10,0	19,3	14,8	69,0	93,9	81,1	106,1	93,7	
		b	4,7	6,3	6,0	4,8	5,7	55,1	63,9	97,7	82,8	81,5	75,8
	III		5,2	6,3	6,8	3,6	5,6	47,6	48,3	53,2	54,7	52,1	
A ₃	II	a	6,9	6,5	6,1	7,9	6,9	47,4	48,3	51,4	65,2	55,0	
		b	10,1	11,1	8,1	7,5	8,9	44,2	63,1	72,2	78,3	71,2	70,7
	III		11,1	15,6	8,7	9,3	11,2	62,1	89,2	66,7	101,5	85,8	
A ₄	II	a	8,0	25,3	11,9	3,2	13,4	47,1	64,2	59,9	63,2	62,4	
		b	6,2	20,5	14,6	17,1	17,4	61,3	81,9	90,9	67,9	80,2	104,4
	III		11,8	5,0	9,3	24,4	12,9	122,9	196,8	123,4	191,4	170,5	
B ₁	II		6,4	6,5	6,6	9,2	7,5	52,0	52,2	57,5	67,2	59,0	
		a	5,4	7,6	7,1	8,4	7,7	35,7	50,0	58,7	63,0	57,2	64,1
	III	b	6,8	10,8	8,6	9,5	9,6	60,4	74,6	69,0	84,7	76,1	
B ₂	I	a	9,4	9,5	20,5	9,5	13,2	196,9	363,4	283,9	158,2	268,5	
		b	5,9	12,9	12,9	11,8	12,5	111,7	169,0	155,3	163,9	162,7	
	II		2,4	8,9	9,5	9,3	9,2	52,7	87,7	56,0	65,2	69,6	127,6
		a	3,8	2,2	6,7	3,9	4,2	21,6	44,0	78,6	68,6	63,7	
	III	b	3,3	3,7	3,7	4,0	3,8	47,5	78,0	69,2	72,7	73,3	
G ₁	II		5,9	10,4	11,4	19,9	13,9	85,4	107,2	127,7	114,4	116,4	116,4
C ₂	I		5,0	4,9	5,5	9,2	6,5	35,8	64,5	59,2	73,1	65,6	
	II		5,3	6,3	6,9	9,3	7,5	80,1	89,0	117,7	91,3	99,3	82,4
Ø A ₂ -C ₂			6,8	9,8	9,1	10,1	9,6	66,3	96,5	91,5	91,7	93,2	91,6
A ₃	II		12,5	18,6	9,1	15,5	14,4	63,3	66,1	60,6	71,4	66,0	
		a	7,5	2,6	6,0	6,5	5,1	35,0	41,7	48,1	55,0	48,3	57,3
	III	b	4,7	7,2	7,1	8,3	7,6	33,1	50,0	53,3	69,1	57,5	
A ₄	II		1,6	8,5	1,4	3,1	4,3	30,5	63,8	36,7	45,9	48,8	48,8
B ₁	II		5,4	1,9	4,3	6,1	4,1	30,2	31,2	37,6	51,5	40,1	40,1
C ₁	I	a	10,0	13,5	17,6	22,9	18,0	61,6	83,1	103,5	102,6	96,4	
	II	b	12,5	15,7	16,5	19,2	17,1	85,2	99,1	106,9	115,6	107,2	101,8
Ø A ₃ -C ₁			7,7	9,7	8,8	11,6	10,1	48,2	62,1	63,8	73,0	66,3	61,9

Anm. zu Tab. 27:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Einnahmen ohne Entgelteinnahmen und spezielle Zuweisungen des Einzelplans 2 sowie des Abschnitts der Versorgungsunternehmen des Einzelplans 8; Quelle: GF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts sowie die Haushaltspläne und -rechnungen einiger Untersuchungsgemeinden für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Zusammenfassung der Einnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln (Tab. 26) und der Entgelteinnahmen und speziellen Zuweisungen (Tab. 27).

Tab. 28: Kreisumlage in DM je Einwohner und gesamte Einnahmen ohne Kreisumlage in DM je Einwohner

Typ		Kreisumlage ¹						Ges. Einnahmen o. Kreisumlage ²					
Gr.-	Gem.	52	55	56	57	58-59	58-59	52	55	56	57	58-59	58-59
A ₂	II	a	15,5	16,1	19,7	17,6	17,8	53,5	77,8	61,4	88,5	75,9	
		b	17,2	14,2	18,2	16,0	16,1	37,9	49,7	79,5	66,8	65,4	60,3
	III		11,4	11,9	13,5	12,3	12,6	30,2	36,4	39,7	42,4	39,5	
A ₃	II	a	13,7	14,4	14,2	13,4	14,0	33,7	33,9	37,2	51,8	41,0	
		b	11,6	13,7	10,8	12,6	12,4	32,6	49,4	61,4	65,7	58,8	57,0
	III		15,7	12,1	16,2	16,0	14,8	46,4	77,1	50,5	85,5	71,0	
A ₄	II	a	10,8	13,2	14,8	11,3	13,1	30,3	51,0	45,1	51,9	49,3	
		b	11,6	13,0	12,8	12,2	12,7	49,7	68,9	78,1	55,7	67,5	91,9
	III		12,0	10,5	12,8	11,6	11,6	110,9	186,3	110,6	179,8	158,9	
B ₁	II		11,2	15,4	13,0	14,2	14,2	40,8	36,8	44,5	53,0	44,8	
	a		14,3	12,4	12,8	12,5	12,6	21,4	37,6	45,9	50,5	44,6	49,6
	b		8,7	20,2	15,8	14,0	16,7	51,7	54,4	53,2	70,7	59,4	
B ₂	I	a	40,3	50,4	113,4	67,3	77,0	156,6	313,0	170,5	90,9	191,5	
		b	22,0	51,5	53,4	57,4	54,1	89,7	117,5	101,9	106,5	108,6	
	II		10,8	35,5	13,5	17,7	22,2	41,9	52,2	42,5	47,5	47,4	90,3
	a		7,6	11,0	25,1	21,7	19,2	14,0	33,0	53,5	46,9	44,5	
	III		10,2	15,9	16,2	10,0	19,0	37,3	62,1	53,0	62,7	58,3	
	b												
G ₁	II		12,1	28,0	30,6	30,9	29,8	73,3	79,2	97,1	83,5	86,6	86,6
G ₂	I		11,1	17,5	14,0	14,5	15,3	24,7	47,0	45,2	58,6	50,3	66,5
	II		9,6	14,8	16,6	18,6	16,6	70,5	74,2	101,1	72,7	82,7	
Σ A ₂ -G ₂			13,9	19,6	22,9	20,1	20,8	52,3	76,9	68,6	71,6	72,4	71,7
A ₃	II		14,6	16,8	17,5	16,9	17,1	47,7	49,3	43,1	54,5	48,9	
	a		12,2	12,3	15,5	14,3	14,0	22,8	29,4	32,6	40,7	34,3	40,0
	b		10,3	20,6	20,8	20,8	20,7	22,8	29,4	32,5	48,3	36,8	
A ₄	II		9,8	13,3	15,6	14,5	14,5	20,7	50,5	21,1	31,4	34,3	34,3
B ₁	II		17,5	15,7	20,5	20,8	19,0	12,7	15,5	17,1	30,7	21,1	21,1
G ₁	a		17,0	24,8	25,0	24,2	24,7	44,6	58,3	78,5	78,4	71,7	
	b		20,4	30,1	28,9	28,5	29,2	64,8	69,0	78,0	87,1	78,0	74,9
Σ A ₃ -G ₁			14,5	19,1	20,5	20,0	19,9	33,7	43,0	43,3	53,0	46,4	42,5

Anm. zu Tab. 28:

- 1 Kassenmäßige Ist-Ausgaben; Quelle: GFK-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Gesamte Einnahmen der ordentlichen Rechnung (Tab. 27) abzügl. Kreisumlage (Tab. 28).

Tab. 29: Spezielle Zuweisungen der außerordentlichen Rechnung und Einnahmen aus Schuldaufnahme in absoluten DM-Beträgen

Typ			Einw. an 1.1.58	Zuweisungen der aa. Rechnung ¹				Einnahmen aus Schuldaufnahme ²			
Gr.-	Gem.-			1952	1955	1956	1957	1952	1955	1956	1957
A ₂	II	a	307	-	-	-	-	-	23700 ^a	10699 ^b	-
		b	512	-	-	-	-	-	-	6000 ^a	-
		III	218	-	-	-	-	-	-	-	-
A ₃	II	a	350	-	-	-	-	-	-	-	-
		b	674	-	21.000 ^a	-	-	1386 ^b	28.000 ^c	13208 ^d	-
	III	a	-	-	9.000 ^a	-	-	-	21500 ^b	19763 ^c	-
		b	-	-	-	-	-	-	24.000 ^a	-	-
	III		571	-	31.234 ^b	-	13.600 ^b	-	161400 ^c	-	-
A ₄	II	a	177	-	-	-	-	-	-	-	-
		b	656	-	14.742 ^b	-	-	-	72.000 ^a	-	-
		III	234	-	1.000 ^a	-	-	-	-	-	-
B ₁	II	a	1245	-	10.384 ^a	-	7.000 ^b	-	-	49.000 ^c	-
		b	-	-	7.234 ^b	-	-	-	-	-	-
		III	467	2.000 ^b	-	-	-	10.350 ^b	-	-	-
B ₂	II	a	844	16.160 ^a	-	4.930 ^a	-	35.000 ^a	-	61.000 ^a	-
		b	254	24.600 ^a	-	-	-	13.239 ^a	-	-	-
	III	a	453	-	-	-	-	-	-	6.000 ^a	-
		b	-	-	-	-	-	-	-	20.000 ^a	-
	III		193	-	-	-	-	-	-	10.000 ^a	-
C ₁	II	a	623	-	-	-	-	-	-	-	-
		b	655	-	-	-	-	-	-	-	-
		III	1371	-	9.882 ^a	13.450 ^a	-	-	16.080 ^a	5.8000 ^a	-
C ₂	II	a	928	16.150 ^a	-	-	-	35.000 ^a	32.800 ^a	-	-
		b	1009	-	-	-	-	-	-	-	-
A ₃	II	a	194	-	8.444 ^a	-	-	-	9.000 ^a	-	-
		b	281	-	-	-	-	-	-	-	-
		III	461	-	-	-	1804 ^a	-	-	-	-
A ₄	II		487	-	-	-	-	-	-	-	-
B ₁	II		466	-	-	-	-	-	-	-	-
C ₁	II	a	2.558	-	79.540 ^a	3.400 ^a	13.000 ^a	-	91.800 ^a	40.000 ^a	20.000 ^a
		b	3348	17.535 ^a	-	45.000 ^a	38.500 ^a	12.65 ^a	55.000 ^a	171.500 ^a	20.400 ^a
		III	-	50.470 ^a	-	-	-	13.000 ^a	-	-	7.500 ^a

Anm. zu Tab. 29:

- 1 Rechnungsmäßige Ist-Einnahmen; Quelle: SF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 2 Rechnungsmäßige Ist-Einnahmen; Quelle: SF-Erhebungsbögen des Bayer. Stat. Landesamts für die dargestellten Rechnungsjahre (unveröffentlichtes Material).
- 3 Für Neu-, Erweiterungs- oder Umbau der Schule.
- 4 Für Straßen- und Brückenbau.

Tab. 30: Verschuldung ¹ in DM je Einwohner

Typ		1955	1956		1957		1958		1959		Realst- kraftzahl 2 55-57	
Gr.-	Gem.-	insg.	insg.	davon unrent.	insg.	davon unrent.	insg.	davon unrent.	insg.	davon unrent.		
A ₂	I	a	-	-	82,2	82,2	74,2	74,2	115,8	115,8	37,8	
		b	-	-	-	-	-	-	-	-	34,3	
	III	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19,1	
A ₃	II	a	-	-	-	-	-	-	136,8	136,8	25,3	
		b	52,0	189,7	124,0	175,6	112,8	174,0	111,9	138,1	103,1	23,9
	III	-	-	70,4	-	70,6	-	68,3	-	66,4	-	33,8
A ₄	II	a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24,9
		b	11,9	94,8	11,9	92,9	11,4	91,0	11,0	115,3	44,2	24,7
	III	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,3
B ₁	II	a	136,4	139,3	2,2	141,0	40,4	167,8	40,3	253,5	131,5	26,8
		b	80,0	80,8	-	76,2	-	65,5	-	62,3	-	20,0
	III	-	102,4	105,4	-	89,9	-	92,0	-	94,5	-	34,1
B ₂	I	a	142,1	135,3	125,3	125,8	125,8	114,7	114,7	105,2	105,2	305,7
		b	-	-	-	-	-	-	-	81,8	13,6	182,4
	II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	70,3
C ₁	II	a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38,2
		b	26,1	25,7	0,5	23,7	0,2	23,3	-	23,3	-	23,9
	III	-	91,7	79,3	0,8	93,0	6,5	125,8	41,7	117,9	40,6	82,6
C ₂	I	a	48,7	85,8	8,2	78,1	7,6	75,0	7,4	67,5	5,4	34,3
		b	76,0	74,0	9,6	74,0	8,7	73,1	7,7	70,3	8,6	47,2
	II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47,2
Σ A ₂ - C ₂ der versch. Gem.		767	982	35,4	93,6	44,0	95,4	51,1	103,3	70,0	54,9	
A ₃	II	a	-	59,8	59,8	47,9	47,9	46,5	46,5	45,5	45,5	25,2
		b	0,5	0,4	0,4	-	-	-	-	-	-	14,8
	III	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,7
A ₄	I	-	11,3	6,7	6,7	6,5	6,5	6,7	6,7	6,3	6,3	13,7
B ₁	II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25,4
C ₁	II	a	11,5	41,9	40,4	42,1	40,5	49,1	47,6	47,8	46,2	37,7
		b	103,0	85,1	7,7	134,0	59,9	138,6	66,7	131,4	62,5	59,0
Σ A ₃ - C ₁ der versch. Gem.		31,6	37,0	21,2	57,6	38,7	60,2	41,9	57,8	40,1	25,7	

noch Anm. zu Tab. 29:

- 5 Für Wasserversorgungsanlagen.
- 6 Für Kanalisation.
- 7 Für Wohnungsbau und Erwerb von Wohngrundstücken.
- 8 Für Feuerlöschwesen.
- 9 Für Förderung von Wirtschaft und Verkehr.

Anm. zu Tab. 30:

- 1 Inlandschulden der Gemeinden einschl. "Staatszuschußdarlehen", Schulden von Eigenbetrieben und rechtlich unselbständigen

noch Anm. zu Tab. 30:

Stiftungen am 31. 3. des jeweiligen Jahres; Quelle: Für den Schuldenstand am 31. 3. 1955: Informationsdienst des Bayer. Stat. Landesamts, Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. 3. 1955, Reihe VI/A/1/28, 1955, S. 45, 57, 58; für den Schuldenstand am 31. 3. 1956: Statistische Berichte (Informationsdienst) des Bayer. Stat. Landesamts, Die Inlandverschuldung der bayer. Gebietskörperschaften am 31. 3. 1956, L I, Reihe VI/A/1/34, 1956, S. 53, 69 u. 70; für den Schuldenstand am 31. 3. 1957: Statistische Berichte des Bayer. Stat. Landesamts, Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, L 1, Reihe VI/A/1/40, 1957, S. 68, 69, 95 u. 96; für den Schuldenstand am 31. 3. 1958: Statistische Berichte des Bayer. Stat. Landesamts, Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1958, L 1, Reihe VI/A/1/43, 1958, S. 65, 106 u. 107; für den Schuldenstand am 31. 3. 1959: Statistische Berichte des Bayer. Stat. Landesamts, Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1959, L I 4-j 1958, 1959, S. 65, 111 u. 112.

2 Summe aus Steuerkraftzahlen der GrSt A (Tab. 20), der GrSt B (Tab. 21) und der GewSt (Tab. 22).

3 Als Schulden für unrentierliche Zwecke werden angesehen:

Von Einzelplan	0-5	alle Verwaltungszweige,
von Einzelplan	6	alle Verwaltungszweige mit Ausnahme des Wohnungsbaus,
von Einzelplan	7	die Wirtschaftsförderung,
von Einzelplan	9	alle Verwaltungszweige mit Ausnahme des allgemeinen Grundvermögens und die nicht aufgeteilten Schulden.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s
=====

1. Bücher und Aufsätze

- Albers, Willi, Aufgabe und Stellung der Gemeinden im Finanzsystem der gesamten Öffentlichen Hand, in: Finanz-Archiv, N.F., Bd. 19, Heft 3, 1959.
- Barbarino, Otto, Die wirtschaftliche Zielsetzung der bayerischen Finanzpolitik, München 1959.
- Barocka, Egon, Kommunkalkredit und kommunale Finanzwirtschaft, Frankfurt a.M. 1958.
- Becker, Erich, Die Selbstverwaltung als verfassungsrechtliche Grundlage der kommunalen Ordnung in Bund und Ländern, in: Hdb. d. Komm.Wiss. u. Pr., Bd. 1, 1956.
- Bickel, Wilhelm, Der Finanzausgleich, in: Hdb. d. Fin. Wiss., 2. Aufl., 1956.
- Bobek, Hans, Bemerkungen zur Ermittlung von Gemeindetypen in Österreich, in: Beiträge zur Ermittlung von Gemeindetypen, Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung von Landesforschung und Landesplanung, Bd. 1, Klagenfurt 1955.
- Bohmann, Herbert, Das Gemeindefinanzsystem, Stuttgart 1956.
- Baudrexel, Ludwig und Schmitt, Lieselotte, Untersuchungsbericht Landkreis Beilngries, München 1960.
- Dresbach, August, Abstieg der Gemeinden, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 26.7.1958, Nr. 59.
- Duhmer, Wilhelm, Das aktive Gemeindevermögen im allgemeinen, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959.
- Duhmer, Wilhelm, Das öffentliche Vermögen in Deutschland und seine Bewirtschaftung, Göttingen 1952.
- Eierdanz, Karl, Das Haushaltsrecht, Stuttgart 1940.
- Fiedler, E., und Massar, K., Kopfquotenmethode und interlokaler Steuervergleich, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 19, 1929.
- Finke, Heinz, Soziale Gemeindetypen, in: Geographisches Taschenbuch, Jahrbuch zur Deutschen Landeskunde, Stuttgart 1953.
- Fischer, Willi, Industrieförderung als kommunalpolitische Aufgabe, in: Kommunkalwirtschaft, Heft 11, 1958.
- Gerloff, Wilhelm, Die öffentliche Finanzwirtschaft, Frankfurt a.M. 1942.

- Göb, Josef, Verfassungsrecht der Ämter und amtsangehörigen Gemeinden, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 1, 1956.
- Gradmann, R., Das ländliche Siedlungswesen des Königreichs Württemberg, in: Forschungen zur Deutschen Landes- u. Volkskunde, Stuttgart 1913.
- Gremmels, Heinrich, Die besonderen kulturellen Aufgaben der Mittel- und Kleinstädte, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 2, 1957.
- Groll, Margarete, Ausgabengestaltung und Gemeindegröße, Ein Beitrag zur Beurteilung des kommunalen Verwaltungsaufwands bei verschiedenen Ausgabentypen, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Bad Godesberg 1958.
- Hacker, Horst, Die Mehr- oder Minderbelastung bei der Kreisumlage, in: Die öffentliche Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, Jg. 6, 1953.
- Hacker, Horst, Neues vom kommunalen Finanzausgleich, in: Die öffentliche Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, Jg. 7, Heft 15, 1954.
- Hacker, Horst, Finanzausgleich, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959.
- Hagmann, Meinrad, Bayerns Finanzen und Steuerkraft 1913 - 1938, in: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Jg. 74, 1942.
- Hesse, Paul, Berichte zur Grundlagenforschung, Die Gemeindetypenkarte, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 10, 1950.
- Hesse, Paul, Die Betriebsgrößenklassen und Betriebsarten der Landwirtschaft im Lichte der Raumforschung und Landesplanung, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 10, 1950.
- Hesse, Paul, Die Gemeindetypenkarte, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 10, 1950.
- Hesse, Paul, Grundprobleme der Agrarverfassung, Stuttgart 1949.
- Hesse, Paul, Über die Typologie des Raumes, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 9, 1950.
- Hettlage, Karl Maria, Das gemeindliche Kapitalvermögen (Allgemeines Kapitalvermögen, Rücklagen, Stiftungen), in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959.
- Hettlage, Karl Maria, Die Neuordnung der deutschen Finanzverfassung, in: Finanz-Archiv, N.F., Bd. 14.
- Hettner, Alfred, Die wirtschaftlichen Typen der Ansiedlungen, in: Geographische Zeitschrift, Jg. 8, 1902.

- Hönninger, Theodor, Die finanzielle Bedeutung der Kommunalwäldungen im Waldbesitzerhaushalt, dargestellt am Beispiel nordschwäbischer Stadt- und Landgemeinden, Diss. München 1955.
- Horster, Robert, Die Reform des Deutschen Gemeindesteuersystems, Berlin 1958.
- Horstmann, K., Die Gliederung nach Stadt und Land in der Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 28, 1939.
- Hüfner, Willi, Wirtschaftliche Gemeindetypen, in: Raum und Wirtschaft, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. III, Hannover 1953.
- Huttenlocher, F., Funktionale Siedlungstypen, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 7, 1949.
- Kirschnek, Gebhard, Finanzwirtschaftliche Betrachtung einiger Landgemeindetypen unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Landkreis Nürtingen/Neckar, Diss. Erlangen 1956.
- Kirschnek, Gebhard, Finanzwirtschaftliche Betrachtung einiger Landgemeindetypen, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. XXXIV, Hamburg 1956.
- Kirsten, Karl, Gemeinde-Finanzen, Siegburg 1954.
- Klüber, Wirtschaftsförderung durch die Gemeinden, in: Schriften des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Heft 2, Berlin 1951.
- König, René, Die Gemeinde im Blickfeld der Soziologie, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd.1, 1956.
- Kötter, Herbert, Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952.
- Kuppinger, Ernst, Ein finanzanalytischer Vergleich zwischen drei verschiedenen nordbadischen Landkreistypen, Diss. Heidelberg 1949.
- Lehmann, Heinz, Zur Entwicklung der Gemeindetypisierung 1950 bis 1952, in: Raum und Wirtschaft, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. III, Hannover 1953.
- Lind, E., Bildung von Gemeindetypen auf Grund der Berufszählungsergebnisse, in: Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes, Jg. 1942, Bd. 72, Darmstadt 1943.
- Linde, Hans, Gemeindetypen in Niedersachsen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Jg. 1953.
- Linde, Hans, Grundfragen der Gemeindetypisierung, in: Raum und Wirtschaft, Forschungs- u. Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. III, Hannover 1953.
- Littmann, Konrad, Raumwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzpolitik, in: Finanz-Archiv, N.F., Bd. 19, Heft 3, 1959.

- Marder, Karl, Das Gemeindevermögen, Stuttgart 1936.
- Massar, K., Siehe Fiedler, E.
- Meyer-König, W., Zur Ausgleichsfunktion der Landkreise, in: Die Selbstverwaltung, 1952.
- Oechsle, Bruno, Finanzpolitische Grundsätze des Deutschen Gemeindetags, Bad Godesberg 1959.
- Peschlow, Martin, Die Steuerkraft als Ausdruck der Wirtschaftskraft, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Jg. 1953.
- Popitz, Johannes, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin 1932.
- Post, Alfons, Zur Frage der Wiedereinführung einer Einwohnersteuer. Der Gemeindetag ist dagegen! in: Kommunalpolitische Blätter vom 25.2.1954, Heft 4.
- Röhm, Helmut, Die soziale Klassifikation der deutschen Landwirtschaftsbetriebe, in: Zeitschrift für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Heft 1, 1953.
- Rompe, Franz, Zur Methode des interlokalen Steuerkraftvergleichs, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 20, 1930.
- v. Rosen-v. Hoewel, Harry, Gebühren, Beiträge, Hand- und Spanndienste, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959.
- Sachse, Joachim, Die kommunalen Haushaltsrechnungen (Rechnungsjahr 1951), Statistik von Schleswig-Holstein, Heft 14, Kiel 1954.
- Sattler, Herbert, Gemeindliche Finanzverfassung, Bedeutung gemeindlicher Finanzhoheit für die Selbstverwaltung, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959.
- Schmitt, Lieselotte, Siehe Baudrexel, Ludwig.
- Schwind, M., Typisierung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur als geographische Aufgabe, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 8, 1950.
- Stahl, Franz, Wirtschafterschließung, ein Finanzausgleichsproblem. Schulbeispiel Ostbayern, Regensburg 1955.
- Stollenberg, Alexander, Kommunalen Waldbesitz, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 3, 1959.
- Strunden, Hans, Die besonderen kulturellen Aufgaben der Landkreise, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 2, 1957.
- Stucken, Rudolf, Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 127, III. Folge, Bd. 72, 1927.

- Terhalle, Fritz, Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948.
- Thoma, Max, Die öffentliche Fürsorge, in: Hdb. d. Komm. Wiss. u. Pr., Bd. 2, 1957.
- Weippert, Georg, Das Dorf in der industriellen Entwicklung der Gegenwart, in: Wiener Studien zur Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Bd. 1, Göttingen 1957.
- Weippert, Georg, Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, in: Berichte über Landwirtschaft, 160. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1954.
- Winckelmann, Hans, Kameralistische und kaufmännische Rechnungslegung in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben, Berlin 1949.
- Wirnshofer, Josef, Entwicklung und Struktur der kommunalen Finanzwirtschaft in Bayern, in: Heft 190 der Beiträge zur Statistik Bayerns, München 1953.
- Wirnshofer, Josef, Die Finanzwirtschaft der kleinen Gemeinden in Bayern, in: Bayern in Zahlen, Jg. 1958.
- Wissenschaftlicher Beirat, Organische Steuerreform, Bericht des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1953.
- Wissenschaftlicher Beirat, Zur gegenwärtigen Problematik der Gemeindefinanzen, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1959.
- Wöber, Helmut, Die raumordnungspolitische Bedeutung der Gewerbesteuer, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 39, Bad Godesberg 1958.
- Zill, C., Gemeindetypen in Niedersachsen, in: Archiv für Landes- und Volkskunde von Niedersachsen, Heft 20, 1944.

2. Handbücher, Nachschlagewerke und Zeitungen

Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Auflage, Bd. 1, 1950.

Die Fundstelle, Erläuterungen und Fundstellennachweise zu allen wichtigen Vorschriften für die bayerische Gemeindeverwaltung, Jg. 10, München 1957.

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung v. 6.5.1959, Nr. 36.

3. Statistische Quellen

a) Veröffentlichungen

Bayerische Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung

Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950, Maßstab 1 : 800 000.

Bayerisches Statistisches Landesamt

Bayern in Zahlen, Monatshefte des Bayer. Stat. Landesamts,
Jg. 1954 - 1959.

Beiträge zur Statistik Bayerns,

- Heft 161, Das Handwerk in Bayern, Ergebnisse der Handwerkszählung in Bayern 1949, 1951.
- Heft 170, Einwohnerzahlen am 1.1.1953, Jährliches Ergänzungsheft zum Amtlichen Gemeindeverzeichnis für Bayern, 1953.
Einwohnerzahlen am 1.1.1956, Jährliches Ergänzungsheft zum Amtlichen Gemeindeverzeichnis für Bayern, 1956.
- Heft 177, Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1949/50
Bd. 3 u. 5, 1952.
- Heft 200, Einwohnerzahlen am 25.9.1956 (Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956), 1957.
- Heft 207, Bayerische Gemeinde- u. Kreisstatistik 1958,
Bd. 2, 1958.

Informationsdienst, Reihe VI/A/1/17, 1953.

Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31.3.1955, Reihe VI/A/1/28, 1955.

Statistische Berichte

Die Inlandverschuldung der bayerischen Gebietskörperschaften am 31.3.1956, L I,
Reihe VI/A/1/34, 1956.

Reihe L I 2, VI/A/1/41, 1957.

Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31.3.1957, L 1,
Reihe VI/A/1/40, 1957.

Reihe L I 2, j 1957, 1958.

Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31.3.1958, L 1,
Reihe VI/A/1/43, 1958.

Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31.3.1959, L I, 4 - j 1958, 1959.

Hessisches Statistisches Landesamt

Wirtschaftliche Gemeindetypen, Maßstab 1 : 600 000, 1952.

Institut für Raumforschung

- Kreismappe Eichstätt-Land, Blatt 6 und Fortschreibungsblatt 1, Bonn.
- Beilngries, Blatt 6 und Fortschreibungsblatt 1, Bonn.

Statistisches Bundesamt

Erläuterungen zu den in der Finanzstatistik verwendeten Begriffen (- VII 1120/05-), 1955.

Wirtschaft und Statistik, Die gemeindliche Realsteuerkraft und ihre Ausschöpfung im Rechnungsjahr 1951, Heft 8, 1952.

b) Unveröffentlichtes statistisches Material

Ergebnisse der Bodennutzungserhebung 1958 des Bayer. Stat. Landesamts.

Ergebnisse der Industriebereichterstattung zum 30.9.1959 des Bayer. Stat. Landesamts.

Ergebnisse der Erhebungen (GF- und GFK-Erhebungen) des Bayer. Stat. Landesamts über die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden für die Rechnungsjahre 1952, 1955, 1956 und 1957.

Steuermeßbeträge und Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer für die Rechnungsjahre 1952, 1955, 1956 und 1957 (den Listen zur Berechnung der Realsteuerkraftzahlen beim Bayer. Stat. Landesamt entnommen).

Ergebnisse einer Erhebung des Landratsamts Eichstätt über das land- und forstwirtschaftliche Vermögen der Gemeinden des Landkreises Eichstätt im Jahre 1950.

Haushaltspläne, -rechnungen und Sachbücher für den Haushalt einzelner Untersuchungsgemeinden für die Rechnungsjahre 1952, 1955, 1956 und 1957.

Ergebnisse einer eigenen Erhebung über das land- und forstwirtschaftliche Vermögen der Untersuchungsgemeinden beider Landkreise.

Ergebnisse einer eigenen Erhebung über die persönlichen Ausgaben (Einzelplan 0) und die Berufsschulverbandsbeiträge (Einzelplan 2) der Untersuchungsgemeinden beider Landkreise für die Rechnungsjahre 1952, 1955, 1956 und 1957.

4. Gesetze und Verordnungen

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.8.1949 (GVBl. S. 1).

Verfassung des Freistaates Bayern v. 2.12.1946 (GVBl. S. 333).

Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern v. 25.1.1952 (GVBl. S.19).

Reichsabgabenordnung v. 22.5.1931 (RGBl. I S. 161).

Gemeindeabgabengesetz v. 20.7.1938 (BayBS I S. 553).

Gemeindehaushaltsverordnung v. 4.9.1937 (RGBl. I S. 921).

Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden v. 2.11.1938 (RGBl. I S. 1538).

Ausführungsanweisung zur Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden v. 1.3.1939 (RMBliV. S. 441).

Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung v.24.12.1956 (BGBl. I S. 1077).

Haushalts- Kassen- und Rechnungsverordnung v. 28.3.1957
(GVBl. S. 53).

Gesetz über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches,
der Länder und der Gemeinden v. 10.8.1925 i.d.F. des § 9 des
Gesetzes über die Pauschallierung der Verwaltungskostenzuschüsse
v. 17.7.1930 (RGBl. I S. 215).

Verordnung über einstweilige Regelung des Finanz- und Lasten-
ausgleichs v. 30.10.1944 (RGBl. I S. 282).

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und
Gemeindeverbänden i.d.F. v. 15.5.1959 (GVBl. S. 170).

Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes
v. 8.8.1957 (GVBl. S. 174).

Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen v. 1.12.1936
i.d.F. v. 27.12.1951 (BGBI. I S. 996).

Bewertungsgesetz v. 16.10.1934 (RGBl. I S. 1035).

Grundsteuergesetz i.d.F. v. 10.8.1951 (BGBI. I S. 519).

Grundsteuerdurchführungsverordnung i.d.F. v. 29.1.1952
(BGBI. I S. 79).

Grundsteuererlaßverordnung v. 26.3.1952 (BGBI. I S. 209).

Gewerbbesteuerergesetz i.d.F. v. 18.11.1958 (BGBI. I S. 755).

Gewerbsteuerdurchführungsverordnung v. 24.3.1956 (BGBI. I S.15

Verordnung über den Gewerbesteuerenausgleich zwischen Betriebsge-
meinden und Wohngemeinden v. 15.6.1949 i.d.F. v. 28.12.1955
(GVBl. 1956, S. 2).

Reichsbestimmungen über die Vergnügungssteuer v. 7.6.1933
(RGBl. I S. 351).

Vergnügungssteuergesetz v. 11.6.1958 (GVBl. S. 185).

Hundeabgabengesetz v. 5.3.1937 (BayBS I S. 560).

Verordnung, betr. Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränksteuer
und Bürgersteuer, Abschnitt II, v. 5.3.1937 (BayBS I S. 560).

Rücklagenverordnung v. 5.5.1936 (RGBl. I S. 345).

Gesetz über die Organisation der Polizei i.d.F. v. 20.10.1954
(GVBl. S. 245).

Gesetz über kommunale Wahlbeamte v. 10.7.1952 (BayBS I S. 541).

Forstgesetz v. 4.7.1896 (BayBS IV S. 533).

Gesetz über die Organisation der Volksschulen v. 8.8.1950
(GVBl. S. 159).

Gesetz über die Schulverwaltung, Schulleitung und Schulaufsicht
an den öffentlichen Volksschulen v. 28.3.1938 (GVBl. S. 141).

Berufsschulgesetz v. 25.3.1953 (GVBl. S. 35).

Gesetz über Berufsschulen und Berufsaufbauschulen v. 16.7.1960
(GVBl. S. 139).

Schulbedarfsgesetz v. 14.8.1919 i. d. Neubekanntmachung v. 11.1.1939 (GVBl. S. 12).

Gesetz über die Lernmittelfreiheit v. 5.3.1949 (GVBl. S. 59).

Gesetz über die Gewährung von Beihilfen des Bayerischen Staates für den kommunalen Schulhausbau v. 12.7.1956 (GVBl. S. 101).

Jugendwohlfahrtsgesetz v. 9.7.1922 (RGBl. I S. 633).

Verordnung über die Fürsorgepflicht v. 13.2.1924 (RGBl. I S. 100) i.d.F. der Änderungsvorschriften, zuletzt des Gesetzes über die Änderung und Ergänzung fürsorgerechtlicher Bestimmungen v. 20.8.1953 (BGBl. I S. 967).

Bundesfernstraßengesetz v. 6.8.1953 (BGBl. I S. 905).

Bayerisches Straßen- und Wegegesetz v. 11.7.1958 (GVBl. S. 147).

Gesetz über die Grundsteuerfreiheit und Gebührenfreiheit für den sozialen Wohnungsbau v. 28.11.1949 (GVBl. 1950, S. 30).

Erstes Wohnungsbaugesetz des Bundes v. 24.4.1950 (BGBl. I S. 83).

Zweites Wohnungsbaugesetz des Bundes v. 27.6.1956 (BGBl. I S. 523).

V e r z e i c h n i s d e r Ü b e r s i c h t e n
=====

Übersicht	Seite
1: Bevölkerungsentwicklung von 1939 - 1959	7
2: Vertriebenenstand in v.H. der Gesamtbevölkerung	8
3: Altersgliederung 1950 in v.H. der Gesamtbevölkerung	9
4: Geschlechterproportion (Frauen auf 100 Männer)	9
5: Berufsstruktur 1950	10
6: Bodennutzung in v.H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche 1956	11
7: Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur 1949 und 1958	12
8: Zahl der Handwerksbetriebe und ihrer Beschäftigten 1949 und 1956	13
9: Industriebetriebsgrößenklassen 1955	14
10: Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten	14
11: Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten am 30.9.1959 nach Industriegruppen	15
12: Schwellenwerte zur Bestimmung der Gemeindetypen nach Hüfner	23
13: Streuung der Gemeindetypen (nach Hüfner) in den Untersuchungsgebieten	24
14: Merkmale und Schwellenwerte zur Bestimmung der Grund- und Gemeindetypen nach Linde	26
15: Streuung der Grund- und Gemeindetypen nach Linde in den Untersuchungsgebieten	28

Übersicht

Seite

16:	Schwellenwerte zur Bestimmung des Gemeindetyps in den beiden Landkreisen	33
17:	Streuung der Gemeinden der Untersuchungsgebiete nach Typen und Größenklassen	34
18:	Auswahl der Gemeinden für die Untersuchung	37
19:	Brutto-, Rein-, Bereinigte, Eigenausgaben und Zuschußbedarf	44
20:	Offene Fürsorge am 31.3.1958 in den Landkreisen Eichstätt und Beilngries	67
21:	Größe und Forstrechtsbelastung der Kommunalwaldungen der Gemeinden des Landkreises Eichstätt nach Grundtypen	104
22:	Fläche und Ertrag der kommunalen Waldungen	114
23:	Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne 0 bis 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 und für das Rechnungsjahr 1952 nach Gemeinde- und Grundtypen in DM je Einwohner und in v.H. der gesamten Ausgaben	118
24:	Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne 0 bis 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 in DM je Einwohner	
	a) nach Gemeindetypen	123
	b) nach Gemeindegrößenklassen	123
25:	Einnahmen (nach Einnahmearten) der ordentlichen Rechnung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 und für das Rechnungsjahr 1952 nach Gemeinde- und Grundtypen in DM je Einwohner und in v.H. der gesamten Einnahmen	128
26:	Einnahmen (nach Einnahmearten) der ordentlichen Rechnung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Gemeindetypen in DM je Einwohner	133
27:	Zuwachsraten der Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A, der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer und der Realsteuerkraftzahlen nach Grundtypen in DM je Einwohner (Vergleich zwischen 1952 und Durchschnitt 1955 - 1957)	133

V e r z e i c h n i s d e r T a b e l l e n
=====

Tabelle	Seite
1: Ausgaben der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 0 (Allgemeine Verwaltung) in DM je Einwohner	148
2: Persönliche Ausgaben des Einzelplans 0 in DM je Einwohner	149
3: Zuschußbedarf des Einzelplans 0 in DM je Einwohner und sein Anteil an den gesamten Ausgaben der Allgemeinen Verwaltung	150
4: Ausgaben der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 1 (Öffentliche Sicherheit und Ordnung) in DM je Einwohner	151
5: Ausgaben der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 2 (Schulen) in DM je Einwohner	152
6: Berufsschulverbandsbeiträge in DM je Einwohner und ihr Anteil an den gesamten Ausgaben des Einzelplans 2	153
7: Ausgaben und Einnahmen der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 2 in absoluten DM-Beträgen	154
8: Ausgaben der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 3 (Kultur- und Gemeinschaftspflege) in DM je Einwohner	155
9: Ausgaben der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 4 (Fürsorge und Jugendhilfe) in DM je Einwohner	156
10: Ausgaben und Einnahmen der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 5 (Gesundheits- und Jugendpflege) in DM je Einwohner	157
11: Ausgaben und Einnahmen der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 6 (Bau- und Wohnungswesen) in DM je Einwohner	158
12: Ausgaben und Einnahmen der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 6 in absoluten DM-Beträgen	159
13: Ausgaben und Einnahmen der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 7 (Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung) in DM je Einwohner	160
14: Ausgaben und Einnahmen der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 7 in absoluten DM-Beträgen	161
15: Ausgaben und Einnahmen der ordentlichen Rechnung des Einzelplans 8 (Wirtschaftliche Unternehmen) in DM je Einwohner	162

Tabelle	Seite
16: Ausgaben und Einnahmen der außerordentlichen Rechnung des Einzelplans 8 in absoluten DM-Beträgen	163
17: Ausgaben des Abschnitts "Finanz- und Steuerverwaltung" (Abschnitt 90) des Einzelplans 9 (Finanzen und Steuern) in DM je Einwohner	164
18: Zuschußbedarf des Abschnitts "Finanz- und Steuerverwaltung" des Einzelplans 9 und sein Anteil an den gesamten Ausgaben dieses Abschnitts in DM je Einwohner	165
19: Ausgaben und Einnahmen der ordentlichen Rechnung der Abschnitte "Rücklagen für den Gesamthaushalt" (Abschnitt 92), "Allgemeines Kapitalvermögen" (Abschnitt 93), "Allgemeines Grundvermögen" (Abschnitt 94) des Einzelplans 9 in DM je Einwohner	166
20: Steuermeßbeträge in DM je Einwohner, Hebesätze, Aufkommen und Steuerkraftzahlen in DM je Einwohner der Grundsteuer A	167
21: Steuermeßbeträge in DM je Einwohner, Hebesätze, Aufkommen und Steuerkraftzahlen in DM je Einwohner der Grundsteuer B	168
22: Steuermeßbeträge in DM je Einwohner, Hebesätze, Aufkommen ohne und mit Gewerbesteuerausgleich und Steuerkraftzahlen in DM je Einwohner der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	169
23: Gewerbesteuerausgleichsbeträge in DM je Einwohner	171
24: Einnahmen in DM je Einwohner aus den übrigen Gemeindesteuern und aus steuerähnlichen Einnahmen	173
25: Einnahmen in DM je Einwohner aus Schlüsselzuweisungen und gesamte allgemeine Finanzausweisungen in DM je Einwohner	174
26: Erwerbseinkünfte in DM je Einwohner und gesamte allgemeine Deckungsmittel in DM je Einwohner	175
27: Entgelteinnahmen und spezielle Zuweisungen und gesamte Einnahmen der ordentlichen Rechnung in DM je Einwohner	176
28: Kreisumlage in DM je Einwohner und gesamte Einnahmen ohne Kreisumlage in DM je Einwohner	177
29: Spezielle Zuweisungen der außerordentlichen Rechnung und Einnahmen aus Schuldaufnahme in absoluten DM-Beträgen	178
30: Verschuldung in DM je Einwohner	179

V e r z e i c h n i s d e r A b b i l d u n g e n

Abbildung	Seite
1 : Schwankungen der Hebesätze der Grundsteuer A um den Landesdurchschnittshebesatz im Rj. 1956	84
2 : Schwankungen der Hebesätze der Grundsteuer B um den Landesdurchschnittshebesatz im Rj. 1956	87
3 : Schwankungen der Hebesätze der Gewerbesteuer um den Landesdurchschnittshebesatz im Rj. 1956	90
4 : Gewerbesteuerausgleichszuschüsse im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 bis 1957 nach Grund- und Gemeindetypen in DM je Einwohner	93
5 : Zusammengefaßte Gewerbesteuerausgleichszuschüsse im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 bis 1957 nach Gemeindetypen in DM je Einwohner	94
6 a : Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzel- pläne 0 - 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Grundtypen in DM je Einwohner	120
6 b : Gesamte Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzelpläne 0 - 9 im Durchschnitt der Rechnungs- jahre 1955 - 1957 und für das Rechnungsjahr 1952 nach Grundtypen in DM je Einwohner	122
7 : Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzel- pläne 0 - 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Gemeindetypen in DM je Ein- wohner	
a) nach Einzelplänen aufgegliedert	124
b) Zusammenfassung aller Einzelpläne	124
8 : Ausgaben der ordentlichen Rechnung der Einzel- pläne 0 - 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Gemeindegrößenklassen in DM je Einwohner	
a) nach Einzelplänen aufgegliedert	126
b) Zusammenfassung aller Einzelpläne	126
9 a : Einnahmen der ordentlichen Rechnung der Einzel- pläne 0 - 9 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 nach Grundtypen in DM je Einwohner	129
9 b : Gesamte Einnahmen der ordentlichen Rechnung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1955 - 1957 und für das Rechnungsjahr 1952 nach Grundtypen in DM je Einwohner	131

L e b e n s l a u f

Am 15.12.1934 wurde ich als letztes von vier Kindern des Postoberschaffners Jakob Schmidmeier und seiner Ehefrau Maria, geb. Dengler, in Walting, Landkreis Eichstätt/Bayern geboren. Von 1941 bis 1946 besuchte ich die Volksschule in Eichstätt und trat im Herbst 1946 in die Oberrealschule zu Eichstätt über. Dort legte ich im Juli 1954 die Reifeprüfung ab.

Ab Wintersemester 1954/55 studierte ich an der Universität München Volkswirtschaft und unterzog mich nach achtsemestrigem Studium der Diplom-Prüfung für Volkswirte. Anschließend begann ich an der Universität Erlangen mit der Abfassung der vorliegenden Dissertation. Am 3.2.1961 schloß ich nach Ablegung der mündlichen Prüfung die Promotion mit der Gesamtnote "magna cum laude" ab.

Meine akademischen Lehrer waren: Anderson, Clausing, Hueck, Heinen, Hintner, Jungfer, Lerche, Lütge, Maunz, Pfister, Preiser, Stucken, Terhalle, Ad. Weber, Weippert.

